(Beginn: 14.09 Uhr)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie ganz herzlich zur 28. Sitzung des Rates in der aktuellen Wahlperiode begrüßen. Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich alle Mitglieder des Rates ganz besonders.

Ich freue mich sehr, dass Herr Frank trotz einer sehr schweren Verletzung heute wieder bei uns ist. Wir alle wünschen ganz schnelle, gute und vollkommene Genesung.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Dr. Unna, den wir gleich als neues Ratsmitglied verpflichten werden, und Herrn Leonhardt, der heute anstelle von Herrn Dr. Steinkamp und Herrn Fenske den Stadtwerkekonzern vertritt und damit nachher auch für mögliche Rückfragen zu den entsprechenden Vorlagen im nichtöffentlichen Teil zur Verfügung stehen wird. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind.

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist Herr Schöppe heute bis 20 Uhr entschuldigt; danach nimmt er an der Sitzung teil.

(Martin Börschel [SPD]: Dann machen wir schnell!)

Ich muss noch die Stimmzähler benennen. Das sind heute Herr Bosbach, Frau Gärtner und Frau Reinhardt.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Sehr gute Wahl!)

Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute viel vorgenommen. Am Anfang steht die Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Jahr 2012, und im Anschluss daran folgt - das wissen wir alle - unsere komplette Ratssitzung mit zahlreichen Anträgen und Vorlagen.

Auf Ihren Plätzen finden Sie heute neben den Ratsunterlagen eine neue Broschüre des Amtes für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit über die Funktionsweise von Rat und Verwaltung der Stadt Köln und die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger zur Information. Ich musste feststellen, dass ich das Schicksal meines Vorgängers Fritz Schramma teile. Die Bilder zu Beginn der Amtszeit unterscheiden sich ein wenig von den Bildern im weiteren Verlaufe; und ich habe den Eindruck: bei Bürgermeistern ein bisschen drastischer.

(Heiterkeit im ganzen Hause - Zuruf von der CDU: So schlimm ist es noch nicht!)

- Schauen Sie es sich vorher und nachher an.

Bevor wir beginnen, möchte ich Herrn Dr. Ralf Unna als neues Ratsmitglied einführen. Frau Marion Lüttig von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat ihr Mandat mit Wirkung zum 12. Oktober 2011 niedergelegt. Herr Dr. Unna wurde als Nachfolger gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Herr Dr. Unna, ich möchte Sie jetzt bitten, zu mir zu kommen. Gleichzeitig bitte ich alle Anwesenden - freundlicherweise auch die Gäste auf der Zuschauertribüne -, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Dr. Ralf Unna [Bündnis/90/Die Grünen] begibt sich zu Oberbürgermeister Jürgen Roters)

Herr Dr. Ralf Unna, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Ich darf Sie ganz herzlich in unserem Kreis begrüßen.

(Beifall)

**Dr. Ralf Unna** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Bevor wir jetzt gleich mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung feststellen. Der Entwurf liegt Ihnen vor und ist in Teil A - Haushaltsangelegenheiten - und Teil B - Allgemeiner Teil - gegliedert.

Zur Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2010 werde ich zunächst selbst das Wort ergreifen, bevor dann Frau Klug als Kämmerin das Wort hat. Wie üblich werden wir damit - Ihr Einverständnis vorausgesetzt - die Rednerliste zu diesen Punkten schließen und die beiden Vorlagen und die dazu gestellten Anträge zu den Haushaltsplanberatungen in die Fachgremien

verweisen. Ich gehe davon aus, Sie sind damit einverstanden.

Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktion pro Köln hat am 12. Oktober 2011 fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch kriminelle Jugendgangs“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 1 behandeln werden.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung einiger Punkte vor. Zugesetzt werden - ich darf Sie bitten, mir Aufmerksamkeit zu schenken - folgende Tagesordnungspunkte: 4.3, 4,4, 10.33, 17.9, 17.10, 17.11 und 17.12.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.4.1, 10.3, 10.6, 10.8, 10.17, 10.31, 11.1, 12.2 und 18.6. Im nichtöffentlichen Teil wurden 23.4 und 23.10 abgesetzt.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall.

Damit komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen, und zwar zunächst zu einem Antrag von Herrn Hoffmann vom 12. Oktober 2011 zum Thema „Verbesserung der Wohnqualität am Brüsseler Platz“. Das ist Tagesordnungspunkt 3.1.15. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Zur Dringlichkeit Herr Hoffmann, bitte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das dringlich?)

- Er muss es begründen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sind wir aber gespannt!)

**Klaus Hoffmann** (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Dringlichkeit des Antrages ergibt sich alleine schon aus der Thematik und dem derzeitigen Entwicklungsstand, dass sich die Wohnqualität für viele Anwohner kaum verbessert hat. Einige sind mit ihren Nerven am Ende. Da hilft es nicht, wenn von einem Bezirksvertreter geäußert wird - ich zitiere aus dem *Kölner Wochenspiegel* -:

> Wir haben immer gesagt, dass es ein Erfolg ist, wenn es dort nicht noch schlimmer wird.

Welch ein Trost!

Nach dieser Ratssitzung stehen noch zwei Sitzungen an, und dann befinden wir uns bereits im Jahr 2012. Schon wird sich die Problematik auf dem Platz fortsetzen, wenn wir uns als Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt nicht auf ein gemeinsames Handeln verständigen.

Damit wir rechtzeitig ein schlüssiges Konzept vorliegen haben - deswegen die Dringlichkeit -, ist für die im Antrag aufgeführten Punkte eine sofortige Prüfung bzw. Planung notwendig - insbesondere eine verstärkte Inanspruchnahme von Personal. Diese Tatsache müsste in die ab heute beginnenden Haushaltsberatungen mit einbezogen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Wer gegen die Dringlichkeit ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen und der CDU. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist die Dringlichkeit nicht anerkannt.

Unter TOP 3.1.16 liegt ein Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vor. Es geht um die regelmäßige Evaluation des von der Sparkasse übernommenen Vermögens. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall.

Damit können wir direkt abstimmen. Wer gegen die Dringlichkeit ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist der Tagesordnungspunkt aufgenommen.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister, darf ich einen Verfahrensvorschlag machen? - Das bezieht sich ja auf die Dinge, die wir nachher im nichtöffentlichen Teil beraten. Es würde Sinn machen, das dann im Zusammenhang zu beraten. Wir haben ja noch den unbekannten Tagesordnungspunkt 21 - Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - im nichtöffentlichen Teil. Vielleicht können wir das da behandeln, weil es vom Inhalt her zu den Entscheidungen passt, die wir dort zu treffen haben.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja. - Ich sehe allgemeines Kopfnicken. Das machen wir so. Wir ziehen diese beiden zusammen. - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch einen Punkt zur Tagesordnung anzuführen. Es geht um den Tagesordnungspunkt 6.1.2: Erfahrungsbericht „Naturwaldbestattung“ und Änderung der Satzung. Weil hier doch noch Beratungsbedarf aufgetreten ist, bitten wir, diese Vorlage bis zur nächsten Ratssitzung am 24. November 2011 zurückzustellen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es ist im AVR beraten worden. Gibt es Bedenken gegen das Verschieben auf den Novembertermin? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung: Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.10 - Errichtung eines Gymnasiums; FDP-Antrag - und 10.20 - Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung - gemeinsam zu beraten, und zwar unter Tagesordnungspunkt 3.1.10. Weiterhin sollten wir wegen des großen öffentlichen Interesses den Tagesordnungspunkt 10.22 - Bäderkonzept - zu Beginn der Allgemeinen Vorlagen, Tagesordnungspunkt 10, behandeln. - Auch hierzu sehe ich allgemeines Kopfnicken. Dann sind Sie damit einverstanden.

Schließlich schlage ich vor, Tagesordnungspunkt 17.1 - Antrag zur Wiederwahl von Herrn Beigeordneten Streitberger - auf den Anfang des allgemeinen Teils der Sitzung vor die Aktuelle Stunde zu ziehen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Bedenken. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen die Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung in der geänderten Fassung angenommen.

Nun darf ich Frau Spizig bitten, freundlicherweise meinen Platz einzunehmen, weil wir mit Tagesordnungspunkt A - Einbringung des Haushaltes - beginnen:

**I. Öffentlicher Teil**
**A Haushaltsangelegenheiten**

**1 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 3893/2011**

(Vorsitz: Bürgermeisterin Angela Spizig)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sie werden mir beipflichten: Wir befinden uns in finanz- und wirtschaftspolitisch ungewöhnlich schwierigen Zeiten.

Auf der einen Seite stellen wir fest: Die Wirtschaft - auch hier bei uns in Köln - hat die Krise der Jahre 2009 und 2010 gut gemeistert. Wir hören zahllose Erfolgsmeldungen von Kölner Unternehmen mit teilweise besten Unternehmensergebnissen seit Jahren.

Auf der anderen Seite ist die Unruhe an den Finanzmärkten unverkennbar. Die Finanzkrise einiger EU-Staaten führt zu Unsicherheit und in der Folge zu eingetrübten Wirtschaftserwartungen. Wir alle spüren die Spannung zwischen den Zukunftshoffnungen auf der einen Seite und den Zukunftssorgen auf der anderen Seite.

In dieser Phase der schwierigen Rahmenbedingungen ist besonnenes Handeln gefordert. Für die Bürgerinnen und Bürger sind Verlässlichkeit und Konstanz von herausragender Bedeutung. Gerade in schwieriger Zeit brauchen die Bürger einen klar erkennbaren Weg mit gesicherten Leitplanken.

Mit dem Haushaltsentwurf 2012 und den darauf aufbauenden mittelfristigen Finanzplanungen gehen wir diesen geraden Weg. Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass der bisherige Kurs der Vernunft und des sozialen Ausgleichs nicht verlassen wird. Eilige Überreaktionen in die eine oder andere Richtung sind ausgeschlossen. In Köln wird es auch in Zukunft keinen sozialen Kahlschlag geben.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dem Haushaltsentwurf 2012 schaffen wir Raum für Zukunftsinvestitionen. Investitionsblockaden gibt es bei uns nicht. Die Privatisierung unserer kommunalen Unternehmen bleibt tabu.

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Unsere städtischen Gesellschaften sind unverkäuflich. Sie sind verlässliche Ankerpunkte für wirtschaftliche Stabilität und die Sicherung der Daseinsvorsorge.

Wir in Köln schaffen den unverzichtbaren Dreiklang aus Haushaltskonsolidierung, Zukunftssicherung und Vertrauen. Der Kurs der Haushaltskonsolidierung wird konsequent fortgesetzt.

Mit dem Doppelhaushalt 2010/2011 haben wir den Weg zum Abbau unserer Fehlbeträge geebnet. Wir haben inzwischen wichtige Konsolidierungsziele erreicht. Dennoch: Unsere Finanzsituation bleibt äußerst angespannt. Wir haben

keinerlei Grund, uns zufrieden zurückzulehnen und auf andere zu schauen, denen es deutlich schlechter geht.

Glücklicherweise, so muss man sagen, gehört Köln nicht zu den fast 40 Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die an die Grenze der Zahlungsunfähigkeit geraten sind. Unsere Stadt reiht sich nicht in die zahllosen Gemeinden mit einem Nothaushalt ein. Köln gehört nicht zu den Städten, die das Volumen der Kassenkredite in unserem Lande auf die fast unvorstellbare Summe von 22 Milliarden Euro hochgetrieben haben.

Dennoch macht uns die Finanzsituation Sorgen. Bis zum Jahre 2015 wird uns der Haushaltsausgleich nicht gelingen, obwohl wir bis dahin Einsparungen von 150 Millionen Euro erzielt haben müssen. Wir werden erst in zehn Jahren anfangen können, den bis dahin eingetretenen Vermögensverzehr von 2 Milliarden Euro wieder aufzufüllen, und auch das wird ein längerer Prozess sein. All das zwingt uns zu strikter Haushaltsdisziplin.

Sparen darf aber nicht zur Lähmung und zum politischen Stillstand führen. Wir müssen bei aller Sparnotwendigkeit auch in unsere Zukunft investieren, in gerechte Erziehung und Bildung, in den Erhalt und die Modernisierung unserer städtischen Infrastruktur und in die Vorsorge gegen Ausgrenzung und Vernachlässigung.

Wir wollen nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen leben, sondern durch nachhaltiges Handeln unseren Kindern eine lebenswerte Stadt erhalten. Die Bürgerinnen und Bürger können uns vertrauen. Wir haben dies in den vergangenen Jahren durch eine verlässliche und solide Politik unter Beweis gestellt.

Lassen Sie mich dies an sechs Punkten erläutern:

Erstens. Köln ist in guter Verfassung.

Die wirtschaftliche Lage ist stabil, unsere große Branchenvielfalt schützt uns vor unvorhersehbaren Ausschlägen. IHK und Handwerkskammer stellen den heimischen Unternehmen und Betrieben für die Zukunftsfähigkeit gute Zeugnisse aus. Kölner Unternehmen erzielen glänzende Erfolge. So steuern wir bei den Bürovermietungen, um einmal ein Beispiel aus dem Immobilienbereich zu nennen, in diesem Jahr auf ein Rekordergebnis von 300 000 Quadratmetern zu.

Internationale Unternehmen entscheiden sich für unsere Stadt. Die Lanxess AG wird in 18 Monaten ihre Firmenzentrale mit über 1 000 Beschäftigten nach Deutz verlagern. UPS investiert am Flughafen Köln/Bonn über 200 Millionen Dollar in die Erweiterung des Frachtzentrums. Der IT-Dienstleister Detecon Consulting lässt sich mit 600 Beschäftigten in unserer Stadt nieder.

Lassen Sie mich dazu den Vorsitzenden der Lanxess AG, Dr. Axel Heitmann, zitieren:

> Köln ist ein wichtiger Hochschul- und Wissenschaftsstandort mit außergewöhnlicher Anziehungskraft für Top-Talente. Köln ist sympathisch, weltoffen und hat ein herausragendes Kulturangebot. Im Wettbewerb um den künftigen Standort der Lanxess-Zentrale haben wir uns genau aus diesen Gründen für die Stadt entschieden. Lanxess ist ein globales Unternehmen, und Köln mit Partnerstädten wie Peking oder künftig Rio denkt auch global. Ich bin überzeugt: Die Entscheidung für Köln wird uns in unserem Wachstum unterstützen.

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es gibt weitere positive Perspektiven: Die Arbeitslosenquote ist mit 9,2 Prozent so gering wie nie. Anerkannt ist: Unsere Arbeitskräfte haben ein hohes Qualifikationsniveau. Dadurch werden Unternehmen nach Köln gezogen. Unsere Stadt ist bei jungen Menschen beliebt. Nach dem Studienabschluss bleiben drei Viertel der 8 000 Absolventen hier oder in der Region.

Mit unseren großen Investitionen in Bildung und Erziehung haben wir bei der Kinderbetreuung, beim offenen Ganztag in den Grund- und in den weiterführenden Schulen und beim differenzierten Schulangebot einen Spitzenplatz in Nordrhein-Westfalen erreicht. In nur wenigen europäischen Metropolen gelingt die Integration so gut und so nachhaltig wie bei uns in Köln.

(Zuruf pro Köln: Na ja!)

Mit modernen, integrativen Konzepten wie Mülheim 2020, Lindweiler und Kalkschmiede sind wir gemeinsam mit den Akteuren der Stadtgesellschaft auf dem Weg, den sozialen Frieden und den sozialen Ausgleich in unserer Stadt zu schaffen.

Zweitens. Es wird wieder positiv über unsere Stadt gesprochen.

Das Bild, das Köln in den vergangenen Jahren abgegeben hat, war nicht immer gut: Skandale, Verstöße gegen europäisches Recht und schließlich der Einsturz des Historischen Archivs haben dem Ansehen unserer Stadt geschadet. Negative Schlagzeilen sind neben einem Ver-

trauensverlust auch ein Standortnachteil. Unsere gemeinsame gute politische Arbeit von Rat und Verwaltung hat dazu geführt, dass Häme und Zynismus, denen wir häufig ausgesetzt waren, zunehmend durch Respekt und Anerkennung ersetzt werden.

Die Leistung zur Bergung unserer historischen Archivalien und das gewaltige Projekt der Restaurierung der beschädigten Urkunden und Dokumente haben hohe Anerkennung in der Fachöffentlichkeit gefunden. Dank an die Leiterin, Frau Schmidt-Czaia.

Die Nord-Süd-Stadtbahn wird sicher weitergebaut. Teilinbetriebnahmen sind in den Jahren 2012 und 2013 vorgesehen. Die dritte Baustufe wird in Eigenregie realisiert.

Unsere Messe ist auf der Erfolgsspur. Noch vor wenigen Monaten stand die Drohung einer Zwangsräumung im Raum. Leitmessen drohten, abzuwandern. Durch umsichtiges Handeln von Messegeschäftsführung, Politik und Verwaltung ist es gelungen, die Messe aus gefährlichem Fahrwasser zu ziehen. Jegliche Zwangsmaßnahmen konnten abgewendet werden. Die Vorgaben der EU sind erfüllt. Die Messe verzeichnet heute glänzende Umsatzzahlen und steigende Erlöse. Mit Stolz kann es uns erfüllen, dass für die großen weltweiten Leitmessen langfristige Verträge abgeschlossen werden konnten. Man kann sagen: Die Messewelt schaut mit Respekt auf Köln.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiteres früheres Sorgenkind ist auf dem Erfolgsweg. Unsere Sparkasse KölnBonn ist gerettet. Das von Brüssel eingeleitete EU-Verfahren ist beendet. Die Sparkasse konzentriert sich erfolgreich auf ihr Kerngeschäft. Ehemalige risikobehaftete Beteiligungen werden auch mithilfe der Stadt - wir werden heute darüber beraten - abgebaut. Wohl niemand hatte erwartet, dass unsere Sparkasse trotz Finanzkrise und trotz WestLB-Turbulenzen schon wieder schwarze Zahlen schreibt. Ein Glücksfall für Köln!

Ein Glücksfall für Köln sind auch die grandiosen Leistungen, die unsere Kultureinrichtungen erbringen. Der Blick der deutschen Kultur ist auf Köln gerichtet: auf sein Schauspiel - wer hätte das vor zwei, drei Jahren gedacht -, seine Oper, seine Philharmonie, die in diesem Jahr ihr 25-jähriges Jubiläum feiert, und seine fantastischen Museen. Unsere Kultur glänzt für Köln.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Drittens. Wir haben den Handlungsstau aufgelöst.

Noch vor zwei Jahren hatten wir bei wichtigen Vorhaben der Stadtentwicklung einen Planungs- und Baustopp. Entscheidungen waren aufgeschoben. Wir haben den Stillstand beendet.

Die Sanierung von Oper und Schauspiel steht unmittelbar bevor. Das Opernquartier wird neu gestaltet. Die Archäologische Zone und das Haus der jüdischen Kultur sind beschlossen, und ich bedanke mich für das Angebot des Landschaftsverbandes Rheinland, sich bei dem Betrieb der Einrichtung zu engagieren.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Die Planungsvoraussetzungen für die Neugestaltung des Domumfeldes sind erfüllt. Die Finanzierung durch Bund und Stadt ist gesichert.

Wir haben die Grundlagen für die Entscheidung der Landesregierung, die Fachhochschule in Deutz zu erweitern und zu erneuern, geschaffen. Die Vorbereitungen sind in vollem Gange. Investitionskosten in Höhe von 300 Millionen Euro für unsere Stadt sind gesichert.

Das neue Historische Archiv wird am Eifelwall gebaut. Hierzu liegt ein ausgezeichnetes Wettbewerbsergebnis vor.

Die Diskussion um den Ausbau des Godorfer Hafens währte mehr als ein Dutzend Jahre. Jetzt haben wir mit der Bürgerbefragung den Knoten durchgeschlagen.

(Lachen bei Teilen der CDU und der FDP)

Wir schaffen jetzt für den Hafenausbau Planungsrecht. Heute entscheiden wir über die Vorlage.

Viertens. Wir haben aus Fehlentwicklungen der Vergangenheit gelernt.

In den vergangenen Jahren sind Teile der kommunalen Infrastruktur sträflich vernachlässigt worden. Vor allem bei den städtischen Kulturbauten wurde an Unterhaltung und Modernisierung gespart. Wenn wir jetzt nicht handeln, „laufen uns die Kosten endgültig davon“.

Die Sanierung und die Erweiterung des Stadtmuseums werden mit Durchführung eines Realisierungswettbewerbs in Angriff genommen. Gleiches gilt für den Erweiterungsbau am Wallraf-Richartz-Museum. Hier werden zusätzliche Ausstellungsflächen für die Sammlung Corboud geschaffen. Die Generalsanierung und Neukonzep-

tion des Römisch-Germanischen Museums ist beschlossen und finanziert.

Insgesamt sind für die Modernisierung unserer städtischen Kulturbauten, einschließlich Philharmonie und Museum Ludwig, mehr als 70 Millionen Euro eingeplant.

Aber auch bei den städtischen Straßen, Brücken und Tunnelbauwerken wurde in der Vergangenheit auf Kosten der Substanz gespart und nur das getan, was zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht zwingend erforderlich war. Langfristig ist diese „Flickschusterei“ teurer als eine nachhaltige bauliche Erhaltung unserer Verkehrsanlagen. In unserer mittelfristigen Finanzplanung ist die Finanzierung eines großen Verkehrsinfrastrukturprogramms vorgesehen.

Fünftens. Wir entscheiden nicht über die Köpfe der Bürger hinweg.

Bürgerbeteiligung gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die Bürgerinnen und Bürger wollen bei Stadtentwicklungsprojekten frühzeitig und offen beteiligt werden. Mit neuen Planungs- und Entscheidungsverfahren wie Planungswerkstätten, Nachbarschaftsbegehungen und Runden Tischen tragen wir diesen Forderungen und Erwartungen Rechnung. Offene und faire Partizipation in einer engagierten Stadtgesellschaft: Das ist unser Ziel. Wir sehen dies als Impuls und sinnvolle Begleitung der im Rat zu treffenden Entscheidungen an.

Sechstens. Verwaltungsmodernisierung ist eine Daueraufgabe, der wir uns stellen.

Wir können den Prozess der Haushaltskonsolidierung nur stemmen, wenn wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung mit einbeziehen. Grundlegende Veränderungen ohne die Zustimmung der Mitarbeiter und deren Personalratsvertreter sind zum Scheitern verurteilt.

Die Angehörigen der Verwaltung bringen hervorragende Leistungen und ausgezeichnete Qualität. Wir sehen aber auch: Das Schwungrad dreht sich schneller, Verwaltungsabläufe werden immer komplizierter. Zudem wachsen die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb kommt es zunehmend zur Arbeitsverdichtung. Die Zahl der Überlastungsanzeigen und Krankmeldungen muss uns Sorgen bereiten. Wir werden gleich darüber sprechen.

Es bedarf neuer strategischer Überlegungen zur Arbeits- und Prozessoptimierung. Dabei spielen eine systematische Aufgabenkritik und ein ebensolcher Aufgabenabbau eine wichtige Rolle. Schließlich darf dabei als Begleitungsmaßnahme nicht auf ein betriebliches Gesundheitsmanagement verzichtet werden.

Im Haushaltsentwurf für die Jahre 2012 bis 2015 sind Verbesserungen - das heißt im Wesentlichen: Einsparungen - von 120 Millionen Euro vorgesehen. Das wird ein Kraftakt werden, zu leisten nur über Aufgabenabbau und Standardreduzierung.

Der Stadtvorstand hat hierzu ein strategisches, dezernatsübergreifendes Management entwickelt und erste Schritte der Zieldefinition erarbeitet. Die politische und bürgeröffentliche Diskussion zu den Vorschlägen des Stadtvorstandes soll im Frühjahr nächsten Jahres beginnen. Ich kann schon sagen: Dies wird keine Schönwetterveranstaltung werden.

Ungeachtet dessen steht fest: Die kommunalen Haushalte sind strukturell unterfinanziert. Das gilt für alle Kommunen in der Bundesrepublik. Alle unsere Sparanstrengungen enden dort, wo uns Bund und Land immer mehr Aufgaben überantworten, ohne die ausreichende Finanzierung sicherzustellen.

Durch die erheblichen Steigerungen bei den von uns zu tragenden Soziallasten - ich nenne nur die Unterbringungskosten für Langzeitarbeitlose, die Eingliederungshilfen für Behinderte, die Kosten für häusliche Pflege und die Leistungen für die Grundsicherung im Alter - wird uns die Luft zum Atmen genommen. Wir brauchen eine Entlastung vonseiten des Bundes. Es kann nicht sein, dass uns Kommunen die Folgen des demografischen Wandels und der Alterung der Gesellschaft angelastet werden.

Die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund ab 2014 ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Hören Sie aber genau zu: Die damit verbundenen Entlastungseffekte werden durch das Auslaufen des „Teilhabepaketes“ im gleichen Jahr schnell wieder aufgehoben.

In dem Entwurf des Haushaltes 2012 und in der mittelfristigen Planung ist eine Verlängerung des Konsolidierungszeitraums bis 2020 vorgesehen. Durch die novellierte Gemeindeordnung sind hierfür die Voraussetzungen geschaffen. Die derzeitigen Rahmenbedingungen lassen uns keine andere Wahl; denn sie sind schlechter geworden.

Einige Beispiele dazu:

Die aktuellen Kürzungsmaßnahmen von Bund und Land schlagen unmittelbar auf unseren Haushalt durch:

Die Städtebauförderung ist drastisch gekürzt worden. Die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“, auf die wir angewiesen sind, sind nahezu auf Null gesetzt worden. Die Fördermaßnahmen der Agentur für Arbeit sind für Köln auf unter 70 Millionen Euro gekürzt worden. Im Jahre 2010, also im Vorjahr, standen immerhin noch 108 Millionen Euro für Maßnahmen zur Förderung von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung. Für die Wohnungsbauförderung stehen nur noch reduzierte Landesmittel zur Verfügung.

Wir werden uns mit den Konsequenzen für unseren Haushalt aktuell auseinandersetzen müssen.

Ich nenne weitere Restriktionen:

Erstens. Der von der Landesregierung aufgelegte „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ - ohne Zweifel von hoher Bedeutung - führt aller Voraussicht nach nicht zu einer Verbesserung der Einnahmesituation bei uns in Köln und für unseren Kölner Haushalt.

Zweitens. Die vielfach von den Kommunen geforderte Verbreiterung des Gewerbesteueransatzes lässt weiter auf sich warten.

Gestatten Sie mir schließlich, dass ich noch einen Gesichtspunkt anbringe:

Wir leiden nach wie vor unter den Folgen des Unglücks am Waidmarkt. Wir können davon ausgehen, dass die Stadt einen nicht unerheblichen Schadensersatzanspruch gegenüber dem beteiligten Firmenkonsortium hat. Wann uns dieser Ersatzanspruch gerichtlich zugesprochen wird, ist zeitlich jedoch noch ungewiss. Aber schon jetzt und in den laufenden Haushaltsjahren tragen wir die ganz erheblichen Kosten für die Bergung und Restaurierung des Archivgutes - wir alle haben darüber beschlossen - und auch für die Verzögerung der Inbetriebnahme der Teilstrecken. Dadurch wird unser derzeitiger Haushalt in hohem Maße belastet.

Auch wenn wir unseren Haushalt drastisch und diszipliniert in Ordnung bringen wollen, dürfen wir nicht den Blick auf die Zukunft unserer Stadt und ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Mit unserem Klimaschutzkonzept stoßen wir die Tür zur Verbesserung unserer Umwelt und zu mehr Energieeffizienz auf. Mit unserem ehrgeizigen Programm zum Ausbau unserer Kinderbetreuung und Schullandschaft bereiten wir uns auf die Anforderungen von morgen vor. Mit allen Möglichkeiten, die wir als Medien- und Internetstadt haben, profilieren wir unseren Wirtschaftsstandort. Mit den Potenzialen in Wissenschaft und Forschung stellen wir uns auf die Bedürfnisse der Zukunft in unserer Stadt ein. Mit den großen Stadtentwicklungsprojekten wie Deutzer Hafen, MesseCity, Euroforum und Verlagerung des Großmarktes schaffen wir unsere moderne Stadt.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können dies alles nur leisten, wenn wir uns gemeinsam auf den Weg machen und gemeinsam die Basis für gesunde Stadtfinanzen und eine nachhaltige Finanzpolitik schaffen.

Wir haben gemeinsam schon viel für unsere Stadt erreicht, doch es liegt noch viel Arbeit vor uns. Diese Anstrengung lohnt sich für unsere Stadt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

(Vorsitz: Oberbürgermeister Jürgen Roters)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich darf jetzt Frau Klug bitten.

**Stadtkämmerin Gabriele C. Klug**: Vielen Dank. - Herr Oberbürgermeister Roters! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist mein erster Vortrag zu einem Haushalt. Deswegen werde ich mir mit Ihrer Zustimmung, Herr Roters, auch ein wenig Zeit nehmen, um die allgemeinen Rahmenbedingungen darzustellen.

Wir haben uns überlegt, dass wir Ihnen auch eine haptische Verbesserung gönnen wollen, indem wir ein paar Folien vorlegen. Das wird jetzt aber kein Folienvortrag werden, sondern wir werden die wesentlichen Haushaltsdaten mit Folien auch visualisieren, um sozusagen die Spannung zu halten und zu erhöhen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir ein Haushaltsmotto für den Haushalt 2012 suchten, so würden wir sicher an Folgendes denken: Urbanität sichern, Infrastrukturentwicklung gewährleisten, Haushaltsausgleich herbeiführen. Mit diesem Dreisatz ist beschrieben, welche Aufgaben mit einem Sanierungshaushalt für eine europäische Metropole wie die Stadt Köln geleistet werden müssen.

Köln ist eine wunderbare und starke Stadt

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

und hat die zahlreichen Herausforderungen seiner Vergangenheit erfolgreich gemeistert. Die Stärken sind ein kritischer Diskurs und das Zusammenwirken von Verwaltung, Politik und einer aktiven Zivilgesellschaft gerade in Krisensituationen.

Das Rhein-Hochwasser, die „Kölner Löcher“, die Reinigungskraft nach den Skandalen der 90er-Jahre: Die Stadt ist an der Lösung dieser Probleme gewachsen und hat ihre besondere Dynamik entwickelt.

Köln hat viele Stärken: die Forschungs- und Bildungseinrichtungen, das Gesundheitswesen, die kulturellen Einrichtungen, seine Wirtschaft und vor allen Dingen eine starke und selbstbewusste Zivilgesellschaft. Diese Stärke wird nötig sein, um die Auswirkungen von Finanzkrise und schwächelnder Konjunktur für Köln zu bewältigen.

Der vorgelegte Haushalt - der Haushaltsentwurf - ist ein Sanierungshaushalt. Das heißt, der Blick wird auf die Finanzen gerichtet, ohne die Zukunft zu vergessen. Mit diesem Sanierungshaushalt widmen wir uns der nachhaltigen Austarierung der von Ihnen beschlossenen vor uns liegenden Aufgaben. Er ist ein Haushalt, der im Beratungsprozess von Rat und Verwaltung gemeinsam fortentwickelt werden muss.

30 Millionen Euro an Konsolidierungsbeiträgen haben wir bereits im Verlauf des Haushaltsaufstellungsverfahrens gegenüber den Anmeldungen der Dezernate erbracht. Dieser Haushalt könnte auch den Titel „Konsolidierung der Konsolidierung“ tragen; denn die Konsolidierungseffekte des äußerst ambitionierten Haushaltes 2010/2011 werden für dieses Jahr und im Sanierungszeitraum fortgeschrieben.

In einer Zeit, in der das Umsteuern nicht leicht ist und in der gerade deswegen sehr große Herausforderungen an die Politik, an die Zivilgesellschaft und vor allem an die Verwaltung gestellt werden, müssen wir umsteuern; denn wir sind verantwortlich dafür, Ihnen eine Vorlage für den Entscheidungsgang zu präsentieren.

Die Botschaft dieses Haushalts und der Finanzplanung ist, Urbanität, Infrastrukturentwicklung, Anpassung und Haushaltsausgleich zu einem Sanierungsprozess zusammenzuführen und zu organisieren. Das kann uns gelingen - gerade mit Blick auf die finanzwirtschaftlichen Erfolge, die wir erzielen müssen -, wenn wir einen strategischen Prozess auflegen, mit dem uns eine Priorisierung von Aufgaben unter Berücksichtigung einer Priorisierung von Zielen möglich ist, und wenn wir die Finanzierung auf die Ergebnisse dieses Prozesses ausrichten.

Wir erreichen das - auch das wird durch die Zahlen des Ihnen nun vorliegenden Haushaltsentwurfes für diese Periode gezeigt - ohne Pflichtkonsolidierung, aber mit jedem weiteren Jahr können wir die Pflichtkonsolidierung nicht mehr ausschließen, wenn wir nicht aktiv werden. Das ist der Prozess, den Herr Oberbürgermeister Roters angesprochen hat.

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2012 und den Daten für den Finanzplanungszeitraum schaffen wir zudem Transparenz beim Verbrauch der Ressourcen. Es zeigt sich, dass die zur Zukunftsentwicklung erforderlichen Investitionen finanziert werden, was aber auch bedeutet, Abschreibungen und Aufwendungen durch den Ergebnishaushalt zu finanzieren.

Ein Beispiel: Im Moment beträgt unsere Abschreibungsquote etwa 5 Prozent der Aufwendungen. 175 Millionen Euro müssen also durch diesen Ergebnishaushalt finanziert werden. Sie können dies übrigens - wie weitere Kennzahlen zum Haushalt - den Anlagen zum Vorbericht entnehmen, sodass Sie das vertiefend weiter behandeln können. Durch das NKF wurde in diesem Bereich sehr viel mehr Klarheit und Transparenz erreicht. Das trägt natürlich auch zu einer stärkeren Versachlichung der Haushaltsdebatte bei.

Kurz zu den Rahmenbedingungen:

Das Jahr 2011 brachte einige für die Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen bedeutende Weichenstellungen. Die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts zur Verschuldung des Landes bleibt in mehrfacher Hinsicht nicht ohne Folgen für die Kommunen. Sie enthält einerseits Aussagen zur generellen Aufstellung kommunaler öffentlicher Finanzen, zum anderen wurde das Land natürlich dazu gezwungen, auch zu priorisieren, mit der Folge, dass wichtige Landesprogramme gekürzt oder gestrichen werden mussten oder hiervon bedroht sind.

Die Neuordnung der Gemeindefinanzierung durch das Land mit einigen geänderten Grundstrukturen im Gesetzentwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 und der Stärkungspakt Stadtfinanzen zugunsten der bilanziell überschuldeten oder von der Überschuldung bedrohten Kommunen sind weitere Meilensteine in diesem Zusammenhang.

Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. Die Schattenseite des Stärkungspakts Stadtfinanzen liegt natürlich darin, dass er auch bedeutet - das

diskutieren und begleiten wir in den Gremien der Kommunalverbände natürlich sehr kritisch -, dass die Kommunen selbst durch eine Abundanzumlage herangezogen werden, um die Folgen der Überbürdung mit staatlichen Aufgaben unter sich auszugleichen.

Es werden sehr schwierige Rechtsfragen aufgeworfen, zum Beispiel, ob man dieses Problem damit lösen kann, dass man rechnerisch Gelder einbezieht, die der Bund zur Entlastung von Kommunen an anderer Stelle zur Verfügung gestellt hat. Das alles will ich jetzt nicht vertiefen, aber das sind spannende und herausfordernde juristische und finanzwirtschaftliche Aspekte, die uns das nächste Jahr sicherlich begleiten werden.

Die für die Zukunftsaufgaben der Stadt im Haushalt zur Verfügung stehenden Ressourcen sind endlich. Das ist nichts Neues. Das haben Sie bereits mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2010/2011 mit seinen zahlreichen Konsolidierungseinzelmaßnahmen beschlossen. Ich glaube jedoch, dass diese Einzelmaßnahmen nicht ausreichen, sondern in einem ständigen Verbesserungsprozess fortentwickelt und fortgeschrieben werden müssen, bei dem eines die Grundlage ist, nämlich Zeit, Raum und Platz für den Diskurs und für die Analyse zu schaffen, was wir mit den jeweiligen Verbesserungen bewirken.

Die Umstellung auf einen wirkungsorientierten Haushalt ist eine der größten Herausforderungen für das moderne öffentliche Finanzsystem. Genau dieser Herausforderung möchten wir uns in dieser schwierigen Konsolidierungszeit stellen. Wir haben mit einer solchen Vorgehensweise natürlich die Möglichkeit, unsere knappen Ressourcen sehr viel bewusster einzusetzen und die Effekte auch sehr viel politischer zu diskutieren; denn natürlich bleiben der politische Diskurs und die letztliche Entscheidung, wohin wie viel Geld fließt, auch im neuen Haushaltsverfahren die Hauptaufgaben.

Um auf die Einnahmeseite zu kommen: Es ist gelegentlich gesagt worden, die Gewerbesteuer sprudele. Vor eineinhalb Wochen hatten wir eine Sitzung des Finanzausschusses des Deutschen Städtetages in Nürnberg. Unter den Kolleginnen und Kollegen dort war kein Einziger, der diese Feststellung des *Handelsblattes* vom gleichen Tage auch nur annähernd hätte unterstützen können.

Eine sprudelnde Gewerbesteuer wird oft aus dem Umstand abgeleitet, dass die Auftragsbücher der Unternehmen gut gefüllt sind. Die Effekte hierdurch, wenn sie überhaupt bei den Kommunen ankommen - denkbar ist ja auch, dass sie durch Investitionen oder andere Vorgänge aufgezehrt werden -, stellen sich aber natürlich nicht sofort und auch keinesfalls sicher ein.

Wir müssen daher einen Weg suchen, wie wir uns wirkungsorientiert ein Bild davon verschaffen können, wie wir den Haushalt seiner Konsolidierung zuführen können und in welchen Schritten das in Köln erfolgen soll. Dabei müssen wir aber beachten, dass wir gleichzeitig einen Sanierungsstau im Bereich der Infrastruktur haben.

Anhand unserer Abschreibungs- und Rückstellungsquoten und -zahlen in den Haushalten ist heutzutage sehr genau festzustellen, in welcher Höhe wir jahresbezogen Mittel für die Entwicklung von Infrastruktur in dieser Stadt zur Verfügung stellen müssen. Deswegen können wir auch hier von der neuen Haushaltssystematik profitieren und unsere Entscheidungsvorgaben - das haben wir getan - stärker daran orientieren, wie die Infrastruktur in Köln in Zukunft aussehen kann und muss. Die Infrastruktur in Köln ist natürlich ein ständiges Thema. Herr Oberbürgermeister hat das schon gesagt.

Wenn man über einzelne Entscheidungen über Infrastrukturmaßnahmen spricht, wird meiner Meinung nach viel zu oft der Umstand verkannt, dass die Kommunen bedeutende Wirtschaftsakteure sind. Denken wir als Indikator zum Beispiel daran, dass in Köln im Jahre 2010 über ein Vergabevolumen von knapp einer halben Milliarde Euro entschieden wurde. Das heißt, zu sparen, ohne den Effekt auf die Wirtschaft in diesem Zusammenhang zu bedenken, wäre natürlich unklug.

Wie passen diese Entwicklungen aber mit dem zusammen, was wir im Moment auf dem Finanzmarkt in Bezug auf die Kommunalfinanzen und deren Finanzierung erkennen?

Ende letzter Woche konnte man der Presse entnehmen, dass die erste Kommune in Nordrhein-Westfalen, die kein akzeptiertes, anerkanntes Konsolidierungskonzept hat, keine Kredite mehr von einer Bank, der WL-Bank, bekam. Letztes Jahr haben wir in der öffentlichen Diskussion darüber gesprochen, dass eine andere der öffentlichen Finanzierung sehr nahestehende Bank, die KfW, überlegt hat, ob sie ein kommunales Rating einführen sollte, durch das die jeweilige Finanzsituation der einzelnen Kommune zu einem Zinsaufschlag führen könnte. Das - darüber sind wir uns einig - müssen wir mit aller Kraft verhindern.

Die Kommunalkredite sind weiterhin erforderlich, um auch in dieser für die Kommunen einnahme-

schwachen Zeit den ständigen Ausbau, die Fortentwicklung der Infrastruktur und die damit verbundenen notwendigen Investitionen zu finanzieren und zu sichern.

Urbanität sichern, Infrastruktur gewährleisten, Haushaltsausgleich herbeiführen: Dies könnte, wie gesagt, das Motto für diesen Haushalt sein; denn Urbanität, diese politische, soziale und kulturelle Dimension der modernen Stadt, ist in Köln zu Hause. Sie prägt nicht nur das Stadt-Umland-Verhältnis, sondern Köln hat als Stadt - sie ist vielleicht die einzige Stadt - seit der Antike durchgängig Bedeutung und ist durchgängig als Stadt strukturiert gewesen: als römische Festung, als freie Reichsstadt und als moderne Großstadt. Köln ist urbanes Zentrum und Prototyp der modernen Stadt - eine Tatsache, für deren Sichtbarmachung Sie, meine Damen und Herren, viel Geld zur Verfügung stellen.

Auch die Finanzbeschlüsse zur Sicherung der Schätze des Stadtarchivs waren durch diese Erkenntnis geprägt. Immerhin 97 Millionen Euro ist uns der Neubau des Archivs in den nächsten Jahren wert. Auf die Rettung und Wiederherstellung des Archivguts entfallen von 2009 bis 2013 noch einmal 80 Millionen Euro.

Der Rhein, die Ader der urbanen Entwicklung, fordert in vielerlei Hinsicht. Von den regelmäßigen Hochwasserschutzmaßnahmen möchte ich nicht sprechen, aber von der Verbindung eines in vielfacher Hinsicht historisch bedeutsamen Ortes mit der Schaffung des wunderbaren Boulevards: der Öffnung des Flusses für Besucher im Rechtsrheinischen.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Bravo!)

Dies wird uns - eine mögliche Landesförderung bereits berücksichtigt - rund 9 Millionen Euro wert sein.

Ist der Rhein die Ader der urbanen Entwicklung, so ist der Dom mit dem Baptisterium das Herz. Für den Dionysoshof haben wir für das kommende Haushaltsjahr 4,9 Millionen Euro veranschlagt. Dabei geht es hinsichtlich des Themas Urbanität um die Steine. Urbanität ist aber mehr: Urbanität heißt Kultur und Vielfalt als Anregung für die natürlichen und korporativen Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt und weit darüber hinaus. Durch die Entwicklungsperspektiven für das Opernquartier haben Sie sich auch dieser Aufgabe gestellt. Sie wird durch den Haushalt finanziert.

Neue Urbanität, die Fähigkeit einer in jeder Hinsicht nachhaltigen Stadt, in jedem Bereich die erforderlichen Prozesse ins Werk zu setzen, Entwicklungen machbar zu machen, wird an vielen Stellen des Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurfes finanziert: von der Bürgerbeteiligung mit 150 000 Euro über die Bezirksmittel mit 504 000 Euro und die Wirtschaftsförderung bis hin zum Jugend- oder Sozialetat.

Dabei stand und steht die Fortentwicklung der Infrastruktur in allen städtischen Bereichen - von der Bildung über die Vielfalt des wirtschaftlichen und sozialen Miteinanders bis zu den Bauwerken - im Vordergrund der Aufgaben - übrigens auch durch die erforderlichen Anteile an den Personalaufwendungen für Beratungs- und Betreuungsaufgaben. Im Mittelpunkt dieser unserer Aktivitäten steht der Mensch: als Einzelner wie in seiner nachbarschaftlichen Einbindung, als Einwohnerin und Einwohner wie als Wirtschaftsbürger.

Verlässlichkeit - Herr Oberbürgermeister hat es angesprochen - und Planungssicherheit gibt es nur mit stabilen Finanzen. Hier müssen wir immer bedenken: Der Kampf gegen die öffentliche Verschuldung ist ein Kampf um die Handlungsfähigkeit der Kommunen und damit eine Frage der Demokratie. Kommunen sind systemrelevant, weil sie besonders wichtige Akteure der Realwirtschaft und der Finanzwirtschaft sind. Besonders wichtig sind sie, weil kommunales Handeln immer das am unmittelbarsten spürbare Handeln ist - das bürgernahste.

Längst ist es nicht mehr so, dass die Stabilität der Kommunalfinanzen bei der Aufgabenfinanzierung nur von den lokalen Bedarfen, Erfordernissen, Einnahmen und Ausgaben abhängt. Durch zahlreiche Regulierungen und Standardsetzungen durch Bund und Land wurde bewirkt, dass die Steuerung des erforderlichen Aufwands nicht nur vor Ort erfolgt. Kurz gefasst: Auch Köln hat sich mit einem strukturellen Defizit auseinanderzusetzen.

Aufgabenerfüllung in Köln heißt eben auch: Wir tragen Zahllasten, die andere staatliche Ebenen - Bund, Land, Europa - veranlasst haben. Das kann dauerhaft durchaus zu Verbesserungen führen, muss es aber nicht und tut es selten kurzfristig jahresbezogen darstellbar.

Als „Bringer“ durch die Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft gelten etwa die Einrichtung des von der europäischen Ebene geforderten Einheitlichen Ansprechpartners als Lotse durch den Binnenmarkt, der schnelle und qualitativ ansprechende Ausbau der Betreuungsinfrastruktur in Zeiten knapper Fachkräfte, mit der erwarteten und prognostizierten positiven Wirkung auf die Wirtschaftskraft am Standort, oder der Anreiz,

der von einer neuen EU-Förderstrategie ausgeht, für die aber eine Kofinanzierung oder begleitende Maßnahmen vor Ort erforderlich sind.

Europa ist übrigens gerade in dieser Haushaltsperiode der Kommission den Kommunen sehr zugewandt. Ich darf das an diesem Punkt einflechten; alle schimpfen ja darauf, aber es hat durchaus kommunalrelevante sehr positive Aspekte. Durch die Strategie EU 2020 - Förderung von Infrastrukturentwicklung, Umsteuerung auf nachhaltiges Wirtschaften und Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung - werden förderungsrelevante Schwerpunkte für finanzwirtschaftlich nachhaltige Entwicklungen gesetzt - gerade für die kommunale Ebene.

Das strukturelle Defizit wirkt vor allem im Sozialbereich. Die Überbürdung der Kosten für gesamtgesellschaftliche Risiken auf die Kommunen, wo sie nicht hingehören, ohne angemessenen Ausgleich hat auch in Köln Auswirkungen. Neben dem bereits Benannten ist an die Notwendigkeit des LVR zur Umlagenerhöhung zu denken. Köln war davon mit rund 15 Millionen Euro betroffen. Aber auch durch den Rückzug der Bundes aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik - Stichwort: Gesetz zur Instrumentenreform - wird unser finanzielles Risiko vor Ort erhöht.

Auf diesen strukturellen Teil des Defizits hat die Stadt nur eingeschränkt Einfluss. Regelungen müssen im Bund gefunden werden. Die Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbseinschränkung ist ein positiver, wenn auch viel zu kleiner Schritt in diese Richtung.

Kein Zeichen konnte hingegen durch die Arbeit der Föderalismuskommission gesetzt werden. Sie hat zum Beispiel zum wiederholten Male lange über Standardreduzierungen diskutiert, aber leider keine Ergebnisse vorgelegt, sodass sich Köln gemeinsam mit anderen Großstädten auf die eigenen Kräfte stützen muss. Stichwort für diesen Prozess sind Benchmarks. Der Städtetag ist in verschiedenen Segmenten sehr aktiv, und wir erwarten natürlich auch wichtige Anhaltspunkte und Anregungen aus der Wirtschaftlichkeitsanalyse unseres Leistungsportfolios im Verhältnis zu dem anderer Großstädte durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen. Die überörtliche Wirtschaftlichkeitsprüfung findet im nächsten Jahr in Köln statt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Kölner Haushalt:

Der Stadtvorstand hat die Struktur und die Ursachen der defizitären Haushaltsentwicklung in mehreren Sitzungen sehr ausführlich behandelt. Er hat Konsequenzen gezogen und diese in einem ausführlichen Beschluss niedergelegt. Diesen Beschluss finden Sie auszugsweise in dem hier interessierenden Teil - übrigens im Vorbericht zum Haushalt abgedruckt, sodass Sie auch ihn nachlesen können. Nach der Darstellung der Haushaltsdaten werde ich noch einmal auf diesen Beschluss zurückkommen.

In guter Tradition werden Ihnen durch den vorliegenden Vorbericht zum Haushalt 2012 mit den ergänzenden Unterlagen die wesentlichen Daten in prägnanter Weise zur Verfügung gestellt. Daher werde ich mich im Folgenden auf einige wenige Ausführungen beschränken.

Zuerst möchte ich aber die Gelegenheit nutzen, mich bei allen zu bedanken, die an der Erstellung dieses Werkes beteiligt waren. Erlauben Sie mir, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen des Stadtvorstandes, Ihnen für die offene Debatte und konstruktive Zusammenarbeit zu danken. Ebenso möchte ich an dieser Stelle aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei meinen Dank und ein großes Lob aussprechen, die in diesem Jahr neben der Haushaltsaufstellung auch die Besonderheiten des Umstellungsprozesses auf den wirkungsorientierten Haushalt und die wirkungsorientierte Konsolidierung mitentwickelt haben. Ich sage „mitentwickelt“; denn es gibt nur wenige Beispiele, an denen wir uns orientieren können. Köln ist hier an der Spitze dieser Bewegung.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ohne dieses Engagement wären die heutige Haushaltseinbringung und die Vorbereitung der Beratungen nicht in der prägnanten Form möglich gewesen, die Sie nun vorfinden.

Zu den wesentlichen Daten:

(Folie 1)

Sie sehen, der Haushaltsplan 2012 enthält Erträge in Höhe von 3,31 Milliarden Euro und Aufwendungen in Höhe von 3,56 Milliarden Euro. Das geplante Defizit beläuft sich damit auf 252,37 Millionen Euro. Dies bedeutet, dass die Quote der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage 4,293 Prozent beträgt.

Die Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit betragen 873,64 Millionen Euro, die Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit belaufen sich auf 969,82 Millionen Euro. Es ist eine Kreditaufnahme für Investitionen in Höhe von 343,99 Millionen Euro vorgesehen. Alles in allem liegt die geplante Nettoneuverschuldung bei 253,52 Millionen Euro.

Dies bedeutet für uns: Der Haushalt ist nicht ausgeglichen. Dieses Schicksal teilen wir übrigens mit allen Mitgliedsstädten des Städtetags NRW. Keine Mitgliedsstadt des Städtetags NRW hat derzeit einen originär ausgeglichenen Haushalt.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Aber das ist doch keine Entschuldigung!)

Das zeigt, wie drängend und dramatisch die Situation geworden ist, die sich aus dem zeitweiligen Leugnen des strukturellen Defizits ergeben hat.

Ich entnahm der Stellungnahme des Städte- und Gemeindebunds, dass das eingetreten ist, was bisher schon befürchtet wurde, dass nämlich ein originärer Ausgleich im Jahr 2012 nicht erfolgen wird.

(Zuruf von der CDU)

- Darüber habe ich mit dem Kollegen Abrahams natürlich nicht telefoniert, sondern ich habe das erst einmal nur so zur Kenntnis genommen und hier vorgetragen.

Zurück zu Köln: Nach den Zahlen des Haushalts sind wir im Finanzplanungszeitraum, also bis 2012, nicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet, weil wir - ich erwähnte das am Anfang - die dafür relevante Fünfprozentquote der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage nur einmal - im letzten Jahr des Planungszeitraumes - erreichen werden.

Das ist unbefriedigend. Hier muss die Kämmerin ran. Dieser Aufgabe stellt sie sich auch, aber das kann sie nicht alleine bewältigen. Deswegen stellt sie sich dem in Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen, aber mehr noch natürlich mit Ihnen und auch mit der Stadtgesellschaft.

Die Ausgleichsrücklage ist bereits in 2011 aufgezehrt. Die allgemeine Rücklage reduziert sich in 2012 um den Fehlbetrag von 252,37 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden das Defizit kleinarbeiten. Mit dem heute eingebrachten Haushaltsentwurf bieten wir den Umstieg vom jahresbezogenen Kraftakt zum kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

Das von mir erwähnte Defizit liegt um gut 80 Millionen Euro über dem aus der Perspektive des Doppelhaushaltes 2010/2011 geplanten Defizits. Dies hat verschiedene Ursachen. Zwei davon liegen wesentlich im Bereich der äußeren Rahmenbedingen:

Wir konnten die verabredeten und vorgenommenen äußerst ambitionierten Einsparungen im personalwirtschaftlichen Bereich nicht mit den Erfordernissen stetiger Aufgabenerfüllung zusammenbringen. Daher musste ich die Kosten anpassen. Auf der Ertragsseite mussten wir im Finanzplanungszeitraum die planerischen Werte für die Gewerbesteuerentwicklung auf die Daten der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres herabsetzen.

Über diese Entwicklungen haben wir im Finanzausschuss der Stadt unterjährig natürlich regelmäßig gesprochen. Wir sind durch regelmäßige Berichterstattung dort auch - wenn auch noch auf gering differenzierter Basis - in das produktbezogene Konsolidierungscontrolling eingetreten. Das werden und müssen wir intensivieren und mit einer grundlegenden Aufgabenkritik verbinden.

Kommen wir zu den Entwicklungen der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen:

(Folie 2)

Auf der Folie wird gezeigt, dass der mit rund 344 Millionen Euro überdurchschnittlich hohe Kreditbedarf im Jahr 2012 auf mehrere Faktoren zurückzuführen ist. Ein Betrag von 172 Millionen Euro - im letzten Haushalt als Verpflichtungsermächtigung enthalten - entfällt auf die Finanzierung des Erwerbs von Finanzanlagen aufgrund der Neuordnung der Beteiligungen der Sparkasse KölnBonn im Zusammenhang mit dem Prüfverfahren der EU-Kommission.

Weitere Entwicklungen resultieren aus Veränderungen bei der Schulpauschale, aus Neuveranschlagungen beim Rheinboulevard, durch den Um- und Neubau der städtischen Sozialhäuser und durch die Feuerwehr, den Sportbereich und schließlich den Verkehrsbereich. Es wird deutlich, dass sich im Finanzplanungszeitraum zwar die Verbindlichkeiten erhöhen, dem aber Werte gegenüberstehen.

(Folie 3)

Besondere Aufmerksamkeit erfordert die bundesweit bedrohliche Entwicklung der Kassenkredite. Die Lage in Köln entnehmen Sie der Folie. Die zum Ausgleich des jahresbezogenen Liquiditätsdefizits erforderlichen Kassenkredite liegen im Haushaltsjahr 2010 - das ist das letzte, von dem wir sprechen können, weil 2011 ja noch nicht abgeschlossen ist - bei circa 225 Millionen Euro. Ich möchte darauf hinweisen, dass es sich hierbei um stichtagsbezogene Betrachtungen handelt, die sich auf den Bedarf an Kassenkrediten beschränken. Das ist nicht automatisch das-

selbe wie das Kassenergebnis zum jeweiligen Jahresende. Damit wird deutlich, dass auch in Köln in Bezug auf die Liquidität Handlungsbedarf besteht.

Stichwort Sanierungsbedarf. „Der Anfang ist die Hälfte des Ganzen“: Wenn wir uns, ermutigt durch Aristoteles, der Sanierung zuwenden - es darf nicht nur in die Vergangenheit geschaut werden, sondern man muss auch in die Zukunft gucken und einzelne Schritte wirkungsorientiert vorbereiten -, so lautet unsere erste Aufgabe, die Frage zu beantworten: Wie können wir ein Haushaltsdefizit von - modellhaft gerechnet; das ist kein konkretes Jahresergebnis - etwa 300 Millionen Euro jährlich reduzieren, sodass wir nur auf ein Volumen von etwa 150 Millionen Euro zusteuern können? Die Antwort darauf muss aus heutiger Perspektive lauten: Schritt für Schritt.

(Folie 4)

Das Konsolidierungsvolumen, auf das wir uns im Stadtvorstand verständigt haben, weil wir es für ein realistisches Sanierungsziel im Finanzplanungszeitraum halten, beträgt 150 Millionen Euro. In dieser Höhe sehen wir Handlungsmöglichkeiten durch die Verwaltung und den Rat dieser Stadt.

Wie wollen wir dieses Ergebnis erzielen? Wir müssen uns jahresbezogene Konsolidierungsvolumina setzen. Das haben wir in dem Beschluss des Stadtvorstandes getan. Für das Jahr 2013 zielen wir auf einen Effekt von 45 Millionen Euro, für das Jahr 2014 auf 40 Millionen Euro und für das Jahr 2015 auf 35 Millionen Euro.

Sie werden sagen: Das ist bei einem Haushalt von 3 Milliarden Euro wenig Geld. Darauf muss ich Ihnen aber erwidern: 175 Millionen Euro von 3 Milliarden Euro: Das ist zum Beispiel die bilanzielle Größe „Rückstellungsaufwand für Investitionen“. In dieser Größenordnung Erfolge zu erzielen, wird für uns sehr schwer sein, weil der Bereich, in dem wir kommunal handlungsfähig sind und einen echten Einfluss haben, sehr viel kleiner ist, als dies durch diese 3 Milliarden Euro - das ist das gesamte Haushaltsvolumen einschließlich der Transferleistungen - dargestellt wird.

45 Millionen Euro plus 40 Millionen Euro plus 35 Millionen Euro bedeutet eine weitere Konsolidierungssumme von 120 Millionen Euro im Finanzplanungszeitraum bis 2015. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel.

Der Stadtvorstand hat in dem bereits erwähnten Grundsatzbeschluss vom September dieses Jahres Aufgaben und Verfahrensgrundlagen beschlossen und sich einen Zeitrahmen gesetzt. Einzelheiten dazu finden Sie im Vorbericht. In den nächsten Wochen und Monaten werden wir diese Analysen in einen kontinuierlichen Prozess überführen und mit den Fachdezernaten produktbezogene Handlungsansätze entwickeln.

Sie wissen: Der Haushalt und der NKF sind produktbezogen aufgestellt. Eine entsprechende Liste des Produkthaushaltes der Stadt Köln ist Ihren Haushaltsunterlagen ebenfalls beigefügt.

Unser zeitlicher Rahmen für diese Umsetzungsschritte sieht folgendermaßen aus: Dies verläuft parallel zu Ihren Haushaltsberatungen, und es ist für mich unerlässlich, dass wir in einen angemessenen und direkten Kommunikationsprozess zwischen Kämmerin und Fraktionen eintreten. Noch vor der Verabschiedung des Haushaltes werde ich Ihnen mit Einverständnis des Herrn OB - so haben wir das im Stadtvorstand besprochen; das ist so verabredet - den Entwurf zu einem Haushaltsbegleitbeschluss vorlegen, in dem das im Vorbericht - Abschnitt C - skizzierte Verfahren zur Sanierung des Kölner Haushaltes weiter konkretisiert wird.

Das Vorgehen basiert, wie gesagt, auf unserem Katalog von knapp 200 - genau sind es 187 - Produkten und setzt eine umfangreiche gemeinsame Arbeit von Finanz-, Fach- und Organisationsverantwortlichen voraus, und dieser Prozess will organisiert sein. Wenn wir diesen mühevollen Weg erfolgreich gehen, werden wir deutliche Verbesserungen erzielen können, auch wenn das nur ein erster Schritt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen den Umstieg vom jahresbezogenen Kraftakt zum kontinuierlichen Verbesserungsprozess erreichen. Das ist mit diesem eben skizzierten Vorgehen möglich, wie auf der nächsten Grafik gezeigt wird.

(Folie 5)

Unser erstes Sanierungsziel ist die Vermeidung der Zwangskonsolidierung, das heißt, keine fünfprozentige Reduzierung der allgemeinen Rücklage in zwei aufeinanderfolgenden Jahren des Finanzplanungszeitraumes. Dieses Ziel können wir erreichen, wie durch die Grafik verdeutlicht wird. Auf der Folie werden die Effekte des Sanierungsbeschlusses des Stadtvorstands gezeigt. Sie sehen in dem großen durchgehenden Balken den Fehlbetrag vor dem Sanierungsbeschluss dargestellt, also in Fortschreibung des Haushaltsentwurfs. In den kleinen schraffierten Balken sehen Sie den Fehlbetrag nach dem Sanierungsbeschluss dargestellt.

Damit zusammenhängend werden wir das zweite Sanierungsziel, den Haushaltsausgleich herbeizuführen, anpacken. Dafür müssen wir auch den strukturellen Anteil am Defizit zurückführen. Erst dann, wenn wir dauerhaft schwarze Nullen schreiben und im Ergebnis ein Plus unter dem Strich erreichen, können wir das Eigenkapital rechnerisch wieder auffüllen.

Das oberste Ziel bei allem bleibt, das Vermögen der Kölner Bürgerinnen und Bürger zu schonen und womöglich zu mehren. In den vorstehenden Daten wird davon ausgegangen, dass sich weder bei der Gewerbesteuer noch bei den Erträgen nach dem GFG 2012 deutliche Verschlechterungen gegenüber dem derzeitigen Erkenntnisstand ergeben. Sollte dieser hoffentlich unwahrscheinliche Fall eintreten, muss der Sanierungskurs - das will ich hier nicht verhehlen - natürlich deutlich verschärft werden.

Zum Abschluss ganz kurz ein Ausblick: Unser ehrgeiziges Ziel, eine hervorragende Finanzratingposition, „Triple A“, mit einer hervorragenden Qualität der Infrastruktur für Zukunftsaufgaben, „Triple T“, zusammenzuführen, müssen wir angehen.

Technologie, Talente, Toleranz: Mit diesem Triple-T hat der US-amerikanische Ökonom Richard Florida in seiner 2002 erschienenen Analyse „The Rise of the Creative Class“ die Zukunftsfähigkeit von Städten auf den Punkt gebracht. Damit wird auch die Standortperspektive der Haushaltssanierung angesprochen. Es geht vor allem um die angemessene Infrastrukturentwicklung, zu der sowohl durch den Kernhaushalt als auch durch Beteiligungen finanzielle Beiträge geleistet werden.

Wie vermeiden wir ein „Zu viel - Zu schnell“ und ein „Zu wenig - Zu langsam“? Was wird durch den Kölner Haushalt getragen? Wie können die Beiträge von Kernhaushalt und Beteiligungen zur Gewährleistung der Infrastruktur optimal aufeinander abgestimmt werden?

Um diese Kernfragen beantworten zu können, ist eine gute und umfassende Analysearbeit Voraussetzung. Mehr noch: Gerade für die Gewährleistung der angemessenen Infrastrukturentwicklung ist die Entwicklung von Szenarien für den Sanierungszeitraum und darüber hinaus Voraussetzung.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat in einer Studie aus dem Jahr 2008 für den Zeitraum 2006 bis 2020 allein für die kommunale Ebene ein Finanzvolumen von 704 Milliarden Euro geschätzt. Was bedeutet das für Köln? Was bedeutet das für die Kölner Haushalte bis 2020 und darüber hinaus? Ich finde, das sind Kernfragen für eine nachhaltige Finanzaufstellung in Köln.

Das Deutsche Institut für Urbanistik wird gemeinsam mit dem finanzwissenschaftlichen Institut der Universität zu Köln das Projekt „Strategische Infrastrukturplanung und –finanzierung“ für Köln entwickeln, in dem die Erkenntnisse aus jener Studie auf den Standort Köln heruntergebrochen und im Rahmen von Tragfähigkeits- und Wirkungsanalysen die Finanzierungsperspektiven für die Stadt Köln entwickelt werden. Dabei versteht es sich von selbst, dass Infrastruktur in diesem Zusammenhang nicht nur die technisch-bauliche, sondern auch die soziale, Bildungs- und kulturelle Infrastruktur und jeglichen demografieinduzierten Anpassungsbedarf umfasst, was durch den Haushalt finanziert werden muss.

Hier werden die Erkenntnisse von Eröffnungsbilanz und Gesamtabschluss und die von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, getroffenen Grundsatzbeschlüsse zur urbanen Zukunft der Stadt einfließen. Wir beginnen mit der Vorstudie im November. Mit einem Workshop werden wir in diesen Aspekt nachhaltiger Finanzwirtschaft einsteigen.

Ich komme zum Schluss: Es liegen schwierige Aufgaben vor uns, und wir können sie nur im kritischen und konstruktiven Diskurs zwischen den Akteuren aus Verwaltung, Rat und Stadtgesellschaft bewältigen. Vor uns liegt die Aufgabe, ein auf langjährige Wirksamkeit gerichtetes Konzept gemeinsam zu entwickeln und in Maßnahmen zu überführen. Das ist ein forderndes Unterfangen; denn es wird starke Einschnitte mit sich bringen. Ich weiß mich mit Ihnen aber sicher, dass es der Mühe wert ist; denn es geht um die stetige Entwicklung dieser Stadt mit ihren Schwerpunkten in einer auch hinsichtlich der Finanzwirkungen nachhaltigen Weise. Dafür lohnt es, zu streiten.

Gefordert ist eine nachhaltige und wirkungsorientierte Sanierung der Stadtfinanzen, durch die die urbane Entwicklung, fachliche Notwendigkeiten und finanzielle Möglichkeiten austariert werden. Dabei sind viele Menschen mitzunehmen: in unserer Verwaltung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und in der Stadtgesellschaft.

Deswegen hat der Bürgerhaushaltsbeirat bereits Anfang dieses Jahres zeitgleich mit den Themen für den Bürgerhaushalt 2012 - „Wirtschaftsförderung“, „Kultur und Jugend“ - als Thema für den Bürgerhaushalt 2013 das Thema „Sanierung des Haushaltes“ gewählt, sodass wir gut vorbereitet mit der Stadtgesellschaft über die für die Umsetzung des Kölner Sanierungskonzeptes erforderlichen Maßnahmen debattieren und Sie, meine

sehr geehrten Damen und Herren Ratsmitglieder, die Ergebnisse der Konsultation bei Ihrer Entscheidung zum Haushalt 2013 berücksichtigen können.

Es kommt auf die Bereitschaft zu grundlegender Änderung und Konzentration auf das Wesentliche an. Eine Priorisierung ist unumgänglich. Der Einsatz der knappen Ressourcen ist dort erforderlich, wo sie für die gemeinsamen Ziele am wirksamsten eingesetzt werden.

Mut zum Handeln zahlt sich aus. Neues wagen? Natürlich! Ich halte es da als ehemalige Frankfurterin mit Goethe, der in seinen „Zahmen Xenien“ formulierte:

> Jeder Weg zum rechten Zwecke - Ist
> auch recht in jeder Strecke.

Lassen Sie uns gemeinsam aufbrechen! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Stadtkämmerin.

Bevor wir jetzt gleich zum allgemeinen Teil unserer Tagesordnung kommen, müssen wir noch einen Beschluss fassen. Der Beschluss heißt: „Der Rat nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2012 mit ihren Anlagen nach den Grundreden des Oberbürgermeisters und der Stadtkämmerin entgegen und verweist ihn zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss“. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist er so angenommen. - Vielen Dank.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt A) 2 auf:

**2 Haushaltsplan-Entwurf 2012 Festsetzung der bezirksbezogenen Haushalts-mittel nach § 37 Abs. 3 GO Nordrhein-Westfalen 2471/2011**

Auch hier stellt sich die Frage: Wer ist gegen die Festsetzung, wie sie in der Beschlussvorlage formuliert worden ist? Ich bitte um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Enthaltung bei der Fraktion pro Köln. Damit ist auch dies so angenommen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Entschuldigung, Herr Roters, ich habe noch eine Frage zu A) 2. Ich habe mit Herrn Mohr ein Vorgespräch zu Tagesordnungspunkt A) 2 geführt. Er hat hinsichtlich der bezirksorientierten Mittel gesagt, dass dies inklusive unseres Änderungsantrags in die laufende Haushaltsberatung überwiesen wird.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, dem ist so.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Kann ich den Beschluss so verstehen?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Gut, danke.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen nun zum Allgemeinen Teil:

**B) Allgemeiner Teil**

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17.1 auf, der nach vorne gezogen worden ist:

**17.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Wiederwahl des Beigeordneten für Planen, Bauen und Verkehr“ AN/1388 /2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann, kommen Sie bitte nach vorne.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Es wird doch ohne Aussprache gewählt! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt doch keine Aussprache!)

- Es ist geklärt, dass es nicht untersagt ist, zu sprechen. Das heißt, ich kann ihm das Wort nicht verbieten. Sie können also reden, Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man kommt ja immer mehr ins Staunen. Hier liegt ein Antrag vor, und selbstverständlich darf auch die Opposition zu einem Antrag sprechen.

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Normalerweise ist das ja guter Brauch. Ich bin froh, dass hier das Recht durch eine Räson gesiegt hat und wir sprechen dürfen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Wir haben vor der Sommerpause einen Antrag zur Kenntnis nehmen müssen. Den haben wir so verstanden, dass der Rat jetzt auf Antrag einer Partei beschließen soll, dass ein Spitzenbeamter bei der turnusmäßigen Wahl eines Spitzenbeamten, eines sogenannten Wahlbeamten, durch die Annahme eines Antrags schon gewählt ist. Das finde ich sehr komisch. Das wäre in etwa so, als wenn wir hier schon beschließen würden, wie die Wähler bei der Kommunalwahl abzustimmen haben.

Eine Wahl ist für mich eine Wahl. Wir wählen hier einen Beigeordneten, einen Vertreter des Oberbürgermeisters, den Chef einer Planungsbehörde, einer Genehmigungsbehörde, der nur dem Recht und dem Gesetz verantwortlich ist, und ich gehe davon aus, dass das einem parteipolitischen Kalkül entzogen ist und dass dieser Spitzenbeamte, wenn er mit dem Bürger zu tun hat, ausschließlich fachlich und nicht nach parteipolitischen Kriterien entscheidet. Das ist unsere Forderung, die wir hier haben, und davon lassen wir auch nicht ab.

Heute ist es wohl so, dass wir hier diesen Dezernenten, den Beigeordneten, den Vertreter des Oberbürgermeisters in irgendeiner Form mit einem Vertrauensvotum versehen sollen. Ich frage mich ganz ehrlich: Können wir das guten Gewissens tun? Im Bereich von Stadtplanung, im Bereich von Bauen, im Bereich von Verkehr: Können wir hier angesichts des Baustellenchaos, das wir in Köln haben, sagen: „Weiter so!“? Können wir über das Baudesaster, das wir mit dem Archiveinsturz und einem U-Bahn-Desaster erlebt haben, hinweggehen? Wir wissen heute nicht, in welchem finanziellen Chaos das enden wird. Wir schweben hier vollkommen im freien Raum herum. Können wir hier einem solchen Spitzenbeamten das Vertrauen geben, oder müssen wir sagen: Wir brauchen in Köln einen Neuanfang, einen Fachmann, eine exzellente Kraft, die diese Stadt voranbringt?

Ich nenne Ihnen nur einmal ein Beispiel, das vielleicht nicht sehr bekannt ist. Es geht um das Kölner Höhenkonzept. Wir wollen in Köln unsere Baudenkmäler schützen. Auf breite Initiative des Altbürgermeisters Burger hin - das haben wir auch unterstützt - hat man hier ein Höhenkonzept beschlossen. Die Bürger dachten: Gut, unsere Stadt ist geschützt, unsere Sehenswürdigkeiten - die Kirche Sankt Gereon, die Kirche Sankt Andreas - werden von Großinvestoren nicht vollkommen zugebaut, die sagen: Lasst uns alles hier bitte zwanzig Stockwerke hoch bauen. - Wir haben stattdessen auf Vorschlag des Baudezernenten Streitbergers, des angeblichen CDU-Manns, ein Höhenkonzept beschlossen.

Was war aber? Das Gericht hat hier eingreifen müssen, damit man zu seinem Recht kam. Als die Bauinvestoren wieder über das Ziel hinausschießen wollten, hat man sie gewähren lassen. Erst die Gerichte konnten dies stoppen.

Wir brauchen in unserer schönen Stadt, die viel zu bieten hat, einen Dezernenten, der auch Autorität hat. Wir brauchen niemanden, der zu irgendeiner Partei gehört und aufgrund irgendwelcher Einflüsterungen irgendetwas genehmigt oder nicht genehmigt. Ich glaube, das nennt man in Köln Klüngel. Dafür sind wir bekannt.

Sollten wir an dieser Stelle heute nicht sagen: Wir wünschen einen Stadtbaumeister, der einen gewissen Rang hat? Wir wollen unsere Architektur immer mit der Architektur von New York und von London vergleichen. Und was machen wir? Es wird ein popeliger Antrag einer Partei gestellt, die sagt: Das ist unser Dezernent. - Herr Roters, wie stellen Sie sich das vor? Soll jetzt jede Fraktion hier gewisse Posten nach der prozentualen Quote bei der Kommunalwahl für sich beantragen?

Ich erwarte hier Fachlichkeit, und ich erwarte, dass bestimmte Bereiche der Verwaltung gewissen politischen Begehrlichkeiten entzogen sind und dass hier nach Recht und Gesetz entschieden wird.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Kommen Sie bitte zum Ende. Wir haben kein Interesse daran, weiterhin Ihre herabsetzenden Worte zu hören.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben eine Geschäftsordnung!)

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Natürlich komme ich zum Ende. - Die Bevölkerung hat aber ein Interesse daran und einen Anspruch darauf, dass hier nicht noch irgendein Haus einstürzt. Ich kenne es sonst nur aus Bananenrepubliken, dass Bauwerke einkrachen.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Natürlich. - Ich muss Ihnen sagen: Wir haben hier zum Ausdruck gebracht, dass wir das ablehnen werden.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Kommen Sie bitte zum Ende.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Wir hoffen, dass Sie sich hier jetzt entsprechend besinnen. - In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen jetzt zum Beschlussvorschlag „Wiederwahl des Beigeordneten für Planen, Bauen und Verkehr“; der Beschlussvorschlag liegt Ihnen vor.

Dann stimmen wir ab. Wer für diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Enthaltungen bei den Linken. Damit ist der Beschluss so angenommen, und wir haben einen neuen Beigeordneten. Die Verlängerung seiner Wahl, die Wiederwahl, ist gegeben.

(Beifall - Beigeordneter Bernd Streitberger nimmt die Glückwünsche von Ratsmitgliedern der Fraktionen der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen, der CDU, der FDP und Die Linke.Köln entgegen - Blumensträuße werden überreicht)

Ich darf Ihnen noch einmal ganz herzlich gratulieren.

Herr Beigeordneter Streitberger, Sie nehmen die Wahl an?

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Sie haben es in Ihrer Frage ja schon vorweggenommen, Herr Oberbürgermeister: Ich nehme die Wahl an.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gut, vielen Dank. Ich wünsche weiterhin gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP)

Vielen Dank für das große Vertrauen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 1:

**1 Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt 1.1:

**1.1 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch kriminelle Jugendgangs“ AN/1839/2011**

Herr Wiener, bitte schön.

**Markus Wiener** (pro Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer auf der Besuchertribüne! Die Fraktion pro Köln hat heute diese Aktuelle Stunde zu einem sehr wichtigen, drängenden Thema beantragt, und zwar zu dem Thema „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch kriminelle Jugendgangs“. Insbesondere geht es natürlich um die Gefährdung unserer Kinder an den Schulen, auf dem Weg zur Schule und auf dem Weg von der Schule nach Hause durch gewaltbereite kriminelle Jugendgangs.

Das ist ein Thema, das permanent drängend ist und, so denke ich, fast alle hier in der Stadt betrifft - zumindest alle Familien, die eigene Kinder haben und zur Schule schicken. Dieses Thema bereitet vielen schlaflose Nächte, und es gibt natürlich auch einen aktuellen Anlass dafür, dass die Fraktion pro Köln der Ansicht war, dass dieses Thema heute hier in Form einer Aktuellen Stunde beraten werden sollte.

Ich denke, die meisten von Ihnen haben die Presseberichterstattung über diesen wirklich erschütternden Vorfall an einem Niehler Gymnasium mitbekommen. Ich möchte an dieser Stelle - ausnahmsweise möchte ich sagen - einmal aus dem *Kölner Express* zitieren:

> Sie kamen zu siebst, forderten Handys, dann schlugen sie zu. In Niehl hat eine Jugendbande sechs Schüler überfallen. Hauptopfer Timur (13) erzählt. „Es war gegen 12.45 Uhr, wir waren auf dem Spielplatz am Erich-Kästner-Gymnasium, hatten Freistunde“, so der Achtklässler zum EXPRESS.
>
> Plötzlich betraten die sieben Jungs - fünf Schwarze und zwei Weiße (etwa 15 bis 16) - das Gelände. „Sie waren ge-

kleidet wie eine Gang. Sie traten sehr fordernd auf.“ Die Täter sagen: „Gebt uns ein Handy, wir müssen mit einem Kumpel telefonieren“. Die sechs Jugendlichen behaupten, sie hätten keins. Da wird die Gang handgreiflich.

Sie nehmen ihnen ein iPod und ein Handy ab.

Als sich einer zur Wehr setzt, wird er brutal zusammengeschlagen - und das auf einem offiziellen Schulgelände während der Unterrichtszeit bzw. in einer Freistunde, in einer Pausenzeit.

Das ist doch ein Thema, das uns alle interessieren müsste. Deswegen bin ich doch sehr überrascht, dass es viele Politiker der CDU, der SPD und der Grünen anscheinend nicht interessiert. Ich wäre als Elternteil sehr besorgt über solche Parteien, die dieses Thema offensichtlich nicht interessiert, nur weil es von der - in Anführungszeichen - verkehrten Partei auf die Tagesordnung gebracht wird.

Ich bitte Sie herzlich: Bei so einem Thema kann es doch nicht aufs Parteibuch ankommen, bei so einem Thema geht es um die Sache. Wir sind hier in der Pflicht, etwas für unsere Kinder und für die Sicherheit hier in Köln zu unternehmen.

(Beifall bei pro Köln)

Es kann nicht angehen, dass wir in dieser Stadt - wie natürlich auch bundesweit - den Trend haben, dass Kinder vermehrt in eine Ganztagsschule gehen, dass die Kinder also noch mehr Zeit an den Schulen verbringen, während die Sicherheitslage für die Kinder an den Schulen und auf dem Hin- und auf dem Nachhauseweg immer schlechter wird.

Das war doch kein Einzelfall. Das kommt in Köln doch ständig vor. Es hat doch sogar schon Tote gegeben. Muss man denn erst immer warten, bis es schlimmer und schlimmer wird, bevor die Altparteien hier endlich etwas vorwärtsbringen und auch einmal geeignete Schritte ergreifen? Das ist doch der Grund dafür, warum unsere nonkonforme Bürgerbewegung hier in Köln so stark ist. Wir haben uns nämlich die Themen Recht, Ordnung und Sicherheit für alle Bürger auf die Fahnen geschrieben, weil diese von den etablierten Parteien zu wenig bearbeitet werden. Deswegen gibt es doch pro Köln, und deswegen haben wir diese Aktuelle Stunde hier durchgesetzt.

Wir würden uns wirklich wünschen, dass sich das manche auch zu Herzen nehmen und dass der Herr Oberbürgermeister dieses Thema zur Chefsache macht. Das ist keine Aufgabe für nachgeordnete Stellen, das ist keine Aufgabe für die - sozusagen - Beamten an der Front. Das muss auch zur Chefsache gemacht werden. Hier muss mit geeigneten Mitteln und Konzepten von oben entgegengearbeitet werden.

Ich sage auch ganz konkret: Man muss hier hinsichtlich möglicher Lösungen in alle Richtungen offen sein. So gibt es zum Beispiel an Berliner Schulen natürlich auch bauliche Einrichtungen, sodass man schulfremde Personen vom Betreten des Schulgeländes wirklich wirksam abhalten kann. Es gibt zum Beispiel auch Ordnungskräfte, die an Brennpunktschulen oder gefährdeten Schulen ein Auge auf das Geschehen haben und solche Zwischenfälle verhindern.

Es geht auch darum, dass man die Lehrer fit macht, in solchen Situationen richtig zu reagieren. Die Lehrkräfte müssen fit gemacht werden, Zivilcourage zu zeigen, um solche Zwischenfälle in Zukunft zu verhindern. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir dieses Thema heute hier im Rat behandeln.

Ich komme zum Ende; meine Redezeit ist vorbei. - Es gäbe noch viel zu sagen, und es gibt noch viel zu tun. Deswegen beantragen wir, dass dieses Thema in den Schulausschuss verwiesen und dort weiter behandelt wird, um Konzepte dafür erarbeiten zu können, dass in Zukunft wirksam gegen solche Zwischenfälle vorgegangen werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann wird die Sache zur weiteren Bearbeitung an den zuständigen Fachausschuss überwiesen. - Ich sehe Ihre Zustimmung. Dann ist das so geschehen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2:

**2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1 auf:

**2.1 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig**
**hier: Spende in Höhe von 20 000 Euro zur Verwendung für den „Langen Donnerstag im Museum Ludwig von der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West**
**3465/2011**

Ich darf bei dieser Gelegenheit auf eine technische Angelegenheit hinweisen.

Sie haben sicherlich schon gesehen, dass Sie zu den heutigen Vorlagen ein Beschlussdokument neuer Art vorliegen haben. Ich hatte Ihnen bereits mitgeteilt, dass sich das Layout der Vorlagen aufgrund der Einführung unserer neuen Sitzungssoftware Session so verändert hat, dass die Felder für die Mitteilungen der Vorberatungsergebnisse zurzeit nicht mehr zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde testen wir die Weitergabe der Vorberatungsergebnisse mithilfe des Beschlusslaufdokuments, in dem dann die Beschlüsse und Abstimmungsergebnisse aus den jeweiligen Gremien aufgeführt werden.

Das ist auf der einen Seite eine Verbesserung für alle Ratsmitglieder,

(Ursula Gärtner [CDU]: Nein!)

da so die Vorberatungen der Vorlage nachvollziehbar sind. Dies ist ein erster Schritt.

(Ursula Gärtner [CDU]: Ja, toll!)

Es gibt vonseiten der Verwaltung aber auch noch Überlegungen, wie die schnelle Erkennbarkeit gerade bei komplizierten und langwierigen Verfahrensverläufen besser erreicht werden kann und in welchem Umfang es möglich ist, das bisherige Verfahren mit dem Ankreuzen damit zu kombinieren. Ich glaube, das ist für die schnelle Lesbarkeit und die schnelle Orientierung vorteilhaft.

Das andere hat aber den Vorteil, dass man nicht immer in großem Umfang auf die entsprechenden Anlagen zurückgreifen muss.

Soweit meine Erklärung dazu. Wir werden die Dokumentenvorlage also noch weiter optimieren.

Wir stimmen über die Schenkung für das Museum Ludwig ab. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist sie angenommen.

Tagesordnungspunkt 2.2:

**2.2 Annahme einer Schenkung an das Kölnische Stadtmuseum**
**hier: Schenkung von 100 Werken des Künstlers Gerd Baukhage und 100 Werken anderer bedeutender Künstler durch Frau Dr. Maria Theresia Baukhage-Solbach**
**2787/2011**

Es handelt sich um eine sehr prominente und sehr bedeutende Spende. Der Wert der Schenkung liegt bei 2,5 Millionen Euro. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist die Schenkung so angenommen. Ich möchte Frau Dr. Maria Theresia Baukhage-Solbach als Schenkerin sehr herzlich Dank dafür aussprechen.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt 2.3:

**2.3 Schenkung von sechs Löschgruppenfahrzeugen (LF) und vier Dekontaminationsmehrzweckfahrzeugen (DMF) des Bundes für die Freiwillige Feuerwehr Köln**

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Historische Fahrzeuge?)

- Sie sind noch brauchbar. - Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Nein.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist auch diese Schenkung angenommen. Wir bedanken uns bei dem zuständigen Bundesminister.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

**3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt 3.1:

**3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt 3.1.1:

**3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Städtische Wohnungsbauförderung“**
**AN/1724/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke**
**AN/1832/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion**
**AN/1843/2011**

Dazu gibt es Änderungs- und Zusatzanträge der Fraktion Die Linke und der CDU-Fraktion.

Wir beginnen mit Herrn Paetzold, bitte.

**Michael Paetzold** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln tut gut. Das wissen nicht nur wir Kölner, sondern das hat sich offensichtlich auch in dieser Republik herumgesprochen. Jedenfalls sind wir eine der wenigen Metropolen in Deutschland, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch wachsen werden. Und das ist gut so.

In Köln zu leben, heißt aber auch, in Köln zu wohnen, und genau hier beginnen die Probleme. Um die Neu- und Altkölner mit gut gefülltem Bankkonto müssen wir uns die wenigsten Sorgen machen. Für sie findet sich schon etwas Passendes, auch wenn Wohnungsmieten mit dem Beinamen „10 Euro pro Quadratmeter“ nicht von Pappe sind.

Solche Mieten können sich die meisten Kölner Bürgerinnen und Bürger aber nicht leisten. Das Dach über dem Kopf ist kein Luxusartikel, sondern es ist ein Grundrecht, und die Bereitstellung von angemessenem und bezahlbarem Wohnraum gehört unabdingbar zu der Daseinsvorsorge, die eine Stadt ihren Bürgerinnen und Bürgern nun einmal schuldet.

Damit sind wir beim Thema des sozialen Wohnungsbaus. Dass wir es hier nicht mit einem Randgruppenproblem zu tun haben, sagt uns unser Amt für Stadtentwicklung und Statistik. 45 bis 50 Prozent aller Kölner Haushalte haben rein rechnerisch einen Anspruch auf eine geförderte Mietwohnung. In absoluten Zahlen bedeutet das: mehr als 265 000 Haushalte.

Damit wird die Sache wirklich kritisch; denn hier laufen zwei Dinge diametral auseinander: zum einen die Zahl der Anspruchsberechtigten für eine geförderte Mietwohnung - Sie haben die Zahl noch im Kopf; die Tendenz ist steigend -, zum anderen die Zahl der vorhandenen geförderten Wohnungen, deren Tendenz fallend ist. Das rechne ich Ihnen gerne vor.

1990 hatten wir noch 105 000 solcher Wohnungen im Bestand. Das waren immerhin 22 Prozent des Gesamtwohnungsbestandes. 2010 waren es noch 42 630 Wohnungen. Das macht einen Anteil von 7,85 Prozent des Wohnungsbestandes aus. Durch den planmäßigen Ablauf von Sozialbindungen wird der Bestand weiter sinken, wenn wir nichts tun.

Diese Erkenntnis hatte der Rat der Stadt Köln bereits im Dezember 2005. Schon damals haben wir das Ziel formuliert, dass pro Jahr tausend geförderte Wohnungen neu gebaut werden müssen. 1 000 Wohnungen klingt relativ viel, 1 000 Wohnungen reichen aber gerade, um den Bestand geförderter Wohnungen bei 7,85 Prozent des Bestandes zu halten - also gerade einmal den Istzustand.

Auch dieses Ziel haben wir in den letzten Jahren regelmäßig verfehlt, unter anderem, weil das Land trotz aller Anstrengungen kaum mehr als 650 Wohnungen in Köln fördern kann.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Nein, nein, nein!)

- Sie dürfen ja gleich, Herr Klipper; das ist kein Problem.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Wir werden auch noch kommen!)

- Wir sind hier gerade richtig: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, erlauben Sie mir noch eine Anmerkung zu Ihrem Änderungsantrag: Da Sie jetzt fordern, dass die Landesregierung den Fördertopf für den sozialen Wohnungsbau bei der NRW-Bank mit Landesmitteln auf 1 Milliarde Euro aufstockt, sollten Sie sich bitte kurzfristig daran erinnern, wer denn gegen den Landeshaushalt geklagt hat.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Der war doch verfassungswidrig!)

- Denken Sie noch einmal darüber nach.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Leider muss Ihnen der Verfassungsrichter das sagen!)

- Ich freue mich sehr über Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall von Martin Börschel [SPD] und Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Weil es aber eben nun einmal so ist, wie es ist - es sind nur 650 Wohnungen -, legen wir Ihnen heute unseren Antrag vor und bitten Sie um Ihre Zustimmung.

Wir schlagen Ihnen vor, wieder in die kommunale Wohnungsbauförderung der Stadt Köln einzusteigen und an alte, erfolgreiche Kölner Traditionen anzuknüpfen. Konkret schlagen wir Ihnen vor, den Ratsbeschluss von 2005 endlich umzusetzen und den Bau von 1 000 Sozialwohnungen pro Jahr zu realisieren.

Für den Fall, dass die Landes- und Bundesmittel aufgebraucht sind, schlagen wir vor, mit städtischen Fördermitteln einzusteigen, bis die Zielzahl von 1 000 Wohnungen erreicht ist. Investoren dafür stehen bereit; das sagt die Verwaltung.

Das gibt es natürlich nicht umsonst. Selbstverständlich müssen wir für diesen Wiedereinstieg

in die Wohnungsbauförderung Geld in die Hand nehmen, und zwar nicht ganz wenig.

Um circa 35 Millionen Euro an Förderdarlehen vergeben zu können - das ist die Summe, die wir wohl brauchen werden -, müssten wir in den ersten beiden Jahren 1,63 Millionen Euro investieren. Ab dem dritten Jahr würde sich die Summe durch Zinszahlungen, Tilgung usw. auf circa 920 000 Euro reduzieren. Das ist immer noch ein stolzer Betrag.

Wenn Sie jetzt zaudern, so viel Geld für den sozialen Wohnungsbau in die Hand zu nehmen, dann nenne ich Ihnen ein paar andere Argumente:

Betrachten Sie das Ganze doch als ein großes Investitionsprogramm. Fachleute rechnen uns vor, dass durch Fördermittel in Höhe von 1 Euro Investitionen von 8 Euro auslöst werden. Durch 35 Millionen Euro werden also 280 Millionen Euro an Investitionen ausgelöst, von denen sicher ein guter Anteil auch bei der hiesigen mittelständischen Wirtschaft hängenbleiben wird.

Oder Sie betrachten es als anständiges Beschäftigungsprogramm: Durch den Bau einer Wohnung werden statistisch gesehen zwei Facharbeiter ein Jahr lang in Arbeit gehalten.

Oder Sie denken an den Erhalt bzw. an die Steigerung der Kaufkraft der Menschen in dieser Stadt: Wer eine Miete zahlt, die er sich leisten kann, der hat einfach mehr Geld im Portemonnaie, das er dann hier in Köln auch ausgeben kann.

Das Wichtigste bleibt aber - damit komme ich auch zum Schluss -, dass es uns dauerhaft gelingen muss, einen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle Kölnerinnen und Kölner zu schaffen.

Der von uns vorgeschlagene Wiedereinstieg in die kommunale Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist ein wichtiger Schritt dahin. Ich bitte Sie deshalb sehr herzlich um Ihre Zustimmung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Houben, bitte, zur Geschäftsordnung.

**Reinhard Houben** (FDP)**:** Herr Oberbürgermeister, ich bitte herzlich darum, dass die Kämmerin bei diesem Tagesordnungspunkt anwesend ist. Es geht um 35 Millionen Euro, die wir zusätzlich pro Jahr ausgeben wollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich gehe davon aus, dass - ich bin nicht so gut im Kopfrechnen -, wenn wir das beschließen würden, wir über die 5-Prozent-Hürde kämen, die eben im Vortrag der Kämmerin dargestellt worden ist. Deswegen wäre es sinnvoll, wenn Sie das zur Kenntnis und dazu Stellung nehmen würde. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ihrem Petitum ist Folge geleistet worden. Wir kommen jetzt zu Herrn Helling.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Entschuldigung, meine Information war eine andere.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich sehe auch nicht mehr so gut wie früher.

(Heiterkeit)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das verstehe ich nicht so ganz, aber gut.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Das habe ich nicht böse gemeint.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Beschauen wir uns die Situation in Köln genau. Ich will hier nichts schwarz malen. Wir haben sicherlich keinen Wohnungsnotstand wie Mitte der 90er-Jahre. Man könnte meinen, ihn beobachten zu können, Herr Paetzold, wenn Sie sagen, wie dramatisch die preisgebundenen öffentlichen Wohnungsbestände zurückgegangen sind. Das stimmt. Aber ich möchte trotzdem sagen: Wir haben natürlich im freifinanzierten Wohnungsbau bei Genossenschaftswohnungen, großen Siedlungsbaugesellschaften noch sehr viel preisgünstigen Bestand. Aber er nimmt ab. Wenn wir uns anschauen, wie es in anderen großen Kommunen, in anderen Ballungszentren und vor allen Dingen, Herr Petzold - das ist völlig richtig -, in prosperierenden Städten ist, dann stellen wir fest, dass wir da überall den gleichen Trend zu verzeichnen haben. Und dieser Trend heißt: Zurück in die Stadt. Darüber freuen wir uns auch alle, weil sozusagen die Freiräume geschont werden, die Zersiedelung gestoppt wird. Aber wir haben natürlich in

der Stadt knappe Flächen, und knappe Flächen bedeuten hohe Preise. Hohe Preise wirken sich natürlich auf die Mietkosten aus. Die Leute, die nicht so viel Geld haben, ziehen dann den Kürzeren.

Ich weiß nicht, ob das hier bekannt ist: Beispielsweise Hamburg, München und Frankfurt machen bereits seit Jahren wieder kommunale Spitzenfinanzierung. Und wir haben das in Köln bis Ende der 90er-Jahre eigentlich auch gemacht. Das haben wir damals kritisiert, weil es hauptsächlich für Tiefgaragen ausgegeben wurde. Aber ich komme gleich darauf zu sprechen, warum wir heute eine kommunale Spitzenfinanzierung dringend brauchen.

Herr Paetzold hat bereits gesagt, wir müssen die Zielzahl steigern. Aber in unserem Antrag steht ja noch mehr. Wir können es uns nicht leisten, sozialen Wohnungsbau nur da anzusiedeln, wo die Grundstückspreise niedrig sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist aus städtebaulicher Sicht unverantwortlich. Warum? - Weil wir damit die soziale Entmischung befördern, Segregation befördern. Wir stigmatisieren ganze Stadtbezirke und Stadtteile, wenn wir die preiswerten, gebundenen Wohnungsangebote nur da vorhalten. Das wiederum bedeutet aber, nicht nur die kommunalen Grundstücke müssen rabattiert werden, sondern derjenige, der Grund und Boden besitzt, der höherpreisig ist, kann, wenn wir eine kommunale Spitzenfinanzierung haben, zusätzlich bezuschusst werden.

Das nächste Problem, warum Frankfurt, München, Hamburg so etwas machen, ist der gehobene Anspruch an die Qualität. Das sind einerseits die Investitionen in energetisches Bauen - das ist sehr viel teurer, hebt die Kostenmiete -, und andererseits ist es die Forderung nach barrierefreiem Bauen. Das heißt, die Standards für die Wohnungen werden immer höher. Wir sind aber mit dem gleichen Kostendeckel versehen. Dass das nicht gehen kann, liegt eigentlich auf der Hand. Das ist der Sinn der Kofinanzierung in Ballungsräumen. Warum nur in Ballungsräumen? - Wir haben in anderen Gebieten, wo wir einen demografischen Rückgang haben, genügend preiswerten Wohnungsraum und müssen uns mit diesen Dingen nicht herumschlagen.

Was ich damit sagen will: Wir müssen den Teufel nicht an die Wand malen, aber wir müssen frühzeitig vorbauen, damit es nicht zu einer Wohnungsnot kommt, wie wir sie Mitte der 90er-Jahre hatten.

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht so, dass uns nicht alles Mögliche eingefallen wäre, bevor wir zu der kommunalen Spitzenfinanzierung kommen. Wir haben uns in den letzten Jahren eine ganze Reihe wohnungspolitischer Instrumente überlegt, zum Beispiel - ich habe es gerade angesprochen - die Rabattierung öffentlicher Grundstücke. Der neugewählte Baudezernent wird bestätigen, dass wir immer wieder städtebauliche Verträge auch mit privaten Eigentümern machen, die sich dann freiwillig verpflichten. Ich hätte gerne, dass das Modell „sozialgerechte Bodennutzung“ im Zusammenhang mit dem strategischen Flächenmanagementkonzept im Rat beschlossen ist. Wir haben bereits eine ganze Reihe von Instrumenten eingesetzt, um das zu erreichen, aber es reicht noch nicht aus. Immer dann, wenn man Ziele mit Instrumenten, die vorliegen, nicht erreicht, muss man sich über neue Instrumente unterhalten. Wohlgemerkt: Wir reden von einer Darlehensfinanzierung und nicht von festen Zuschüssen. Herr Paetzold hat, was die 35 Millionen € angeht, von vergünstigten Krediten, die natürlich revolvierend sind, gesprochen, nicht von 35 Millionen € im Jahr.

Ich möchte zwei, drei Sachen zu den Änderungsanträgen der Kolleginnen und Kollegen der CDU und der Linken sagen.

Die Linke ist ja immer da, wenn es darum geht, noch weiter zu springen. Da ist sie immer an vorderster Front. Sie haben ja schon an der Reaktion von Herrn Houben gemerkt, dass es angesichts des städtischen Haushalts ein anspruchsvoller Antrag ist, der legitimiert werden muss. Deshalb sage ich: Wenn wir ausgerechnet haben, dass wir 1.000 dringend brauchen, dann sollten wir nicht, weil die Linke immer gerne vorne an der Spitze steht, daraus 1.300 machen.

Das zweite ist: Herr Detjen, die sozialgerechte Bodennutzung haben wir im Jahre 2006 beschlossen. 2007 haben wir ein Expertengespräch geführt. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept. Dieses Konzept wird im Zusammenhang mit dem strategischen Flächenmanagement vorgelegt. Das hat Herr Streitberger in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses gesagt. Aber es ist natürlich klar, dass Sie das heute wollen, damit Sie dann sagen: Und die Linken sind auf die tolle Idee mit der sozialgerechten Bodennutzung gekommen.

(Martin Börschel [SPD]: Glaubt Ihnen keiner!)

Das ist billig. Das machen wir untereinander eigentlich auch nicht. Lassen Sie das einfach bleiben!

Zum CDU-Antrag: Natürlich hätten wir gerne mehr Geld von der Landesregierung und auch vom Bund. Viel wichtiger ist aber, Herr Klipper, dass im Land erkannt wird, dass die Städte in unterschiedlichen Situationen sind und dass bei uns 5,80 € oder 6 € auch noch preiswerter Wohnungsbau bei Neubau sind, wir das aber nicht dürfen. Das ist ein Handicap. Die Rahmenbedingungen für die Förderung sind sehr strikt. Wir wünschen uns in erster Linie eine Flexibilisierung und einen großzügigeren Umgang mit den Mietobergrenzen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Moritz. - Frau Gärtner!

**Ursula Gärtner** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung hat kürzlich den eben schon angesprochenen Bericht über den Wohnungsbau in Köln vorgelegt. Dieser Bericht hat bestätigt, was sich auch aus der Sicht der CDU-Fraktion schon seit einer Weile abzeichnet: In Köln besteht Handlungsbedarf. Damit enden aber auch schon unsere Gemeinsamkeiten mit SPD und Grünen zu diesem Thema.

Mit dem nun vorgelegten Antrag vertuschen Sie nämlich, dass die rot-grüne Landesregierung aus dem überparteilichen wohnungsbaupolitischen Konsens der früheren Jahre ausgestiegen ist und die Mittel für die soziale Wohnraumförderung drastisch gekürzt hat.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sind doch viel zu klug für das, was Sie sagen!)

Ihr Parteivorsitzender, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, hat zu allem Überfluss auch noch diese Kürzungen im Landtag unter Hinweis auf fehlende Finanzmittel verteidigt und für die SPD eine Anhebung auf das Niveau der Vorjahre - übrigens aus den Zeiten der CDU- und FDP-Regierung - abgelehnt.

(Zuruf von der CDU: Gibt es ja gar nicht! - Weiterer Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Dies entlarvt das Gesicht rot-grüner Politik.

(Beifall bei der CDU)

Sie geben sich sozial mit Worten, aber Ihre Taten zeigen genau das Gegenteil.

Nun stellen Sie die Forderung auf, die ausgefallenen Landesmittel durch städtische Mittel zu ersetzen. Sonst werden Sie nicht müde, die ernste finanzielle Lage der Stadt zu beklagen und Hilfe von Land und Bund, der übrigens schon zugunsten der Kommunen tätig geworden ist, zu fordern.

Die städtische Kämmerin hat gerade die schwierige finanzielle Lage der Stadt dargelegt. Uns würde interessieren, wie Sie und die Antragsteller - das hat Herr Houben eben auch gefragt - ein städtisches Wohnungsbauprogramm im Haushalt unterbringen wollen. Oder sollte es gar nicht erst zustande kommen? Dann wäre Ihr Antrag reine Augenwischerei. Für uns jedenfalls steht fest: Es ist finanziell nicht zu verantworten, gekürzte Landesmittel durch städtische Mittel zu ersetzen. Das ist mit der finanziellen Lage der Stadt unvereinbar. Da machen wir nicht mit!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dennoch dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen. Deshalb fordern wir ein seriöses Programm, das mit den vorhandenen Ressourcen der Stadt umsetzbar ist. Die Stadt ist im Besitz nicht unbeträchtlicher Liegenschaften. Diese Ressourcen dürfen wir nicht brachliegen lassen, sondern wir sollten sie nutzen, um auch einkommensschwächeren Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, Wohnungseigentum zu bilden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf die Idee ist noch keiner gekommen!)

Wir möchten, dass die Stadt vermehrt preisgünstige Grundstücke verkauft und weitere Baugebiete für diesen Zweck ausweist.

(Martin Börschel [SPD]: Gut, dass es die CDU gibt! Darauf ist noch keiner gekommen!)

Wir treten dafür ein, dass möglichst viele Menschen auch in Bezug auf das Wohnen auf Dauer von staatlichen Transferleistungen unabhängig werden. Eigene vier Wände vermitteln ein ganz anderes Lebensgefühl und eine viel stärkere Identifikation mit der Stadt, in der man lebt, als das dauerhafte Verbleiben in einer staatlich subventionierten Wohnung.

(Beifall bei der CDU)

Köln übt auf viele Menschen eine große Attraktivität aus. Wir wollen ihnen aber auch ermöglichen, sich hier anzusiedeln. Vor allem junge Familien weichen jedoch oft ins Umland aus, weil sie es sich nicht leisten können, in Köln ein Haus

zu bauen oder eine Eigentumswohnung zu kaufen. Dem müssen wir entgegenwirken.

Für die weiteren Planungen benötigen wir auch solide Eckdaten. Daher muss die Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen forciert werden. Unter Berücksichtigung des demografischen Wandels brauchen wir nicht nur Aussagen zum Gesamtbedarf, sondern auch zum Bedarf besonderer Zielgruppen. Hier sind insbesondere Seniorinnen und Senioren, Familien, behinderte Menschen und Studentinnen und Studenten zu nennen. Die Ergebnisse brauchen wir möglichst schnell, aber darauf können wir nicht untätig warten.

Der Antrag von SPD und Grünen weist jedoch den falschen Weg. Daher lehnen wir ihn ab.

Auch den Änderungsantrag der Linken lehnen wir ab. Stattdessen fordern wir die Landesregierung auf, umgehend die Landesförderung wieder auf das frühere Niveau von mindestens 1 Milliarde € anzuheben, und die Stadtverwaltung fordern wir auf, den Verkauf preiswerter Grundstücke zu forcieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Gärtner. - Wir kommen zu Frau Hoyer. Bitte schön.

**Katja Hoyer** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich stelle fest: Es herrscht Einigkeit im Hause, dass es in Köln in der Tat zu wenig preiswerten Wohnraum gibt. Die Zahl von 1.000 geförderten Wohnungen pro Jahr ist gewiss eine Messlatte, an der es sich zu orientieren gilt. Diese Messlatte haben wir - das hat Frau Gärtner bereits ausgeführt - unter der schwarz-gelben Landesregierung erstmals überspringen können. Wir haben sie überspringen können, weil CDU und FDP für den öffentlichen Wohnungsbau Mittel in Höhe von 1 Milliarde € zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall bei der FDP)

Damit Sie auch einmal die Zahlen hören und nicht nur allgemein „Kürzungen“: Unter der jetzigen rot-grünen Landesregierung werden wir die Messlatte reißen, weil die Förderung bei nur noch 800 Millionen € liegt, also 200 Millionen € Miese.

(Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht wissen, welch ein Aufschrei es in diesem Rat gegeben hätte, wenn es diese drastischen Kürzungen von CDU- und FDP-Seite gegeben hätte: sozialer Kahlschlag, Abschied vom öffentlich geförderten Wohnungsbau etc. - das wären die Vorwürfe von Grünen und SPD gewesen. Heute lesen wir in der Begründung zum Antrag - ich zitiere -:

> Das neue Wohnbauförderungsprogramm NRW orientiert sich an den gegenwärtigen finanziellen Möglichkeiten des Landes.

Meine Damen und Herren, als ich diesen Satz gelesen habe, habe ich gedacht, es wäre sehr schön, wenn sich SPD und Grüne im Kölner Rat diesen Satz zu Herzen nehmen und sich mit ihrem Antrag zur städtischen Wohnungsbauförderung ebenfalls an den gegenwärtigen finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt orientieren würden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist aber leider nicht der Fall. Ganz im Gegenteil: Die von Ihnen skizzierte städtische Wohnungsbauförderung belastet den städtischen Haushalt massiv. Interessanterweise tauchen in dem vorliegenden Antrag gar keine konkreten Zahlen auf. Vielleicht würde das den geneigten Leser ja erschrecken. Aber nichtsdestotrotz wissen wir aus einer Mitteilung für den Sozialausschuss: Um jährlich 1.000 Wohnungen zu errichten, benötigt die Stadt 100 Millionen €. Vom Land bekommt sie ca. 65 Millionen €. Es bleibt ein Fehlbetrag von 35 Millionen €.

(Karl-Jürgen Klipper (CDU): Jährlich!)

Um diesen Fehlbetrag auszugleichen, soll sich die Stadt als Bank betätigen und potentiellen Investoren jährlich 35 Millionen € zur Verfügung stellen. Ich möchte noch einmal betonen: Diese 35 Millionen € sind keine einmalige Ausgabe. Sie kehrt immer wieder, alle Jahre wieder. Kritische Nachfragen, wie die Stadt das finanzieren will, werden mit dem Hinweis abgetan, es handele sich ja nur um ein Darlehen. Darüber hinaus sei der Zinssatz momentan so niedrig. Und durch die spätere Einnahme von Zinsen und Tilgung werde alles sehr viel günstiger. Aber alles schöne Reden hilft nichts. Ein städtisches Wohnungsbauprogramm bedeutet eine enorme finanzielle Belastung für unsere Stadt. Wenn ich die Reden von Oberbürgermeister und Kämmerin richtig verstanden habe, dann können wir diese finanzielle Belastung im Moment überhaupt nicht gebrauchen.

(Beifall bei der FDP)

Wir befinden uns in einer schwierigen Haushaltslage. Da gilt es - O-Ton Oberbürgermeister Roters -, die Aufgaben zu reduzieren. Frau Kämmerin hat darauf hingewiesen, dass wir uns einem Aufgabenkritikprozess stellen müssen. Eine kommunale Wohnungsbauförderung ist aber nun das glatte Gegenteil von Aufgabenabbau und Aufgabenreduzierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, ich weiß, Sie sind genau wie wir in großer Sorge, weil es in Köln nicht genügend Wohnungen gibt. Sie haben gemeinsam mit uns die Landesregierung aufgefordert, die Kürzung der Mittel zurückzunehmen. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber leider konnten Sie sich in Ihren Landtagsfraktionen nicht durchsetzen. Die Schlussfolgerung, die Sie daraus ziehen, ist falsch. Wir hier in Köln können nicht alles ausgleichen, was in Düsseldorf gekürzt worden ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, bei aller berechtigten Sorge um die Situation auf dem Kölner Wohnungsmarkt, dürfen wir bei der Suche nach Lösungen nicht die wirtschaftliche Vernunft außer Acht lassen. Und die wirtschaftlichen Folgen des vorgelegten Antrages von SPD und Grünen bewerten wir als so negativ, dass wir diesen Antrag ablehnen werden.

Zum Antrag der Linken lässt sich Folgendes sagen: Wenn man schon beim Antrag von Rot und Grün ins Verzweifeln kommen kann, dann legen die Linken immer noch eine Schippe oben drauf. Also werden wir den natürlich ebenfalls ablehnen.

Dem CDU-Antrag werden wir als FDP-Fraktion zustimmen, weil wir in die gleiche Richtung wie Frau Gärtner argumentieren, nämlich zu sagen, dass wir bei der wohnungspolitischen Misere, vor der wir bestimmt stehen, erst einmal die vorhandenen Ressourcen in Köln nutzen sollten. - Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Hoyer. - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir werten diese Anträge als eine Form der Öffentlichkeitsarbeit. Sie appellieren ja immer an Dritte, irgendetwas zu tun. Ich finde, wir sollten hier unsere Hausaufgaben machen. Wir sollten darüber reden, wie wir die Wohnkosten in Köln nicht noch weiter erhöhen. Ein Riesenproblem in Köln bezüglich der Wohnkosten sind die Nebenkosten. Daran hat die Stadt einen ganz enormen Anteil, indem sie Gebühren immer mehr und mehr erhöht, und die Leute müssen das tragen.

Jetzt haben Sie berechtigterweise festgestellt, dass es in Köln zu wenig Wohnraum gibt. Da muss man die Frage stellen: Warum ist das so eskaliert? - Das ist deshalb eskaliert, weil Sie unter anderem hier beschlossen haben, Asylbewerber in geförderten Wohnungen unterzubringen. Darum ist in diesem Niedrigmietsegment natürlich ein enormer Mangel entstanden. Für die Einheimischen gibt es dort keine Wohnungen mehr. Wenn Sie nun weiterhin diese Wohnungen in dem preiswerten Segment anbieten, dann werden Sie genug Leute aus Nordafrika haben, die hier herkommen, die die Stadt Köln dort unterbringt, und die Kölner Bürger sollen das alles bezahlen.

Das ist die Wahrheit. Das, was Sie hier machen, sind Resolutionen an Dritte. Da beschuldigt der eine den anderen, dass ein Dritter irgendetwas tun soll. Das ist vollkommen am Thema vorbei. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Herrn Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Linke hat bereits im März dieses Jahres im Zusammenhang mit einem CDU/FDP-Antrag zur Wohnraumförderung einen Änderungsantrag eingebracht, dass wir die Lücke zwischen 1.000 zu fördernden Wohnungen und nicht ausreichenden Landesmitteln in einem eigenen kommunalen Kölner Wohnungsbauprogramm schließen sollten. SPD und Grüne baten darum, den Punkt zurückzustellen, weil sie noch Beratungsbedarf hatten. Das haben wir dann auch getan, weil es uns um die Sache geht, nämlich um ein kommunales Wohnungsbauprogramm. Insofern freuen wir uns, dass SPD und Grüne dieses Programm jetzt vorgelegt haben. Es ist nur schade, Frau Moritz - darauf hatte ich Sie angesprochen -, wir hätten gerne an der Entwicklung des Antrages mitgewirkt. Das war leider nicht möglich. Unsererseits hat es ein Diskussionsangebot gegeben. Wir haben aber trotzdem in der Zwischenzeit weiterdiskutiert und sind zu der Auffassung gelangt, dass die 1.000 Wohnungen nicht reichen,

um ein weiteres Absinken der Sozialbindung zu verhindern.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Faktisch, Herr Klipper, sieht das die Verwaltung auch so, wenn sie in einer Mitteilung vom 22. September davon spricht, dass eine jährliche Neubeschaffung von 1.350 Wohnungen nötig sei, um eine Mietpreis- und Belegungsbindung in der jetzigen Höhe von nur 7,85 % zu halten. Die Zahl 1.350 kommt nicht aus dem Orkus, sondern von der Verwaltung, an der wir uns orientiert haben. Deshalb stellen wir diesen Antrag, dies als Zielzahl zu definieren.

Auch das, meine Damen und Herren, ist immer noch gering, wenn wir auf die 10 % der Wohnungen kommen wollen, die eine Sozialbindung haben sollten. Der Kölner Mieterverein, der Kollege Franz Corneth - meines Wissens Mitglied der CDU -, fordert sogar 2.000 geförderte Wohnungen, was ich sogar ganz gut finde. Aber wir haben uns in unseren Positionen etwas maßvoll gehalten und uns mehr an der Verwaltung orientiert. Das vielleicht zu dem Problem, wie viele geförderte Wohnungen man kaufen kann oder nicht kaufen kann oder bauen sollte.

Uns wundert, dass Rot-Grün den Dialog mit sozialen Akteuren nicht gesucht hat, um etwas zu entwickeln, nämlich eine mobilisierende Zahl, wo wir sagen, gemeinsam entwickeln wir das, zum Beispiel mit den Genossenschaften in Köln, die eine wichtige Funktion haben.

Wir befürchten sogar, dass Ihre Politik dazu führt, dass wir noch nicht einmal die 1.000 neuen Wohnungen gebaut bekommen. Wir wollen neue weitere Wohnungen, Frau Moritz, und das Geld nur in Ausnahmefällen für den Ankauf von Mietpreis- und Belegungsrechten für bereits gebaute Wohnungen ausgeben. Im Übrigen, meine Damen und Herren von SPD und Grüne, spielt diese Frage des Ankaufs von Sozialbindungen in der Kölner Praxis eigentlich keine große Rolle. Deswegen verstehen wir gar nicht, warum Sie das in Ihrem Antrag so ausführlich drin haben

Nun zu dem Argument der CDU: Köln ist eine der letzten Städte, die ein kommunales Wohnungsbauprogramm auflegen. Wenn Sie sich Ihre CSU in München anguckten, dann würden Sie vor Neid erblassen, welche konstruktive Politik die in München in Sachen Wohnungspolitik machen.

(Karl-Jürgen Klipper (CDU): 13 €! - Weitere Zurufe von der CDU!)

- Die CSU hat gewisse soziale Züge, die Sie, meine Damen und Herren von der CDU, überhaupt nicht haben. Das ist doch das Phänomen.

(Beifall bei der Linken.Köln - Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist nicht die entscheidende Frage, ob wir 1.000 Wohnungen oder 1.350 Wohnungen bauen, sondern die entscheidende Frage ist: Haben wir die Grundstücke, dass wir überhaupt mehr Wohnungen bauen können? Das ist die entscheidende Frage. Und, Frau Moritz, da wäre uns ein bisschen mehr Tempo in Sachen sozialgerechte Bodennutzung wichtig. Da muss man nicht auf die Bremser der CDU hören, die bei der ganzen Angelegenheit sowieso nicht mitmachen werden, sondern wir müssen eine konstruktive Politik in dieser Sache entwickeln. Das ist das Entscheidende, um weiterzukommen, und nicht, indem man einfach verzagt. Lasst uns gucken, dass wir in dieses kommunale Wohnungsbauprogramm Drive hineinbekommen, dass Akteure mitziehen. Das sind auch private Akteure, weil man nämlich als privater Akteur am sozial geförderten Wohnungsbau verdienen kann. Und die Genossenschaften werden wir auch mitnehmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Detjen. - Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ich erstens aus dieser Debatte lerne, ist, dass die Linke die CSU als neues Leitbild für sich entdeckt hat. Viel Spaß dabei. Wir werden sehen, wo das endet.

Ich habe mich aber eigentlich gemeldet, um mich an die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP zu richten. Frau Hoyer und Frau Gärtner, ich schätze Sie viel zu sehr,

(Zurufe von der CDU und der FDP)

als dass Sie wirklich guten Gewissens hier so viel Volksverdummung betreiben könnten, ohne dabei rot zu werden. Darauf will ich natürlich unbedingt eingehen.

(Karsten Möring [CDU]: Dass Sie nicht rot werden!)

- Dass Sie nicht rot werden, Herr Möring, kann ich für das Protokoll gerne bestätigen. Da haben Sie recht. Das habe ich schon mehrfach erlebt.

Ich komme nicht umhin, zumindest ein Grundprinzip der Wohnungsbauförderung des Landes zu erklären, was übrigens Schwarz-Gelb, Rot-Grün, Rot alleine, Schwarz-Rot, wer auch immer, nie geändert hat. Das Prinzip der Wohnungsbauförderung ist das eines revolvierenden Fonds. Vereinfacht ausgedrückt: Es kann nur ausgeschüttet werden, was auch reinkommt, im Regelfall eben durch Rückzahlungen aus anderen Darlehen. Dieses Prinzip des revolvierenden Fonds gibt es seit langer Zeit. Das hat sich weder durch Rot-Grün noch durch Schwarz-Gelb geändert. Das ist die erste Grundlage, die von entscheidender Bedeutung ist. Man kann also nur ausgeben, was reinkommt.

Ab jetzt wird es problematisch: Schwarz-Gelb hat nämlich das Wfa-Vermögen - übrigens gegen den erbitterten Widerstand von SPD und Grüne im Landtag von Nordrhein-Westfalen - in die NRW.BANK integriert und damit den allgemeinen scharfen Anforderungen des Kapitalmarkts unterworfen. Das bedeutet, dass ein Gutteil des Vermögens, das eigentlich für die Wohnungsbauförderung zur Verfügung stehen sollte, jetzt dazu verwandt werden muss, um Eigenkapitalregeln der Finanzmärkte zu unterstützen, wodurch Geld bei der NRW.BANK gebunden wird, was nur deswegen gebunden wird, weil eben Eigenkapitalanforderungen dagegen stehen, die es vorher nicht gegeben hat. Das heißt, diese absolute Fehlentscheidung von Schwarz-Gelb im Land gegen Rot-Grün hat dazu geführt, dass ein Teil des Wohnungsbauvermögens sozusagen zweckentfremdet anderweitig gebunden wird. Das ist die erste Aussage dazu.

Zweitens. Sie haben, offensichtlich um Wahlgeschenke zu verteilen, in den Jahren 2009 und 2010 noch mal eben kurz vor Toresschluss mehr als die 1 Milliarde € an Wohnungsbaudarlehen und Wohnungsbauförderung ausgekehrt, übrigens zu einer ganz besonders hohen Quote für Einfamilienhäuser im Münsterland, in der Eifel, alles für Wahlgeschenke, die gegen jede demografische Entwicklung und jede vernünftige sozialgerechte Förderung von öffentlich geförderten Wohnungsbau gemacht wurden, nur um die Wiederwahl von Schwarz-Gelb im Land zu retten, was zum Glück falsch gewesen ist. Das heißt, damit haben Sie ein weiteres Mal, weil wir die Prinzipien des revolvierenden Fonds haben, sträflich, fahrlässig und vorsätzlich die zur Verfügung stehende Summe reduziert, indem Sie vor der letzten Landtagswahl mehr als 1 Milliarde € ausgegeben haben, sodass jetzt nach der Landtagswahl weniger zur Verfügung steht. Die NRW.BANK hat die alte Landesregierung noch 2009 darauf hingewiesen, dass, wenn es mit dem, was Sie unter der Regierung Rüttgers/Pinkwart in Düsseldorf veranstaltet haben, so weitergeht, wir im Jahre 2015 - die Zahl habe ich nicht ganz genau im Kopf -, weil der Fonds in der Summe eben weniger wird, nur noch etwas über 600 Millionen € zur Verfügung gehabt hätten. Damit musste Schluss gemacht werden. Deswegen hat die jetzigen Landesregierung gesagt: Die Summe von 800 Millionen € ist nach den beiden grundlegenden Fehlentscheidungen von Schwarz-Gelb diejenige, unter der man wenigstens eine lineare Förderung weiter darstellen kann. Die Summe von 800 Millionen € garantiert, dass sich der Fonds nicht weiter aufzehrt. Jede höhere Summe würde dafür sorgen, dass er sich aufzehrt. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Was Sie machen, ist Diffamierung und Volksverdummung. Das kann man deswegen so nicht stehen lassen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich noch auf ein Risiko hinweisen: In diese Summe eingerechnet ist auch die Wohnungsbauförderung des Bundes. Darauf ist bereits vorhin andeutungsweise hingewiesen worden. Wenn der Bund, was immer wieder in der Debatte ist, tatsächlich vorhätte, seine Mittel zu reduzieren und aus diesen Förderungen herauszunehmen, würde sich die Wohnungsbauförderung in Nordrhein-Westfalen ein weiteres Mal reduzieren. Daran trüge dann Schwarz-Gelb im Bund, solange sie noch regieren, die Schuld und die Verantwortung. Auch das hört zur Wahrheit dazu.

Ein allerletztes - das hat eben bei den Repliken von CDU und FDP überhaupt keine Rolle mehr gespielt -: Wenn wir hier wieder in eine kommunale Wohnungsbauförderung eintreten, dann reden wir sicher darüber, dass wir hier auch Masse haben wollen - ich sage das ganz bewusst -, dass wir auf die Zahl 1.000 kommen wollen. Aber das ist nicht das einzige Ziel, sondern wir haben bei der Schaffung einer kommunalen Wohnungsbauförderung auch die Möglichkeit, uns, was die Förderbedingungen angeht, eigene Regularien zu geben,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat keiner von denen verstanden!)

dafür zu sorgen, dass man nicht konzentriert, dass man Mischung schafft, dass man in dieser Stadt eine ordentliche Verteilung schafft. Diesen Anspruch hatten Sie noch nie. Rot-Grün hat ihn aber, und deswegen ist der Antrag richtig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Börschel. - Herr Klipper.

**Karl-Jürgen Klipper** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Paetzold, auf so viel Falsches, was Sie dargestellt haben, will ich gar nicht eingehen. Sie mögen ja in Ihrem Bereich ganz gut sein, aber gehen Sie mal, was die Zahlen betrifft, in die Lehre.

(Martin Börschel [SPD]: Das sagt er immer, wenn er nicht weiter weiß!)

Wenn Sie sagen, dass, wenn man 35 Millionen € pro Jahr machen will, es ab 2015 Kosten von weniger als 1 Million € verursachen würde, dann müssen Sie sich einmal überlegen, dass die 35 Millionen € jedes Jahr auftauchen, sodass Sie dann im Jahre 2015 bei einer Kreditsumme von ungefähr 150 Millionen € sind. Sie sagen, dass bei der Differenz von 0,5 Verwaltungshaushalt und 0,5 Zinsen und bei einem Marktzins von 4,7 % Kosten von unter 1 Million € entstehen. Herr Paetzold, lernen Sie erst mal, und dann kommen Sie zurück.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Unverschämtheit!)

Lassen Sie mich ein bisschen ernster an das Problem herangehen. Die SPD-Fraktion hat eine Haushaltsklausurtagung gehabt. Gegenüber der Presse haben Sie ganz klar zum Ausdruck gebracht, wo die Schwerpunkte sind. Die Schwerpunkte lagen in den Kommunalfinanzen, in der Bildung und in den Kindergärten. Ich glaube, das waren die drei Bereiche.

(Martin Börschel [SPD]: Das sind doch Kommunalfinanzen! Erst lernen, dann können Sie wiederkommen!)

- Augenblick, Herr Börschel, seien Sie nicht so nervös. Ich antworte Ihnen ja. Ich habe Sie ja vorhin auch in Ruhe gelassen. Seien Sie nicht so nervös.

(Martin Börschel [SPD]: Da muss schon ein anderer kommen!)

Sie kommen damit, den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Öffentlich geförderter Wohnungsbau ist auf Ihrer Agenda überhaupt nicht zu erkennen. Das steht bei Ihnen gar nicht drauf.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch Kommunalfinanzierung!)

Die drei Bereiche, die ich genannt habe, werden gefördert. Dafür werden die Mittel ausgedehnt. Alle anderen müssen mit Kürzungen auskommen. Das ist Ihre Art von sozialem Wohnungsbau für das ganze Land.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr habt das ausgegliedert in die NRW.BANK!)

- Das ist doch schon im Landtag gesagt worden, Herr Börschel. Die Erträge, die dabei herauskommen, benutzen Sie zur Finanzierung der ganzen Sache.

Sie sagten vorhin, das sei eine langfristige Angelegenheit. Ich erinnere an die Mitteilung, die im Sozialausschuss verteilt wurde. Ich habe mir diese sehr genau durchgelesen. Da wurde gesagt: Es macht nur was aus, wenn Sie eine langfristige Finanzierung dieser Art machen. - München hat mittlerweile davon ungefähr 600 Millionen € ausgegeben. Das heißt, wenn Sie das zehn Jahre - da nehme ich Sie beim Wort, Frau Kämmerin - machen wollen, also bis zum Jahr 2021, wo die Konsolidierung beginnen soll, dann müssen Sie 350 Millionen € auf den Tisch legen. Sagen Sie mal, wie das vor dem Hintergrund des Szenarios, was der Oberbürgermeister und Frau Klug dargestellt haben, finanziert werden soll. Ich habe das einmal ausgerechnet: Ab dem Jahr 2018 haben Sie nach diesem Modell, das Sie hier dargestellt haben, Kosten von 10 Millionen € im Haushalt zu verkraften, und zwar in der Ergebnisrechnung. Meiner Meinung nach ist das vollkommen illusorisch. Sie gehen dabei von einem Grundprinzip ab, das bereits eben gesagt worden ist, dass wir nicht für fehlende Mittel vom Land eintreten können. Wenn das so sein soll, dann hätten Sie die NRW.BANK mit zusätzlichen Mittel ausstatten können. Dann hätte die 1 Milliarde € wieder zur Verfügung gestellt werden können. Das wäre die richtige Entscheidung gewesen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Herr Börschel, Sie haben mit dem alten Kämmerer von hier einen Haushalt vorgelegt. Da mussten Sie sich in Münster in zwei Verfahren sagen lassen, dass das verfassungswidrig ist. Und schon sind Sie zurückgedackelt. Das zeigt, wer Ahnung hat, jedenfalls nicht der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte nicht im Einzelnen auf die Punkte eingehen. Frau Gärtner und Frau Hoyer haben das perfekt gemacht; Sie haben alles gesagt.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich die Kämmerin aus der Vorlage zum Stadtvorstand vom 1. September 2011 zitieren:

> Vor dem finanziellen Hintergrund der Stadt ist es insbesondere unter finanzwirtschaftlichen Aspekten nicht möglich, dass, wie in der Vergangenheit geschehen, die Stadt sofort in die Bresche springt, wenn sich Bund oder Land aus einzelnen Bereichen zurückziehen, so zum Beispiel bei Bauförderung. Diese Spielräume bestehen nicht. Sofern Gesetze Versorgungquoten etc. vorsehen, sollten diese das Maß der Dinge darstellen.

Das ist der Wortlaut der Kämmerin zum Haushalt und zu Ihrem Antrag. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Helling, bitte.

**Ossi Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die Argumente der Vorredner eingehen.

Die Art und Weise des Kollegen Klipper kennen wir bereits. Das ist eine Dauerplatte. Kollege Klipper, seit 15 Jahren polemisieren Sie hier in diesem Rat gegen alle Formen von sozialer Wohnbauförderung. Sie beharren darauf, dass nicht eine Objektförderung, sondern eine Subjektförderung gemacht wird. Das wiederholen Sie ununterbrochen. Diese Platte haben Sie auch heute wieder aufgelegt, und zwar mit Argumenten, die uns allen schon aus den Ohren herauskommen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Zum Landeshaushalt und zu den Landesförderprogramen, dass es um Darlehensprogramme geht, die auf die Arbeit der Kämmerin Auswirkungen zeigen würden, ist auch schon Etliches gesagt worden. Das brauche ich nicht zu wiederholen.

Ich wollte noch zwei Punkte anführen. Das erste ist: Gerade ist der Kämmerin unterstellt worden, sie hätte im Grunde genommen ein Veto gegen diesen Beschluss einlegen müssen. Wenn Sie die Rede der Kämmerin verfolgt hätten, dann wüssten Sie, dass sie einen Begriff sehr zentral in den Mittelpunkt gerückt hat, nämlich „neue Urbanität“.

(Lachen bei pro Köln)

Beispielsweise heißt es auf Seite 6 unter „neuer Urbanität“, dass wir natürlich Bürgerbeteiligung, Wirtschaftsförderung fördern und den Jugend- und Sozialetat stabilisieren müssen. Dabei geht es um die Fortentwicklung der Infrastruktur für die Bürger der Stadt Köln. Hier haben wir ein Grundproblem der Bürger der Stadt Köln, nämlich normaler bezahlbarer Wohnraum. Das ist eine Existenzfrage für weit mehr als 500.000 Menschen in dieser Stadt. Sie wollen doch nicht ernsthaft behaupten, dass Sie für diese Menschen, die in einer schwierigen Lage sind, haushaltsmäßig nichts mehr tun wollen. Es geht darum, was die Kämmerin gesagt hat. Eine Aufgabenkritik kann ja auch an einzelnen Punkten eine Aufgabenzuspitzung bedeuten. Insofern ist es eine Zukunftsherausforderung für die Stadt Köln, mit diesem kommunalen Wohnbauprogramm anzufangen.

Drittens. Sie haben - insbesondere die CDU, weniger die FDP - gesagt, dass man natürlich kommunal etwas machen muss, dass man einsteigen muss in die Eigentumsförderung unter anderem für sozial Schwache. Meine Damen und Herren von CDU und FDP, wie wollen Sie das denn finanzieren? Das ist eine reine Form von Subventionierung. Sie wollen Bauland, das zu Marktpreisen normalerweise von der Stadt verkauft wird, für Eigenheime abgeben und das hochgradig subventionieren. Mit welchen Haushaltsmitteln wollen Sie das machen, wenn Sie uns vorher verbieten wollen, den sozialen Wohnungsbau neu aufzulegen? Das möchte ich gerne wissen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Houben.

**Reinhard Houben** (FDP): Herr Börschel, ich finde, für uns hier im Rat ist entscheidend, was jetzt ist. Die aktuelle Landesregierung hat eine Entscheidung gefällt, und wir gehen von 800 Millionen € aus. Die Zahlen sind ja ausgetauscht. Vor dem Hintergrund möchte ich noch einmal die Kämmerin fragen: Halten Sie es für verantwortlich, dass wir jedes Jahr 35 Millionen € über mindestens zehn Jahre in ein solches Projekt reinstecken? Erste Frage.

Zweite Frage: Halten Sie sich - es sieht ja im Moment so aus, dass dieser Antrag von SPD

und Grüne mehrheitlich beschlossen wird - an diesen Antrag auch dann, wenn das Land, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr 800 Millionen €, sondern aus vielleicht durchaus nachvollziehbaren ökonomischen Gründen weniger als 800 Millionen € im Jahr ausschütten kann? Halten Sie sich dann auch noch an diese Vorgabe von 1.000 Wohnungen, was natürlich im Umkehrschluss langfristig bedeuten würde, dass wir pro Jahr nicht mehr mit 35 Millionen € auskämen, sondern mit einem höheren Betrag?

Ich danke Ihnen ausdrücklich, Herr Börschel, dass Sie hier heute in diesem Rat das erste Mal zugegeben haben, dass die öffentliche Hand durchaus wirtschaftlichen und finanziellen Friktionen unterliegt und manchmal weniger ausgeben kann, als sie vielleicht möchte. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Houben. - Frau Moritz noch einmal.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Houben, dass Sie eine finanzpolitische Nachhaltigkeit einfordern, hört sich gut an. Machen Sie das demnächst auch bei Ihren vielen U-Bahn-Träumen, die hier immer wieder auf den Tisch flattern.

Ich möchte zu einer wohnungspolitischen Debatte zurückkommen. Mich wundern zwei Dinge. Das eine ist, dass niemand auf die Argumente Flexibilisierung und eine andere Förderung, nämlich eine andere Streuung in die Stadt, eingeht. Das einzige, worauf die Rednerinnen und Redner - -

(Ulrich Breite [FDP]: Die Kämmerin hat eine Rede gehalten! - Weitere Zurufe)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Lassen Sie Frau Moritz weitersprechen.

(Ulrich Breite [FDP]: Wahnsinn! Wahnsinn! Wahnsinn!)

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Jetzt ist aber gut. Jetzt hast du es dreimal gesagt. Armes Köln! Armer Uli! - Ich möchte zurück zur wohnungspolitischen Diskussion, die sich nicht nur auf die Menge der Wohnungen bezieht, die wir in Köln brauchen. Ich habe ausdrücklich thematisiert, dass wir in Köln eine unglaublich starke soziale Entmischung erleben. Das heißt, wir haben so genannte besser gestellte Stadtteile und Stadtteile, die hinten herunterfallen. Lieber Uli Breite, jetzt sage ich: Das kostet tierisch viel Geld.

Die Folgen von solchen Armutsstadtbezirken sind teuer und fallen direkt auf unseren Haushalt, und zwar teilweise in den Pflichtkostenbereich, zurück. Ich erzähle ja nichts Neues, wenn ich sage - die Kämmerin hat in ihrer Haushaltsrede immer wieder darauf hingewiesen -, dass wir uns die Ausgaben und die Investitionen genau angucken und die Wirksamkeit von Ausgaben studieren müssen. Und ich sage auch nichts Neues, wenn ich erzähle, dass wir an den Unterkunftskosten beteiligt werden, und zwar sind das Pflichtkosten. Deshalb müssen wir uns unbedingt Präventionsmaßnahmen überlegen, damit diese Kosten auf Dauer nicht steigen. Natürlich muss man nachhaltig wirtschaften. Aber man muss sich auch überlegen, wenn man Investitionen heute nicht macht, welche Kosten das in der Zukunft unter Umständen bewirkt. Das hat aber offensichtlich jedenfalls im rechten Teil des Hauses noch niemand mitbekommen. Das finde ich bedauerlich. Wir dürfen nicht zuerst beim Land, beim Bund oder bei anderen die Schuld suchen. Wir müssen aktiv heute etwas tun. Das haben Sie auch selber gesagt. Was schlagen Sie denn konkret vor?

(Zurufe von der CDU: Änderungsantrag!)

- Der Änderungsantrag ist doch wie weiße Salbe. Da steht, wir müssen billige Grundstücke akquirieren. Was sagt denn zum Beispiel Herr Klipper, wenn so ein Grundstück in Rodenkirchen liegt? -

(Beifall bei der SPD)

Er sagt: Bitte nicht so nah an die Einfamilienhäuser heranrücken. Das wollen wir eigentlich nicht. Können wir das nicht in Mülheim, Kalk oder Chorweiler bauen? - So sieht das nämlich aus.

(Beifall bei der SPD - Martin Börschel [SPD]: Genauso ist das!)

Wir haben damit sehr große Probleme. Wir auch. Ich sage nicht, dass es nicht Grüne vor Ort gibt, die sich gegen dieses oder jenes wehren.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Ich habe doch gerade gesagt, Herr Klipper, ich gebe zu, dass es auch in Stadtbezirken Probleme seitens von Grünen gibt. Aber so einfach ist es nicht, die Grundstücke aus dem Boden zu zaubern.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie müssen das mal umsetzen! Sie müssen die baureif machen!)

Deshalb sollten wir alle - und das enttäuscht mich wirklich - überlegen, wie wir die Instrumente schärfen können. Einfach zu sagen, das Land soll mal machen, und solange es das nicht tut, legen wir die Hände in den Schoß und zahlen aus unserem Sozialetat die Unterkunftskosten, das kann keine nachhaltige Lösung sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Moritz. - Herr Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Barbara Moritz hat mich direkt angesprochen. Wer bei der Haushaltsrede aufgepasst hat, wird sich noch an die Folie 4 erinnern. Anhand dieser Folie hat die Kämmerin deutlich gemacht, dass wir im Jahre 2013, 2014 und 2015 Einsparungen vornehmen müssen, nämlich 45 Millionen € im Jahre 2013, 40 Millionen € in 2014 und 35 Millionen € in 2015. Wir wollen ja gar nicht mal von den Einsparungen reden, aber vor dem Hintergrund, dass wir die 35 Millionen € auf dem Kapitalmarkt aufnehmen müssen, dass dies natürlich jedes Jahr in die Bilanz kommt, dass unsere Schulden immer höher werden, kann ich nicht verstehen, dass dieser Antrag kommt, wenn die Frau Kämmerin hier deutlich macht, dass wir, um nicht in die Haushaltssicherung zu kommen, Aufgabenkritik üben müssen, dass wir einsparen müssen. Und dieser Antrag ist genau das Gegenteil, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Entweder stimmt die Folie 4 der Kämmerin oder es stimmt dieser Antrag. Beides zusammen geht nicht. Das wollten wir hier deutlich machen. Darum werden wir diesen Antrag ablehnen, weil mir gefallen hat, dass die Kämmerin deutlich gemacht hat, dass es nicht mehr so weitergeht. Aber SPD und Grüne haben es bis heute nicht verstanden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

(Zurufe: Die Kämmerin muss noch antworten.)

- Wollen Sie?

**Stadtkämmerin Gabriele C. Klug**: Ich nutze natürlich sehr gerne die Gelegenheit, hier in diesem Saal aufrecht zu stehen.

Die Kämmerin hat mit Zahlen zu tun. Deswegen freut sich die Kämmerin, wenn nicht aus der Hüfte geschossen wird. Hier liest die Kämmerin Eckpunkte. Hier liest die Kämmerin Zielzahlen. Und hier liest die Kämmerin zu ihrer großen Freude - Ziffer 6 -: Die Auswirkungen auf die Haushalte 2012 sind im Konzept darzustellen. - Da ich davon ausgehe, dass auch dieser Rat über Konzepte und nicht über Eckpunkte alleine entscheidet, würde sich die Kämmerin freuen, wenn diese Debatte zu einem konstruktiven Ergebnis geführt würde auf der Grundlage dessen, was die Kämmerin in der Haushaltsrede vermittelt hat, nämlich dass man wirkungsorientiert die Kostenbelastung, die Auswirkungen auf den Haushalt konkret darstellt. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir haben jetzt mehr als zwei Runden hinter uns. Das wird ja noch Gegenstand der Ausschusssitzungen sein. Deswegen schlage ich vor, dass wir zur Abstimmung über die Anträge kommen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU ab. Wer für den Änderungsantrag der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, die CDU und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Linken. Wer für den Antrag der Linken ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Linke. Wer enthält sich? - Enthaltung von Herrn Zimmermann. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von SPD und Grünen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, Herr Zimmermann, die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich rufe auf:

**3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Prävention vor Reaktion!“**

**AN/1772/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion der FDP**
**AN/1850/2011**

Herr Marx.

**Werner Marx** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! So krank ist die Kölner Verwaltung: Von 17.700 Mitarbeitern fehlen 2.900 länger als sechs Wochen. „Täglich mehr als 1.000 Mitarbeiter krank!“ - so lauteten die Schlagzeilen von „BILD“ und „Kölner Stadtanzeiger“. Der hohe Krankenstand der Beschäftigten in der Stadtverwaltung ist ein alarmierendes Zeichen. Doch die Entwicklung ist nicht neu und war abzusehen.

Wer die Statistik über die krankheitsbedingten Ausfälle genau betrachtete, konnte dies frühzeitig erkennen. Seit 2006 ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen. In den Fachgremien wurde bereits seit langem darüber diskutiert. Doch haben die Verantwortlichen gehandelt?

Meine Damen und Herren, es liegt in der Verantwortung des Oberbürgermeisters und des Stadtdirektors Kahlen, die Verwaltung zu führen und gleichzeitig die Fürsorge der über 17.000 Beschäftigten im Auge zu behalten.

Doch wo liegen die Ursachen für die hohen Ausfallzeiten? - Befragt man die Beschäftigten, liegen die Gründe auf der Hand. Diese lassen sich klar benennen. Die zunehmende Arbeitsverdichtung ist ein Hauptgrund. Ursächlich hierfür ist, dass bei der Personalbedarfsberechnung nur die Personalfluktuation und nicht mehr die veränderte Aufgabenerledigung berücksichtigt wird. Sind hier die falschen Maßstäbe angesetzt worden, Herr Kahlen?

Durch das Absenken der Ausbildungsplätze im Verwaltungsbereich fehlen junge Mitarbeiter. Der Personalstamm wird älter, ist somit weniger belastbar und fällt häufiger aus. Warum wurde hier nicht entgegengesteuert, Herr Kahlen?

Die Mitarbeiter fühlen sich von den Vorgesetzten bei der Arbeit und den häufigen Vertretungen allein gelassen. Ein funktionierendes Arbeits- oder Risikomanagement scheint zu fehlen. Ist das Führungspersonal ausreichend geschult? Sind die Aufgaben klar definiert, Herr Kahlen?

Der arbeitsmedizinische Dienst findet im Bereich der Gesundheitsprävention so gut wie gar nicht statt. Verschiedene verwaltungsseitig ergriffene Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, zum Beispiel Gesundheitstage, betriebliches Eingliederungsmanagement, erscheinen nur unzureichend oder aber nicht bedarfsgerecht. Warum haben Sie zu spät oder zu zögerlich reagiert, Herr Kahlen?

Meine Damen und Herren, seit Jahren sind die Probleme dem Oberbürgermeister und dem Stadtdirektor als Personaldezernenten bekannt. Um alleine der Arbeitsverdichtung entgegenzuwirken, wurde immer wieder der Aufgabenabbau versprochen, zuletzt von Ihnen, Herr Kahlen, auf der Personalversammlung der Dezernate, Oberbürgermeister und I im September dieses Jahres. Doch es blieb wie so oft nur bei Lippenbekenntnissen.

In der „BILD“-Zeitung vom 29. August 2011 werden Sie, Herr Kahlen, dahingehend zitiert, die Gesundheits- und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten stärker als bisher fördern zu wollen. Hier nehmen wir Sie beim Wort. Daher beantragen wir, die Hintergründe des immensen Krankenstandes zeitnah zu analysieren. Auf Grundlage dieser Analyse sind uns insoweit konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Aufgrund der besonderen Bedeutung der Problematik ist der Ausschuss „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales“ in der Sitzung über die erfolgten Schritte und gewonnenen Erkenntnisse zu informieren.

Meine Damen und Herren, nicht alles Wünschenswerte ist machbar. Auch das gehört zur Wahrheit. Die Verwaltung und die Politik dürfen sich nicht scheuen, eine ehrliche Diskussion zu führen, welche Kernaufgaben leistbar sind und welche auch liebgewonnenen Aufgaben vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage, der Personalkürzungen, der Arbeitsverdichtungen aufgegeben werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Die bereits ergriffenen Maßnahmen sowie Planungen sind daher auf den Prüfstand zu stellen, um eine Optimierung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu erreichen und deren Arbeitskraft letztendlich für die Kölnerinnen und Kölner zu sichern.

Wir stellen uns der Diskussion. Im Vorfeld der Ratssitzung ist einvernehmlich entschieden worden, diesen Antrag in den Ausschuss „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales“ zu verweisen. Die FDP hat einen Änderungsantrag vorgelegt. Insoweit würden wir diesen Änderungsantrag ebenfalls in diesen Ausschuss verweisen und

dort die inhaltliche Diskussion weiterführen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Marx. - Herr Neubert.

**Michael Neubert** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Für alle hier im Rat sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Verwaltung ein hohes Gut. Hinter jeder Entscheidung, hinter jedem Kontakt, hinter jeder Dienstleistung, ja hinter jeder der Vorlagen, die wir hier auf dem Tisch haben, stehen Menschen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Verwaltung. Sie sind die Basis für jedes Handeln der Stadt. Ohne sie können kommunale Selbstverwaltung und Demokratie nicht funktionieren.

Die Mitteilungen der Verwaltung, aber auch der Gewerkschaften und Personalräte, dass es bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Probleme gibt, dass es den Menschen offenbar an ihren Arbeitsplätzen nicht gut geht und es in ungewöhnlicher Zahl zu Fehlzeiten kommt, sind Anzeichen, die uns wachsam machen sollen, Signale, die wir ernst nehmen müssen.

Deshalb ist es richtig - das findet unsere ausdrückliche Unterstützung -, dass die Verwaltungsspitze, zum Beispiel Guido Kahlen, der eben schon zitiert wurde, schon vor Jahren die Bedeutung der Gesundheit der Mitarbeiter erkannt und sie zum Thema gemacht hat. Die Stadtverwaltung Köln hat bereits im Jahr 2008 mit dem Aufbau eines betrieblichen Gesundheitsmanagements begonnen. Hintergründe und Bedarfe werden analysiert, und erste präventive Gesundheitsaktivitäten wurden entwickelt. Mehr dazu kann man übrigens im städtischen Intranet nachlesen.

Die aktuellen Zahlen zum Krankenstand der städtischen Beschäftigten machen es uns aber noch einmal mehr als deutlich: Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die demografischen Rahmenbedingungen verschärfen sich. Auch mit Blick auf die angespannte Haushaltssituation, wie wir vorhin gehört haben, müssen wir uns die Frage stellen, wie man die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten bei einer älter werdenden Belegschaft und längerer Lebensarbeitszeit fördern kann.

(Henk van Benthem [CDU]: Wie denn?)

- Kommt gleich! - Rund 40 Millionen € kosten die Ausfälle die Stadtverwaltung im Jahr rein rechnerisch. Dies ist ein Kostenblock, den wir anpacken müssen. Wenn wir nur ein Bruchteil dieses Betrages in die Gesundheit der Beschäftigten investieren, so - davon bin ich überzeugt - wird sich dies mehrfach lohnen. Es bedeutet für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Gewinn an Lebensqualität, für das Unternehmen Stadt Köln einen deutlichen Produktionsgewinn und für die Kölnerinnen und Kölner eine bessere Dienstleistung. Das ist sozusagen eine Win-win-win-Situation.

Meine Damen und Herren, es wird Zeit, dass alle diese Erkenntnisse nun in Taten münden. Wie das geschehen kann und was derzeit schon geplant ist, mit diesen Fragen sollten wir uns in den nächsten Sitzungen des AVR ausführlich beschäftigen. Die Verwaltung hat für die nächste Sitzung eine ausführliche Stellungnahme dazu angekündigt, übrigens auf Grundlage einer Anfrage der CDU-Fraktion. Warum Sie, meine Damen und Herren der CDU, mit Ihrem Antrag der Stellungnahme der Verwaltung nun vorgreifen und damit Ihren Ausschuss, Herr Granitzka, quasi entmündigen, kann ich ehrlich gesagt nicht nachvollziehen.

(Henk van Benthem [CDU]: Haben Sie gerade nicht zugehört?)

- Habe ich wohl. Das konnte ich wunderbar machen, weil ich bis gerade eben nicht wusste, dass die CDU das in den AVR schieben möchte.

Der SPD-Fraktion ist die Gesundheit der Bediensteten wichtig. Im Fachausschuss haben wir die Gelegenheit, alle Fragen mit der gebotenen Sorgfalt und Fachkenntnis zu diskutieren und zu bewerten. Dort haben wir den Raum und auch den Rahmen, den dieses Thema braucht und verdient. Diese Gelegenheit sollten wir nutzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Dann kommen wir zu Herrn Wolter und dann Herrn Görzel.

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU legt heute einen Antrag vor, der die Hintergründe des - Zitat - „immensen Krankenstandes“ analysieren und wirksame Abhilfemaßnahme schaffen soll.

Die Zahlen, die dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales in der letzten Sit-

zung vorgelegt wurden, sind erschreckend und bestätigen den Eindruck, den wir vom Zustand der Verwaltung haben. Wir haben die Fragen zu Krankenstand, Überbelastung und Demotivation der Mitarbeiter im AVR bereits sehr intensiv diskutiert. Herr Neubert hat eben darauf hingewiesen. Bereits dort war die Rede davon, dass die Zentralisierung von Verantwortlichkeiten von überbordenden Verwaltungsverfahren begleitet wird, die zum Teil sogar auf eine Kultur des Misstrauens basieren. Diese führen zu einem deutlichen Anstieg produktiver Abläufe, die bei gleicher oder verringerter Personalausstattung zulasten der Arbeiten an Fachthemen und dem Service für Bürgerinnen und Bürger gehen.

Das notwendige Fachwissen, um realistische Optimierungspotentiale zu identifizieren und umzusetzen, ist in den Fachämter vorhanden. Einseitige Vorgaben lassen dieses Potential jedoch ungenutzt, demotivieren die Mitarbeiter und fördern letztendlich eine Blockadehaltung. Wenn wir die beschriebene Kultur des Misstrauens und die Blockadehaltung auflösen wollen, müssen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zu Wort kommen lassen, damit wir gemeinsam an der Beseitigung der Ursachen herangehen können. Beschäftigte, Verwaltung und Politik gehören hier an einen Tisch. Deshalb begrüßen wir die Ursachenforschung und die Unterbreitung von Vorschlägen ausdrücklich. Allerdings setzt es auch voraus, dass die Verwaltungsspitze, aber auch die Politik die Ergebnisse ernst nehmen und bereit sind, die Empfehlungen umzusetzen. Das bedeutet für uns, dass man zum Beispiel gegebenenfalls die Personalpolitik ändern muss, gegebenenfalls das Stellenbesetzungsverfahren nicht weiter so verfolgt werden kann, zum Beispiel Gesundheitstage Makulatur sind, wenn gleichzeitig die Einrichtung einer Kantine für 1.000 Mitarbeiter blockiert wird, mal von biologischem oder kalorienreduziertem Essen abgesehen.

Überprüft wird, ob Einsparungen durch Stellenreduzierungen wirklich höher sind als die Kosten, die kranke Mitarbeiter verursachen, deren Arbeitszufriedenheit durch Überbelastung oder falsche Tätigkeit immer niedriger wird. Denn die sind bei den 40 Millionen € noch nicht mit dabei. Das muss man an der Stelle auch einmal sagen.

Die Leistungsfähigkeit und die Effizienz der Verwaltung sind ein extrem haushaltsrelevanter Posten, dem der Rat der Stadt deutlich mehr Aufmerksamkeit widmen muss. Deshalb schlagen wir vor, es nicht nur auf ein Forschungsprojekt der Uni zu beschränken, sondern den Markt grundsätzlich nach geeigneten Unternehmen oder Instituten zu durchforsten - möglicherweise ist die Uni die erste Wahl -, des Weiteren den Auftrag mit einer anonymisierten Beschäftigtenbefragung zu verknüpfen und die Ergebnisse der Studie des beauftragten Unternehmens oder Instituts - von diesem ausgewertet und mit einem Maßnahmenkatalog versehen - Politik und Verwaltung zur weiteren Veranlassung vorzulegen. Wir glauben nämlich, dass Joga- und Rückenkurse alleine nicht ausreichen werden, um diesem Defizit langfristig entgegenzuwirken. Deshalb stimmen wir dem Verweis in den AVR zu. Es bedarf noch weiterer Diskussionen. Wir haben sehr großes Interesse daran, parteiübergreifend zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Jetzt kommt Herr Görzel.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Erzählen Sie mal was von Bonn!)

**Volker Görzel** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Herr Detjen mir schon eine Vorlage gibt und auch noch Bonn nennt, dann sollten wir hier die ganze Wahrheit erzählen. Herr Neubert, Sie haben zwar vorhin gesagt, es sei auf eine Initiative der CDU zurückzuführen, aber Herr Detjen hat es zu Recht angesprochen: Wir haben's erfunden.

(Henk van Benthem [CDU]: Das kann nicht sein!)

Denn wir haben in der AVR-Sitzung am 4. Juli 2011 - nachzulesen für jedermann, der es nicht schon ohnehin getan hat, aber Sie sind ja alle bestens informiert - unter Hinweis auf die Kollegen aus Bonn mittels einer Mündlichen Anfrage nachgefragt. Der Stadtdirektor hat in der letzten Sitzung des AVR vor 14 Tagen eine fünfseitige Präsentation, einen etwa 30-minütigen Kovortrag zu diesem Thema gebracht, der sehr ausführlich, lehrreich war und sicherlich im Protokoll nachgelesen werden kann. Kurz: Es entsteht der Eindruck, dass die CDU mit einem Thema um die Ecke kommt, das nicht hierher gehört. Man stellt sich natürlich die Frage, warum gerade im Rat dieses Thema angesprochen werden soll, wenn man es doch direkt wieder in den AVR zurückschicken möchte.

(Winrich Granitzka [CDU]: Weil es 1.000 kranke Mitarbeiter gibt!)

Herr Vorsitzender des AVR, Herr Fraktionsvorsitzender, Herr Granitzka, ich bin sehr dankbar für den Hinweis, dass es sich hier um eine sehr große Anzahl von Mitarbeitern der Stadt Köln handelt. Aber Ihr Antrag schießt über das Ziel hinaus. Das hat uns veranlasst, dieses Thema auf eine ernsthafte Sachebene zurückzuführen.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Aus diesem Grunde haben wir das Thema angesprochen, Herr Elster. Ich danke für diese anerkennenden Worte.

Im Gegensatz zu Ihnen möchten wir nicht automatisch die Uni Köln oder ein externes Unternehmen zur Durchführung eines Forschungsprojekts beauftragen, sondern wir fragen nach, warum die gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu diesem Thema nicht konsequent angewendet werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit wir uns richtig verstehen: Das Thema „Arbeitsverdichtung, Leistungsverdichtung“, das Thema „Burnout am Arbeitsplatz“, das Thema „Überforderung am Arbeitsplatz“ hat doch nicht die Stadt Köln erfunden, das Thema grassiert bundesweit von Flensburg bis Oberammergau.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Wenn wir nun meinen, die Universität Köln mit diesem zusätzlichen Forschungsauftrag beglücken zu können, dann können wir das tun, aber wir werden keinen weiteren signifikanten Erkenntnisgewinn erzielen.

Aus diesem Grund fragen wir zunächst, ob es keine vergleichbaren Studien gibt. Geben Sie mal bei Google dieses Thema ein. Es gibt keine Krankenversicherung, keine Krankenkasse in Deutschland, kein Landesgesundheits-, geschweige denn Bundesgesundheitsministerium, was nicht umfangreiche Studien und Erkenntnisse zu diesem Thema anbietet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben kein Erkenntnisdefizit, wir haben ein Umsetzungsdefizit.

(Beifall bei der FDP)

Darüber hinaus, um diesen Sturm im Wasserglas nicht noch weiter zu befeuern, möchten wir in diesem Zusammenhang auch das Thema „Überstunden“ beleuchtet wissen. Hierzu hat die Verwaltung auf unsere Anregung in der letzten Sitzung des AVR hin eine Vorlage vorgelegt. An dieser Stelle erinnere ich daran, dass der Krankenstand bei den einen natürlich zu Überstunden bei den anderen führt. Hier sollten wir intelligente Lösungen auch unter Hinzuziehung des Personalrats finden.

Um es abzurunden: Wir brauchen das Rad nicht neu zu erfinden. Wir brauchen das Thema, so ernst und wichtig es ist, nicht ohne Not zu hoch zu hängen, sondern wir müssen es auf die Sachebene, auf die Arbeitsebene zurückführen, dahin, wo es begonnen hat, und dahin, wo auch die sachliche Expertise liegt, nämlich im AVR. Da, Herr Kahlen, verstehe ich Ihr Nicken so, dass wir mit diesem Thema nicht durch sind und dass wir uns über dieses Thema weiterhin unterhalten werden. Darauf freut sich meine Fraktion. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Nun noch eine Anmerkung von Herrn Detjen.

**Jürgen Detjen** [Die Linke.Köln]: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich finde Ihren Antrag nicht zielführend,

(Zuruf von der CDU: Doch! Sicher!)

auch wenn Sie sich zum Anwalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen. In Ihrem Antrag ist keine Rede vom Personalrat. Und ich weiß, dass Sie den Personalrat gar nicht in Ihre Fraktion eingeladen haben, was wir gemacht haben. Wir haben in der Fraktion mit dem Personalrat im vertraulichen Kreis über die Probleme gesprochen.

(Zuruf von der CDU)

- Natürlich, vertraulich. - Das ist auch der richtige Weg, um der Sache etwas näher zu kommen. Wenn Sie die Mitarbeiterzeitung der Stadt Köln gelesen hätten, dann hätten Sie auch das Zitat von Friedel Giesen-Weirich zur Kenntnis nehmen können. Ich zitiere kurz:

> Die Kette

- damit sind die Erklärungsversuche gemeint -

> ließe sich endlos fortsetzen. Was haben aber alle Erklärungsversuche gemeinsam? Sie bringen eine Überbelastung des Personal so oder so zum Ausdruck.

Wir wissen ja, dass es eine Betriebsvereinbarung gibt, über die gesprochen werden muss, über die diskutiert werden muss. Das ist doch der nächste Schritt, den wir gehen müssen. Wir müssen doch anerkennen, lieber Kollege Wolter von den Grünen, dass das eine Frage der Selbstverwaltung der Beschäftigten ist. Dass die

Politik mitdiskutieren muss, das sehe ich überhaupt nicht so. Es ist eine Sache der Verwaltung, des Personalrates und des Personals. Wir können das begleiten; das ist gar keine Frage. Beispielsweise haben wir dazu, ob es im Haushalt genug Mittel für die Fortbildung gibt, im Ausschuss eine interessante Diskussion geführt. Es hat sich herausgestellt, dass die Mittel gar nicht abgerufen worden sind. Das sind Sachen, wo wir eingreifen können. Aber wir müssen doch den Dialog zwischen Verwaltung und Personalrat abwarten. Das Entscheidende ist, dass die vorhandene Betriebsvereinbarung umgesetzt wird. Das ist doch das Entscheidende! Und da müssen wir diesen beiden Kontrahenten Zeit, Luft und Platz lassen und gucken, dass wir sie unterstützen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Was jetzt, Herr Detjen?)

Das ist doch der Prozess, der jetzt stattfindet. Es muss sich eine Selbstverwaltung, Selbstorganisation der Beschäftigten entwickeln. Da bin ich eher bei Herrn Görzel. Herr Görzel hat deutlich gesagt: Das ist nicht Sache der Politik. - Das sehe ich genauso. Diesen Weg müssen wir einschlagen. Wir können ja feststellen: Betriebsvereinbarungen müssen umgesetzt werden. - Aber wir müssen da nicht herumfuddeln, vor allem nicht CDU, Grünen und FDP, die im Rat die Parteien sind, die immer sagen: Schon wieder mehr Personal. - Die einzigen, die das nicht sagen, sind die SPD und wir. Deswegen wäre es wirklich gut, wenn Sie in der Situation, in der wir jetzt sind, ein bisschen nachdenklicher wären. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Thema ist interessant, der Antrag allerdings sehr belanglos und anscheinend der Presseberichterstattung geschuldet. Offenbar möchte man wieder beim Onkel Alfred in der Presse erscheinen. Darum stellt man einen Antrag, der von der Verwaltung keinerlei Tun oder Lassen verlangt, sondern man möchte im Ausschuss „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales“ darüber informiert werden. Man verweist dieses Thema also in den Ausschuss. Da stellt sich für mich die Frage, warum wir jetzt hier sitzen und uns seit einer halben Stunde diese komischen Reden anhören. Warum stellen Sie diesen Antrag nicht in dem zuständigen Ausschuss? Da haben Sie die Experten ja eh immer sitzen. Die können Sie nach den Hintergründen fragen.

Uns sind aber einige andere Sachen aufgefallen, beispielsweise der FDP-Zusatzantrag. Diesen könnte man ja missverstehen und meinen, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, die Krankheitsdaten bei den Krankenkassen auszuspionieren. Ausweislich des Antrags sollen ja die entsprechenden Erkenntnisse von den Krankenkassen abgerufen werden.

(Zuruf von der FDP)

- Dann bräuchten Sie es ja nicht zu machen. Wenn Sie Rechtskenntnisse hätten, müssten Sie wissen, dass es da keine Auskünfte geben darf. Wir haben eine freie Krankenkassenwahl. Da hat die Verwaltung natürlich nicht zu spionieren, wer bei welcher Krankenkasse ist, was er tatsächlich hat usw.

Des Weiteren sollten Sie wissen, dass die städtischen Beamten überhaupt nicht in einer Krankenkasse sind, weil es eine Beihilfekasse bei der Köln gibt.

Aber die Ursachen müssen wir natürlich ansprechen. Diese sollten abgestellt werden. Immer mehr Behördenmitarbeiter - die Verwaltung ist Behörde - beklagen sich darüber, dass politisch hereingepfuscht wird, dass gewisse Stellenbesetzungen, die nach fachlichen Kriterien stattfinden sollen, der Politik geschuldet sind, wo es gewisse Kaderstellen gibt. Es ist doch ganz klar, dass dann Mitarbeiter krank, demotiviert werden. Man sollte in Köln wieder dazu übergehen, dass man die Behörde im Behördenteil arbeiten lässt und den politischen Teil im Rat behandelt. Dann wären viele Mitarbeiter wieder mehr motiviert. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann sollten wir zum Schluss kommen.

Ich habe den Wortbeiträgen entnehmen können, dass dieser Antrag der CDU samt Änderungsanträge in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales verwiesen werden soll. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag auf Verweisung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit einstimmig so angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Keine Einheitshöchstgeschwindigkeit im heterogenen Kölner Straßennetz“ AN/1762/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Kirchmeyer.

**Christtraut Kirchmeyer** (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mich gefreut, wenn der Kollege Thiele aus Kalk heute dagewesen wäre.

(Beifall bei der FDP - Henk van Benthem [CDU]: Der ist noch angekettet!)

Der hätte mir sicherlich bei der Begründung dieses Antrages behilflich sein können. Aber wie der Kollege van Benthem von der CDU schon sagte, er ist sicherlich noch angekettet und wird mittlerweile einen Maulkorb haben.

(Beifall bei der FDP)

Solche Verbündeten aus der SPD und solche Aktionen sind uns als FDP natürlich immer herzlich willkommen.

Ich komme jetzt zur Motivation, den vorliegenden Antrag heute zu stellen. Vor fast genau einem Jahr gab es im Verkehrsausschuss eine Mitteilung der Verwaltung zur Riehler Straße und zur Reduzierung der Geschwindigkeit auf 50 Stundenkilometer. Ich zitiere aus dieser Mitteilung:

> Im Zusammenhang mit der ab 2012 zu erwartenden Überarbeitung der Lichtsignalanlage wird auf diesem Abschnitt, sofern der Rat der Stadt Köln zustimmt, auch Tempo 50 angeordnet und in der Programmierung der Lichtsignalanlage berücksichtigt.

Es gab danach keine weiteren Aktivitäten der Verwaltung. Wir haben eigentlich alle auf eine entsprechende Vorlage in dieser Beziehung gewartet. Dann kam in diesem Jahr - komischerweise am 23. September 2011 - durch die Presse die Mitteilung, dass es im Zuge einer großen Aktion der Verwaltung eine Geschwindigkeitsreduzierung auf der Rheinuferstraße geben soll. Das hat uns unter anderem zur Formulierung dieses Antrags veranlasst.

Es gab dann im Verkehrsausschuss eine entsprechende Diskussion darüber und eine erneute Mitteilung der Verwaltung in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 27. September dieses Jahres. Darin hieß es, dass dies ein Geschäft der laufenden Verwaltung sei. Der Rat ist also nicht mehr gefragt. Das hat uns sehr überrascht.

Noch mehr überrascht hat uns der erste Satz in dieser Mitteilung. Diesen möchte ich ebenfalls zitieren:

> Zur Vereinheitlichung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h im Kölner Stadtgebiet wurde die Riehler Straße von der Verwaltung untersucht.

Wir hatten auch dazu eine umfangreiche Diskussion, denn die Empörung war groß. Es hatte dazu keine demokratische Entscheidung gegeben. Wir haben mit der Verwaltung darüber diskutiert. Die Verwaltung hat dazu erklärt, dass das eine falsche Formulierung sei, dass dies nicht richtig ausgesprochen worden sei. Ich habe daraufhin die Verwaltung aufgefordert, die Mitteilung zurückzuziehen, um diese falsche Formulierung zu korrigieren. Aber das ist nicht geschehen. Man versuchte noch, zurückzurudern, aber unser Misstrauen ist dadurch leider nicht entschärft worden, weshalb wir heute diesen Antrag stellen.

Wie Sie dem Antrag entnehmen können, möchten wir der Verwaltung differenzierte Prüfungen ans Herz legen, um nicht mehr mit solchen Überraschungen im Kölner Stadtbezirk aufzulaufen.

Wir möchten eine Beurteilung der Unfallhäufigkeit und Verkehrssicherheit auf den infrage kommenden Strecken.

Wir möchten eine Messung der Verkehrsdichte zu unterschiedlichen Zeiten, der Belastungssituationen sowie der Lärmbelastung.

Die Geschwindigkeitsreduzierungen sollen nur auf Teilstrecken stattfinden.

Die Grünen und die Freunde von der SPD werden uns sicherlich nachher zum Vorwurf machen, wir wären beratungsresistent. Das sind wir nicht. Darum haben wir ja die Kriterien aufgestellt. Aber wir machen das eben nur bei entsprechenden Fakten und nach demokratischen Entscheidungsprozessen mit. Wir möchten nämlich in Köln leistungsfähige Hauptverkehrsstraßen. Ich nenne besonders die Innere Kanalstraße, den Militärring, die Industriestraße in Niehl und auch den rechtsrheinischen Mauspfad. Wir als ehrenamtliche Kommunalpolitiker möchten keine Bevormundung und keine willkürlichen Entscheidungen der Verwaltung gegen die Kölner Autofahrer.

(Beifall bei der FDP)

Wir möchten auch keinen vorauseilenden Gehorsam der Verwaltung. Wir lehnen eine Einheitshöchstgeschwindigkeit ab. Dazu kann sich der Rat heute bekennen.

Die Kollegen der CDU haben bereits ihre Zustimmung angekündigt. Dafür vielen Dank.

(Henk van Benthem [CDU]: Schau'n mer mal!)

Die Grünen werden dem Antrag sicherlich nicht zustimmen, da ihre Ideologie das ja verbietet, weil sie keine Autos in der Innenstadt haben möchten.

Aber der SPD können wir nur zurufen - ich zitiere gerne Ihren Herrn Thiele aus Kalk -:

> Stadtweit einheitlich Tempo 50 als maximale Höchstgeschwindigkeit einzuführen, ist unverhältnismäßiger Unsinn.

(Beifall bei der FDP)

Besser hätte ich das nicht formulieren können. Darum sollten Sie nicht nur die Kölner Autofahrer, sondern auch Ihrem Bezirksbürgermeister den Rücken stärken und unserem Antrag zustimmen. Ich zitiere noch einmal und sehr gerne Herrn Thiele:

> Schwierig wird Verkehrspolitik da, wo Ideologie statt Vernunft das politische Handeln bestimmt.

Also, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD: Handeln Sie heute vernünftig und stimmen Sie dem liberalen Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Nun spricht Frau dos Santos Herrmann.

**Susana dos Santos Herrmann** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Kirchmeyer, Sie haben recht: Ideologie sollte Verkehrspolitik nicht bestimmen, erst recht nicht dann, wenn die Ideologie darauf beschränkt ist, Verkehrspolitik mit dem Gaspedal zu betreiben und ansonsten überhaupt nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was Sie hier vorgetragen haben, ist an sich eine Selbstverständlichkeit. Dazu stehen wir. Dazu steht auch die Verwaltung, wenn ich Herrn Streitberger und seinen Amtsleiter Harzendorf in der Sitzung des Verkehrsausschusses richtig verstanden habe. Die Verwaltung hatte nie vor, ein Einheitstempo 50 vorzutragen.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Das steht aber in der Mitteilung!)

- Manchmal passieren Fehler.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

Herr Streitberger hat sie in der Ausschusssitzung deutlich korrigiert. Möglicherweise wird er das hier auch noch tun. Im Übrigen hat der von Ihnen viel zitierte „Express“ zwei Tage nach der Ausschusssitzung und einen Tag nach Ihrer Lieblingsausgabe dargestellt, was Herr Streitberger im Verkehrsausschuss gesagt hat.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Das habe ich auch dabei!)

- Dann schauen Sie noch einmal nach. Dann ist das geklärt.

Ihre Ausführungen sind es eigentlich kaum wert, darauf einzugehen. Deswegen nutze ich gerne die Gelegenheit, einige Punkte darstellen, die mir und der SPD-Fraktion wichtig sind.

Wir stehen für eine intelligente und in der Tat ideologiefreie Verkehrspolitik.

(Zuruf von der FDP: Dann machen Sie das!)

Wir machen sie eben nicht mit dem Gaspedal, sondern mit dem Kopf.

(Henk van Benthem [CDU]: Mit dem Fahrrad!)

- Das Fahrrad ist nicht das schlechteste Verkehrsmittel.

(Zuruf von der FDP: Auf der Industriestraße! - Heiterkeit)

Sie neigen dazu, Ihre eigenen Dinge ins Lächerliche zu ziehen. Und ehrlich gesagt haben Sie recht: Dieser Antrag ist lächerlich, überflüssig und nicht wert, diskutiert zu werden.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Uns geht es darum, eine Verkehrspolitik für die Menschen zu machen.

(Henk van Benthem [CDU]: Welche? Fußgänger und Fahrradfahrer!)

Der Autofahrer ist ja auch ein Mensch, und in der Regel benutzt er verschiedene Verkehrsmittel. Insofern werden wir allen Autofahrerinnen und Autofahrern gerecht, wenn wir darauf achten, dass auch Fußgänger, Radfahrer, Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs ordent-

liche Bedingungen haben und sie in einem ordentlichen Verhältnis zueinander durch die Stadt geführt werden.

Deswegen stehen für uns die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt und nicht allein die Frage, wie fest ich auf mein Gaspedal drücken darf.

Wir wollen die Hauptachsen stärken, die Hauptverkehrsstraßen entlasten. Wir wollen natürlich auch Lebensqualität haben. Und das eine geht nicht ohne das andere. Qualität und Ruhe in Wohngebieten können wir nur schaffen, wenn wir die Hauptverkehrsachsen stärken. Der „Express“ ist wirklich eine lohnenswerte Lektüre. Der hat am Tag der Ausschusssitzung einen Artikel zu den Veränderungen auf der Rheinuferstraße gebracht. Dort gilt jetzt einheitlich Tempo 50. Und siehe da: Der Verkehrsfluss ist deutlich besser als vorher.

(Henk van Benthem [CDU]: Das war nachts um 12 Uhr!)

- Nein, nein. Ich bin letztens in der Hauptverkehrszeit gefahren und kann feststellen - ich habe in der Hauptverkehrszeit für die im Artikel genannte Strecke etwas mehr als zwölf Minuten gebraucht -, dass es in Ordnung war.

(Ursula Gärtner [CDU]: Bei Tempo 50!)

- Bei Tempo 50, aber selbstverständlich, Frau Gärtner. Ich halte mich an die Tempolimits.

(Zurufe: Oh!)

Für uns gilt eine verhältnismäßige Politik: Dort, wo es dem Verkehrsfluss dient, ist es richtig, das Tempolimit zu reduzieren. Dort, wo es keinen Sinn macht - an der Stelle, die Herr Thiele ausgewählt hat, gilt Tempo 70; da ist keinerlei Wohngebiet in der Nähe; es ist eine freie Strecke -, das Tempo zu reduzieren, was, nebenbei gesagt, nie beabsichtigt war, ist Unsinn. Das kann und sollte man so belassen.

Kurzum: Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil er überflüssig ist und weil all das, was Sie gefordert haben, Frau Kirchmeyer, Handeln der Verwaltung ist. Dass Sätze möglicherweise nicht immer so sauber formuliert werden, wie wir es uns wünschen, das will ich Ihnen gerne zugestehen. Aber in der Ausschusssitzung ist deutlich geworden: Das, was Sie fordern, wird von der Verwaltung umgesetzt. Und wir haben nicht vor, das zu ändern.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Herr van Benthem, bitte.

**Henk van Benthem** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zwei Frauen waren vor mir. Ich schätze, liebe Bettina, du wirst nachher - -

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Du nicht? Dann habe ich Glück gehabt. Ich habe gedacht, gleich kommt Frau Tull und sagt: Ihr habt Schwein gehabt. Wir wollen keine Tempobeschränkung auf 50 km/h, seid froh, dass wir nicht 30 km/h fordern.

Meine Damen und Herren, die Überschrift lautet: „Keine Einheitshöchstgeschwindigkeit im heterogenen Kölner Straßennetz“. Ich gebe zu: Ich habe es viermal gelesen, bis ich es flüssig aussprechen konnte.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Hat immer noch nicht geklappt!)

Ganz kurz, meine Damen und Herren von der FDP, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie werden auch heute feststellen, dass die CDU-Fraktion ein zuverlässiger Partner ist. Wir eiern nicht herum, wir stimmen Ihrem Antrag zu.

(Beifall bei der FDP)

Das ist nicht immer so hier im Rat. Mir sind beim Lesen und Hören von allem einige Parolen aufgefallen: Leistungsfähigkeit torpedieren, eine moderne Großstadt wieder in ein Dorf zurückversetzen. Ich sehe das auch als Kreuzzüge gegen den Individualverkehr. Wir reden in der Verwaltung von undifferenziertem Handeln und - Herr Detjen, Sie werden es gerne hören - von einem kommunistischen Gleichheitsdenken. Diese Parolen sind mir aufgefallen.

(Heiterkeit)

- Das mag ja alles lächerlich sein. Das ist die Antwort der SPD, die man gerne gibt. Sie haben mich mit Ihrer Rede überhaupt nicht beeindruckt. Die ist wie immer, nur die Überschrift ist eine andere. Von daher hätte ich sie schreiben können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im FDP-Antrag sind die Szenarien beschrieben. Ich muss es nicht wiederholen, was Frau Kirchmeyer gerade gesagt hat. Aber ich möchte mich gerne mit den beiden Fraktionen befassen, die das mehr oder weniger inszenieren.

Was die Grünen angeht, kann ich einigermaßen verstehen, dass man gegen den Antrag der FDP

ist. Denn ihr Credo ist: „Autos raus aus Köln!“ Einige leben das auch vor. Das sieht man manchmal mit Charme am Rathausplatz, wenn Frau Moritz mit dem Fahrrad vorbeiradelt und freundlich grüßt. Das ist grüne Politik. Sie leben das auch. Das Gleiche gilt - ich mache es gleichberechtigt - für Herrn Thelen, der ebenfalls mit dem Fahrrad - ein wenig langsamer - fährt. Wenn man das sieht, kann man glauben, dass diese grüne Politik von denen gelebt wird.

(Michael Zimmermann [SPD]: 11.11.!)

- Nein, wir haben nicht den 11.11. Aber man muss das ernst nehmen. Die Grünen haben vor Jahrzehnten das ökologische Gedankengut in unser Land gebracht. Das war gut und ist richtig so.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, dazu stehe ich. Aber das, worüber Sie jetzt geklatscht haben, müssen wir jetzt auspfeifen. Denn die Forderungen, die Sie heute aufstellen, sind abstrus, unökologisch und von Ideologie geleitet. Das lehnt die CDU-Fraktion ab!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

(Heiterkeit)

Ihre Haltung ist für uns schwer verständlich. Sie haben jetzt schon das Tempo gewechselt, Sie, die als SPD mal den Autokanzler Schröder gestellt haben. Jetzt ist leider Herr Börschel nicht da. Ich hätte ihn gerne angesprochen. Er sollte sich einmal ein Beispiel an den Regierenden Bürgermeister von Berlin nehmen. Er braucht keine Angst zu haben, ich wollte jetzt keine Koalitionsverhandlungen anbieten, sondern nur darauf hinweisen, dass Wowereit richtig gehandelt hat, als die Grünen ihm bei dem Ausbau der A 100 auf der Nase herumtanzen wollten. Das hat er nicht mitgemacht. Er hat sich den richtigen Partner ins Boot geholt, nämlich die Berliner CDU.

Ich habe lange darüber nachgedacht, liebe Freunde von der SPD, was die SPD Köln in Sachen Verkehrspolitik will. Jetzt kann Herr Zimmermann sagen, wir haben noch nicht den 11.11.

(Peter Kron [SPD]: Ich war das!)

- Nein, du hast jetzt nicht das Wort. - In Anbetracht ihrer Verkehrspolitik parkt die SPD Köln dauerhaft in Köln.

(Peter Kron [SPD]: Ich war das mit dem 11.11!)

- Du warst das! Das hätte ich eigentlich wissen müssen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Erlauben Sie mir, Herr Oberbürgermeister, einen ganz wichtigen Menschen zu zitieren, der in Deutschland viel Spaß verbreitet hat. Wie kann es anders sein, es war ein Holländer. Dieser hat Ende der 70er-Jahre, Anfang der 80er-Jahre ein Lied mit folgendem Text geschrieben:

> Es war ein scheiß Sommer. Und wer war schuld? - Schuld war nur die SPD.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, lassen Sie es mit dem Verkehrskonzept, das Sie ausarbeiten, in unserem Köln, in unserer herrlichen Stadt nicht so weit kommen, dass ein früherer Holländer, der jetzt im Rat sitzt, singen muss: Wo Sie im Stau stehen, wo es nicht weiter geht, schuld war nur die SPD. - Wir stimmen mit der FDP. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke. - Jetzt spricht Herr Waddey von den Grünen.

**Manfred Waddey** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr van Henkem, - -

(Heiterkeit)

- Ist ja gut.

Herr van Benthem, Ihre Reden sind wirklich immer wieder herrlich: völliger Blödsinn lustig vorgetragen. Sie sollten sich für das Festkomitee melden.

(Beifall und Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Es wird mir schwerfallen, auf dem Niveau weiterzumachen, obwohl ich es gerne täte.

Eine Einheitsgeschwindigkeit in dieser Stadt haben wir nie gewollt. Wir wollen nämlich nicht nur Tempo 50, sondern auch Tempo 30,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

um das noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen.

Was wir allerdings nicht wollen, ist eine Geschwindigkeit von mehr als 50 km/h in der geschlossenen Ortschaft. Ich muss sagen, dass hier oft Äpfel mit Birnen verglichen werden. Es

wird der Militärring oder der Mauspfad genannt. Das sind alles Landesstraßen, die sich auch außerhalb der geschlossenen Ortschaft befinden. Davon reden wir gar nicht. Wir reden hier über Stadtstraßen, und zu diesen Stadtstraßen gehören natürlich die Riehler Straße, die Rheinuferstraße, die großen Ausfallstraßen wie die Luxemburger Straße oder die Aachener Straße. Auf diesen Straßen wollen wir in der Tat nicht schneller als 50 fahren. Es hat sich bereits erwiesen, dass bei gemäßigter Geschwindigkeit der Verkehrsfluss, wenn der Verkehr dicht ist, besser ist als bei höheren Geschwindigkeiten, sodass die Leute letztendlich schneller durchkommen, als wenn einzelne Raser den Verkehrsfluss hemmen.

Bei einem geringen Verkehrsaufkommen, insbesondere nachts, könnte man natürlich, wenn man schneller fährt, schneller durchkommen. Das ist richtig. Das wollen wir aber auch nicht. Denn dann ist es lauter. Die meisten Straßen in dieser Stadt sind Anwohnerstraßen. Da wollen wir keine zusätzliche Lärmbelästigung haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von daher sind wir auf einem vernünftigen Weg: Tempo 50 da, wo es innerhalb der Stadt angemessen ist, ansonsten Tempo 30, in den Wohnstraßen, in den engen Straßen. Dann sind wir auf einem richtigen Weg. Und wenn wir gleichzeitig dafür sorgen, dass noch mehr Leute als in der Vergangenheit vom Auto auf das Fahrrad umsteigen, dass immer mehr Strecken mit dem Fahrrad und den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden, dann können wir in der Verkehrspolitik einen Beitrag für den Klimawandel leisten. Das wird für die Stadt nur positiv sein.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, eine Bemerkung zur IHK zu machen. Die IHK hat ja wie Sie reflexartig reagiert und sofort das Ende der Kölner Wirtschaft an die Wand gemalt: Wenn man nicht zumindest auf einigen Straßen 70 fahren kann, dann bricht die Wirtschaft zusammen. - Ehrlich gesagt: Eine Kölner Wirtschaft, die solch eine Interessenvertretung hat, braucht keine Feinde mehr. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke. - Herr Schiele, bitte.

**Karel Schiele** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Argumente und Pseudoargumente haben bereits meine Vorredner aufgelistet. Dies brauche ich nicht zu vertiefen.

Die geehrte Kollegin Frau Tull hat in der Sitzung des Verkehrsausschusses gefragt: Warum wollt Ihr Tempo 70 behalten? - Ich drehe Ihre Frage um: Warum wollen Sie das abschaffen?

Ich begrüße diesen Antrag der Fraktion der FDP ausdrücklich. Ich freue mich sehr darüber, dass die FDP auch die Rheinuferstraße wieder in ihre Klageliste aufgenommen hat. Die Fraktion der FDP wollte nämlich in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 27. September von dem Antrag von pro Köln zur Rücknahme der Temporeduzierung auf der Rheinuferstraße nichts wissen und hat diesen abgelehnt. Es ist äußerst erfreulich, heute die FDP wieder an der Seite von pro Köln zu sehen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln - Zurufe von der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann** (Deine Freunde): Ich will nicht die Forderung nach der autofreien Stadt ausführlich wiederholen - das geht ja noch über die Forderung nach Tempo 30 hinaus -, sondern nur über die Sitzung des Ausschusses „Anregungen und Beschwerden“ von vor einigen Tagen berichten. Dort hatten wir - Herr Thelen wird das bestätigen können - die Riehler Straße zum Thema. Ich weiß, dass die FDP das mit ihrem Antrag nicht unbedingt meint. Etliche Anwohner haben sich unabhängig voneinander über Tempo 70 auf der Riehler Straße beschwert. Die Riehler Straße ist auch Wohngebiet. Von daher sollte man da als ersten Schritt das Tempolimit auf 50 reduzieren. Vielleicht kann man später mit einem Querschnitt der Straße etwas anderes machen, damit es angenehmer ist, dort zu wohnen und zu leben.

Ich möchte nun noch etwas ganz anderes sagen, nämlich was Herrn Thiele aus Kalk angeht. Ich habe von dem Bürgermeister aus London, Ken Livingstone, ein Labour-Mitglied, ein sehr schönes Zitat. Dieser hat bei „SPIEGEL ONLINE“ das schöne Zitat hinterlassen:

> Ich hasse Autos. Wenn ich je wieder die Macht dazu bekäme, würde ich sie alle verbieten.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf: Aber er war noch nie in Köln-Kalk!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag der FDP. Wer für den Antrag der FDP ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind FDP, CDU, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Beitritt der Stadt Köln zu dem Pilotprojekt „Städte und Gemeinden“ des Internetportals abgeordnetenwatch.de“ AN/1492/2011**

Lassen Sie mich vorweg einen Hinweis geben. Die Fraktion pro Köln beantragt den Auftrag an die Verwaltung, den Beitritt der Stadt Köln zum Internetportal „abgeordnetenwatch.de“ umzusetzen. Wie bei den anderen aufgeführten Gemeinderäten Bonn und Leverkusen bedarf es hierzu keiner Beteiligung der Stadtverwaltung und deswegen auch keines Ratsbeschlusses. Anders als in dem Antrag dargelegt, hat es deshalb weder in Bonn noch in Leverkusen entsprechende Ratsbeschlüsse gegeben. Der Presse ist zu entnehmen, dass „abgeordnetenwatch“ eine Seite auch für den Kölner Rat einrichten und in dieser Sache die Ratsmitglieder informieren will. Ob Sie als Ratsmitglieder tatsächlich auf die Dienste dieser Seite zurückgreifen werden oder nicht, ist alleine Ihre Entscheidung, die Entscheidung jedes einzelnen Ratsmitgliedes. Eigentlich ist damit die Sache erledigt. Im Grunde brauchen wir, da die Entscheidung in den Händen des Unternehmens abgeordnetenwatch liegt, hier darüber nicht zu entscheiden. - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die nette Einführung in das Thema. Es scheint ja etwas zu sein, was man greifen kann, was man fassen kann, was man auch umsetzen kann.

Wir haben alle ein Interesse daran, direkt mit dem Bürger zu kommunizieren. Wenn man engagiert ist, dann möchte man auch ein Feedback, eine Rückmeldung, und Anregungen vom Bürger bekommen, und das geht über ein solches Portal. Dazu gehört natürlich auch, dass das einheitlich gemacht und dass das finanziert wird. Zur Finanzierung haben wir folgenden Vorschlag: Die Stadtverwaltung stellt zumindest den großen Fraktionen wie den Grünen um die 700.000 € im Jahr zur Verfügung, damit sie sich um gewisse Belange kümmern kann, und gibt die entsprechenden Signale, dass das Geld für so etwas ausgegeben wird. Wir gehen davon aus, dass das in einem zweistelligen Bereich sein wird.

Im Übrigen ist das - Sie nannten es ein Unternehmen - eine Institution von Transparency International, also eine anerkannte Organisation für Transparenz. Selbstverständlich müssen wir einen Beschluss fassen, dass wir die zugewiesenen Mittel für solche Beiträge ausgeben dürfen. Wir können ja nicht einfach Geld, das die Verwaltung den Fraktionen zur Verfügung stellt, für solche Dinge ausgeben. Dafür brauchen wir einen Beschluss. Das sehen wir ein wenig anders. Wenn Sie als Chef der Verwaltung aber erklären, dass das möglich ist und es bei einer Rechnungsprüfung keine Probleme gibt, Herr Oberbürgermeister, dann nehmen wir das gerne zur Kenntnis. Ich bitte Sie, dazu Stellung zu nehmen.

Ich hatte natürlich nicht damit gerechnet, dass Sie sich inhaltlich zu unserem Antrag äußern. Wir haben einen zweiten Antrag zur Öffentlichkeitsarbeit des Rates vorgelegt. Darf ich den innerhalb der Redezeit gleich mit begründen?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das machen wir getrennt.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Ich wollte es etwas schneller machen. Das ist auch ein guter Antrag.

Wir brauchen natürlich eine Rechtssicherheit, dass, wenn wir Beiträge an diese gemeinnützige Organisation leisten, bei einer Rechnungsprüfung keine Beanstandungen von Ihrer Verwaltung kommen. Es wäre nett, wenn Sie uns dazu ein Signal geben. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

**3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "Resolution des Rates der Stadt Köln zur Hafenpolitik“ AN/1784/2011**

Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben uns in den letzten Monaten sehr heftig über die Entwicklung der Kölner Häfen gestritten.

(Vorsitz: Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes)

Das werden wir auch heute noch einmal tun. Unter diesem Tagesordnungspunkt gibt es aber etwas Positives zu berichten, wohinter sich alle demokratischen Fraktionen und Einzelmandatsträger stellen sollten, nämlich die Zusammenarbeit zwischen Düsseldorf, Neuss, dem Rhein-Erft-Kreis und Köln bei der Neugründung einer gemeinsamen Hafengesellschaft. Dieses Projekt könnte ein Startschuss für eine weitere gute Zusammenarbeit mit rheinischen Kommunen sein.

Herr Oberbürgermeister, seien Sie weiter diplomatisch bei der Zusammenarbeit der rheinischen Kommunen. Ich glaube, Herr Leonhardt, auch der Stadtwerkekonzern wird entsprechend politisch agieren und im Rahmen von insgesamt weniger spektakulären Projekten versuchen, im kommunalen Bereich im Rheinland so zu operieren, dass es uns gelingen kann, Dienstleistung zu bündeln.

Deshalb freuen wir uns, dass die vier Kommunen erklärt haben, gegebenenfalls die Bundesanteile am Duisburger Hafen zu erwerben, wenn man die Bundesregierung nicht davon abhalten kann, ihre Anteile zu veräußern. Ich appelliere an die Bundesregierung, an die Landesregierung, aber auch an Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, dies möglichst wenig ideologisch zu betrachten. Das können wir vielleicht in einigen Jahren machen, wenn sich die Situation verändert hat. Heute muss es darum gehen, das zarte Pflänzchen der Binnenschifffahrt an Rhein und Ruhr zu verteidigen und zumindest in nächster in öffentlicher Hand zu belassen, um gemeinsam mit den Kommunen an Rhein und Ruhr die Binnenschifffahrt neu abzustimmen und neu auszurichten.

Ich halte auch einen Verkauf an die Hafengesellschaft Rotterdam, die bekanntlich ein öffentliches Unternehmen ist, zurzeit nicht für zielführend. Wir brauchen jetzt eine regionale Abstimmung. Wir müssen die jeweiligen Vorteile nutzen, weil die Ressourcen und der Bau der Hafenanlagen und die dazugehörige Infrastruktur begrenzt sind. Das wissen wir alle aus der Kölner Diskussion. Häfen sind nicht nur wichtig für die Industriepolitik, sondern auch für das Dienstleistungsgewerbe im Rheinland.

Nach einem Prozess der regionalen Zusammenarbeit müssen wir über eine engere Kooperation im westlichen Wirtschaftsraum in Europa diskutieren. Gar keine Frage, das steht dann an. Aber jetzt steht an, eine regionale Politik zu entwickeln. Dann kann man darüber diskutieren, wie man mit Rotterdam weiter zusammenarbeiten kann.

Der Verband Spedition und Logistik Nordrhein-Westfalen e.V. tritt dafür ein, dass der Duisburger Hafen weiter in öffentlicher Hand bleiben muss. Das finde ich bemerkenswert, dass denen als Interessensverband der Unternehmen klar ist, dass wir den Duisburger Hafen in öffentlicher Hand behalten müssen. Das finde ich wichtig.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Verwaltung für ihre Stellungnahme bedanken, wonach die Inhalte unseres Antrags zutreffend seien.

Zu dem Antrag von SPD und Grüne möchte ich mich insofern äußern, als ich mich für die Kürzung und Straffung, die Sie in Ihrem Antrag vorgenommen haben, bedanke. Wir haben überhaupt keine Probleme, diesen Antrag zu übernehmen. Dann können wir gemeinsam abstimmen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Linken.Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Detjen. - Herr Zimmermann, bitte.

**Michael Zimmermann** (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum hat Köln Interesse am Duisburger Hafen? - Duisburg und Köln sind eigentlich keine direkten Wettbewerber am Markt. Sie liegen räumlich relativ weit auseinander. Warum hat der geplante Verkauf der Bundesanteile dennoch große Bedeutung für Köln? - Köln ist bekanntlich das Verkehrskreuz des Westens. Schon heute haben wir riesige Güterströme zu bewältigen. Obwohl der Autobahnring immer weiter ausgebaut wird, wird es auf den Straßen immer enger. Jeder, der auf dem Autobahnring fährt, kann das nachvollziehen. Die ständigen Staus werden immer schlimmer. Alle Prognosen sagen für die Zukunft gewaltige Zuwächse voraus. Wir wissen, dass die großen Seehäfen Zeebrügge, Antwerpen,

Rotterdam, Amsterdam ihre Kapazitäten massiv ausweiten. Das hat natürlich auch Folgen für uns. Denn ob wir wollen oder nicht, die Güterströme werden gewaltig anwachsen.

Auf der einen Seite wollen wir das. Die Menschen, die hier wohnen, wollen natürlich, dass die Güter hier hinkommen. Das ist auch gut für den Wirtschaftsstandort Köln. Aber es macht uns auf der anderen Seite auch riesige Probleme. Die Frage ist ja, auf welchem Weg diese Güter zu uns kommen. Neben dem Flugzeug gibt es drei Möglichkeiten: auf der Straße, auf der Schiene und auf dem Wasserweg. Wir wissen, die Kapazitäten auf der Straße sind erschöpft. Auf den Bahnstrecken gibt es große Engpässe. Die größten Kapazitätsreserven liegen auf dem Wasser. Unser politisches Ziel ist es deshalb, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Güter von der Straße auf die Schiene und vor allem auf das Wasser zu verlegen.

Das ist im Übrigen auch der Grund, warum wir so vehement dafür sind, den Godorfer Hafen auszubauen. Das tun wir auch in enger Abstimmung mit dem Land Nordrhein-Westfalen. Das Wasserstraßen- und Hafenkonzept des Landes fordert den Ausbau der Hafenkapazitäten und die Zusammenarbeit der Häfen entlang der Rheinschiene. Vor diesem Hintergrund führt die HGK seit längerer Zeit intensive Gespräche über eine engere Zusammenarbeit mit den Neuss Düsseldorfer Häfen. Wir sind zuversichtlich, dass wir im neuen Jahr zu einer gemeinsamen Betreibergesellschaft kommen können. Auch mit den Bonner Hafenbetrieben haben wir Gespräche über eine engere Zusammenarbeit aufgenommen, die wir weiter führen werden.

Allen Hafenbetreibern, allen Beteiligten ist klar: Die Probleme, die aus dem massiven Anwachsen des Güterverkehrs erwachsen, können nur gemeinsam bewältigt werden. Deswegen arbeiten wir im Moment an einem regionalen Logistikkonzept.

Der Duisburger Hafen - das wissen Sie - ist Europas größter Binnenhafen. Wir sind fest davon überzeugt, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen den Hafenschwerpunkten Köln, Neuss und Düsseldorf auf der einen Seite und Duisburg auf der anderen Seite den Wirtschafts- und Logistikstandort Nordrhein-Westfalen erheblich stärken könnte. Dazu ist es aber notwendig, dass das Land die Bundesanteile am Duisburger Hafen übernimmt, wenn es zur Ausschreibung kommt, damit der Duisburger Hafen auch weiterhin im öffentlichen Interesse geführt werden kann.

(Beifall bei den Linken.Köln)

Wir wollen nämlich nicht, dass die Anteile des Duisburger Hafens an private Dritte verkauft werden, auch nicht an die vier großen Seehäfen. Das würde nämlich die von der Landesregierung gewünschte Zusammenarbeit der NRW-Häfen erheblich erschweren, wenn ein Hafenbetreiber nicht öffentlichen, sondern ausschließlich eigenen wirtschaftlichen Interessen verpflichtet wäre. Wir wollen, dass die Bundesanteile durch das Land und am Ende durch öffentliche Unternehmen wie HGK und Neuss Düsseldorfer Häfen übernommen werden. So können wir, die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten und legitimierten Vertreter, mitreden und auch mitgestalten, wenn es darum geht, im öffentlichen Interesse Güterströme neu zu ordnen und Logistikkonzepte neu zu erstellen.

Es unsere feste Überzeugung, dass Häfen in die öffentliche Hand gehören. Denn nur so ist sichergestellt, dass sie allen Logistikunternehmen offen stehen und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Diese Neutralität der Häfen ist auch die Voraussetzung für eine sinnvolle Verkehrsplanung im Sinne der Kölner Region und im Sinne Nordrhein-Westfalens.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Er geht in zwei Richtungen, einmal in Richtung Land, indem wir darauf hinwirken, dass vorrangig kommunale bzw. öffentliche Beteiligungsunternehmen diesen Anteil, wenn er denn verkauft wird, erwerben können. In zweiter Linie geht er in Richtung HGK. Wir wollen die HGK ausdrücklich unterstützen in ihrer regionalen Logistikstrategie und darin, dass sie eine Interessensbekundung für den Erwerb des Bundesanteils am Duisburger Hafen abgeben. Ich glaube, das wäre insgesamt ein gutes Signal, das von Köln ausgehen würde. Je breiter wir dieses Signal senden, desto besser wäre es für Köln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und den Linken.Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Zimmermann. - Herr Koke, bitte.

**Klaus Koke** (CDU): Liebe Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann es ganz kurz machen. Herr Zimmermann hat es ganz sachlich und pragmatisch erklärt. Die CDU-Fraktion kann dem Änderungsantrag und somit inhaltlich der Resolution zustimmen.

Wir befürworten die Zielsetzung der HGK, einem städtischen Unternehmen, durch Kooperation das Marktpotential auszubauen. Wir wünschen dem Oberbürgermeister bei den Verhandlungen ein glückliches Händchen, dass er die Landesregierung NRW und die Stadt Duisburg dafür gewinnen kann, die öffentlichen Eigentümerstrukturen zu erhalten und somit der HGK AG die Chance zum Erwerb des zum Verkauf stehenden Drittelanteils des Bundes am Duisburger Hafen zu ermöglichen. Wir nehmen freudig zur Kenntnis, dass diese wirtschaftlich sinnvolle Kooperation eine große Mehrheit findet. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Koke. - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Unser Änderungsantrag dient dazu, einige Dinge klarzustellen.

Erstens haben wir eine Beschlusslage für die Ausrichtung eines regionalen Logistikkonzepts, das zurzeit in Arbeit ist. Das hat bereits den Fokus auf die Tätigkeit der HGK erweitert.

Zweitens hat sich bereits die HGK regional ausgerichtet. Das deutliche Zeichen ist die bevorstehende Gründung der gemeinsamen operativen Gesellschaft mit den Neuss Düsseldorfer Häfen, also die Rhein Cargo. Vor dem Hintergrund ist gegeben, dass dort regionale Interessen zum Tragen kommen.

Wenn der Bundesanteil tatsächlich zum Verkauf stünde - es ist in dem Antragstext erklärt, dass wir noch nicht so weit sind; aber es ist richtig, sich jetzt zu positionieren -, dann müssen wir ein Interesse daran haben, dass unsere regionalen Bedürfnisse zum Tragen kommen. Ein Verbund der Rheinhäfen ist natürlich wesentlich vorteilhafter, als sich sozusagen mit fremden Anteilseignern und deren Interessen auseinanderzusetzen. Die Bandbreite geht ja vom Hedgefonds bis zu den ARA-Häfen, die ein Interesse haben. Das würde sicherlich diese Zusammenarbeit eher behindern.

Insofern soll dieser Antrag auch dazu dienen, dass wir als Rat die HGK bzw. die regionale Formation darin bestärken, am Ball zu bleiben und, falls es zu einem Verkauf kommt, Interesse zu zeigen, was ja schon getan wurde, aber dann auch in konkrete Verhandlungen einzutreten. Insofern ist es auch eine klare Positionierung gegenüber der Landesregierung, weil auch da die Diskussion läuft. Die einfachste Lösung wäre, wenn die Eigentümerstruktur beibehalten bliebe. Deshalb muss man sich als Stadt Köln gegenüber Land und Bund klar positionieren, auch weil wir dann mit der neuen Formation Rhein Cargo die Nummer zwei sind. Insofern würde ich mich freuen, wenn wir eine sehr breite Mehrheit fänden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Frank. - Herr Houben, bitte.

**Reinhard Houben** (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, ich fand es schon echt klasse, wie elegant und schnell Sie sich dem Änderungsantrag von Rot-Grün angeschlossen haben - und das, obwohl beide Anträge inhaltlich doch relativ unterschiedlich sind. Es freut einen natürlich, wenn die Erkenntnis so schnell reift. Dass die Position von Rot-Grün mit der der Linken so übereinstimmt, freut mich.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Können Sie mir auch mal gratulieren!)

- Herzlichen Glückwunsch, Herr Detjen!

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja eine Verbrüderung!)

- Ja, genau. Herr Börschel, ich habe gehört, Sie heben den Telefonhörer gar nicht mehr ab, wenn Herr Detjen anruft. Deswegen muss Herrn Detjen auch ein bisschen was gegönnt werden.

Aber nun zum eigentlichen Thema und zum Ernst der Sache. Eine gewisse Schizophrenie ist natürlich in beiden Anträgen zu erkennen. Entweder wir bekennen uns mit dem Logistikkonzept dazu, dass wir mithilfe verschiedener Partner regional - geografisch gesehen von mir aus von Koblenz bis Duisburg - expandieren und uns dort neu organisieren wollen, oder wir bekennen uns nicht dazu. Einerseits zu sagen, am liebsten wäre uns, wenn alles so bleibt, wie es ist, andererseits aber zu formulieren, wir wollen uns beteiligen - wenn wir über die HGK Einfluss gewinnen wollen, müssen ja Anteile verkauft werden - ist in sich ein bisschen widersprüchlich; denn die bisherige Eigentümerstruktur - ein Drittel Duisburg, ein Drittel NRW und ein Drittel Bund - hat ja nicht zu entsprechenden Kooperationen geführt. Da muss man sich doch fragen, warum das in der Vergangenheit selbst dann nicht möglich war, als in Duisburg, in Nordrhein-Westfalen und im Bund

jeweils Regierungen der gleichen Parteifarben das Sagen hatten.

Meine Damen und Herren, ich weiß auch nicht, warum es so schwierig sein soll, bei diesem Drittel - nur davon reden wir ja im Moment - von vornherein auch Private einzubeziehen.

(Beifall bei der FDP)

Man muss ja nicht zwingend das gesamte Drittel an einen Nachfrager verkaufen. Auch wir in Köln arbeiten mit echten Privaten zusammen, zum Beispiel bei der RheinEnergie mit RWE oder bei der Kölner Außenwerbung mit Ströer. Haben wir durchgängig oder aktuell so schlechte Erfahrungen damit gemacht, dass wir es von vornherein ablehnen wollen, auch Private - vielleicht mit 10 oder 20 Prozent - einzubeziehen? Es wäre doch interessant, wenn man tatsächlich die ARA-Häfen als Minderheitsbeteiligung aufnehmen würde. Damit hätten wir einen ganz starken Partner, der sicherstellt, dass dieser Hafen auch weiterhin gut prosperieren kann. Das von vornherein über eine Resolution zu verhindern, halten wir als FDP nicht für sinnvoll.

Ihre Aussage, Infrastrukturmaßnahmen müssen zwingend in öffentlicher Hand sein, wird durch die wirtschaftlichen Zahlen oft nicht gedeckt. Schauen Sie sich einmal die Bilanz der Duisburger Hafen AG an. Bei ungefähr 120 Millionen Euro Umsatz wird eine Rendite von ungefähr 4 Millionen Euro erzielt. Der Schuldenstand allein gegenüber den Banken beläuft sich auf 90 Millionen Euro. Das ist also nicht gerade ein Filetstück der deutschen Logistik. Ein Beispiel dafür, wie Logistik erfolgreich gemanagt werden kann, ist dagegen der Hamburger Hafen, sicherlich der attraktivste Hafen Deutschlands, der ebenfalls als AG organisiert ist. Ebenso verhält es sich mit dem Frankfurter Flughafen, der von einer Aktiengesellschaft betrieben wird. Natürlich hält die öffentliche Hand sowohl in Hamburg als auch in Frankfurt erhebliche Anteile.

Hier von vornherein Private gänzlich auszuschließen, indem Sie an den Bund appellieren, seine Anteile nicht zu verkaufen, und ihn darum bitten, anderenfalls dafür zu sorgen, dass nur wir sie kaufen dürfen, das erschließt sich uns nicht als logisch und auch nicht als wirtschaftsfreundlich. Deswegen können wir dieser Resolution, selbst in der jetzt verbesserten und realistischeren Form, leider nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Houben. - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Bürgerbewegung pro Köln hat den Anspruch, jedes politische Thema daran zu messen, was es den Kölnerinnen und Kölnern bringt. Wir können wirklich nicht erkennen, warum Sie hier ein Investmentabenteuer in Duisburg vorhaben. Wir haben hier eben gehört, dass ein Drittel an Anteilen der Aktiengesellschaft frei wird und es dafür mehrere Bewerber gibt. Das heißt, wir erhielten einen so kleinen Anteil, dass wir sowieso nicht mitbestimmen können. Das erschließt sich uns nicht.

Wir haben schon sehr oft bittere Erfahrungen gemacht. Denken Sie nur an das Amerika-Geschäft, wo man froh sein muss, wenn man da wieder herauskommt. Denken Sie immer daran: Das ist Kölner Steuergeld.

Ich glaube, man hat bewusst keine Beträge eingesetzt. Man möchte hier eine Blankovollmacht dafür haben, irgendwelche kleinen Anteile zu kaufen. Das können wir schon gar nicht zulassen. Wieso kaufen Sie keine Anteile in Ludwigshafen oder sonstwo? Auch dort gibt es Häfen. Das alles erschließt sich nicht. Wenn Sie gerne in Aktiengesellschaften investieren wollen, können Sie das privat machen. Ob in Hamburg oder in Kapstadt, das ist uns egal. Aber aus Verantwortung für die Portemonnaies der Kölnerinnen und Kölner können wir dem hier nicht zustimmen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Keine weiteren Wortmeldungen.

Ich möchte über den Änderungsantrag von SPD und Grünen abstimmen lassen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Das sind die FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Änderungsantrag so angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte jetzt über den Antrag in der geänderten Fassung abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Es bleibt dabei: die FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.6:

**3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Organisationsanalyse der Gebäudewirtschaft“**
**AN/1782/2011**

Herr Bosbach, bitte.

**Wolfgang Bosbach** (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als in der Ratssitzung vor beinahe 15 Jahren, am 5. November 1996, die Neuorganisation der Gebäudewirtschaft beschlossen wurde, waren damit klare Zielvorstellungen verbunden. Ich erinnere: Die Gebäudewirtschaft sollte deutlich nutzerfreundlicher werden. Der Service gegenüber den die Gebäude nutzenden Dienststellen sollte verbessert werden. Die Gebäudesubstanz sollte zukünftig besser erhalten werden.

Heute, beinahe 15 Jahre nach diesem Beschluss, ist es nun an der Zeit, sich anzusehen, ob die gesteckten Ziele tatsächlich erreicht worden sind. Es wird schnell klar, dass nicht alle Erwartungen erfüllt worden sind. Allein im Bereich der Schulen und Kindertagesstätten besteht derzeit ein Instandhaltungsrückstau von rund 600 Millionen Euro. Immer wieder werden Baumaßnahmen verzögert begonnen oder schleppend ausgeführt. Dies wurde unlängst auch von der Schulpflegschaft in einem Offenen Brief bemängelt. Immer wieder wird von den Gebäudenutzern gefordert, dass die Kommunikation mit der Gebäudewirtschaft besser werden könnte. Zudem scheint es so, dass die Ergebnisse aufwendiger und teurer Architektenwettbewerbe nicht in allen Fällen alltagstauglich sind.

Wir wollen wissen, was der Grund dafür ist: Ist es tatsächlich nur die möglicherweise unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung, die dafür verantwortlich ist, oder gibt es organisatorische Gründe dafür, dass die mit der Gründung der Gebäudewirtschaft erhofften Verbesserungen nicht vollständig erreicht werden konnten?

Um eines ganz klar zu sagen, damit es hier nicht zu Legendenbildung kommt: Es geht uns dabei nicht um einzelne Köpfe. Wir wollen vielmehr, dass die Gebäudewirtschaft als Ganzes einer umfassenden Organisationsanalyse unterzogen wird, die sowohl ihre Schwächen untersucht als auch ihre Stärken aufzeigt. Um einer gewissen Betriebsblindheit, die es überall, auch in Verwaltungen, gibt, entgegenzuwirken, soll für diese Untersuchung externer Sachverstand herangezogen werden. Auch die Erfahrungen der Nutzer der Gebäudewirtschaft und von Geschäftspartnern der Gebäudewirtschaft sind für uns wichtig, weil sie tagtäglich mit der Gebäudewirtschaft zu tun haben und zeigen können, wo der Schuh drückt.

Am Ende des Prozesses soll das bestmögliche Ergebnis stehen. Das heißt, wir wollen, dass die Untersuchung ergebnisoffen durchgeführt wird und es keine Denkverbote gibt. Ich will nur zwei Beispiele nennen, in welche Richtung die Ergebnisse zielen können: Die Stadt Dortmund hat beschlossen, den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft wieder in die Verwaltung zurückzuführen. Das kann eine der Lösungen sein, aber darauf sind wir nicht festgelegt. Andere Städte stellen fest, dass die eigenbetriebsähnliche Einrichtung zwar die richtige Betriebsform ist, es aber große Probleme an den Schnittstellen gibt, und sehen da Optimierungsbedarf. All dies wollen wir extern untersuchen lassen verbunden mit dem Vorschlag, welches die beste Lösung ist.

Was uns ganz, ganz wichtig ist - der Oberbürgermeister hat in seiner Haushaltsrede auch davon gesprochen -, ist: Es kann nur dann zu einem Ergebnis kommen, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft von Anfang an in den Prozess miteinbezogen werden. Nur wenn die Lösungen mit ihnen zusammen erarbeitet werden und wenn sie die Lösungen akzeptieren können, kann es zum Erfolg kommen. Eine Änderung von Organisation und Strukturen alleine wird nicht ausreichen; es sind immer die Menschen, die die Arbeit machen.

Die Gebäudewirtschaft steht vor großen Herausforderungen; das wissen wir alle, vor allem diejenigen unter uns, die im Betriebsausschuss Gebäudeausschuss mitarbeiten. Wir wollen, dass sie dafür bestmöglich aufgestellt ist. Nur so kann es gelingen, den Instandhaltungsrückstau zügig abzubauen und die Zufriedenheit der Gebäudenutzer nachhaltig zu verbessern. Daher bitte ich Sie: Stimmen Sie mit uns unserem Antrag zur Organisationsanalyse der Gebäudewirtschaft zu! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Bosbach. - Herr Brust, bitte.

**Gerd Brust** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Gebäudewirtschaft wird in den nächsten Jahren vor einem gewaltigen Arbeitspensum stehen. Es gibt zahlreiche Neubau- und Erweiterungsprojekte bei Schulen sowie bei Kindergärten im Zuge der U3-Betreuung und parallel dazu Großprojekte wie die Sanierung von Schauspiel/Oper, die Sanierung von Museen, der Neubau des Historischen Archivs und anderes.

Wichtig ist, dass parallel zu den Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen der bei Schulen und Kindergärten vorhandene Sanierungsstau möglichst zügig abgebaut wird. Dafür ist es notwendig, dass wir die Ressourcen der Gebäudewirtschaft optimal nutzen. Das scheint uns heute nicht der Fall zu sein. Diejenigen, die im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft sind, erfahren fast in jeder Sitzung, dass zum Beispiel Bindefristen überschritten werden. Das heißt, die Frist, während der sich Firmen an die Vergabezeit ihrer Angebote gebunden fühlen, wird nicht eingehalten, weil die Wege in der Verwaltung, nämlich zwischen Rechnungsprüfungsamt, Vergabeamt, externen Architekten, Architekten der Gebäudewirtschaft selbst, Schulverwaltungsamt usw., viel zu lange dauern. Es gibt zu viele Schnittstellen. Hier muss es dringend zu effektiverem Handeln, zu weniger Reibungsverlusten und damit zu höherer Motivation der Mitarbeiter kommen.

Wir sind für diese Untersuchung; denn mit ihrer Hilfe soll herausgefunden werden, wie wir an dieser Stelle einen entscheidenden Schritt vorankommen können. Wir als Politik sind heute immer wieder überfordert, wenn sich Eltern bei uns schriftlich beschweren, dass Schulen nicht fertiggestellt werden, und auf unsere Nachfrage hin dann das übliche Spiel in der Verwaltung beginnt, nämlich den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben: Die Gebäudewirtschaft sagt, das liege am Vergabeamt, das zu wenig Leute hat bzw. die Aufträge nicht vergibt; das Rechnungsprüfungsamt schimpft über falsche Leistungserstellungen. Wir als Politik sind es müde, uns immer wieder diese Erklärungen anzuhören, und es ändert sich nichts. Es ändert sich nichts daran, dass bei der Gebäudewirtschaft seit Jahren 30 Stellen unbesetzt sind. Es ändert sich nichts daran, dass die Wiederbesetzung von Stellen extrem lange dauert. Die Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft sind demotiviert, weil es schlechte Aufstiegschancen gibt, weil ihre Vorlagen oft wochenlang in der Verwaltung unterwegs sind und sie mit ihren Projekten nicht weiterkommen. All dies muss dringend geändert werden. Deswegen wollen wir diese neue Untersuchung.

Was wir nicht wollen, ist die x-te Untersuchung eines Instituts wie Kienbaum zum Beispiel. In den zehn Jahren Gebäudewirtschaft gab es mittlerweile schon mindestens drei Untersuchungen: 2004 einen externen Gutachter, der bei der Neuorganisation der Gebäudewirtschaft geholfen hat, dann die Gemeindeprüfungsanstalt und eben Kienbaum. An den vielen kleinen Missständen hat sich nichts Wesentliches verändert. Im Gegenteil, diese Firmen beschäftigen die Mitarbeiter zusätzlich durch Fragebögen und halten sie von ihrer Arbeit ab.

(Zuruf von der CDU)

- Nein, eben nicht. Das ist uns ganz wichtig, dass der neue Gutachter nicht in diesem Stil arbeitet. Die Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft müssen von Anfang an einbezogen werden, genauso wie die betroffenen Mitarbeiter bei den Kunden – bei den Schulen –, die externen Architekten, den für die Gebäudewirtschaft arbeitenden Firmen. All diese Leute wissen, woran es hapert, wo es Missstände gibt, wo Verwaltungswege zu lange dauern, wo es unsinnige Vorschriften gibt oder auch wo das Vergabeverfahren viel zu umständlich ist.

Uns ist es wichtig, zunächst auf Grundlage einer Befragung der Mitarbeiter und Kunden eine Bestandsaufnahme zu machen, in der die tatsächlichen Mängel aufgelistet sind, damit man diese konkreten Kölner Mängel dann Stück für Stück abarbeiten kann.

Es ist uns ebenfalls sehr wichtig, dass wir als Politiker von Anfang an in diesen Prozess eingebunden sind. Wir wollen auf keinen Fall ein Gutachten an irgendeine Firma vergeben, die uns nach einem Jahr als Ergebnis vorlegt: Die Gebäudewirtschaft wird jetzt wieder ein Amt oder Ähnliches; denn das würde an den konkreten Problemen überhaupt nichts ändern. Das Problem ist ja nicht die Gebäudewirtschaft allein, sondern das Zusammenspiel der verschiedenen Abteilungen der gesamten Verwaltung. Das Problem ist die Motivation der Mitarbeiter, die durch unsinnige bürokratische Vorgaben und viel zu lange Verwaltungswege kaputtgemacht wird.

Deswegen ist es uns wichtig, von Anfang an die Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft mit ins Boot zu nehmen; denn nur wenn sie uns die konkreten Missstände aufzeigen, können wir, begleitet von einem Lenkungsausschuss, auf die einzelnen Schwierigkeiten und bisher schlecht laufenden Verfahrensweisen die richtigen Antworten finden, damit die Gebäudewirtschaft in den nächsten Jahren ihre zahlreichen Aufgaben besser erledigen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Brust. - Frau Gordes, bitte.

**Birgit Gordes** (CDU): Sehr verehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Brust, eine Frage vorab, um sicherzugehen, ob

ich Sie richtig verstanden habe: War Ihr Vorschlag, im Amt für Vergabe eine Potenzialanalyse zu machen, jetzt ein Änderungsantrag, oder war das lediglich die Zustimmung zu dem Antrag, der uns hier vorliegt?

(Gerhard Brust [Bündnis 90/Die Grünen]: Dass die Schnittstellen untersucht werden sollen!)

- Gut. Dann müsste der Antrag aber über eine Analyse der Gebäudewirtschaft hinausgehen.

Nun zur Sache. Die Gebäudewirtschaft ist Mitte der 90er-Jahre in erster Linie gegründet worden, um den damals bestehenden eklatanten Instandhaltungsstau an städtischen Gebäuden, vor allem an Schulgebäuden abzubauen. Hier ist die Gebäudewirtschaft auf einem guten Weg. Während vor der Gründung der Gebäudewirtschaft über viele Jahrzehnte dieses Ziel offensichtlich nicht ansatzweise erreicht wurde, ist dies seither Normalität. Mehr noch, das Ziel wurde in fast allen Jahren deutlich überschritten. Allein dies würde zugegebenermaßen nicht reichen, um den Instandhaltungsstau, den die Gebäudewirtschaft übernommen hat, in absehbarer Zeit signifikant abzubauen. Hinzu kommt aber an vielen Stellen die effektivste aller Maßnahmen, nämlich der Ersatz maroder Bausubstanz durch Neubau oder Generalsanierung.

In den letzten Jahren und auch aktuell musste bzw. muss die Gebäudewirtschaft neben der anspruchsvolle Aufgabe des Abbaus des Instandhaltungsstaus weitere umfangreiche Sonderprojekte baulich umsetzen. Ich nenne aus dem Bereich der Schulen stichwortartig die Ihnen bestens bekannten Projekte Offene Ganztagsschule, gebundener Ganztag und Toilettensanierungsprogramm. Des Weiteren ist in den letzten Jahren in erheblichem Umfang neuer zusätzlicher Schulraum geschaffen worden …

Meine Damen und Herren, wer, glauben Sie, hat das gesagt? Das schreibt unser Oberbürgermeister im September dieses Jahres an die Stadtschulpflegschaft. Sie hat den Brief auf ihrer Internetseite veröffentlicht; man kann ihn dort nachlesen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, glauben Sie denn, die Gebäudewirtschaft hätte die Arbeit fast verdoppeln können bezüglich der eben genannten und der zusätzlichen Projekte im Bereich des KP-II-Programms, der Berufsfeuerwehr, im Bereich der Kulturbauten wie Stadtarchiv, Schauspiel und Oper, wenn sie sich in den letzten Jahren nicht organisatorisch entsprechend aufgestellt hätte? Nur weil sie sich neu aufgestellt hat, bewältigt sie diese Aufgaben hervorragend.

Die Gebäudewirtschaft erteilt im Jahr 50 000 Aufträge. Diese bestehen zu 98 Prozent aus Bauaufträgen. Wenn eine Organisation ein solches Volumen abwickeln kann, kann sie doch nicht grundsätzlich verkehrt sein, Herr Brust. Und da fordert man heute hier, die Arbeitsleistung der Mitarbeiter müsse verbessert werden? Das finde ich ein absolut starkes Stück,

(Beifall bei der CDU)

erst recht nach der Debatte, die wir zu Punkt 3.1.2 geführt haben. Über Jahre arbeiten die Mitarbeiter jährlich mehr und mehr und mehr, um sich dann hier von uns sagen lassen zu müssen, das sei nicht ausreichend. Meine Damen und Herren, so geht man doch nicht mit Mitarbeitern um. So behandelt man sie einfach nicht. Ich finde, dieser Antrag grenzt an Mobbing.

(Beifall bei der CDU)

Vor eineinhalb Jahren haben wir hier im Rat beschlossen, Verfahrensabläufe zu beschleunigen. Und? Herr Kahlen, es ist wirklich der Hammer, wie ich finde, dass Sie es bis heute nicht auf die Reihe bekommen haben, dem Rat dazu eine Vorlage vorzulegen. An dieser Stelle sollte man einmal die Frage stellen: Welches Haus sollte sich einer Analyse unterziehen? Sollten mit diesem Antrag hier etwa eigene Fehler in der Personalausstattung revidiert werden? Herr Kahlen, erst Ihre restriktive Haltung,

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Mobbing gegen Herrn Kahlen!)

die nur die Verminderung von Personal im Auge hat, führt doch dazu, dass nicht ausreichend Manpower zur Verfügung steht. So müssen doch einfach Aufgaben unerledigt bleiben.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2010 hat die Gebäudewirtschaft Aufträge an externe Projektbeteiligte in einer Honorarhöhe von 22 Millionen Euro - - Herr Kahlen, dürfte ich um Ihre Aufmerksamkeit bitten.

(Beifall bei der CDU)

- Vielen herzlichen Dank, Herr Dezernent.

(Beigeordneter Kahlen: Es geht genau um Ihr Thema!)

- Dazu können Sie sich ja später noch äußern.

(Beigeordneter Kahlen: Gerne!)

Im Jahr 2010 hat die Gebäudewirtschaft Aufträge an externe Projektbeteiligte in einer Honorarhöhe von 22 Millionen Euro erteilt. Das wären bei gerundeten 50 000 Euro im Jahr und pro Person 440 qualifizierte Mitarbeiter mehr für die Gebäudewirtschaft. Das heißt, jeder Auftrag, der zusätzlich in die Gebäudewirtschaft kommt, finanziert sich selber.

Im vorliegenden Antrag werden finanzpolitische Steuerungsmomente angesprochen. Dazu möchte ich betonen, dass die Gebäudewirtschaft seit 2005 ihre Bilanzsumme um 400 Millionen Euro gesteigert hat. Laut dem Ergebnis von 2010 verfügt sie über Rücklagen in Höhe von 1 Million Euro. Die Eröffnungsbilanz und die Jahresbilanz liegen stets vorbildlich vor.

Herr Börschel, Herr Frank, da hier gerade von finanzpolitischen Steuerungsmomenten die Rede ist: Jetzt, wo Sie ein bisschen mehr Zeit haben, könnten Sie doch einmal Ihrer lieben Frau Klug helfen, eine Eröffnungsbilanz und einen Jahresabschluss für die Gesamtverwaltung vorzulegen; denn darauf warten wir schon seit 2008.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Angesichts unserer vorhin dargestellten Haushaltslage finde ich es absolut sinnlos und nicht sachdienlich, mehrere 100 000 Euro - wir alle wissen, dass das so viel kosten wird - für Analysen zu verschwenden.

Ich komme noch einmal auf den Antrag zurück. Darin heißt es, die Notwendigkeit der Durchführung aufwendiger Architektenwettbewerbe sei zu prüfen. Da frage ich mich: Ja, wenn nicht so, wie denn dann? Wir erwarten doch auch von Investoren, dass sie Architektenwettbewerbe durchführen.

Außerdem wird in keiner Einheit in Köln so viel befragt, beteiligt und vermittelt wie in der Gebäudewirtschaft. In etlichen Runden sind die Politik, die Schulpflegschaft, die Schulverwaltung und die Schülermitverwaltung eingebunden. Besser und mehr geht nicht. Das weiß nicht nur ich als Ausschussvorsitzende, sondern das weiß jedes unserer Ausschussmitglieder, auch du, Wolfgang.

In Ihrem Antrag schreiben Sie so nett, es gebe einen Investitionsstau von 600 Millionen Euro. Das finde ich geradezu putzig angesichts der Tatsache, dass schon Projekte von annähernd 1 Milliarde Euro realisiert wurden.

Abschließend will ich hier noch eines sagen: Wenn wir schon über eine Betriebsform nachdenken, mit der die Prozesse beschleunigt werden können, wäre es meines Erachtens am sinnvollsten, über eine rechtliche Verselbstständigung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts - Beispiel wäre hier die StEB - nachzudenken. Wir sollten uns fragen, ob das nicht die sinnvollste Lösung zur Professionalisierung der Gebäudewirtschaft wäre. Da würden wir dann auch mitmachen, da würden wir mit Ihnen reden. Beim Anmeiern städtischer Mitarbeiter und bei Geldverschwendung machen wir nicht mit. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Gordes. - Herr Breite, bitte. - Die Zeit, in der Uli Breite zum Rednerpult kommt, will ich nutzen, um Folgendes zu sagen: Die Bemerkung, Herr Frank habe ja jetzt mehr Zeit, hat mir nicht gefallen. Ich finde es außerordentlich gewissenhaft, wenn jemand trotz Erkrankung hierher kommt und seinen Dienst tut.

(Beifall bei der SPD)

Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite** (FDP): Frau Bürgermeisterin, liebe Elfi! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich in der Bevölkerung umhört, dann heißt es in der Tat, in der Gebäudewirtschaft läuft nicht alles rund. So ehrlich sollte man schon sein, auch vonseiten der CDU, die das eben ganz anders dargestellt hat.

Es sind hier die Verfahrensabläufe bei der Gebäudewirtschaft angesprochen worden, die einen manchmal die Haare zu Berge stehen lassen. Das fängt schon beim Ausschreibungsverfahren an, wo Bindefristen zur Vergabe nicht eingehalten werden. Es ist noch kein Stein bewegt worden, da verlieren wir schon Zeit und Geld. Das zieht sich weiter bei der Projektrealisierung. Niemand in Köln würde darauf wetten, wann eine Baumaßnahme der Gebäudewirtschaft anfängt, und schon gar nicht darauf, wann sie aufhört.

(Beifall bei der FDP)

Der bittere Schluss ist dann die Bauprojektabrechnung, bei der festgestellt wird, dass - oh Wunder! - alles teurer geworden ist als geplant. Gerade in der Baubranche gilt: Zeit ist Geld. Die Zeitschlamperei der Gebäudewirtschaft ist darum ein ärgerliches und teures Übel, das es zu beheben gilt. So weit können wir Liberale der Intention des Antrages von SPD und Grünen, eine Organisationsanalyse bei der Gebäudewirtschaft durchzuführen, folgen.

Doch bei der Zielsetzung des Antrags von Rot-Grün - den sollte man genau lesen - muss jeder einigermaßen Wirtschaftskundige die Hände über dem Kopf zusammenschlagen ob so viel Unsinn. SPD und Grüne wollen allen Ernstes eine Organisationsanalyse bei der Gebäudewirtschaft durchführen mit der Zielsetzung, aus dem Eigenbetrieb wieder ein Amt der Stadtverwaltung zu machen. Anstatt die Gebäudewirtschaft von Bürokratie zu befreien und mit mehr betriebswirtschaftlichen Instrumenten eine unternehmerische Kultur des Kostendenkens einzuführen, wollen SPD und Grüne bei der Gebäudewirtschaft wieder den Verwaltungsstempel einführen.

(Beifall bei der FDP)

Verwaltung verwaltet. Damit ist keine Schule schneller gebaut, keine Toilette zügiger saniert. Der Gebäudewirtschaft fehlt es an Unternehmenskultur, am Sinn, mit knappen Gütern effizient umzugehen.

Bisher war es allgemeiner Konsens, dass die Probleme bei der Gebäudewirtschaft mit dem Transformationsprozess von einem Verwaltungsapparat hin zu einem unter Kosten- und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten handelnden Unternehmen zu tun haben. In diesem Transformationsprozess ist die Gebäudewirtschaft stecken geblieben. Sie ist weder Fisch noch Fleisch. Das erkennt man beim Organisationsaufbau und -ablauf, das erkennt man am Unternehmenssitz im Technischen Rathaus und auch an ihrem Namen: Amt 26. Die Gebäudewirtschaft ist in Denken und Handeln immer noch zu sehr Verwaltung. Hier liegt die Wurzel des Übels.

Damit es auch dem letzten Sozialdemokraten im Saal klar wird: Die Gebäudewirtschaft braucht nicht das Korsett einer Verwaltung wie unter einem Stadtdirektor Kahlen; die Gebäudewirtschaft braucht unternehmerische Freiheit wie unter einem Dr. Dieter Steinkamp.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen eine Organisationsanalyse, die die Frage beantwortet, wie sich der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft mehr als ein Unternehmen wie die RheinEnergie verstehen kann. Der Antrag von SPD und Grüne zielt jedoch darauf ab, sich das Standesamt als Vorbild zu nehmen.

(Beifall bei der FDP und Teilen der CDU)

Die Kölner FDP in diesem Rat wäre SPD und Grünen ja noch gefolgt, wenn es darum ginge, die Gebäudewirtschaft in andere Strukturen zu überführen und damit von den bürokratischen Fesseln zu befreien. Ein Vorschlag ist gemacht worden. Ich könnte mir auch vorstellen, sie an die Stadtwerke anzubinden. Aber wenn Sie den Antrag lesen, meine sehr verehrten Damen und Herren, stellen Sie fest: Fehlanzeige! Ich sage nur: Standesamt.

Die Gebäudewirtschaft braucht eine unternehmerische Form. Wie wahr! Die Intention dieses Antrags ist genau das Gegenteil: Rückschritt statt Fortschritt. Solch einem Antrag kann und will die FDP als marktwirtschaftliche Stimme im Rat nicht zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Breite. - Herr Brust, bitte.

**Gerhard Brust** (Bündnis 90/Die Grünen): Weil mich einige anscheinend unbedingt missverstehen wollen, muss ich noch ein paar Dinge richtigstellen.

Den Vorwurf des Mobbings weise ich energisch zurück. Niemand, weder mein Kollege von der SPD noch ich, hat hier gesagt, dass die Mitarbeiter mehr arbeiten sollen. Im Gegenteil, ich habe eben in meiner Rede dargelegt, dass die Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft - aber nicht nur sie, das trifft auch auf die Mitarbeiter von fast allen anderen Ämtern zu - durch die derzeit bestehenden Strukturen in der gesamten Verwaltung stark demotiviert werden. Wir haben heute in der Gebäudewirtschaft sehr viele neue Mitarbeiter, die motiviert hier hinkommen, obwohl sie wenig verdienen und obwohl sie schlechte Aufstiegschancen haben. Demotiviert werden sie durch die Arbeitsverhältnisse und die langen Wegezeiten durch die Verwaltungen. Die Leute würden gerne ihre Projekte zu Ende bringen, aber sie werden von der Verwaltung daran gehindert.

Deswegen fordern wir in unserem Antrag auch ganz bewusst, dass die Schnittstellen mit anderen Ämtern untersucht werden müssen. Es geht also nicht nur um interne Probleme der Gebäudewirtschaft; denn das Problem - da haben Sie völlig recht - werden wir nicht lösen, indem wir die Gebäudewirtschaft wieder in ein Amt zurückführen. Das ist auch nicht mein Ziel. Wenn bei der Untersuchung herauskommt, die AöR ist die bessere Organisationsform, kann ich damit auch sehr gut leben. Mir geht es darum, dass klare Verantwortlichkeiten geschaffen werden, damit die Leute möglichst selbstständig und effektiv arbeiten können und nicht am Arbeiten gehindert

werden, wie es heute oft der Fall ist. - Das zur Klarstellung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Brust. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann möchte ich über 3.1.6 abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Eine Enthaltung von Herrn Hoffmann. Dann ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 3.1.7:

**3.1.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Weihnachtsticket für Köln“ AN/1774/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/1846/2011**

Herr Möring, bitte.

**Karsten Möring** (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Kölner Verkehrskalender des Jahres gibt es einige Highlights, die zwar schön, aber auch besonders anstrengend sind. Karneval, Kölner Lichter, Weihnachtsverkehr und Ähnliches mehr sorgen jedes Jahr für einen Verkehrskollaps. Anlässlich dieser Veranstaltungen gibt es bereits jetzt spezielle Vergünstigungen bei Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs wie zum Beispiel das Karnevalsticket.

Mit unserem Antrag verfolgen wir das Ziel, die massive Verkehrsbelastung während des Weihnachtsverkehrs, insbesondere an den verkaufsoffenen Samstagen, dadurch zu mindern, dass wir es attraktiver machen, mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln in die Stadt zu fahren. Wir können uns ein Angebot vorstellen, das ähnlich wie das Karnevalsticket besondere Bedingungen enthält, die attraktiv genug sind, dass die Leute umsteigen. Wir wissen ja, dass Autofahrer, vor allem die aus dem Umland, am liebsten lange vor dem Parkhaus stehen. Dadurch behindern sie sich nicht nur selbst, sondern leider auch Kölner, die in der Innenstadt einkaufen wollen.

Unser Antrag fordert, KVB und Verwaltung sollen darauf hinwirken, dass ein solches Ticket für den Weihnachtsverkehr eingeführt werden kann. „Hinwirken“ bedeutet, dass die Beteiligten aufgefordert sind, zu klären, wie ein solches Ticket realisiert werden kann. „Hinwirken“ beinhaltet auch, zu prüfen, wie teuer es ist, unter welchen Konditionen und an welchen Tagen es angeboten werden kann. Als Beispiele haben wir neben Stuttgart auch das Karnevalsticket genannt, an dem man sich orientieren kann.

Der Änderungsantrag von SPD und Grünen verfolgt allerdings, wie mir scheint, eine andere Intention, nämlich eine solche Maßnahme so lange hinauszuzögern, dass sie vielleicht sogar verhindert wird. Ehe der letzte Betreiber von Sehenswürdigkeiten gefunden wird, der an den Kosten beteiligt werden soll, haben wir, glaube ich, Ostern oder Pfingsten oder sind im nächsten Sommer. Mehrleistungen dieser Art werden in der Regel dadurch finanziert, dass man auch mehr Erträge generiert. Das ist bei all diesen Spezialtickets das Grundprinzip. Man muss es richtig kalkulieren. Dafür haben wir Fachleute in den Verkehrsunternehmen.

Meine Damen und Herren, ich habe noch nie gehört, dass das Karnevalsticket von den Karnevalsvereinen subventioniert wird. Wieso kommen Sie auf die Idee, dass ein Ticket, das den Weihnachtsverkehr entlastet, vom Einzelhandel oder den Betreibern von Sehenswürdigkeiten mitfinanziert werden soll? Das ist doch eine irrige Annahme, ganz abgesehen davon, dass ich mir nicht vorstellen kann, wie man diese Kosten vernünftig verteilen und die Betreiber von Sehenswürdigkeiten zur Kasse bitten will.

Im öffentlichen Nahverkehr des NVR, der sehr viele solcher Mehrleistungen zu besonderen Terminen anbietet, gibt es ein sehr einfaches Finanzierungsmodell. Sie werden aus den sogenannten Pönalen finanziert. Pönalen sind die Strafzahlungen der DB, die sie für Verspätungen und nicht vertragsgerechte Erfüllung der Verkehrsleistungen leisten muss. Wenn wir dieses Modell auf Köln übertragen würden, hätten wir angesichts der Pünktlichkeit der KVB noch sehr viel Luft für Mehrleistungen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ein bisschen knapp!)

Ich möchte an dieser Stelle gar nicht polemisieren, sondern lediglich darauf hinweisen, dass wir, wenn wir das wollen, den ganz einfachen Weg gehen können, indem wir die Verwaltung und die KVB beauftragen: Macht das! Handelt das mit den Unternehmen im Bereich des VRS aus! Macht einen realistischen Preis! Kalkuliert das sauber! Lasst das im Unternehmensbeirat beschließen! Der ist nämlich das Gremium, das dem zustimmen muss. Es macht überhaupt keinen Sinn, das noch einmal in den Verkehrsaus-

schuss zu geben, weil er in dieser Frage gar nichts zu vermelden hat.

Wenn wir das wollen, geben wir diesen Auftrag. Ihr Änderungsantrag ist in unserem Antrag enthalten. Deswegen meine Aufforderung: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Tun Sie den Kölnerinnen und Kölnern etwas Gutes, damit wir möglichst schon dieses Jahr Weihnachten davon profitieren können. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Möring. - Herr Noack, bitte.

**Horst Noack** (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ein Weihnachtsticket ist im Prinzip eine gute Idee, auch wenn man nach Aussagen des VRS die Erfahrungen in Stuttgart, auf die Sie in Ihrem Antrag verweisen, eher verhalten beurteilt. Es versteht sich von selbst, dass die Einführung eines neuen Tickettyps aufgrund der einzubeziehenden Entscheidungsgremien in diesem Jahr nicht mehr umsetzbar sein kann, Herr Möring, auch wenn durch die Presseberichterstattung fälschlicherweise dieser Eindruck entstanden sein mag.

Köln ist nicht Lummerland mit nur einer Lokomotive. Köln ist Mitglied im Verkehrsverbund Rhein-Sieg mit neun Mitgliedskörperschaften, an dem 35 Unternehmen beteiligt sind, die nach einem komplizierten Einnahmenaufteilungsmodus entscheiden. Selbst eine theoretisch denkbare Insellösung für Köln müsste trotzdem im Beirat des Verkehrsverbunds beschlossen werden, der bereits am 20. Oktober, also nächste Woche, tagt. Eine Verbundlösung, die sinnvollerweise angestrebt werden sollte, um das Umland von Köln einzubeziehen, damit der gewünschte Entlastungseffekt erreicht wird, müsste am 9. Dezember in die Verbandsversammlung eingebracht werden - Sie, Herr Möring, als Vorsitzender der Verbandsversammlung wissen dies - und für den Fall, dass es beschlossen würde, anschließend vermarktet werden, was schlichtweg zeitlich nicht mehr durchführbar ist. Außerdem hat die DB Regio ihr Vertriebssystem für diesen Zeitraum bereits abgeschlossen. Somit wäre die DB überhaupt nicht mehr miteingebunden.

Die Einführung eines Weihnachtstickets sollte auch unter Einbeziehung des Kölner Einzelhandels - es gibt auch dafür Modelle - und anderer Beteiligten gut vorbereitet werden. Erst wenn eine für den VRS und die Stadt Köln optimale Ausgestaltung erarbeitet worden ist, können die zuständigen Gremien fachlich und politisch entscheiden. Deshalb beantragen die Fraktionen der SPD und der Grünen, den Antrag der CDU in einen Prüfauftrag umzuwandeln und das Ergebnis im Verkehrsausschuss vorzulegen, damit eine saubere Lösung gefunden wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Noack. - Herr Wolter, bitte.

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Wir haben sehr viel Sympathie für Maßnahmen, die dazu beitragen, den Individualverkehr zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs zu entlasten. Wir freuen uns auch, dass die CDU das Thema aufgreift. Dennoch bleiben für uns einige Fragezeichen. Auch deshalb wollen wir diesen Antrag in den Verkehrsausschuss verweisen.

Herr Möring, selbst wenn wir das heute beschließen würden, bekämen wir das bis zur Adventszeit nicht mehr durch die Gremien des VRS. Ich glaube nicht, dass wir das schaffen würden. Von daher ist Zeit, das in Ruhe zu beraten.

Aus Ihrem Antrag geht leider nicht konkret hervor, was Sie begehren, ganz abgesehen davon, dass Sie Weihnachtsticket schreiben, aber die Adventswochenenden meinen. Wir wollen schon geklärt wissen, inwiefern der Handel an solchen Aktionen beteiligt werden kann. Das sollte man in Ruhe abklären, ehe man den Ticketwunsch formal an den VRS weitergibt.

Aus Ihrem Antrag geht auch nicht klar hervor, für wen dieses Angebot gelten soll: Wird es nur den Kölnern angeboten? Wird es nur in Köln angeboten? Gilt das Angebot im gesamten VRS? Dazu hätten wir uns konkretere Aussagen in Ihrem Antrag gewünscht.

Mein Vorredner, Herr Noack, hat die Einnahmenaufteilung angesprochen. Das ist sicherlich das Komplizierteste an dieser Sache. Auch hier muss geklärt werden: Was bekommt die Bahn, was bekommt die RVK, was bekommt die KVB, und was kostet das die Stadt?

Eine zentrale Frage ist auch, ob das zusätzliche Ticket zu einem realen Kundenzuwachs führt oder lediglich Mitnahmeeffekte erzielt werden.

Sie haben den Verkehrskollaps hier in der Stadt angesprochen. Auch Bahnen und Busse sind an den Adventswochenenden stets stark überfüllt. Der Zugang zum Hauptbahnhof musste letztes Jahr zeitweise reglementiert werden, weil nichts mehr vor- und nichts zurückging. Die Zustände auf den Bahnsteigen waren chaotisch. Der Kollaps findet also auch dort statt, wobei ich an dieser Stelle hervorheben möchte - ein Vertreter der KVB ist ja heute hier -, dass die KVB die Beförderung großer Menschenmengen bei solchen Veranstaltungen gut managt und einen guten Job macht.

Für mich stellt sich allerdings die Frage, ob wir an solchen Wochenenden nicht grundsätzlich mehr rollendes Material, sprich: mehr Bahnen, zur Verfügung stellen müssen, um die Beförderungsengpässe abzubauen. Ich glaube, das wäre eine wesentlich sinnvollere Maßnahme, als mit Preissenkungen zu versuchen, in das schon mehr als ausgelastete System möglicherweise noch mehr Menschen zu pressen.

Grundsätzlich gehen wir gerne in diese Diskussion. Wir haben, wie gesagt, Fragen, die wir geklärt wissen wollen, und das möchten wir gerne im Verkehrsausschuss tun. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Wolter. Herr Möring möchte noch eine Nachfrage an Sie stellen. Sind Sie damit einverstanden?

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja.

**Karsten Möring** (CDU): Lieber Herr Wolter! Meine Frage geht nicht nur an Sie, sondern auch an Herrn Noack. Sie kennen ja die Abläufe auch. Deshalb wissen Sie, dass wir durch einen Beschluss des Beirats im Sommer in der Lage waren, innerhalb von sehr kurzer Zeit ein Tarifangebot im Ergänzungsbereich Schülerverkehre zu machen. Von daher meine Frage: Stimmen Sie mir zu, dass es möglich ist, diese Prüfungen den beteiligten Verkehrsunternehmen zu überlassen, statt hier drei Schleifen zu ziehen? Es geht um die Finanzierung. Wir haben Muster. Da funktioniert die Einnahmenaufteilung. Da gibt es Tarife, an die man sich anlehnen kann. Ich will nicht ausschließen, dass es nicht klappt. Aber ich möchte, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit dieses Ticket schon dieses Jahr Weihnachten angeboten werden kann. Das würde mit dem Beschluss zu Ihrem Änderungsantrag aber definitiv nicht mehr möglich sein.

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein. So wie ich die Gremien kenne, gehe ich davon aus, dass wir das nicht schaffen. Sowohl der Beirat als auch die Zweckverbandsversammlung müssen eingebunden sein. Wir haben ein Schülerticket, wir haben ein Sozialticket. Letzteres ist noch nicht entschieden; darüber diskutieren wir schon seit einem Jahr. Das Schülerticket haben wir auch nicht im Hauruckverfahren entschieden, darüber wurde etliche Monate diskutiert. Ich gehe davon aus, dass wir zu diesem Ticket eine längere Diskussion führen werden. Das geht nicht von heute auf morgen.

(Karsten Möring [CDU]: Wenn Sie die führen, haben wir die!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Wolter. - Wir haben die gute Gelegenheit, Herrn Hofmann für die KVB zu Wort kommen zu lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Bitte schön, Herr Hofmann.

(Ralph Sterck [FDP]: Sollte nicht zuerst die Politik sprechen und dann die KVB? Dann kann sie darauf antworten!)

- Das können wir auch machen. Herr Hofmann, bitte gedulden Sie sich noch kurz. - Auf Wunsch der FDP spricht zunächst Frau Laufenberg. Bitte.

**Sylvia Laufenberg** (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion begrüßt die Initiative zur Einführung eines Weihnachtstickets für den öffentlichen Nahverkehr im gesamten VRS-Tarifraum.

Gerade in der Adventszeit ist Köln durch seine Weihnachtsmärkte und Einkaufsmöglichkeiten ein Anziehungspunkt für Touristen und das gesamte Umland. Um diese Angebote noch attraktiver zu gestalten, ist ein weiteres Sonderticket neben dem Karnevalsticket und dem CSD-Ticket wünschenswert. Dabei ist natürlich zu beachten, dass auch hier zwei Varianten eingeführt werden, nämlich das Tagesticket für eine Person und das Tagesticket für fünf Personen; denn nur wenn ein preisgünstiges Tagesticket für fünf Personen eingeführt wird, werden Familien und Gruppen von diesem Angebot profitieren und es auch annehmen. Weiterhin gilt es, die Taktzeiten an den Adventswochenenden zu verbessern und eventuell weitere Sonderzüge einzusetzen.

Da das CSD- und das Karnevalsticket nicht über sechs Tage hinausgehen, bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit für alle vier Adventswochenenden, also zwölf Tage, ein Sondertarif realisierbar ist. Daher meine Frage an die KVB: Wie viele Personen haben dieses Jahr das Karnevalsticket und das CSD-Ticket in Anspruch genommen, und inwieweit kompensieren die Einnahmen den Sondertarif?

Ich glaube, dass wir aufgrund der Erfahrungen mit dem Karnevals- und dem CSD-Ticket große Schlüsse auch auf die Einführung eines Weihnachtstickets werden ziehen können. Daher stimmt die FDP-Fraktion dem Antrag der CDU zu. Den Änderungsantrag von Rot-Grün können wir nicht mittragen, da auch wir es nicht für sinnvoll halten, die Kosten auf den Einzelhandel und andere Unternehmen umzulegen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Laufenberg. - Jetzt darf ich Herrn Hofmann das Wort erteilen. Bitte schön.

**Peter Hofmann** (Kölner Verkehrs-Betriebe): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Möring, ich muss sagen, Ihr Vergleich der KVB mit der DB hat mich ein klein wenig bedrückt.

(Karsten Möring [CDU]: War nicht polemisch gemeint!)

Da ich in beiden Unternehmen tätig war bzw. in dem einen Unternehmen glücklicherweise auch noch tätig sein darf, darf ich Ihnen aus meiner Erfahrung sagen: Wir sind, was die Qualität und die Kundenfreundlichkeit betrifft, zwar noch nicht so weit, wie wir sein wollen, aber wir sind deutlich weiter als die Deutsche Bahn.

(Beifall bei der SPD)

Nun hat man für mich die Messlatte relativ hoch gelegt, als man vorhin angekündigt hat, ich könne alle Fragen beantworten. Das würde die Ratssitzung wahrscheinlich erheblich abkürzen. Ich kann Ihnen unsere Einschätzung dazu liefern. Es gilt vom Grundsatz her dasselbe, was eigentlich alle Vertreter hier gesagt haben. Wir begrüßen grundsätzlich alle Maßnahmen und alle Vorschläge, die geeignet sind, den ÖPNV in Köln und den ÖPNV im Verkehrsverbund Rhein-Sieg zu stärken.

Wir sind bei dem vorliegenden Vorschlag in der Tat ein klein wenig skeptisch. Das hat unterschiedliche Gründe. Zum einen meinen wir, dass die Rahmenbedingungen an Weihnachten anders sind als an Karneval oder am Christopher-Street-Day.

(Karsten Möring [CDU]: Gott sei Dank! - Heiterkeit)

Das hat nicht nur mit der Art und Weise zu tun, wie der jeweilige Tag begangen wird, sondern auch - das möchte ich betonen - mit der Fahrzeugauslastung und den Kontrollmöglichkeiten. Das nämlich sind ganz entscheidende Faktoren, wie wir die Nachfrage befriedigen können.

Als Zweites sei darauf hingewiesen, dass nach bisherigen Erfahrungen - es ist Stuttgart zitiert worden - keine nennenswerten Mehrverkehre generiert werden konnten.

Drittens sei darauf hingewiesen, dass unsere Fahrgäste bereits heute zu circa 90 Prozent Zeittickets und Kooperationstickets nutzen. Das heißt, das Potenzial wird als relativ gering eingeschätzt. Möglicherweise wären sogar Mindereinnahmen zu befürchten, weil durchaus Wanderungsbewegungen von höherpreisigen zu preisgünstigeren Tickets stattfinden könnten.

Viertens ist darauf hinzuweisen, dass wir heute schon attraktive Tickets haben. Das Tagesticket ist angesprochen worden. Es wird in zwei Varianten angeboten und wäre grundsätzlich auch geeignet, diesem Bedürfnis gerecht zu werden.

Unterm Strich gesehen sagen wir: Der Vorschlag ist interessant. Man muss ihn sich sicherlich anschauen. Aber wir sind ein wenig skeptisch, was die Erfolgsaussichten anbetrifft.

Die Antwort auf die Frage nach den Umsätzen und Fahrgastzahlen beim CSD- und beim Karnevalsticket muss ich Ihnen leider schuldig bleiben. Ich habe die Zahlen jetzt nicht parat. Allerdings werden diese Tickets immer so kalkuliert, dass sie auf jeden Fall kostendeckend sind. Das heißt, wir kalkulieren etwaige Mindereinnahmen. Wir schauen, was an Mehrleistungen erbracht werden muss, und versuchen, diese Tickets dann so zu kalkulieren, dass sie kostendeckend sind. Das ist beim CSD-Ticket und beim Karnevalsticket der Fall.

Letzte Anmerkung: Auch nach meinen Erfahrungen nicht nur in diesem Verkehrsverbund, ist es so, dass die Mühlen in der Tat eher langsam mahlen. Das heißt, ob es tatsächlich realistisch ist, schon für das kommende Weihnachtsfest zu einem Ergebnis zu kommen, wenn die einschlägigen Gremien damit befasst werden müssen,

das würde auch ich mit einem Fragezeichen versehen. Ausgeschlossen ist es nicht. - Vielen Dank.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Hofmann, für Ihre Beiträge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde gern über den Ersetzungsantrag abstimmen lassen. Herr Möring?

(Karsten Möring [CDU]: Wie lassen Sie insgesamt abstimmen?)

- Zuerst über den Ersetzungsantrag. Wenn dieser durchgeht, brauchen wir nicht weiter abzustimmen.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer ist gegen diesen Ersetzungsantrag? - Das sind die CDU, die FDP, pro Köln, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Ersetzungsantrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.8 auf:

**3.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Aufwertung der Veedel im Stadtbezirk Innenstadt zu Stadtteilen“ AN/1777/2011**

Herr Sterck spricht.

**Ralph Sterck** (FDP): Mein Kollege Fraktionsgeschäftsführer hat die Latte ja hoch gelegt, was die Anrede angeht. Deswegen will ich dem nicht nachstehen. - Werte Frau Bürgermeisterin, liebe Elfi! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich von hier aus in Ihre Reihen blicke, sehe ich zum Beispiel Alfred Schultz, der in der Severinstraße wohnt. Wenn man ihn fragen würde, wo er wohnt, würde er natürlich antworten: Im Severinsviertel.

(Alfred Schultz [SPD]: Im Vringsveedel!)

- Noch besser: Im Vringsveedel. - In seinem Ausweis steht aber noch Altstadt-Süd.

Kollege Frank wohnt, wenn ich es richtig weiß, im südlichen Teil der Eintrachtstraße. Was würden Sie auf diese Frage antworten? Würden Sie sagen: Ich wohne im Ursula-Viertel, oder: Ich wohne im Eigelstein.

(Martin Börschel [SPD]: Das geht nicht!)

- Ich glaube auch nicht, dass er das tut. - Aber dass er auf die Idee kommt, zu sagen: Ich wohne in Altstadt-Nord, wie es in seinem Personalausweis steht, ist eher unwahrscheinlich.

Bei Kollegin Gordes ist es besonders interessant. Sie wohnt am Kaiser-Wilhelm-Ring auf der Stadtinnenseite. Da würde doch wahrscheinlich jeder hier denken, dass dieser Teil noch zum Stadtteil Altstadt-Nord gehört, aber nein - das musste ich im Rahmen dieses Verfahrens lernen -: Die Innenseite des Rings gehört noch zur Neustadt. Das heißt also, Frau Gordes, die sich sicherlich als Bewohnerin des Gereonsviertel fühlt, wohnt formal in der Neustadt-Nord.

Weil das so ist und wir das unbefriedigend finden und weil das auch viele Bürgerinnen und Bürger unbefriedigend finden, haben wir vor zwei Jahren eine Initiative gestartet, die darauf abzielte, die Hauptsatzung dahin gehend zu verändern, aus den vier Stadtteilen Neustadt-Nord, Neustadt-Süd, Altstadt-Nord und Altstadt-Süd kleinere Strukturen analog der Veedel zu bilden. Die damalige Initiative ist in den Medien, in der Öffentlichkeit, in der Bürgerschaft und auch in der Politik sehr positiv aufgenommen worden. Ich kann mich an sehr freundschaftlich geführte Diskussionen in der Bezirksvertretung Innenstadt erinnern, in denen die SPD unsere Initiative sehr unterstützt hat.

(Zuruf: Erfolglos!)

Am Ende - das ist richtig - waren wir damit nicht erfolgreich. Irgendwann vor der Kommunalwahl ist diese Initiative im Bermudadreieck zwischen Rat, Bezirksvertretung und Verwaltung verschwunden.

Wir dachten, die Verwaltung sei längst dabei, das zu prüfen. Als wir aber in diesem Jahr noch einmal nachgefragt haben, mussten wir feststellen, dass noch gar nichts geprüft wird. Deswegen haben wir in diesem Sommer eine neue Initiative gestartet. Uns geht es jetzt aber nicht mehr nur um eine Prüfung, sondern wir unterbreiten nunmehr einen konkreten Vorschlag, den wir auch mit Unterstützung vonseiten der Verwaltung erarbeitet haben.

Anfangs hatte ich gedacht, eigentlich müssten wir mit zwölf Stadtteilen in der Innenstadt auskommen. Zwölf ist eine schöne Zahl: zwölf romanische Kirchen, zwölf Stadttore; das kommt wunderbar hin. Aber wer traut sich denn, das Ursula-Viertel und das Eigelsteinviertel zu einem Stadtteil zu verbinden? Haben sie nicht doch jeweils eine eigene Identität? Deswegen schlagen wir jetzt 18 Stadtteile vor, eine Zahl, die durchaus okay ist, wenn man sieht, dass ein Stadtbezirk wie Porz 16 Stadtteile und selbst der kleinste

Stadtteil Libur mit gerade mal 1 500 Einwohnern diesen Status hat.

Wir haben uns auch des Instruments des Wohnplatzes bedient - das gibt es ja in der Hauptsatzung bereits -, weil wir die Strukturen nicht noch weiter aufspalten wollten. Deswegen gibt es jetzt keinen eigenen Stadtteil Friesenviertel, sondern der ist Teil des Stadtteils Gereonsviertel.

Es gibt schon zahlreiche Einteilungen bei der Stadtverwaltung. Im Entwicklungskonzept Innenstadt ist plötzlich von einem Pfälzer Viertel die Rede. Selbst als Kölner muss man schon gut überlegen, wo das liegt. Klar, Pfälzer Straße, Trierer Straße. Aber diesen Begriff hat bisher keiner benutzt. In diesem Konzept gibt es auch ein Komponistenviertel. Ja gut, wir haben eine Beethovenstraße, eine Händelstraße und eine Richard-Wagner-Straße. Aber wer redet denn schon von Kommunistenviertel?

(Martin Börschel [SPD]: Nicht Kommunistenviertel: Komponistenviertel! - Heiterkeit)

- Oh Gott, was einem hier alles rausrutscht.

(Heiterkeit)

Beim Bewohnerpark gibt es ein Viertel namens Südbahnhof. Natürlich, aber auch das wird in der Praxis sicherlich nicht so genannt.

Ich habe auch gelernt, dass der Stadtkonservator zum Beispiel die Stadtteile ganz anders einteilt. Da wird gesagt, alles, was außerhalb der Wälle - also nicht der Ringe, sondern der Wälle - liegt, ist Neustadt. Diese Entscheidung ist historisch betrachtet natürlich richtig. Also, selbst innerhalb der Verwaltung gibt es unterschiedliche Herangehensweisen.

Neben den Daten, die schon vorlagen, haben wir uns an den historischen Strukturen orientiert, also am römischen Köln oder auch am mittelalterlichen Köln. Wir haben dazu eine Bürgerbefragung durchgeführt. Beispielsweise haben wir Leute, die in der Richard-Wagner-Straße wohnen, gefragt, welchem Viertel sie sich zugehörig fühlen: dem Belgischen Viertel oder eher dem Rathenauviertel. Wir wollten wissen, wo da die Grenzen sind. Daraus haben wir dann den Vorschlag entwickelt, der Ihnen heute hier vorliegt.

Frau Bürgermeisterin, Sie haben recht: Meine Zeit ist abgelaufen.

(Heiterkeit)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Das habe ich nicht gesagt.

**Ralph Sterck** (FDP): Ich habe ja Ihre Geste verstanden. - Mir ist im Vorfeld schon signalisiert worden, dass wir das in dieser Form heute noch nicht direkt beschließen werden - das ist okay; die Verwaltung muss das noch einmal prüfen; vielleicht muss auch die Bezirksvertretung dazu angehört werden -, aber dass wir heute eine entsprechende Prüfung beschließen könnten. Ich würde mich freuen, wenn wir das nicht kaputtprüfen. Der Oberbürgermeister ist jetzt leider nicht im Saal; aber diesen Wunsch würde ich an die Verwaltungsbank weitergeben. Man kann alles kaputtprüfen, man kann alles auf die lange Bank schieben. Wir wissen aber auch, dass man, wenn ein Vorhaben von der Verwaltung unterstützt wird, auch lösungsorientiert prüfen und zu einem Ergebnis kommen kann.

Ich möchte Ihnen dazu noch eine Zuschrift übergeben, die wir im Rahmen des Verfahrens bekommen haben, und zwar von einer Dame namens Hildegard Kellmüller#, die an die FDP-Fraktion Folgendes geschrieben hat:

> Ihr Vorschlag, unsere Stadt in benannte Viertel einzuteilen, ist meines Erachtens super. Bitte machen Sie schnell. Ich bin 84 Jahre alt und freue mich darüber, im Ursula-Viertel wohnen zu können.

Herr Frank, wahrscheinlich eine Ihrer Nachbarinnen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Kenn ich nicht!)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren: Wir können es gerne prüfen lassen, aber ich wäre dankbar, wenn uns bis zur Sommerpause 2012 ein Ergebnis vorliegen würde. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Sterck. - Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel** (SPD): Frau Bürgermeisterin, liebe Elfi! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der FDP-Fraktion! Ich will für die SPD-Fraktion eine Vorbemerkung machen: Es gibt in Köln weiß Gott wichtigere Probleme, als sich um die Einteilung in Stadtviertel zu kümmern.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Aber ich will frank und frei für die SPD-Fraktion sagen: Wir finden die Idee der FDP gut. Deswegen finden wir auch, dass man ernsthaft prüfen

und erwägen sollte, sie dort, wo sie passt, zu übernehmen und sie dort, wo sie verändert werden muss, zu verändern.

Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in der Bezirksvertretung Innenstadt auch schon Ihre damalige Initiative, wenngleich sie einige Wahlkampfelemente enthalten hat, positiv begleitet haben.

Im Ergebnis will ich vorwegnehmen, was wir hier beantragen möchten - Sie haben das gerade angedeutet; wir haben das ja abgesprochen -: Wir würden die Verwaltung bitten und beauftragen wollen, in der Tat alle Vor- und Nachteile, alle Usancen dieser Überlegungen zu überprüfen, die Ergebnisse dieser Prüfung dann in die Bezirksvertretungen - ich komme gleich darauf zurück, warum ich hier den Plural verwende - zu geben und am Ende die gesamte Angelegenheit einschließlich der Voten über den AVR wieder in den Rat zu geben. Damit kann eine Endlosschleife vermieden und der Prozess so oder so möglichst bald abgeschlossen werden.

Wir wollen allerdings anregen, noch einige weitere Punkte in die Prüfung mit aufzunehmen; denn nach meinem Eindruck hat sich die FDP ab einem gewissen Punkt - ich sage es einmal ganz freundschaftlich - ein wenig selbst im Wege gestanden, und zwar ab dem Punkt, wo man von der Idee getrieben war, es müssen Stadtteile geändert werden. Sobald das die Vorgabe war, führte das zu Vorschlägen - man kann ja keine weißen Flecken haben; deshalb musste jedes Gebiet mit einem Stadtteilnamen versehen werden -, die, vorsichtig gesagt, ein bisschen bemüht wirken. Sei es das Capitol-Viertel oder das Opernviertel: Ich kenne, ehrlich gesagt, niemanden, der das so nennt. Deswegen meine ich, dass sich ab diesem Punkt eine gewisse Schwäche eingeschlichen hat.

Ein zweiter Punkt, der natürlich auch mit in die Prüfung aufgenommen werden muss, betrifft die Frage der Bürokratie. Die FDP möchte ja sonst Bürokratie eher abbauen als aufbauen. Deswegen finde ich, dass man sehr wohl bedenken sollte, ob und, wenn ja, zu welchen wahlrechtlichen und statistischen Problemen das Ganze am Ende führen kann. Ich weise darauf hin, dass es zum Beispiel wahlrechtlich vorgeschrieben ist, dass sich Stimmbezirke immer innerhalb eines Stadtteils befinden müssen. Je nachdem, wie man das schneidet, kann das in der Innenstadt zu ganz furchtbar vielen Veränderungen von Stimmbezirken und damit auch von Wahlkreisen und Ähnlichem führen; das ist zumindest theoretisch denkbar. Der erforderliche Aufwand wäre also enorm.

Ein weiteres Bedenken, das möglicherweise mit aufgenommen werden muss, betrifft die Statistik. Wie bekommt man die historische Vergleichbarkeit von Daten hin? Kollege Sterck hat zwar richtigerweise darauf hingewiesen, dass es in manchen Dingen auch jetzt schon sehr kleinräumige Betrachtungen gibt, in anderen wiederum nicht. Wir jedenfalls haben schon ein hohes Interesse daran, dass man bei der Erhebung von Daten die Historie immer weiter nachvollziehen kann. Man muss einfach aufpassen, dass es da nicht zu einem Bruch kommt und zehn Jahre abgewartet werden müssen, ehe die Vergleichbarkeit erneut gegeben ist. Wir wollen nicht, dass dadurch ein Timelag entsteht. Deshalb muss man da aufpassen.

Ich will nun aber auf das Ziel der Initiative zurückkommen, die wir, wie gesagt, sehr unterstützen. Ziel war es doch, wenn ich es richtig verstanden habe, die Verbundenheit der Kölnerinnen und Kölner mit ihrem Veedel zum Ausdruck zu bringen, sie zu stärken, sie - ich sage es einmal ein wenig übertrieben - erlebbar zu machen. Das kann man optisch machen, indem man in geeigneter Weise an Beschilderung - um Gottes willen keinen Schilderwald! - denkt oder indem man bei Schriftstücken und Dokumenten Möglichkeiten schafft.

Das vielleicht Entscheidende ist Ihre Idee, die Sie am Ende aber leider verworfen haben, nämlich die Wohnplätze, die ja schon in der Hauptsatzung stehen, wieder hervorzuheben. Schon jetzt haben wir Köln etliche Veedel, mit denen sich die Menschen verbunden fühlen, die aber keine Stadtteile sind. Denken Sie an Kriel in Sülz oder an etliche Viertel in der Innenstadt, die Sie angesprochen haben. Denken Sie an Marsdorf, das formell zu Junkersdorf gehört. Denken Sie an die Rheindörfer in Merkenich wie Feldkassel, Langel usw. Da sind wir übrigens der Meinung: Gleiches Recht für alle. Die Idee, zu sagen, wie kann ich mein Veedelsgefühl auch administrativ stärker wiederfinden, bleibt ja richtig.

Vielleicht ist deswegen der Gedanke ganz gut, gar nicht so sehr bei der formellen Stadtteilabgrenzung zu bleiben, sondern zu überlegen: Wie kann man diese Identität über das formal Administrative hinaus, das bis auf wenige Punkte sowieso keinen interessiert, neu zum Ausdruck bringen und verstärken? Dazu könnte man beispielsweise im Personalausweis die Wohnplätze hinzufügen. Dann würde im Ausweis von Jörg Frank stehen: „Altstadt-Nord (Ursulaviertel)“ oder in dem von Ralph Sterck „Neustadt-Nord (Agnesviertel)“ oder - wer kommt aus Sülz? - in dem

von Eva Bürgermeister: „Sülz (Kriel)“. Aber ich glaube, sie wohnt gar nicht in Kriel.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Mich könntest du nehmen mit Kriel! Kriel ist Lindenthal.

**Martin Börschel** (SPD): Kriel ist Lindenthal? Ich behaupte: Sülz. Da halte ich eine Wette dagegen.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Sofort! Unter Zeugen!

**Martin Börschel** (SPD): Ist egal, ich zahle gerne. - Lange Rede, kurzer Sinn. Im Personalausweis - ich habe extra noch einmal nachgeschaut - gibt es zwei Zeilen, in denen man die Stadt, den Stadtteil und gegebenenfalls einen Wohnplatz eintragen kann. Das könnte möglicherweise den einen oder anderen Teil des Anliegens lösen helfen.

Ich finde, all diese Überlegungen sollte die Verwaltung ernsthaft prüfen. Wir erwarten, dass sie die Ergebnisse dann zurück in den Rat gibt. Das Ganze soll also nicht totgeprüft werden. Auf die Ergebnisse sind wir gespannt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Börschel. - Frau Gärtner, bitte.

**Ursula Gärtner** (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier nicht die Aspekte wiederholen, die bereits angesprochen worden sind. Wir möchten uns bewusst heute noch nicht inhaltlich äußern. Das ist eine Angelegenheit, die vor allen Dingen den Stadtbezirk Innenstadt betrifft. Deshalb ist uns wichtig, zunächst einmal zu hören, was die Bezirksvertretung Innenstadt dazu sagt. Dann werden wir uns dazu äußern. Deshalb auch von unserer Seite die Bitte, das zunächst einmal in die Bezirksvertretung Innenstadt zu geben. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Gärtner. - Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal: Es imponiert mir, mit wie viel Leidenschaft und Eifer Sie, Herr Sterck, während der Sommerferien dieses Thema weiterverfolgt haben. Es beeindruckt mich tatsächlich immer, wenn sich jemand für eine Sache so einsetzt.

Ich habe mich bis jetzt nicht unwohl gefühlt, dass in meinem Ausweis Neustadt-Süd steht. Obwohl, ich sage immer: Ich komme aus der Südstadt. Ich habe das ein bisschen tiefer gehängt und gesagt: Eigentlich sollte die Verwaltungssprache nicht allzu weit entfernt sein von der Sprache der Menschen; denn dafür gibt es keinen Grund. Die Sprache und die Realität der Menschen sollten maßgeblich sein.

Dann habe ich in die Hauptsatzung nachgeschaut, wie das in den anderen Bezirken geregelt ist. Ich habe mir das extra aufgeschrieben. Es sind ja neun Bezirke; das kann man nicht alles behalten. Also: Mit 18 Stadtteilen toppen Sie natürlich alles, was an Bestand da ist. Der führende Stadtbezirk ist Porz mit 16 Stadtteilen, auch der Stadtbezirk VI, Chorweiler, ist mit zwölf Stadtteilen ganz gut vertreten. Aber das hängt einfach damit zusammen, dass es dort unglaublich viele Dörfer gibt, die nicht in einem engeren Zusammenhang mit anderen Siedlungsbereichen stehen. Das haben wir in vielen Stadtbezirken.

Übrigens wusste ich gar nicht, dass es Wohnplatz heißt; ich kenne nur den Begriff „Wohnort“. Aber gut, jetzt weiß ich, dass das, was in Klammern steht, der Wohnplatz ist. Ich bin gespannt, ob wir, wenn wir jetzt so tief in dieses Thema einsteigen, genau definieren können, wo hört der Stadtteil auf und wo fängt der Wohnplatz an, was ist ein Viertel und was ist ein Block.

Da aber auch wir Grünen ein großes Faible für Kleinteiligkeit haben, hegen wir Sympathie für Ihren Antrag, Herr Sterck, auch wenn ich persönlich glaube, dass Sie im Eifer des Gefechts ein bisschen zu weit gesprungen sind. Die Leidenschaft hat sie mitgerissen. In Ihrem Antrag finden sich Bezeichnungen, die tatsächlich nicht gebräuchlich sind. Die Leute sagen nicht: Ich wohne im Waidmarktviertel, sondern sie sagen, wenn überhaupt, Georgsviertel. Ganz klar. Das weiß ich definitiv. Ich bin aber auch der Meinung, dass man das zu einem Wohnplatz machen kann, obwohl mir das Wort „Wohnplatz“ über-

haupt nicht gefällt. Wohnplatz hört sich ganz grauenhaft an.

(Martin Börschel [SPD]: Das können wir gleich mitändern!)

Auf jeden Fall könnte man das auch dem Severinsviertel zuschlagen bzw. es in Klammern setzen.

Ich meine, wir sollten es nicht übertreiben, sondern auf dem Boden bleiben. Wir sollten erstens überprüfen, ob das, was Sie vorschlagen, tatsächlich der allgemein übliche Sprachgebrauch ist. Das ist in Einzelfällen nicht der Fall. Agnesviertel, Eigelsteinviertel, Südstadt sind gebräuchlich, andere Namen wiederum nicht. Das hat Martin Börschel ja hier auch schon angemerkt.

Zweitens sollten wir prüfen lassen, was das kostet und wie aufwendig das Ganze ist. Das möchte ich auch gerne wissen. Martin Börschel will das jetzt gleich auf die ganze Stadt ausdehnen nach dem Motto „Gerechtigkeit für alle“, obwohl man zugeben muss, dass die Innenstadt im Moment schwer benachteiligt ist, denn sie hinkt allen anderen Stadtbezirken diesbezüglich hinterher.

Dann muss der Fachausschuss - das ist in dem Fall die Bezirksvertretung I - dazu nicht nur gehört werden, sondern sie soll darüber beraten. Ich würde es toll finden, wenn sie erst dann darüber berät, wenn die Verwaltung ihren Senf dazugetan hat, und nicht andersherum. Sie soll wissen, was die Verwaltung dazu zu sagen hat, wie aufwendig und wie teuer das ist. Danach soll sie es beraten, und dann geht das zurück an den Rat.

Ehrlich gesagt, Herr Börschel, ich habe ein bisschen Schiss, das Vorhaben auf die ganze Stadt zu übertragen. Ich kann das zwar verstehen, aber Ralph Sterck hat ja darum gebeten, es nicht totzuprüfen. Das Wort „totprüfen“ merke ich mir. Ich bin auch nicht fürs Totprüfen, aber wenn das für alle Stadtteile gelten soll, sehe ich da schon eine gewisse Gefahr. In Porz hatten wir das zum Beispiel im letzten Jahr.

(Ralph Sterck [FDP]: Finkenberg!)

- Genau. - Finkenberg wurde neu zum Stadtteil erhoben, was ja eine Art Ritterschlag ist. Damals haben wir das ja auch nicht auf alle Stadtbezirke übertragen. Es wird vielleicht nicht ein Totprüfen, aber ich befürchte zumindest ein Komaprüfen. Also, schauen wir erst einmal, was bei der Prüfung herauskommt.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Sind Sie mit einer Zwischenfrage einverstanden?

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, bin ich nicht; denn ich bin schon am Ende.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Frau Moritz. - Herr Wiener, bitte.

**Markus Wiener** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte den Antrag der FDP folgendermaßen charakterisieren: Schadet nichts, bringt nichts, wird am Ende wahrscheinlich eh nicht umgesetzt.

Darüber hinaus frage ich mich, ob Köln keine ernsthafteren oder größeren Probleme hat.

(Zuruf: Doch! Viele!)

- Vielen Dank für die Zustimmung. Das sehe ich ähnlich. - Nichtsdestotrotz ist es eine ganz nette Idee. Sie hat einen gewissen Charme. Weil sich die FDP im Sommer so viel Mühe damit gegeben hat, sollte man das auch honorieren. Pro Köln will da auch nicht abseits stehen. Gerne stimmen wir zu, dass das geprüft wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Frau Bürgermeisterin! Ich möchte noch zwei, drei Argumente aus der Debatte aufgreifen.

Barbara Moritz hat die Rekordhalter Porz mit 16 Stadtteilen und Chorweiler mit zwölf Stadtteilen genannt, wobei man das natürlich auch ins Verhältnis zur Einwohnerzahl setzen muss. Die Innenstadt hat nicht nur eine ganz andere Historie, sie ist auch bezüglich der Einwohnerzahl gar nicht mit Chorweiler vergleichbar.

(Zuruf von der CDU: Was?)

- Chorweiler ist der Stadtbezirk mit der geringsten Einwohnerzahl. Ich bin gerne bereit, jede Wette einzugehen. Es sind etwa 85 000. Die Innenstadt hat über 100 000. Von daher kommt das hin.

Martin Börschel hat das Thema Wahlrecht angesprochen. Ich will das nicht kleinreden; das wird

schon Aufwand sein. Ich finde aber, Martin, gerade in der Innenstadt sind die jetzigen Wahlkreise regelrecht zusammengewürfelt. Das hat zum Beispiel dazu geführt, dass es Wahlkreise gibt, die sich über den Rhein bis nach Deutz erstrecken, weil nur so die erforderliche Einwohnerzahl erreicht wird.

(Martin Börschel [SPD]: Das Problem bleibt!)

- Ja, ich weiß, dass wir das Problem haben. Aber wenn du dir anschaust, wie die Wahlkreise geschnitten sind, erkennst du, dass sie mit gewachsenen Strukturen, mit Veedeln nichts mehr zu tun haben. Ich würde es gerade gut finden, wenn die einzelnen Ratsvertreter, die dort kandidieren, sagen könnten: Ich bin euer Kandidat für das Eigelsteinviertel, das Kunibertsviertel oder das Ursula-Viertel.

(Martin Börschel [SPD]: Das machen wir doch eh schon!)

- Ja, aber heute sind dort einzelne Zacken herausgeschnitten, die mit den eigentlichen Strukturen gar nichts mehr zu tun haben. Deswegen wird das mit Aufwand verbunden sein. Möglicherweise wird man sich zur Kommunalwahl 2014 umstellen müssen. Aber ich glaube, wir werden mit dem neuen System glücklicher sein, als wir es mit dem jetzigen System sind.

Sowohl Frau Moritz als auch Herr Börschel haben angezweifelt, ob die Menschen die von uns benannten Viertel auch so annehmen, zum Beispiel das Opernviertel. Ja, das wurde in unserer Arbeitsgruppe problematisiert: Es bleibt eine Restfläche. Komisch, dass die starke Identität, die wir sonst feststellen konnten, bei dieser Restfläche - entschuldigen Sie, Herr Kulturdezernent, dass ich diesen Begriff verwende - am geringsten ausgeprägt ist. Das hat möglicherweise damit zu tun, dass dieses Viertel nach dem Krieg völlig neu aufgebaut werden musste. Wir haben das am größten öffentlichen Gebäude, der Oper, festgemacht, aber man kann auch zu anderen Lösungen kommen. Beim Waidmarkt, einem Vorschlag von Herrn Euler-Schmidt vom Stadtmuseum, gäbe es natürlich auch die Alternative „Gereonsviertel“ oder es direkt ins Severinsviertel zu integrieren, gar keine Frage.

Aber bei einer Sache muss ich Ihnen widersprechen, Herr Börschel: Wir aus der nördlichen Innenstadt sehen das vielleicht nicht so, auch ich hätte das Kapitol-Viertel früher nicht für so bedeutsam gehalten. Aber bei der Bürgerbefragung, die wir gemacht haben, haben Leute aus der Kasinostraße, aus der Agrippastraße, aus der Sternengasse und vom Marienplatz gesagt, sie fühlen es so, sie möchten im Kapitol-Viertel wohnen. Deswegen haben wir das so aufgenommen.

Auf das gesamte von uns gesammelte Material kann man zurückgreifen. Ich glaube, wir haben der Verwaltung eine ganze Menge an die Hand gegeben. Ich würde mich freuen, wenn Sie, Herr Stadtdirektor, es schaffen würden, uns das Ergebnis der Prüfung bis zur Sommerpause des kommenden Jahres vorzulegen - sehe ich Sie dazu nicken? -, damit wir in der Sache weiterkommen. - Herzlichen Dank.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Sterck, ich glaube, es ist jetzt alles verstanden.

Wir können jetzt abstimmen.

(Götz Bacher [SPD]: Schade, dass die Diskussion schon zu Ende ist!)

- Ihr könnt sie ja demnächst in euren BVen fortsetzen. - Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag abstimmen, so wie Herr Börschel ihn eben vorgetragen hat. Es geht in die Prüfung zur Verwaltung unter Einbeziehung der Bezirksvertretungen und dann zurück in den Rat. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Ich lasse über den Ursprungsantrag abstimmen.

(Zuruf: Das brauchen wir nicht mehr!)

Ich lasse jetzt über den Antrag der FDP in der geänderten Fassung abstimmen. Wer ist dagegen? - Herr Zimmermann und die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag angenommen.

(Beifall bei der FDP)

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Martin Börschel [SPD]: Was war die zweite Abstimmung?)

- Der Antrag der FDP in der geänderten Fassung.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Der ist doch verwiesen! Das ist doch nur ein Prüfauftrag!)

- Ja, es bleibt dabei: Er ist verwiesen.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Es wurde zweimal über das Gleiche abgestimmt,

hoffe ich! - Martin Börschel [SPD]: Der Antrag ist verwiesen!)

- Genau. Der Änderungsantrag ist verwiesen in die BVen und dann zurück in den Rat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.9 auf:

**3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Ausstellung zum 150. Todestag von Dombaumeister Ernst Friedrich Zwirner“ AN/1764/2011**

Herr Uckermann.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Bitte schön, Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Bei den wichtigen Themen sind Sie wieder anwesend; das freut mich sehr. Wir haben auch etwas zur Identität beizutragen. Die Sitzungsleiterin, die Sie bis eben vertreten hat, hat lediglich Tagesordnungspunkt 3.1.9 aufgerufen, ohne zu sagen, worum es dabei geht. Darum will ich Ihnen das noch einmal zur Kenntnis geben. Es geht hier um eine Ausstellung zum 150. Todestag von Dombaumeister Ernst Friedrich Zwirner.

In einer Sache sind wir uns alle einig: Alle Kölner lieben ihren Dom und identifizieren sich mit ihm, egal, ob sie am Hafen, im Georgs- oder im Waidmarktviertel wohnen. Der Dom ist auch deutschlandweit ein Gebäude, das geliebt wird. In Berlin gibt es derzeit eine Ausstellung zum 150. Todestag des Dombaumeisters, des Vollenders des Kölner Doms. Sie wissen sicherlich alle, dass nach 600 Jahren Bautätigkeit unter König Friedrich Wilhelm IV. der Dom auch als Zeichen der nationalen Einheit vollendet wurde. Das ist den Berlinern eine Ausstellung wert.

Wir haben recherchiert. Diese Ausstellung könnte man sehr gut hier im Spanischen Bau im Lichthof zeigen. Das ist ja ein Ausstellungsort für solche Themenausstellungen, der auch der Bevölkerung zugänglich ist. Wir sollten uns diese Chance nicht entgehen lassen. Kosten bis auf den Transport würden uns als Stadt Köln nicht entstehen. Aber wir können den Kölnerinnen und Kölnern wieder einiges von ihrer Geschichte näher bringen. Vor dem Hintergrund bitte ich Sie um Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Professor Quander, bitte dazu.

**Beigeordneter Prof. Georg Quander:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Uckermann, ich stimme Ihnen zu, dass der Kölner Dom nicht nur eines der bekanntesten Bauwerke Europas, sondern auch - und das zu Recht - das Hauptidentifikationsmerkmal der Kölnerinnen und Kölner ist, dass die 600 Jahre lange Baugeschichte dieses Gebäudes von besonderer Bedeutung ist und Interesse bei vielen findet und dass in seiner Vollendung insbesondere im 19. Jahrhundert natürlich Herr Zwirner eine herausragende Rolle gespielt hat.

Aus ebendiesem Grunde hat unser Kölnisches Stadtmuseum vor knapper Jahresfrist unter Leitung seines neuen Direktors, Herrn Kramp, eine Ausstellung zum Kölner Dom und insbesondere zur Vollendung des Kölner Doms im 19. Jahrhundert gemacht unter dem Titel „Der kolossale Geselle“, eine viel beachtete und von vielen Kölnerinnen und Kölnern und Auswärtigen besuchte Ausstellung. In dieser Ausstellung ist ausführlich auch das Wirken von Herrn Zwirner gewürdigt worden. Wir haben alle Originalstücke, Zeichnungen, Pläne, die wir von Zwirner haben, dort gezeigt.

Insofern sehe ich im Augenblick keine Notwendigkeit und auch keinen inhaltlichen Sinn für eine erneute Ausstellung praktisch zum gleichen Thema. Die Ausstellung ist bis zum Februar dieses Jahres im Stadtmuseum zu sehen gewesen. Ich glaube nicht, dass damit zusätzliches Publikumsinteresse zum gleichen Thema zu generieren ist. - Danke schön.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Professor Quander! Das haben wir durchaus zur Kenntnis genommen. Hier geht es aber darum - in Anbetracht der späten Stunde habe ich es eben nicht so ausführlich dargelegt, aber ich kann das gerne nächste Woche im Kulturausschuss nochmals wiederholen -, die von mir erwähnte Ausstellung anlässlich des Todestages von Zwirner im Lichthof des Spanischen Baus zu zeigen. Das zielt insbesondere auf die Bevölkerung ab, die in unser Rathaus kommt. Diese Ausstellung ist wesentlich kleiner und spezieller angelegt - da ha-

ben Sie durchaus recht - als die Ausstellung im Stadtmuseum, die umfangreicher war, auch weil sie die gesamte Baugeschichte thematisiert hat. Ich denke, wir sollten Persönlichkeiten, die sich um Köln verdient gemacht haben, durchaus in dieser Form ehren. Ich danke Ihnen aber für die Informationen. Ich werde das noch einmal im Kulturausschuss nächste Woche zum Thema machen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag von pro Köln, diese Ausstellung auch hier in Köln zu zeigen, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Debatte über zwei Tagesordnungspunkte, die wir miteinander verbunden haben, nämlich:

**3.1.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Zusätzliches Gymnasium für Köln“ AN/1775/2011**

**10.20 Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011 Ziele, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte Bildungs- und Zukunftschancen 0252/2011**

Dazu Frau Gebauer, bitte.

**Yvonne Gebauer** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die frohe Botschaft, die Köln zu verkünden hat, lautet, dass Köln im Gegensatz zu vielen anderen Städten und Gemeinden eine wachsende Stadt ist. Aber wie fast jede Botschaft hat auch diese einen kleinen Wermutstropfen, nämlich dass die Stadt in den kommenden Jahren - Frau Klein wird das bestätigen können - immense Anstrengungen unternehmen muss, um diese neuen willkommenen Mitbürger und Mitbürgerinnen altersentsprechend zu betreuen und auszubilden. Zu dieser Betreuung und Ausbildung gehört auch das Bereit- bzw. Vorhalten von ausreichenden Angeboten an unterschiedlichen Schulformen.

In diesem Zusammenhang stehen die errechneten Zahlen für die erwarteten Kinder und Jugendlichen im Stadtbezirk Lindenthal. Ausgehend von 3 000 Kindern zwischen drei und sechs Jahren im Jahre 2006 sind es im Jahre 2015 über 1 000 Kinder mehr. In keinem - das betone ich ganz besonders - anderen Stadtbezirk Kölns ist ein derart kontinuierlich ansteigender Zuwachs von Kindern seit 2006 zu verzeichnen. Setzen wir eine realistische Vorlaufzeit von fünf Jahren für die Errichtung eines neuen Gymnasiums an, so hätten wir eigentlich schon gestern handeln müssen, spätestens heute müssen wir es tun.

Meine Damen und Herren, die Forderung nach einem zusätzlichen Gymnasium stammt nicht allein aus der Feder der FDP-Ratsfraktion. Die Bezirksvertretung Lindenthal hat sich in ihrer letzten Sitzung in Bezug auf die Beratungen zum Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan einstimmig für die Einrichtung eines weiteren Gymnasiums im Stadtbezirk ausgesprochen. Last but not least war es die Verwaltung selbst, die mit den Ausführungen im Dossier der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung dazu beigetragen hat, diesen Antrag hier und heute zu stellen. Und - auch das will ich betonen - in keinem anderen Stadtbezirk Kölns spricht sich die Verwaltung so eindeutig für die Einrichtung eines zusätzlichen Gymnasiums aus. Für Lindenthal heißt es im Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan - ich darf an dieser Stelle zitieren -:

> Unter Berücksichtigung der Einwohnerzuwächse aus Wohnbaumaßnahmen erscheint die Einrichtung eines zusätzlichen 3-zügigen Gymnasiums sinnvoll, um den dauerhaften zusätzlichen Bedarf zu decken.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, der Rat der Stadt Köln hat am 17. Dezember 2009 auch mit den Stimmen der FDP-Fraktion - das möchte ich an dieser Stelle ganz besonders betonen - der Einrichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Nippes zugestimmt. Wir haben den Bedarf an weiteren Gesamtschulplätzen damals erkannt und entsprechend gehandelt. Auch hier und heute müssen wir anhand der Zahlen der Vergangenheit und dem prognostizierten Wachstum für Lindenthal einen dringenden Handlungsbedarf erkennen.

Ich möchte abschließend noch einmal die Zahlen nennen: 74 Prozent aller Schülerinnen und Schüler im Stadtbezirk Lindenthal wählten in der Vergangenheit die Schulform des Gymnasiums. Die Verwaltung geht auch in Zukunft von diesem Wahlverhalten aus. Die jetzigen Gymnasien im Stadtbezirk Lindenthal, aber auch die in den angrenzenden Stadtteilen sind trotz der anstehenden Erweiterung ihrer Zügigkeit am Rande ihrer Kapazitäten angelangt und können auch unter dem Gesichtspunkt der lernwürdigen Umgebung, des lernwürdigen Umfeldes den zu erwartenden

Ansturm nicht mehr bewältigen. Deshalb ist hier und heute Handlungsbedarf gegeben.

Ich möchte Sie bitten, heute gemeinsam diesen ersten notwendigen Schritt zu tun. Lassen Sie uns die erforderlichen Maßnahmen zur Errichtung eines weiteren Gymnasiums im Stadtbezirk Lindenthal aus den soeben genannten Gründen bei der Verwaltung in Auftrag geben, damit wir für das Jahr 2015, wenn dieser Ansturm kommt, aber auch für die Jahre danach entsprechend gerüstet sind. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Gebauer. - Wir kommen dann zu Herrn Philippi. Bitte schön.

**Franz Philippi** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, ich kann mich bei diesem Tagesordnungspunkt relativ kurz fassen. Zum einen hat die SPD-Fraktion hier und an anderer Stelle schon mehrfach deutlich ihre Zustimmung zum vorliegenden Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan deutlich gemacht. Zum anderen haben wir mit diesem FDP-Antrag wie schon in der letzten Ratssitzung erneut einen Antrag, der auf die Errichtung einer bestimmten Schulform in einem bestimmten Stadtbezirk abzielt.

Meine Damen und Herren, wir möchten noch einmal betonen, dass wir sowohl den Inhalt als auch die Herangehensweise der Verwaltung bei der Erstellung dieses Schulentwicklungsplans für sinnvoll und vernünftig erachten. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass wir den Antrag der FDP hier und heute nicht für zielführend halten. Wir wollen heute keine vorweggenommene Einzelfallentscheidung für eine bestimmte Schulform in welchem Stadtbezirk auch immer. Das möchten wir nicht. Entscheiden können wir erst dann, wenn uns wirklich alle relevanten Fakten zur Beurteilung der Situation in allen Stadtbezirken und Veedeln vorliegen.

Das Gesetzgebungsverfahren in Düsseldorf in Sachen Schulkonsens ist noch nicht endgültig zu Ende gebracht worden. Da müssen noch Detailfragen geklärt werden. Es geht um die Transparenz bestimmter Planungsparameter. Zum Beispiel sind die Richtwerte zur Klassenbildung noch nicht eindeutig klar. All das sind Dinge, die die Verwaltung bzw. wir als Politik aber wissen müssen, um zu einer sachgerechten und adäquaten Entscheidung kommen zu können. Diese Voraussetzung, aber natürlich auch die Einarbeitung der zahlreichen Anregungen, Vorschläge und Kommentierungen aus den Stadtbezirken muss dazu führen, dass uns der Schulentwicklungsplan in einer aktualisierten Form möglichst zeitnah präsentiert wird. Erst dann kann die Politik aufgrund der Vorschläge der Verwaltung vernünftige Entscheidungen fällen: welche Schulformen, welche Schulen in welchen Stadtbezirken, in welchen Veedeln neu errichtet werden sollen.

Von daher ergibt sich für uns - das sage ich ganz klar -: Wir stimmen der Vorlage 10.20, Integrierter Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan, uneingeschränkt zu und lehnen den Antrag der FDP ab.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Frau Manderla.

**Gisela Manderla** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Roters, ich nehme an, dass Sie dem Antrag der FDP zustimmen werden; denn Sie selbst haben in Ihrer Haushaltsrede vorhin Argumente vorgetragen, warum wir ein weiteres Gymnasium in Köln brauchen. Sie haben gesagt: Köln ist in guter Verfassung. Die wirtschaftliche Lage ist stabil. IHK und Handwerkskammer stellen den heimischen Unternehmen gute Zeugnisse aus. Internationale Unternehmen entscheiden sich für die Stadt; Sie haben Lanxess genannt. Und Sie haben gesagt, dass drei Viertel der Absolventen der Hochschulen gerne in Köln und in unserer Region bleiben wollen. - Raten Sie mal, warum das so ist! Das ist deshalb so, weil die Schullandschaft mit den bestehenden Gymnasien den Elternwillen bisher weitestgehend berücksichtigen konnte. Die Eltern - das sage ich hier nicht zum ersten Mal, liebe Yvonne Gebauer, lieber Herr Philippi - in Köln wollen das Gymnasium für ihre Kinder.

Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder Anträge auf Errichtung eines neuen Gymnasiums gestellt. Ich will nur zwei Beispiele nennen: Wir haben ein Hochbegabtengymnasium gefordert; das wurde selbstverständlich abgelehnt. Wir haben noch vor der Sommerpause zwei Entlastungsgymnasien gefordert, je eins in Rodenkirchen und in Ostheim; auch dies wurde abgelehnt. Deshalb nehme ich an - das ist die logische Folge -, dass dieser Rat, obwohl Frau

Gebauer die Fakten auf den Tisch gelegt hat, diese vernünftige Vorlage heute wiederum ablehnen wird.

Dennoch bin ich sehr froh, dass es im Land Nordrhein-Westfalen zum sogenannten Schulfrieden gekommen ist, auch wenn - Herr Philippi - die letzte Lesung erst in der nächsten Woche erfolgt. Danach wird das Gesetz auf den Weg gegeben werden können. Das bedeutet, das Gymnasium in Nordrhein-Westfalen bleibt erhalten.

(Markus Wiener [pro Köln]: Noch!)

- Noch. Ja, sicher. Das Gymnasium in Nordrhein-Westfalen bleibt erhalten.

Das bedeutet aber auch: Schaffung von Sekundarschulen. Wir von der CDU hätten uns gewünscht, dass die Verwaltung, dass Sie, Frau Dr. Klein, mit der gleichen Energie und der gleichen rasanten Geschwindigkeit, wie Sie den Schulversuch Gemeinschaftsschule gestartet haben, jetzt auch die sogenannten Sekundarschulen auf den Weg bringen, nämlich die Verbindung von Hauptschule mit Realschule. Aber dazu haben Sie uns ja schon eine Absage erteilt und gesagt, dass das so schnell nicht möglich sei. Ich kann nur sagen: Die Eltern und vor allem die Schülerinnen und Schüler des Montessori-Gymnasiums in Ehrenfeld wissen jetzt überhaupt nicht mehr, wie es weitergeht. Sie werden auf die dringende Sanierung und den Neubau jetzt sicherlich lange warten müssen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass Schüler und Schülerinnen in Köln vertretbare und kurze Schulwege haben. Das sind wir ihnen schuldig. Hierzu würde ein weiteres Gymnasium in Lindenthal sicherlich beitragen. Deshalb fordere ich Sie auf: Beenden Sie Ihre Blockade - zugunsten der gymnasialen Bildung! Beenden Sie Ihr ideologisches Handeln!

Da Sie noch nicht einmal bereit sind, den Schulentwicklungsplan entsprechend der neuen politischen Gesetzgebung NRW zu ändern, werden wir diesen ablehnen und dem Antrag der FDP zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters**: Herr Thelen, bitte.

**Horst Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Ich bin schon etwas irritiert durch das, was Frau Manderla eben gesagt hat. Ich denke, das verständliche Ziel aller Eltern ist, den bestmöglichen Bildungsabschluss für ihre Kinder anzustreben. Dass dieser wahrlich nicht nur auf dem Gymnasium erreicht werden kann, wissen wir alle. Nimmt man die gesamte Begabungsbreite der Bevölkerung in den Blick, geschieht das in viel höherem Maße auf der Gesamtschule. Deshalb plädiere ich dafür, das Gymnasium etwas tiefer zu hängen; denn Ihre Aussage entspricht nicht der empirischen Schulforschung. Trotzdem sind wir, selbstverständlich im Rahmen der Neustrukturierung der Schule, auch dafür, dass die Wünsche der Eltern bzw. der Schüler auf gymnasiale Bildung erfüllt werden. Zu dem Angriff auf Frau Klein will ich hier noch Folgendes anmerken: In jedem Lindenthaler Gymnasium wird zurzeit die Zügigkeit erhöht. Von einer Blockade kann also gar nicht die Rede sein. - Das zu diesem Punkt.

Jetzt zur integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung. Erlauben Sie mir, zunächst etwas zur Schulentwicklungsplanung zu sagen. Der vorgelegte Plan stellt, wie ich finde, eine zeitgemäße Antwort auf den Veränderungsprozess im Schulwesen dar, weil er sowohl sinnvolle Verfahrensvorschläge als auch verlässliche Daten zu den drei zentralen Veränderungsaspekten darlegt, nämlich erstens in Richtung einer inklusiven Schule, zweitens hin zu einer Schule des längeren gemeinsamen Lernens, bezogen auf die Unterrichtszeiten als auch die Jahrgangsstufen, und drittens hin zu einer Schule der individuellen Förderung.

Zwar wissen wir alle, dass die Verantwortung des Schulträgers auf die äußeren Schulangelegenheiten begrenzt ist; aber vom Schulbau über die materielle Ausstattung bis zur Vernetzung mit der Schulverwaltung ist die Stadt dafür zuständig, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit jeder einzelne Schüler und jede einzelne Schülerin die bestmögliche Förderung erhält. Ich will jetzt nicht weiter auf das Grundsätzliche eingehen und an dieser Stelle meine Rede etwas abkürzen.

Für die Veränderung der Schulstruktur bietet das Entwicklungskonzept eine angemessene Grundlage, vor allem weil es prozessorientiert angelegt ist und lediglich einen Rahmen vorgibt, statt mit festen prognostischen Größen zu arbeiten. Das ist meine Antwort auf Ihren Einwand, die liebe Frau Klein habe die notwendigen Veränderungen an Sekundarschulen nicht genügend vorbereitet. Das wird schon noch erfolgen, Frau Manderla, haben Sie keine Sorge. Zur Offenheit der Planung zählt auch eine Begrenzung des Zeitraums

auf fünf Jahre. Obwohl viele Daten als gesichert bzw. vorhersagbar gelten können, so bleiben doch Unwägbarkeiten im Blick auf Veränderungen des Schulwahlverhaltens und der Auswirkungen der neuen Schulformen.

Das war jetzt im Wesentlichen eine sehr positive Würdigung des Teils Schulentwicklungsplanung, aber selbstverständlich möchte ich auch etwas zur Jugendhilfeplanung sagen.

(Jörg Uckermann [pro Köln] Das ist doch nicht das Thema hier! - Gegenruf von Yvonne Gebauer [FDP]: Natürlich! - Weitere Gegenrufe)

Herr Oberbürgermeister, schützen Sie mich vor diesen Leuten!

(Heiterkeit)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bitte, Herrn Thelen in Ruhe vortragen zu lassen.

**Horst Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich darf darauf hinweisen, dass wir zwei Tagesordnungspunkte erörtern: den Antrag der FDP auf Errichtung eines neuen Gymnasiums *und* die bedeutende Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Dreifache Redezeit!)

- Vielen Dank.

Zur Jugendhilfeplanung: Die Offenheit und die Prozessorientierung wird, finde ich, vorzüglich deutlich darin, dass der Plan - ich glaube, zum ersten Mal in der Bundesrepublik - auch eine stärkere Verzahnung von Jugendhilfe- und Schulplanung intendiert. Das ist aber nur ein erster Aufschlag in die richtige Richtung. Feinjustierungen müssen in weiteren Schritten erfolgen. Bei der Weiterentwicklung dieses Konzepts gilt es, vor allem an der Kooperation Schule und Jugendhilfe intensiv zu arbeiten. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und den Trägern der Jugendhilfe muss mehr sein als eine Addition der Bereiche und Institutionen. Um gewünschte Synergien zu erreichen, muss eine stärkere Verständigung der beiden Bereiche auf gemeinsame Ziele und Felder der Kooperation erfolgen.

Zurück zum FDP-Antrag: Jeder Versuch, im Vorgriff Beschlüsse für Einzelmaßnahmen zu erwirken, ist verfehlt.

(Ralph Sterck [FDP]: Aber bei Ihrer Gesamtschule war das richtig!)

- Darf ich auf den Zuruf von Herrn Sterck eingehen?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, das können Sie machen.

**Horst Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Sterck, das war weit vor diesem Schulkompromiss und den damit verbundenen Veränderungen. Im Hinblick auf die Gesamtstadt bestand und besteht immer noch eine Notlage, den Wünschen nach Gesamtschulplätzen gerecht zu werden.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP] - Markus Wiener [pro Köln]: Beschwerdeausschuss!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Lassen Sie bitte Herrn Thelen in Ruhe weiter ausführen.

**Horst Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Der vorliegende FDP-Antrag will Einzelmaßnahmen erwirken, obwohl diese schon - das muss man dazusagen - Bestandteil des Schulentwicklungsplans sind, womit dieser Antrag als erledigt anzusehen ist. Die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen sind im Plan bereits enthalten, und es war richtig, sie aufgenommen zu haben. Wir bzw. die Verwaltung wird das weiterverfolgen; das ist doch völlig klar. Deshalb empfehle ich der FDP, ihren Antrag als erledigt zurückzuziehen. Andernfalls werden wir ihn ablehnen.

Ich denke, dass erst im Geflecht des konkreten Bedarfs des pädagogisch Sinnvollen und der städtischen Möglichkeiten das jeweils passende Schulkonzept ermittelt und bereitgestellt werden kann. Dafür hat die Schulverwaltung den Arbeitsauftrag, und der Schulausschuss muss entsprechend entscheiden.

Ich sage noch einmal: Ich wünsche mir, dass die FDP Ihren Antrag, der bereits Bestandteil der Schulentwicklungsplanung ist, als erledigt betrachtet. - Vielen Dank.

(Ralph Sterck [FDP]: Und ich wünsche mir, weil er Bestandteil ist, dass Sie endlich zustimmen! Das ist doch verlogen, was Sie machen!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen jetzt zu Herrn Uckermann. Bitte.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es liegt wohl wieder an mir, die Debatte zusammenzufassen. Ich möchte direkt mit dem Vorredner anfangen und sagen: Hüte uns Gott vor den Leuten, die nur etwas vom Zettel ablesen können! Wir reden hier immer frei. Unsere Geschäftsordnung sieht das auch so vor.

(Zuruf von der FDP: Zum Antrag!)

- Ja, ich habe Ihren Antrag hier. Ich werde jetzt einmal vorlesen, worum es geht. Dem Antrag kann man im Prinzip nur zustimmen, weil: Schadet nichts, hilft nichts. Sie wollen ein Gymnasium mehr. Wie Sie das bewerkstelligen wollen, kann man Ihrem Antrag allerdings nicht entnehmen. Zeigen Sie mir, wenn es anders sein sollte.

Hier schwafelt einer von der Jugendhilfe, fraglos ein wichtiges Thema, aber dafür haben wir Fachausschüsse. Stattdessen müssen wir uns hier anhören, was Dritte ihm aufgeschrieben haben. Das ist einfach zu viel.

Wir sind selbstverständlich für ein gegliedertes Schulsystem, wo jedes Kind gemäß seinen Fähigkeiten und seinem Willen entsprechend unterrichtet wird. Wir unterstützen diesen Antrag. Um nicht mehr und nicht weniger geht es hier. Der Antrag fordert die Verwaltung auf, Planungen aufzunehmen für die Einrichtung eines zusätzlichen Gymnasiums. Dagegen kann man doch nicht sein. Wir stimmen dem natürlich zu. Schadet doch nichts. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Senol.

**Sengül Senol** (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach dem sogenannten Schulfrieden hat sich die Lage in Köln verändert. Gemeinschaftsschulen wird es nicht mehr geben, Sekundarschulen ohne Oberstufen machen wenig Sinn. Sie stehen in Gefahr, von den Eltern nicht angenommen zu werden und das Schicksal der Hauptschule zu erleiden.

Längeres gemeinsames Lernen wird in Köln von 66 Prozent der 2010 befragten Bürger und Bürgerinnen befürwortet. Die Gesamtschulen zeigen, wie es geht. Sie zeigen auch, wie gemeinsames Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern möglich ist. Doch die vorhandenen neun Gesamtschulen reichen nicht aus; das ist seit Jahren bekannt. Der Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan Köln geht auch auf dieses Problem ein. Für mehr als 500 Schüler und Schülerinnen, die jedes Jahr wegen Platzmangels von den Gesamtschulen abgewiesen werden, muss kurzfristig ein Platz an einer Gesamtschule geschaffen werden.

Die Probleme mit der benötigten Grundstücksgröße für Neubauten von Gesamtschulen sind uns bekannt. Deshalb schlagen wir eine Kombination von zu erwerbenden Grundstücken und anderen kreativen Lösungen vor. Große Grundstücke gibt es zum Beispiel in Bayenthal, auf dem Clouth-Gelände, dem Helios-Gelände und dem CFK-Gelände in Kalk. Wenn die Stadt dort Grundstücke erwirbt und Gesamtschulen baut, dauert das allerdings mehrere Jahre. Auch die Bildungslandschaft Altstadt-Nord sollte nochmals genauer geprüft werden.

Wir brauchen eine schnelle Lösung für die Kinder, die heute eine Gesamtschule besuchen wollen. In der Zwischenzeit könnten neue Gesamtschulen, ähnlich wie die Gesamtschule Nippes, in kleineren, leer stehenden Gebäuden beginnen oder als Zweigstellen von bestehenden Gesamtschulen eingerichtet werden und später in ein größeres Gebäude umziehen.

Schnellere Lösungen sind auch durch Umwandlungen von Schulzentren zu erreichen. Die Hauptschul- und Realschulklassen einiger Schulzentren bestehen überwiegend aus Kindern, die von Gesamtschulen abgewiesen wurden. Diese Kinder und ihre Eltern würden sich nichts mehr wünschen, als dass dieses Schulzentrum eine Gesamtschule wäre. Wie könnte das gehen? Die in Schulzentren getrennt nebeneinander existierenden Schulformen könnten entweder ausgelagert werden oder auslaufen, während die neuen fünften Klassen der Beginn einer Gesamtschule wären. So wie 1975 vier Gymnasien in Holweide, Höhenhaus, Chorweiler und Zollstock in Gesamtschulen umgewandelt wurden, indem die Gymnasien über acht Jahre bis zum Abitur ausliefen, während von unten die Gesamtschulen aufgebaut wurden, so könnte es auch heute gehen. Gute Erfahrungen mit diesem Verfahren liegen in Köln schon vor.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun ganz besonders auf das rechtsrheinische Köln eingehen. Nach Aussage der Verwaltung, der Kämmerin, gibt es dort genügend Schulraum, weshalb nicht an die Errichtung einer weiteren Gesamtschule gedacht sei. Allerdings befindet sich der vorhandene Schulraum vor allem an gegliederten Schulen - Hauptschulen, Realschulen, ein Gymnasium. Die zwei erreichbaren Gesamtschulen in Kalk und Holweide haben viel zu wenige

Plätze. Sie mussten dieses Jahr insgesamt 188 Kinder abweisen.

Eine Erweiterung des Kalker Gymnasiums ist beschlossen. Doch in Kalk erhalten nur 17 Prozent der Schüler eine Schulformempfehlung für das Gymnasium, in Lindenthal sind es 79 Prozent, im Kölner Durchschnitt etwa 40 Prozent. Kalker Kinder sind nicht dümmer, nur ärmer. Mehr als die Hälfte sind Migranten. Wo bleibt die Chancengerechtigkeit für Migrantenkinder? In Kalk gibt es ein großes Potenzial an möglichen Abiturienten, die aber im gegliederten System nicht zum Zuge kommen. Die Talente der Kinder in Kalk werden verschwendet: die Talente vieler Kinder aus Migrantenfamilien, von Kindern aus armen Familien. Die Gesamtschule ist nachweislich viel besser in der Lage, die Fähigkeiten dieser Kinder zu fördern und sie bis zur Hochschulreife zu bringen.

70 Prozent der Abiturienten an den Gesamtschulen hatten keine Schulformempfehlung für das Gymnasium. Deshalb müssen vorrangig in Stadtteilen, wo dieses Ungleichgewicht an Gymnasiasten besteht, Gesamtschulen eingerichtet werden. Der Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan nennt als benachteiligte Stadtteile Kalk, Mülheim, Chorweiler, Nippes und Ehrenfeld. Leider macht der Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan außer für Kalk keine Angaben über den Anteil an Gymnasiasten. Es wäre sinnvoll, diese Zahlen auch für die anderen benachteiligten Stadtteile bekanntzumachen. Diese Stadtteile weisen auch die höchste Zahl an abgewiesenen Gesamtschülern auf. Deshalb ist es in Kalk und ähnlichen Stadtteilen nicht sinnvoll, in Gymnasien zu investieren, sondern in Gesamtschulen, und zwar möglichst bald.

Meine Rede möchte ich mit fünf Standards beenden, die in Kanada in den Schulen angewandt werden. Diese Standards könnten wichtige Kriterien oder auch ein Credo für unsere Schulen sowie für den Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan sein:

Erstens. Ethnokulturelle Gerechtigkeit ausüben und Antirassismus stärken.

Zweitens. Geschlechtergerechtigkeit herstellen und Sexismus ausschließen.

Drittens. Diversität in den sozialen Lebensformen zulassen und Diskriminierungen in den sexuellen Orientierungen verhindern.

Viertens. Sozio-ökonomische Chancengleichheit erweitern.

Fünftens. Chancengerechtigkeit von Menschen mit Behinderung herstellen.

Wir werden den FDP-Antrag ablehnen und der Vorlage zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Senol. - Es gibt noch eine Wortmeldung von Frau Gebauer.

**Yvonne Gebauer** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einiges muss ich hier noch sagen, sonst platze ich.

Herr Uckermann, ich erwarte von einem Ratsmitglied, dass es weiß, worum es bei dem jeweiligen Tagesordnungspunkt geht.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Wenn wir wie hier zwei Tagesordnungspunkte verbinden, erwarte ich, dass auch zu beiden Punkten gesprochen wird. Insofern ist nicht nachvollziehbar, warum Sie dem Redner vorwerfen, am Thema vorbei und völligen Quatsch zu reden.

Nicht allen, aber doch einem großen Teil von Ihnen will ich noch sagen: Dieser Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan war nicht dafür gedacht, dass man sich ihn unters Kopfkissen legt, sondern dafür, dass man sich ihn anschaut und sich auch mit den Zahlen, die dort aufgeführt sind, beschäftigt. Das haben wir als FDP-Fraktion getan.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen haben wir Ihnen diesen Antrag hier und heute vorgelegt.

Noch eine Sache vorweg. Herr Philippi, lieber Franz, es ist schon lustig, dass du sagst, dieser Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan muss noch entsprechend des Schulkonsenses aktualisiert werden, und anfügst: Deshalb stimmen wir ihm zu. - Nein, deshalb können wir ihm nicht zustimmen; denn wir wissen doch gar nicht, was noch kommt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist doch eine Schlussfolgerung, die man überhaupt nicht ziehen kann.

Wir haben im Schulausschuss darüber gesprochen - ich weiß nicht, wo Sie, Herr Uckermann, da waren; darüber ist mehrfach im Schulausschuss diskutiert worden -, dass die Verwaltung eine Rahmenplanung vorgibt und wir, die Politik, diesen Rahmen füllen müssen. Das, was wir

heute vorschlagen, ist Füllmaterial. Wir sagen: Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf; denn uns läuft die Zeit weg. Das ist doch das entscheidende Problem. Natürlich haben wir in anderen Stadtteilen auch große Probleme, ganz klar. Aber das Problem in Lindenthal aufgrund der Entwicklung der Kinderzahlen dort ist so signifikant, dass man es heute anpacken muss, weil wir sonst morgen mit leeren Händen dastehen und lediglich sagen können: Das haben wir leider verschlafen, sorry; aber das Angebot haben wir nicht mehr. - Ich finde, so kann man doch nicht Politik machen. Man muss sich mit dieser Sache ordentlich beschäftigen.

Eine weiterer Punkt: Im Beschlussvorschlag der Verwaltung auf Seite 2 heißt es:

> Der Rat nimmt die „Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011“ zur Kenntnis.

Wir nehmen also das, was die Verwaltung sagt, zur Kenntnis. Das heißt doch umso mehr, dass wir das mit Leben erfüllen müssen. Die Verwaltung hat Vorschläge gemacht, wie sie sich das in einzelnen Bereichen vorstellen kann. Sie hat immer wieder betont, dass das eine Rahmenplanung ist. Jetzt gilt es, diese Rahmenplanung anhand der entsprechenden Zahlen zu füllen.

Ich sage Ihnen ganz klar: Wir gehen mit dem Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan, so wie er jetzt vorliegt, aus den genannten Gründen nicht d’accord, und wir verteilen auch keine Blankoschecks. Ich sehe nämlich genau, wohin der Hase läuft: Die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen und weiteren Gesamtschulen machen wir en passant, das ziehen wir hier im Hauruckverfahren durch. Wenn es aber um die Einrichtung weiterer Gymnasien in Köln geht, lehnen sich die Leute zurück und sagen: Nein, weitere Gymnasien brauchen wir hier in Köln nicht. Längeres gemeinsames Lernen ist das Gebot der Stunde. Wenn wir Schulen einrichten, dann nur noch Gemeinschaftsschulen. - Da sage ich Ihnen: Da macht die FDP so nicht mit. Ganz klare Ansage!

(Beifall bei der FDP)

Ihrer Kritik, die FDP beabsichtige, Beschlüsse zu Einzelmaßnahmen vorwegzunehmen, die man nachher im Schulausschuss noch einmal im Detail bearbeiten müsse, möchte ich Ihnen entgegenhalten: Die SPD war es, die in der vergangenen Ratssitzung eine Einzelmaßnahme aus den sieben Pilotprojekten des Masterplans herausgegriffen hat -

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

es ging um den Bereich An der Bastei, Hohenzollernbrücke - und uns hier als eine ganz wichtige Maßnahme verkauft hat. Was soll ich Ihnen sagen? Wir als FDP haben dem zugestimmt. In der Form, wie das gehandhabt worden ist, war es nicht richtig; aber von der Sache her konnten wir zustimmen.

Immer dann, wenn es um Gymnasien und Gesamtschulen geht, wird hier eine ideologische Debatte geführt, die letztlich zu der Entscheidung führt: Einrichtung weiterer Gesamtschulen - ja, Einrichtung weiterer Gymnasien für Köln - nein.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage: Das tragen wir nicht mit.

Ich fordere auch diejenigen, die vielleicht erst jetzt verstanden haben, worum es hier wirklich geht, auf, an dieser Stelle zuzustimmen. Dieses Gymnasium wird tatsächlich gebraucht. Sie wissen ganz genau, dass wir Minimum fünf Jahre brauchen, um eine solche Maßnahme umzusetzen. Ich kann Ihnen sagen: Ich bin gespannt.

Ich stehe bald wieder hier und frage nach dem Sachstand der Gesamtschule, die wir in Nippes neu eingerichtet haben. Anfangs ist den Eltern versprochen worden: drei Jahre. Das wurde später revidiert und gesagt: vier Jahre. Ich bin gespannt, wie weit wir jetzt sind. Ich habe noch keinerlei Planungen, noch keinerlei Äußerungen der Verwaltung gehört, wie weit wir da sind. Wahrscheinlich werde ich recht behalten, dass wir auch bei dieser Maßnahme wieder ins Straucheln kommen und die Kinder von einer Schule in die nächste geschickt werden müssen. Bis sie ihr endgültiges Ziel erreichen, werden sie ihre Schullaufbahn wahrscheinlich beendet haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Frau Gebauer. - Ich gebe jetzt Frau Dr. Klein das Wort.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Weil wir als Verwaltung hier mehrfach zitiert worden sind, möchte ich noch einige Sätze dazu sagen.

Zum Ersten. Frau Gebauer, der Beschlussvorschlag enthält auch eine Nummer 3, in der wir deutlich machen, dass die Verwaltung beauftragt wird, Planungen vorzulegen, und zwar auch Planungen auf Grundlage der Anregungen der Bezirke. Das können Sie im zweiten Satz von

Nummer 3 nachlesen. Sie selbst haben ja die Beschlussfassung der BV Lindenthal zitiert. Daraus ergibt sich jedenfalls für uns als Verwaltung das Ziel, anstatt das unters Kopfkissen zu legen, entsprechende Planungen auf Basis der bezirklichen Anregungen umzusetzen, und zwar aller Bezirke, also auch des Bezirks Lindenthal.

(Zuruf: Der Bezirk ist dafür!)

Zum Zweiten. Zur Gesamtschule in Longerich haben wir das klare Votum des Planungsbereichs, dass wir dort genau in dem Zeitplan liegen, den wir Ihnen seinerzeit vorgelegt haben, als wir die Machbarkeitsstudie präsentiert haben. Wir haben überhaupt kein Interesse daran, die Kinder durch die Gegend zu schicken. Mit Verlaub, so planlos ist die Verwaltung dann doch nicht. - Danke schön.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Herr Uckermann hatte sich noch einmal gemeldet. Sie können es auch vom Platz aus machen.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn man so nett von hier oben angesprochen wird, Frau Gebauer, kommen wir doch gerne noch einmal ans Rednerpult und würdigen das, was Sie gesagt haben. Wir danken Ihnen auf jeden Fall dafür, dass Sie uns als Ratsmitglied angesprochen haben. Bei anderen vermissen wir diesen Respekt. Sie haben vollkommen recht - dem ist nichts hinzuzufügen -, dass ein Ratsmitglied wissen muss, worum es geht. Andererseits muss eine Ratsdame - das erwarten wir - auch zuhören können.

(Yvonne Gebauer [FDP]: Ich habe zugehört!)

Ich habe mich eben auf Ihren Antrag bezogen und diesem auch zugestimmt, obwohl dieser eine Satz so unbestimmt und nach unserem Empfinden zu sehr auf einen einzelnen Stadtbezirk verengt ist. Wir sagen: Wir sind *eine* Stadt, da soll es mehrere Schulformen für die Kinder geben. Dagegen haben wir nichts. Wir unterstützen Sie ja. Ich weiß gar nicht, warum Sie uns hier angreifen. Sie wissen selbstverständlich auch, dass ich im Schulausschuss immer sehr rege war und entsprechende Änderungsanregungen gegeben habe. Einmal ist sogar etwas angenommen worden. Da waren Sie ja dabei.

Ich habe lediglich kritisiert und mich vielleicht auch etwas echauffiert, dass hier Leute zu dieser Stunde, nach circa sieben Stunden Sitzung - wir sind noch beim ersten Hauptpunkt, den Anträgen; die Dinge, die für den Bürger wichtig sind, kommen ja alle noch -, ihr Rederecht dafür nutzen, vom Blatt abzulesen. Darum sind wir dafür, dass es demnächst *Youtube*-Übertragungen gibt. Da können sich die Leute das anschauen, und hier brauchen Sie nicht alles vorzulesen. Darum haben wir das noch einmal klargestellt. - Ansonsten vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich habe noch eine kurzfristige Wortmeldung von Herrn Thelen.

**Horst Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Gebauer, ich widerspreche Ihnen ja nicht gerne; das muss ich sagen. Aber ich möchte noch einmal auf die Situation der Schulen im Stadtbezirk Lindenthal hinweisen. Es gibt mindestens zwei Projekte, zum einen die Universitätsschule und zum anderen die Individualschule, die sicherlich das Wahlverhalten der Eltern verändern werden. Hinzu kommt, dass es dort auch Sekundarschulen gibt. Dies muss mithilfe von Elternbefragungen gründlich überprüft werden. Deshalb können wir hier nicht einen Schnellschuss machen. Vielmehr werden wir das nach entsprechenden Vorbereitungen im Schulausschuss behandeln. Dann wird es sicherlich zu einem pädagogisch sinnvollen und für die gesamte Schullandschaft guten Beschluss kommen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Thelen. - Herr Dr. Schlieben, bitte.

**Dr. Helge Schlieben** (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Wir haben ja hier zwei Punkte zusammengelegt, zum einen die Frage der Errichtung eines neuen Gymnasiums, wozu schon ausreichend gute und weniger gute Argumente vorgetragen wurden, und zum Zweiten die Frage der Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung.

Ich möchte im Namen der CDU-Fraktion der Verwaltung an dieser Stelle wie schon im Schulausschuss dafür danken - das gehört auch dazu -, dass sie, wie für uns alle ersichtlich, sehr viel Arbeit in die Erstellung dieses Bericht gesteckt hat. Das meinen wir ganz ehrlich, trotz aller Kritik, die hier sicherlich zu Recht vorgebracht

worden ist. Ebenso wollen wir den Versuch loben, das gebundene Exemplar in einer neuen Form aufzulegen, wie wir sie bisher nicht kannten.

Allerdings - das möchte ich an dieser Stelle ergänzen - waren uns die Daten, die Sie vorgelegt haben, zu wenig kleinteilig. Weil sie nicht für die einzelnen Schulen, noch nicht einmal für die einzelnen Veedel vorgelegt wurden, hatten wir eine umfangreiche Anfrage dazu gestellt. Diese Daten sind uns nun nachgereicht worden. Ich gebe hier zu bedenken, dass man, wenn ein schon gedruckter Plan vorliegt, annehmen muss, das sei nicht der Anfang, sondern eher das Ende der Diskussion. Das würden wir uns für die Zukunft sicherlich anders wünschen.

Ich möchte zunächst auf den schulentwicklungspolitischen Teil eingehen und daran anschließend etwas zum Jugendhilfebereich sagen. Wir haben festgestellt, dass sich die Gemeinschaftsschule wie ein roter Faden - im Schulausschuss haben wir das als rot-grünen Faden bezeichnet - durch diesen Plan zieht. Wir hatten im Schulausschuss die Verwaltung rechtzeitig darum gebeten, das Projekt der Gemeinschaftsschule nicht so zu forcieren, wenn deren rechtliche Grundlage noch gar nicht sicher ist. Als dann klar war, dass es keine Gemeinschaftsschulen geben wird, haben wir vor zweieinhalb Wochen den Antrag gestellt, das Wort „Gemeinschaftsschule“ in dem Plan ebenso zu streichen wie das Wort „Verbundschule“, die die CDU favorisiert hatte, die es aber nach dem schulpolitischen Kompromiss ebenfalls nicht geben wird.

Wir hatten auch angeregt, nicht einfach das Wort „Gemeinschaftsschule“ durch das Wort „Sekundarschule“ zu ersetzen, sondern gefordert, genau zu prüfen, wo eine Sekundarschule, wo eine Gesamtschule und wo eine der bestehenden Hauptschulen Sinn macht. Das hat die Verwaltung nicht getan bzw. einem entsprechenden Antrag hat die Mehrheit im Schulausschuss nicht zugestimmt.

Zwar wird nun aus Anlage 12 - Frau Klein hat mich freundlicherweise vorher darüber informiert - ersichtlich, dass jetzt auch schriftlich anerkannt wird, dass aufgrund der Schulrechtsnovelle die Einführung von Gemeinschafts- und Verbundschulen ausgeschlossen ist, was zu einer anderen Rahmenplanung führt. Ich finde aber keine Antwort auf die Fragen, die sich in den Bezirken stellen. Ich möchte nicht nur eine Rahmenplanung, sondern drei konkrete Vorschläge der Verwaltung, warum man in der Heerstraße in Porz eine Gemeinschaftsschule, eine Verbundschule, eine Sekundarschule oder eine Hauptschule errichtet oder nicht, ergänzt durch eine Bewertung, wie die Verwaltung sich das vorstellt. Die Politik kann ja dann immer noch entscheiden, welche dieser Varianten die geeignetste ist. Das fehlt jedoch weiterhin. Die Zusatz-Info, die Sie heute gegeben haben, reicht dafür nicht aus.

Ich möchte nun auf den zweiten Teil, die Integrierte Jugendhilfeplanung, eingehen. Auch hier muss ich konstatieren, dass es viele offene Fragen gibt. Insbesondere Fragen zu den U3- und Ü3-Plätzen sowie zur Tagespflege beantwortet der vorliegende Plan nicht. Ich will auch erwähnen, dass sich die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege bei der Erstellung dieser Planung nicht genug beteiligt fühlten, dass sie das auch schriftlich niedergelegt und durch Enthaltung im Jugendhilfeausschuss fokussiert haben. Sie haben sogar gesagt: Es handelt sich nach ihrem Verständnis bei dem vorgelegten Plan nicht um einen Jugendhilfeplan an sich.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, es war relativ interessant für Sie, mir zuzuhören. Es gibt natürlich Leute, die das alles noch viel besser ausdrücken können als ich. Ein bekanntes Kölner Blatt titelt am 5. Oktober: „Ratlosigkeit nach dem Schulkompromiss“. In dem Artikel heißt es - ich zitiere -:

> Mehr als die zwei Gemeinschaftsschulen, die in diesem Schuljahr gestartet sind, wird es in Köln nicht geben. Was stattdessen als neues Angebot entstehen soll, ist unklar.

Ich sage: Der vorliegende Beschlussvorschlag muss aber eine Antwort darauf geben. Weiter heißt es:

> Im vergangenen Schulausschuss war es vor allem die CDU, die dafür warb, den Schulkompromiss doch nun auch auf Kölner Ebene mit Schwung umzusetzen. Ihr Vorschlag: An die Stelle der nun gestrichenen „Gemeinschaftsschulen“ soll die neue Schulform „Sekundarschule“ treten. Die Schulverwaltung, geführt von einer SPD-Dezernentin und einer SPD-Amtsleiterin, reagierte zurückhaltend. …
>
> Übersetzt heißt das: Zum nächsten Schuljahr wird es wohl entgegen der alten Planungen kein weiteres Angebot zum „längeren gemeinsamen Lernen“ geben.

Ich sage: Auch wir möchten eine Antwort, in welcher Weise man das längere gemeinsame Ler-

nen ohne Gemeinschaftsschule verwirklich kann. Ich darf jetzt noch den letzten Absatz zitieren:

> Neu drucken wird die Verwaltung ihren dicken „Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan“ nicht. Man verstehe ihn als „Rahmenplan“ und „Denkhilfe“. Spannend wird es erst nach dem Ratsbeschluss in der nächsten Woche, weil dann konkrete Umsetzungsbeschlüsse folgen müssen. Klar ist bislang nur, dass allein durch das Ansteigen der Kinderzahlen bis zu zehn neue Schulen gebaut werden müssen.

Jetzt kommt es:

> Wo und welche, ist offen.

All das, meine Damen und Herren, muss ein Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan beantworten. Da diese Antworten nicht vorliegen, können wir ihm nicht nur nicht zustimmen, sondern wir lehnen ihn ab. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es sind keine weiteren Wortmeldungen erkennbar. Wir kommen dann zur Abstimmung. Wie gesagt, wir haben zwei verschiedene Bereiche.

Zunächst zur Abstimmung über den Antrag der FDP. Wer für den Antrag der FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, die CDU, die Fraktion pro Köln sowie Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über 10.20, Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung. Wer für diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann enthält sich. Damit ist das angenommen. Vielen Dank.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.11:

**3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Kostenneutrale Optimierung des Winterdienstes - Nein zur geplanten Wintersteuer!“**
**AN/1765/2011**

Herr Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schade, dass jetzt so viele den Ratssaal verlassen, weil es hier um ein ganz interessantes Thema geht. Die Fraktion pro Köln hat gefordert, den erfahrungsgemäß nicht ganz so guten Kölner Winterdienst so zu optimieren, dass keine zusätzlichen Kosten anfallen.

Es ist auch schade, dass dieser Punkt nicht mit der Verwaltungsvorlage unter Punkt 18.10 gemeinsam behandelt wird; denn wenn der Tagesordnungspunkt 18.10 zu noch späterer Stunde aufgerufen wird, werden kaum noch Zuschauer auf der Tribüne sitzen. Dabei ist dieser Punkt interessant für alle Kölner Bürger. Der zentrale Satz in der Verwaltungsvorlage, die später erörtert wird, lautet nämlich:

> Die Finanzierung der Winterdienstkosten ist durch die Einführung einer Winterdienstgebühr zu sichern. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Änderung der Straßenreinigungssatzung zum 01.01.2012 dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Das heißt konkret: Der optimierungsbedürftige Kölner Winterdienst soll angeblich besser werden, aber dafür wird eine neue Gebühr erhoben, die die Kölner Steuerzahler, die Kölner Bürger zu zahlen haben. Das, meine Damen und Herren, und mit Verlaub, auch in Richtung der Verwaltung, das ist schon ein Armutszeugnis.

Ich kann mich noch an die Hauptausschusssitzung Anfang des Jahres erinnern, in der dieses wirkliche Fiasko im Dezember 2010 behandelt wurde, als die Kölner Straßen tagelang nicht befahrbar waren, nur weil es mal etwas mehr geschneit hatte. Wohlgemerkt, das war kein Blizzard und kein Wintersturm, es war nur etwas mehr Schneefall. Ich erinnere mich noch, dass der geschätzte Kollege von der FDP, Herr Breite, und ich in dieser Sitzung aus unseren etwas schneereicheren Heimatregionen berichtet haben, in denen es ganz normal ist, dass jede Stadt, egal, ob Kleinstadt oder Großstadt, einen funktionierenden Winterdienst hat, der natürlich dafür sorgt, dass die Straßen frei bleiben, wenn es denn schneit. Dafür ist der Winterdienst schließlich da, falls das einige Damen und Herren hier nicht wissen sollten. Dafür wird selbstverständlich keine Extragebühr erhoben. Ich frage mich: Was ist das Nächste: Gibt es bald eine Gebühr fürs Laubfegen? Das sind zentrale Punkte der kommunalen Daseinsvorsorge. Das muss eine Stadtverwaltung einfach leisten. Dafür kann man nicht Extragebühren verlangen. Das muss sozusagen im Gesamtpaket enthalten sein, wofür man ja sowieso schon Steuern und Gebühren noch und nöcher bezahlen muss.

Ich weiß auch noch, dass in dieser Hauptausschusssitzung Anfang des Jahres von der Verwaltung zugesagt wurde, sich zu bemühen, intelligente Konzepte zu erstellen, die nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung der Bürger führen. Das wurde da mehrfach geäußert. Ich habe das damals schon nicht glauben können, weil man ja die Damen und Herren inzwischen kennengelernt hat. Jetzt ist es genau so gekommen. Das Problem soll gelöst werden, indem an der Gebührenschraube gedreht bzw. wieder einmal eine neue Gebühr erfunden wird. Das, finde ich, ist skandalös. Das ist dieser Stadt nicht würdig.

Deswegen hat pro Köln hier beantragt, die Verwaltung möge ein Konzept erarbeiten, das aufzeigt, wie man genügend Räumfahrzeuge und ausreichend Personal auch zu diesen Stunden bereithalten und bedarfsgerecht einsetzen kann, ohne dass Mehrkosten für die Bürger dieser Stadt entstehen. Ich denke, das muss möglich sein. Das ist eine Aufgabe der Stadtverwaltung, die ohne zusätzliche Kosten gewährleistet werden muss.

Deswegen bitte ich Sie: Stimmen Sie dem Antrag der Fraktion pro Köln zu! Versuchen wir einmal etwas anderes: Erhöhen wir nicht jede Gebühr bzw. erfinden wir nicht neue Gebühren, sondern sorgen wir für ganz normale, zuverlässige und gute Dienste der Kölner Stadtverwaltung, so wie es in jeder anderen Stadt in der Bundesrepublik Deutschland auch möglich ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann lassen wir abstimmen. Wer ist für den Antrag der Fraktion pro Köln? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich 3.1.12:

**3.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Keine Erhöhung der Abwassergebühren in Köln“**
**AN/1766/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es gibt einen feinen Unterschied zwischen Steuern und Gebühren, obwohl man sich manchmal fragt, ob es den tatsächlich gibt. Selbstverständlich muss eine Kommune für die Kosten, die für das Abwasser entstehen, bei den Bürgern Gebühren erheben; das heißt, die Kosten müssen wieder hereinkommen.

Die Stadt Köln hat diese Aufgabe einem Unternehmen übertragen. Wir haben hier zur Kenntnis nehmen müssen, dass jetzt beabsichtigt wird, diese Gebühren zu erhöhen. Gleichzeitig führt dieses Unternehmen aber Geld an den städtischen Haushalt ab, sodass sich für uns nicht erschließt, warum die Gebühren angehoben werden sollen. Haben sich die Kosten dafür erhöht, und müssen diese Mehrkosten nun auf die Bürger umgelegt werden? Nein, die Kosten haben sich nicht erhöht, aber die Stadt Köln selber braucht Geld. Deshalb bittet sie jetzt dieses Unternehmen, das Geld aus den Bürgern quasi herauszupressen, und zwar durch erhöhte und - ich sage in dem Falle - durch überhöhte Gebühren. Das darf nicht sein.

Wir wollen da Klarheit haben. Wenn der Bürger Abgaben bezahlt, muss das kostendeckend sein. Das darf nicht zu einem erhöhten Gewinn führen, der dann an den städtischen Haushalt abgeführt wird, um das Primärdefizit auszugleichen, was die Stadt Köln hat und das weder Herr Roters noch Frau Klug angegangen sind. Es kann nicht sein, dass der Bürger, der sich dagegen nicht wehren kann - das ist ja die Sache: der Bürger kann sich kein anderes Unternehmen aussuchen -, das bezahlen muss.

Wir haben heute in der Ratsdebatte gehört, das Wohnen in Köln sei so teuer. Sie wissen selbstverständlich, dass Abwassergebühren zu den Nebenkosten gehören, die mittlerweile als „zweite Miete“ bekannt sind. Es ist ein Anliegen der Bürgerbewegung pro Köln, dass die Bürger bitte nur das zahlen, was zur Erbringung dieser wichtigen Leistung nötig ist, und nicht, dass man auf einem Transferweg dieses Geld weitergibt an die Verwaltung, damit sie die städtischen Finanzlöcher stopfen kann.

Fatal ist auch - Kollege Wiener hat es eben auch gesagt -, dass man quasi neue Steuern erfindet. Dort, wo es eine Wintersteuer gibt, wird es bald auch eine Herbststeuer geben. Wo endet das Ganze? Unsere Forderung - das soll dieser Antrag auch bewegen - ist, mit mehr Sensibilität die Einnahmen und die Ausgaben wieder in Einklang zu bringen, statt immer neue Löcher aufzureißen und dem Bürger einfach die Rechnung zu schicken in der Erwartung, dass der dafür schon bezahlen wird. Das darf nicht sein. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Sie können gleich hier bleiben. Es geht gleich um einen weiteren Antrag Ihrer Fraktion. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag von pro Köln? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Ist abgelehnt.

Jetzt rufe ich Tagesordnungspunkt 3.1.13 auf:

**3.1.13 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Bildungsstelle gegen politischen Extremismus" AN/1767/2011**

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Kollege Wiener spricht. Ich hatte Ihnen ja eben signalisiert, dass ich zur öffentlichen Rathauszeitung sprechen werde. Zu diesem Antrag spricht jetzt Herr Wiener.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Herr Wiener, bitte.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist bisher ja relativ harmonisch verlaufen, wenn man sie mit Sitzungen der Vergangenheit vergleicht. Ich weiß nicht, ob es jetzt gleich noch so harmonisch weitergehen kann.

Es ist ein sehr ernsthaftes Thema. Es gibt hier in Köln, beim NS-Dokumentationszentrum angesiedelt, eine sogenannte Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus. Da meint man ja auf Anhieb, das ist eine gute Sache, das ist unterstützenswert. Das sehen wir genauso. Das Problem ist nur, dass diese Bildungsstelle schon über Monate hinweg parteipolitisch missbraucht wird im Kampf gegen die völlig grundgesetzkonforme, konservative Bürgerbewegung pro Köln. Dass das parteipolitisch instrumentalisiert wird, ist ein großer Skandal, finde ich; denn eine NS-Dokumentationsstelle sollte sich mit der Aufarbeitung der NS-Unrechtsherrschaft beschäftigen. Dafür ist sie ja auch gegründet worden.

Um diesen parteipolitischen Missbrauch endlich zu beenden, hat pro Köln hat den Antrag gestellt, diese städtische Bildungsstelle in eine überparteiliche Bildungsstelle gegen Extremismus jeglicher Couleur umzuwandeln. Zur Begründung dieses Antrags erscheint es notwendig, einen genauen Blick auf den real existierenden Politirrsinn in dieser Stadt zu werfen, einer Stadt, in der der Fraktionsgeschäftsführer der Grünen Jörg Frank via Facebook von Molotowcocktails in den 70er-Jahren schwärmt, in einer Stadt, in der Linksautonome seit rund einem Jahr die ehemalige Werkskantine in Kalk besetzt halten, in einer Stadt, die eben besagte Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus am NS-Dokumentationszentrum angesiedelt hat, einzig und allein oder hauptsächlich in der Absicht, pro Köln als unbequeme Opposition hier in der Stadt zu diffamieren, zu diskreditieren und in Bezug zu diesen NS-Verbrechern zu setzen.

Meine Damen und Herren, ich habe es gerade beschrieben: Da braucht der Blick gar nicht erst nach Berlin zu schweifen, wo Nacht für Nacht Autos brennen und Linksterroristen Bahnanlagen sprengen. Auch in Köln tut sich ein ähnlicher Sumpf auf, gefördert und gestützt von mächtigen Seilschaften in manchen Altparteien, die diese linke Einsatzreserve im Kampf gegen Rechts anscheinend ganz gerne haben, damit man bei bestimmten Anlässen Demonstrationen politisch missliebiger Gruppierungen auf der Straße behindern kann usw. Deswegen wäre gerade in Köln eine Bildungsstelle gegen Linksextremismus sehr, sehr wichtig.

Wir haben mit einer Anfrage vor kurzem aufgedeckt, dass es in Köln im vergangenen Jahr 290 linksextreme Straftaten gegeben hat. Das ist eine große Gefahr. Jeder, der gestern die *Tagesthemen* geschaut hat, hat gesehen, was in diesem Land los ist, dass die Gefahr besteht, dass eine neue RAF entsteht. Nur, warum funktioniert das nicht in Köln? Dazu muss man einfach den Blick auf die Riege der Kölner Lokalpolitiker richten, und dann wundert man sich kaum noch. Denn nicht nur für die Linke sitzen militante Demo-Touristen wie Claus Ludwig oder frühere Unterstützer des RAF-Umfeldes - -

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bitte Sie, sich zurückzuhalten mit solchen Wertungen.

**Markus Wiener** (pro Köln): Nun, das ist eine Wertung. Sie sagen es. Das ist eine Meinungsäußerung.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das ist beleidigend.

**Markus Wiener** (pro Köln): Nein, nein, nein. - Wie gesagt, nicht nur Herr Ludwig sitzt hier für die Linksfraktion im Rat, auch Herr Detjen als früherer Unterstützer des RAF-Umfeldes sitzt hier im Rat und pflegt freundschaftlichste Kontak-

te zu allen anderen Ratspolitikern. Da gibt es keine Ausgrenzung, da gibt es keine Berührungsängste, obwohl hier mit großem Recht auf solche Sachen hingewiesen werden kann. Wir sehen also: Die wirklichen Extremisten sind längst im politischen Machtzentrum dieser Stadt angekommen.

(Henk van Benthem [CDU]: Sehr vorsichtig! Muss man sich beleidigen lassen? Das ist unglaublich!)

- Ich habe gerade gesagt, auf wen ich das beziehe und dass - das ist meine Wertung - hier extremistische Kräfte längst angebandelt haben und im besten Kontakt stehen. Mit denen wird geklüngelt, mit denen wird paktiert. Das ist ein demokratiepolitischer Skandal, den wir nicht aufhören werden, anzuprangern.

(Henk van Benthem [CDU]: Das ist unglaublich!)

Das ist unsere Aufgabe als demokratische Bürgeropposition hier in Köln. Das werden wir auch weiterhin anprangern. Das ist ganz klar.

(Beifall bei pro Köln - Henk van Benthem [CDU]: Das ist unglaublich!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Wiener, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für die Aussage, dass extremistische Kräfte in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen seien. Das ist eine Beleidigung.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Natürlich! Das stimmt doch!)

**Markus Wiener** (pro Köln): Das ist eine Warnung vor real existierenden Zuständen. Das kann auch jeder nachlesen, das kann jeder recherchieren. Wenn eine vom Verfassungsschutz beobachtete Partei wie die Linkspartei

(Zurufe)

hier mit etablierten Parteien klüngelt, wenn die Linkspartei mit SPD und den Grünen klüngelt, dann sind sie hier im Zentrum der Macht angekommen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Markus Wiener** (pro Köln): Ich werde mir hier nicht verwehren lassen, auf diese Gefahr hinzuweisen.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich möchte abschließend zu diesem Thema sagen, dass es auch dem Leiter dieser Sitzung schwerfällt, sich solche Hetztiraden anhören zu müssen. Es ist unerträglich, wie die Vertreter der Fraktion pro Köln sich hier aufführen. Das beleidigt das Niveau der Debatte, die wir hier in den letzten Stunden geführt haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken.Köln)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu einem weiteren Antrag der Fraktion pro Köln, nämlich Tagesordnungspunkt 3.1.14:

**3.1.14 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Öffentliche Rathauszeitung für Köln“**
**AN/1768/2011**

Ich appelliere an Sie, ein anderes Niveau an den Tag zu legen.

(Zuruf von pro Köln: Unverschämtheit!)

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich finde es schon sehr merkwürdig, in welcher Form Sie hier die Sitzung leiten. Sie haben eben meine Fraktion beleidigt. Wir sind eine grundgesetztreue Partei. Wenn wir Missstände aufzeigen, dann muss das von der Meinungsfreiheit gedeckt sein. Wir leben in einer Demokratie. Kollege Wiener hat hier eben alles ganz hervorragend analysiert. Dafür danke ich ihm.

Damit das auch möglich ist, soll es in Köln eine öffentliche Rathauszeitung geben. Wir sind eben für Transparenz. Wir sind dafür, dass die Bürger sich informieren können, was hier wirklich passiert. Nur weil jetzt nicht mehr so viele Menschen auf der Tribüne sitzen, kann es ja nicht sein, dass wir mit Ordnungsrufen und sonstigen Strafen belegt werden. Der Rat muss in der Lage sein, mit seinen Fraktionen Öffentlichkeitsarbeit

zu betreiben, wie das in anderen Kommunen gang und gäbe ist. Die Stadt Trier zum Beispiel gibt eine öffentliche Rathauszeitung heraus. Sie erscheint als Beilage zu den Tageszeitungen. In Köln wäre das auch ganz hilfreich. Dadurch würde das Niveau etwas steigen.

Des Weiteren haben wir uns noch einmal über den Stand zu unserer Initiative zum Internetportal informiert. Selbstverständlich muss es dazu Ratsbeschlüsse geben. Ihre Aussage, Herr Oberbürgermeister, war da nicht ganz zutreffend.

Von daher muss dieser Rat ein hohes Interesse daran haben, mit dem Bürger direkt zu kommunizieren. Laut unserer Recherchen verursacht eine Rathauszeitung kaum Kosten, weil sie, wie gesagt, als Beilage in der Tagespresse bzw. in den kostenlosen Anzeigenblättchen erscheint. Dadurch werden diese noch attraktiver für die Leute. So haben wir eine Win-win-Situation: Der Rat kann die Bürger über wichtige Themen informieren, was die Presse in ihrem Tagesgeschäft nicht kann, und die Bürger werden für Kommunalpolitik interessiert. Das ist ja auch wichtig für eine Demokratie. Wenn möglichst viele Menschen daran Anteil nehmen, wird auch die Wahlbeteiligung wieder steigen. Über eines müssen wir uns doch klar sein: Wenn noch nicht einmal 50 Prozent der Menschen zur Wahl gehen, ist das eine schwindende Legitimation. Wir müssen alles dafür tun, dass man wieder objektiv informiert wird, weil das zum Beispiel dazu führen kann, dass die Wahlbeteiligung wieder steigt. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag der Fraktion pro Köln? - Das ist die Fraktion pro Köln. Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 3.1.16.

(Ulrich Breite [FDP]: Herr Oberbürgermeister, den haben wir ja auf Punkt 21 gestellt!)

- Das stimmt. Der Punkt wird nach hinten verschoben. Okay.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, darf ich noch auf etwas hinweisen, was möglicherweise zur Sitzungsbeschleunigung beiträgt: Unser wiedergewählter Beigeordneter Streitberger hat mir mitgeteilt, dass er im Anschluss an unsere Sitzung heute auf seine Wiederwahl ein Kölsch und eine Frikadelle ausgeben möchte. Sie sollten das nicht aus dem Blick verlieren.

(Beifall)

Dann kommen wir zu den Anfragen:

**4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

**4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend „Gewaltpotenzial von pro Köln“ AN/1655/2011**

**Antwort der Verwaltung vom 10.10.2011 4039/2011**

Hat sich erledigt. Danke schön.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

**4.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Moscheebaupläne in Köln-Meschenich“ AN/1769/2011**

**Antwort der Verwaltung vom 13.10.2011 4146/2011**

Gibt es dazu Nachfragen? - Keine Nachfragen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

**4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Sachstandsbericht Regionale-Projekt ‚Butzweilerhof‘“ AN/1786/2011**

**Antwort der Verwaltung vom 13.10.2011 4113/2011**

Keine Nachfragen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

**4.4 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Haushaltskonsolidierung aus Leistungen des Bildungspakets der Bundesregierung“ AN/1819/2011**

**Antwort der Verwaltung vom 13.10.2011 4113/2011**

Gibt es dazu Nachfragen? - Keine Nachfragen.

Damit sind die Anfragen erledigt. Ich bedanke mich bei der Verwaltung für die umfassende Beantwortung.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6:

**6 Ortsrecht**

**6.1 Satzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

**6.1.1 Neufassung der Satzung der Beihilfekasse**
**2236/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen den Beschlussvorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist er angenommen.

Tagesordnungspunkt 6.1.2 ist verschoben.

Als Nächstes kommen wir zu Tagesordnungspunkt 7:

**7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für die Hj. 2010 und 2011 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011**
**3891/2011**

Das wird so zur Kenntnis genommen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 8:

**8 Überplanmäßige Aufwendungen**

Zu Tagesordnungspunkt 8.1:

**8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0418 - Stadtbibliothek für das Haushaltsjahr 2011**
**2152/2011**

Abstimmung, wie Finanzausschuss. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.2:

**8.2 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus für das Haushaltsjahr 2011**
**2768/2011**

Abstimmung, wie vom Liegenschaftsausschuss empfohlen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann haben wir abzustimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.3:

**8.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen für das Haushaltsjahr 2011**
**3184/2011**

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen

(Markus Wiener [pro Köln]: Wir stimmen dagegen, Herr Oberbürgermeister!)

gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln.

Zu Tagesordnungspunkt 8.4:

**8.4 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0407 - Museum Schnütgen für das Haushaltsjahr 2011**
**3512/2011**

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 9:

**9 Außerplanmäßige Aufwendungen**

Zu Tagesordnungspunkt 9.1:

**9.1 Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze**
**hier: Außerplanmäßige Auszahlung für die Generalinstandsetzung und Umgestaltung Leostraße von Venloer Straße bis Subbelrather Straße**
**2992/2011**

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.2:

**9.2 Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze**
**hier: Außerplanmäßige Auszahlung Umbau Kreuzungsbereich Tel-Aviv-Straße / Blaubach**
**1852/2011**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt 10:

**10 Allgemeine Vorlagen**

Wie anfangs vereinbart, erörtern wir zuerst den Tagesordnungspunkt 10.22:

**10.22 Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes in Köln**
**hier: Bäderzielplan auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 29.01.2008 für 2011 bis 2015**
**2008/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke, Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)**
**AN/1818/2011**

Ich danke den Besuchern auf der Tribüne für ihre Geduld. Jetzt ist es endlich so weit. Ihr Thema ist dran.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Es beginnt Herr Kron.

**Peter Kron** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, jetzt ist es endlich so weit: Nach langer Diskussion liegt unser Bäderzielplan für die Jahre 2011 bis 2015 vor. Ich erinnere daran - viele wissen das ja noch aus der Diskussion -, dass das nicht der erste Plan ist. Wir haben bereits vor vier Jahren, 2007, einen solchen Plan diskutiert. Damals wurde der Vorschlag diskutiert, den Neubau der Bäder, den wir jetzt vollendet haben, anzugehen, aber auch drei Bäder, nämlich Rodenkirchen, Nippes und Weiden, zu schließen. Für diese drei Schließungen kam damals keine Mehrheit zustande. Es gab aber eine Fraktion - ich schaue in Richtung von Herrn Granitzka -, die für die Schließung der Bäder in Weiden und Nippes war, nicht aber für die Schließung des Bads in Rodenkirchen. Es gab also damals keine Mehrheit für das Konzept.

Im Januar 2008 hat der Rat beschlossen, 2011 ein fortgeschriebenes Konzept vorzulegen. Die Vorlage ist jetzt da. Sie ist in vielen Monaten erarbeitet worden von der Sportverwaltung, der Schulverwaltung, der Bäder GmbH in Zusammenarbeit mit dem OKS, dem Ortsverband Kölner Schwimmvereine, und dem Stadtsportbund. Diese über 80 Seiten starke Vorlage ist Anfang Juni in die Gremien eingebracht worden. Sie wurde in den Ausschüssen und den Bezirksvertretungen diskutiert.

In der Zeit zwischen Anfang Juni und Mitte Oktober, unterbrochen durch die Sommerpause, gab es eine lange und auch gute Bürgerbeteiligung, eine von Verwaltung und Bäder GmbH organisierte Informationsveranstaltungsreihe in den drei Stadtbezirken, die von Änderungen bezüglich ihrer Bäder betroffen sein werden, sowie darüber hinaus eine Veranstaltung in Nippes, veranstaltet und geleitet vom Bezirksbürgermeister, die auch ich besucht und auf der ich mir angehört habe, wie die Bürger dort diskutieren. Ich muss sagen: Es war im Großen und Ganzen eine überwiegend sachliche Diskussion. Es gab Fragen, und es gab Erläuterungen durch die Verwaltung.

Erlauben Sie mir dennoch eine persönliche Bemerkung: In den letzten zwei, drei Wochen gab es in Zusammenhang mit diesem Thema Einzelfälle - ich betone: Einzelfälle - von persönlichen Beleidigungen und auch Unterstellungen. Das war nicht so schön angesichts der Tatsache, dass man sich monatelang damit befasst, diskutiert, zugehört, abgewogen und dann eine Entscheidung gefasst hat. Nun gut.

Was sagt uns die Vorlage? Sie beschreibt die gesamte Bäderlandschaft unserer Stadt und nicht nur, wie man mittlerweile annehmen könnte, die Schließung von Schwimmbädern. Die Schließung von Bädern, die als ganz schlimme Auswirkung für alle Kölnerinnen und Kölner dargestellt wird, ist eben nicht das Kernthema dieses Konzeptes. Vielmehr ist es trotz aller finanziellen Probleme, die alle Kommunen haben, ein in der Republik beispielloses Attraktivierungs- und Neubaukonzept.

(Beifall bei der SPD und Teilen der FDP)

2009 haben wir den Neubau in Ossendorf eingeweiht, am 1. Oktober 2011, also ganz aktuell, wurde der Lentpark mit dem Stadionbad eröffnet, und Anfang 2012 wird das Zollstockbad generalmodernisiert wieder in Betrieb gehen. Wir werden in der Republik um diese Bäderlandschaft beneidet, um den Lentpark sogar europaweit.

Nebenbei gesagt: Wir haben seit Gründung der Bäder GmbH über 120 Millionen Euro für die Attraktivierung und den Neubau von Schwimmbädern ausgegeben. Im Ergebnis haben wir mehr Wasserflächen, und die Versorgung der Vereine und Schulen kann so übernommen werden, wie sie bisher angeboten wurde. Das bestätigt der OKS, das bestätigt der Sportbund, das bestätigt die Schulverwaltung.

Allerdings gibt es auch eine Folge, nämlich die vorgeschlagene Schließung der Bäder in Nippes und Weiden sowie das Betreiben des Rodenkirchenbads als „Teilgruppenbad“ ab Mitte 2014, das von Januar 2013 bis Mitte 2014 generalsaniert wird. Ich sage es noch einmal: Die Schließungen erfolgen mit Zustimmung von Stadtsportbund und OKS. Ich habe natürlich Verständnis für die Kritik von Betroffenen, vor allen Dingen von denjenigen, die in der Nähe eines Schwimmbads wohnen, dessen Schließung ansteht. Ich kann verstehen, dass diese Veränderungen unweigerlich zu individuellen Problemen

führen. Trotzdem wundere ich mich über die Intensität der Diskussionen und Argumentationen, auch im Sportausschuss. Man könnte meinen, wir reden hier über die ersatzlose Schließung von Schwimmbädern in unserer Stadt. Das ist nicht der Fall. So etwas gibt es durchaus in unserer Republik. Beispiele dafür sind Duisburg und Essen, wo Schwimmbäder aus dem Bestand ersatzlos geschlossen werden. Das ist hier in Köln nicht der Fall.

Klar ist, dass der Zielplan „nur“ bis 2015 gilt. Klar ist, dass auch über 2015 hinaus die Bedarfe von Schulen, Vereinen und der Schwimmsport betreibenden Bevölkerung zu befriedigen sind. Legt man die Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung zugrunde, die über 2015 hinausgeht, kann man zwar zu gewissen Schlüssen kommen; solange es aber keinen spezifischen Bäderzielplan über 2015 hinaus gibt, bleibt das Kartensatzleserei.

Natürlich muss man noch einmal darüber reden, dass den Bezirken eine Perspektive geboten wird - in Nippes, in Weiden und in Rodenkirchen, aber nicht nur dort, sondern auch in Kalk, in Mülheim und in Chorweiler, im gesamten Stadtgebiet. Der Bäderzielplan muss fortgeschrieben werden. Das jetzige Konzept darf nicht der Schlusspunkt sein. Es ist ein Meilenstein, aber es muss weitergehen.

Deshalb zitiere ich gerne den Beschluss, den wir im Sportausschuss gefasst haben, dem sich der Rat anschließen sollte. Ich zitiere:

> Das Bäderkonzept wird weiter fortgeschrieben und jährlich dem Sportausschuss vorgelegt. Dabei sind insbesondere demografische Entwicklungen zu berücksichtigen und daraus not-wenige Konsequenzen zu ziehen (Modernisierung, Abbruch, Neubau von Bädern).

Fakt ist: Das Rodenkirchenbad wird erhalten. Unmittelbar an der Stadtbezirksgrenze von Nippes ist ein Schwimm- und Eisstadion entstanden, das europaweit seinesgleichen sucht. Im Bezirk Lindenthal gibt es neuerdings das erweiterte Kombibad, das übrigens hervorragend mit der Linie 1 des ÖPNV zu erreichen ist.

Über die städtische KölnBäder GmbH sind, wie eben erwähnt, Millionenbeträge in dreistelliger Größenordnung in den Schwimmstandort Köln geflossen. Verfolgt man allerdings die Diskussionen, gewinnt man den Eindruck, morgen würde das letzte Bad in Köln geschlossen.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Herr Oberbürgermeister, die Zeit!)

- Ich komme zum Ende. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Oberbürgermeister, lassen Sie uns dieses Bäderkonzept vor dem Hintergrund einer längerfristigen Entwicklung der Kölner Bäderlandschaft als Gesamtpaket vernünftig bewerten. Das ist kein Schlusspunkt, sondern ein Zwischenergebnis. Es geht weiter. Wir wollen einen weiteren Zielplan.

Wir haben eine Gesamtverantwortung für diese Stadt. Ich erinnere an die Zahlen, die heute anlässlich HPL-Einbringung genannt wurden. Und in der Gesamtverantwortung, die wir für diese Stadt haben, können wir eine hervorragende Versorgung mit Wasserflächen und weit überwiegend positive Aspekte konstatieren. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Kron. - Als Nächstes spricht Herr van Benthem.

**Henk van Benthem** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn eine Legende korrigieren. Es wird hier immer wieder behauptet, die CDU sei dafür gewesen, die Bäder in Nippes und Weiden zu schließen. Wir haben einen Tag vor den massiven Protesten eine Pressekonferenz abgehalten und dort bekanntgegeben, was wir in der Sommerpause - wir haben nämlich auch da unser Hirn eingeschaltet - -

(Martin Börschel [SPD]: Erst dann!)

- Ja, ja, Herr Kollege, wir denken auch in der Sommerpause. Es wird uns manchmal vorgeworfen, warum wir uns da keine Pause gönnen. Wir denken auch in dieser Zeit weiter und können dann nach der Sommerpause schon ein Ergebnis präsentieren.

Wir haben eine Pressekonferenz abgehalten. Dort haben wir von einem Journalisten ein Riesenkompliment erhalten, der gesagt hat: Ich habe überall danach gesucht, wo die CDU gesagt hat, die Bäder in Nippes und Weiden werden geschlossen. Ich muss mit Bedauern feststellen, ich habe nirgendwo einen solchen Satz gefunden. - Also, erzählen Sie hier nicht, dass die CDU dafür war, diese Bäder zu schließen. - Das zum Ersten.

Zum Zweiten. Der OKS und der Stadtsportbund sind mit dem Bäderkonzept einverstanden. Ja, das ist doch völlig logisch. Damit bekommen die

Vereine doch die absolute Sahnetorte angeboten, nämlich ein optimales Schwimmangebot - und das ist auch gut so. Wenn ein Sportverband wie der Ortsverband Kölner Schwimmvereine, der übrigens von Sachkundigen Einwohnern der SPD geführt wird - Zufall? ich weiß es nicht -, sagt, unsere Vereine sind damit bestens bedacht worden, und der Stadtsportbund das ebenfalls so sieht, dann werden sie nicht gegen dieses Konzept stimmen.

Um es noch einmal deutlich zu sagen, meine Damen und Herren: Die CDU ist genauso stolz darauf, dass die KölnBäder diese Leuchtturmprojekte errichtet haben. Für uns ist allerdings nicht nachvollziehbar, dass diese Leuchtturmprojekte, die für fast 50 Millionen Euro errichtet worden sind, für die Öffentlichkeit nur ganz wenig zugänglich sind. Das wollen die Bürger nicht verstehen, sie können es nicht verstehen, und sie werden es nicht verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben im Sportausschuss dazu Folien aufgelegt, Sie haben sie ignoriert. Gerade im Sportausschuss haben wir teilweise sehr komische Zungenschläge vonseiten der SPD gehört. Sie haben eben persönliche Animositäten angesprochen. Ich sage Ihnen: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Wir haben dort ein vernünftiges Konzept vorgelegt und auch eine Finanzierungsmöglichkeit aufgezeigt. Aber die wollten Sie gar nicht hören; ich kann das verstehen, sie kam ja von uns.

Wir sind der Meinung: Wenn eine so fantastische Institution wie der Lentpark, auf die wir stolz sein können wie auf all unsere Bäder und um die wir europaweit beneidet werden, nur zu 50 Prozent von der Öffentlichkeit genutzt werden kann, weil sie in der übrigen Zeit Schulen und Vereinen zur Verfügung steht, dann machen wir hier etwas verkehrt.

(Ralph Sterck [FDP]: Das sind doch auch Bürger!)

- Ja, natürlich sind das Bürger. Herr Sterck, Sie haben ja von Schwimmen keine Ahnung. Sie haben noch nie im Schwimmbad eine Übungsstunde geleitet. Die Schulen und die Vereine brauchen keinen Luxus, sie brauchen lediglich ausreichend Wasserfläche, um gut arbeiten zu können. Dafür sind die Bäder in Weiden und Nippes exzellent geeignet, auch wenn man da Geld investieren muss.

(Beifall bei der CDU und der Linken.Köln)

Sie haben das alles im Ausschuss nicht hören wollen, und Sie wollen es heute auch nicht hören. Wir werden mit Ihrer Mehrheit das Konzept heute beschließen.

Noch ein Satz zum Schluss. Es macht ja überhaupt keinen Sinn, hier lange zu diskutieren; denn Sie werden bei Ihrer Meinung bleiben, das wissen wir. Aus diesem Grund werden wir nachher dem Zusatzantrag der Partei Die Linke zustimmen. Weil das für uns ja nicht gerade üblich ist, möchte ich das hier erklären. Wir haben in der Fraktion überlegt, was wir machen. Normalerweise gehören wir als CDU-Fraktion nicht zu denjenigen, die einer politischen Gruppierung zustimmt, die nach wie vor sagt, dass die DDR kein Unrechtsstaat war, die nach wie vor sagt, dass die Mauer nicht schlimm war, die nach wie vor gute Kontakte zu alten SED-Kadern unterhält. Ich gehe hier nicht so weit wie pro Köln, aber normalerweise paktieren wir nicht mit der Linken. In diesem Fall jedoch erscheint es uns angebracht, sich deren Antrag anzuschließen. Denn wir wollen hier eines erreichen, nämlich das Offenhalten der Bäder, die Sie von Rot, Grün und Gelb schließen wollen. Diese Schließungen wollen wir nicht. Von daher unterstützen wir ausnahmsweise den Antrag der Linken und heben dafür die Hand. Ich muss einfach sagen: Schade, dass Sie für die Zunft der öffentlichen Schwimmer kein Gehör haben. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der Linken.Köln und von der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr van Benthem. - Wir kommen zu Frau Thelen.

**Elisabeth Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, die Debatte jetzt wieder auf eine sachlichere Ebene zurückzuführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Henk van Benthem [CDU]: Wenn ich unsachlich bin, klingt das anders!)

115 Millionen Euro - Peter Kron hat eben eine noch höhere Zahl genannt; es war offensichtlich mehr - hat die Bäder GmbH seit ihrer Gründung vor 13 Jahren in die Attraktivierung der Kölner Bäderlandschaft investiert. Die neuen Bäder sind Besuchermagnete. Das gilt für das zuletzt fertiggestellte Ossendorfbad, für das Höhenbergbad

und vor allen Dingen auch für das Flaggschiff Agrippabad.

Philosophie der Bäderinvestitionen der letzten Jahre war: Hallen- und Freibäder werden zukünftig nicht mehr getrennt betrieben. Kombibäder bringen Synergien, insbesondere im Personalbereich. Das ist, glaube ich, auch für den Laien einsichtig. Die soeben fertiggestellten Bäder Lentpark und Stadion-Hallenbad machen das deutlich. Freibad- und Hallenbadangebot, bisher in räumlicher Nähe, sind an einem Standort zusammengerückt: Das Nippesbad ist in den Lentpark gerückt, das Weidenbad ist zum Stadion gerückt.

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln] in Richtung Zuschauertribüne: Schön!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Ludwig, bitte.

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Entschuldigung!)

**Elisabeth Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Das Angebot wird dadurch attraktiver, vielfältiger und flexibler. Das Angebot an Wasserflächen bleibt nicht nur erhalten, sondern wird leicht erhöht.

Die Diskussion über ein Bäderkonzept hat ja 2008 angefangen. Wir haben die Entscheidung damals verschoben, um die Neubauprojekte zunächst abzuschließen und die Versorgung von Schulen und Vereinen detailliert zu betrachten.

Zum Rodenkirchenbad: Der Erhalt des Rodenkirchenbades wurde bereits 2008 implizit beschlossen und wird in der heutigen Vorlage festgeschrieben. Damals haben wir auf eine Vergrößerung des Zollstockbades verzichtet. Eine solche Vergrößerung wäre notwendig gewesen, um den gesamten Stadtbezirk Rodenkirchen zu versorgen.

Bereits 2008 haben wir als Grüne das Ziel formuliert: Die Versorgung der Schulen und Vereine mit Wasserflächen muss gesichert werden. Das Bäderkonzept, das wir heute beschließen, weist genau dies nach. Durch die neu hinzukommenden Wasserflächenangebote im Lentpark, Stadion-Hallenbad und Zollstockbad werden die Bedarfe aller Zielgruppen langfristig gedeckt. Ein Mehr an Wasserfläche ginge über diesen Bedarf hinaus. Ein Erhalt des Nippesbades und des Weidenbades wäre genau das, nämlich eine Erweiterung von Wasserflächen.

Ich will im Zusammenhang mit der Schwimmbadversorgung der letzten Jahre auf ein ganz wichtiges Projekt hinweisen, nämlich das Projekt „Sicher schwimmen!“. Eine Untersuchung im Jahr 2008 hat ergeben, dass etwa 50 Prozent der 8- bis 10-Jährigen nicht sicher schwimmen konnten, ein Großteil der Kinder war sogar Nichtschwimmer. Der Schwimmunterricht fiel damals oft aus, aber nicht weil die Klassen 3 Kilometer zum nächsten Schwimmbad fahren mussten, sondern weil die Lehrerinnen und Lehrer mit dem Thema Schwimmunterricht alleingelassen waren und sie zum Teil fachfremd Schwimmunterricht geben mussten.

„Sicher schwimmen!“ heißt: Seit damals gibt es das Angebot, dass Lehrerinnen und Lehrern, die Schwimmunterricht geben, Assistenten zur Seite gestellt werden. Es gibt zusätzlichen Förderunterricht für Kinder, die Probleme beim Schwimmen lernen haben, sowie Zusatzstunden für bestimmte Gruppen.

Seit Beginn des Schuljahres 2008/2009 bezuschusst die Stadt das Projekt „Sicher schwimmen!“ mit jährlich 1,2 bis 1,5 Millionen Euro. „Sicher schwimmen!“ ist ein großer Erfolg geworden. Die Quote der Nichtschwimmer hat sich relevant verringert. Wir möchten diese Förderung langfristig erhalten. Das ist nicht leicht, gerade vor dem Hintergrund der Zahlen, die wir heute in der Haushaltsplanberatung erfahren haben.

Ich will noch einmal ausdrücklich betonen: Gezielte Angebote wie „Sicher schwimmen!“ sind entscheidend für erfolgreichen Schwimmunterricht. Nicht entscheidend sind die Fahrzeiten zwischen Schule und Schwimmbad.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

In Zeiten knapper städtischer Kassen nehmen wir die Aufgabe des effektiven Einsatzes städtischer Mittel sehr ernst. Wir stimmen mit dem Ziel überein, den Zuschussbedarf der KölnBäder langfristig unter 20 Millionen Euro jährlich zu halten. Für die 1,5 Millionen Euro Mehrkosten jährlich für den Weiterbetrieb von Nippes und Weiden plus Sanierungskosten sehen wir keine Deckung; denn nach unserer Systematik müssen diese Kosten über den Sportetat gedeckt werden.

Zum Argument der mangelhaften Nutzungsmöglichkeiten der neuen Bäder durch die Öffentlichkeit: Vor drei Jahren wurde genau umgekehrt argumentiert: Mit dem Kampfbegriff „Spaßbad“ wurde unterstellt, dass Freizeitschwimmer Vereinen und Schulen den Platz streitig machen. Heu-

te bemängeln die Kritiker das Gegenteil, nämlich dass die Öffentlichkeit zu kurz kommt.

(Karsten Möring [CDU]: Das heißt nur, dass die Wasserflächen damals wie heute nicht groß genug sind!)

Wer sich die Schaubilder ansieht, die der Vorlage beiliegen, kann erkennen: Die Nutzungsverteilung ist ausgewogen.

(Henk van Benthem [CDU]: Nein!)

Abschließend zum Änderungsantrag von Linke und anderen: Der Bürgerhaushalt ist für uns ein hohes Gut. Sie haben recht: 2008 wurde der Erhalt der NRW-Bäder häufig gefordert. Aber nach Abwägung aller Aspekte entscheidet der Rat über die Vorschläge des Bürgerhaushalts. Das ist seine Aufgabe. Ein Vorschlag zur Deckung der Mehrkosten wurde von den Beteiligten nicht gemacht.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Das muss man auch nicht!)

Zum Änderungsantrag hat Peter Kron eben schon einiges gesagt. Ich will noch eines hinzufügen: Den vielen Bürgern, die sich artikuliert haben, auch unseren Bezirksvertretern, von denen heute einige hier sind, will ich sagen: Sie haben recht, es gibt auch Nachteile wie zum Beispiel die Fahrzeiten oder der Wegfall der Sprungtürme. Aber bitte nehmen Sie uns ab, dass wir sorgfältig abgewägt haben. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Thelen. - Wir kommen zu Herrn Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Schwimmdamen aus Nippes, die ich sehe, begrüße ich recht herzlich. Schön, dass Sie so lange hier ausgeharrt haben. Ich will Ihnen und auch den Zuschauern auf der Tribüne gleich ganz offen sagen: Das heute zu verabschiedende Bäderkonzept trägt auch die Handschrift der FDP-Fraktion. Das ist nicht mehr das Bäderkonzept, das SPD und Grüne verabschieden wollten. SPD und Grüne wollten das Rodenkirchenbad schließen. Die FDP wollte das aus guten Gründen nicht; denn das damalige Bäderkonzept sah keinen Ersatz für das Bad in Rodenkirchen vor. Nach unserer Meinung war ein vergrößertes Zollstockbad wegen der langen Fahrtstrecken keine Alternative.

(Zuruf von Karl Jürgen Klipper [CDU])

Nun wird das Rodenkirchenbad gemäß des nun vorliegenden Bäderkonzepts saniert. Dies ist ein Erfolg der Kölner FDP, Karl Klipper; denn wir stehen zu diesem Bäderkonzept, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Verabschiedung ist allerdings auch ein Malus dabei: Dieses Bäderkonzept wird nach unserer Meinung zu spät verabschiedet. Die frohen Botschaften sind mit der Eröffnung des Ossendorfbades, der Hallenbäder am Stadionbad und im Lentpark sowie der anstehenden Eröffnung des grundsanierten Zollstockbades längst überbracht. Die Konsequenz, die sich aus diesem Kraftakt zur Erneuerung der Kölner Schwimmbäderlandschaft ergibt - es waren Investitionen in Höhe von 150 Millionen Euro zu stemmen -, nämlich dass für diese neuen Bäder alte Bäder geschlossen werden müssen, werden nun bei SPD, Grünen und FDP abgeladen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Beim Sektkorkenknallen sind alle gern dabei. Aber wenn dann die Rechnung präsentiert wird, machen sich einige hier in diesem Rat ganz schnell einen schlanken Fuß.

(Beifall bei der FDP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

CDU und Linke - was für ein apartes Bündnis - suggerieren nun, dass es für die neuen Bäder kein „Entweder-oder“, sondern ein „Auch“ gibt. Jetzt, nach Fertigstellung der beiden Hallenbäder im Lentpark und am Stadionbad, die das Nippesbad und das Weidenbad ersetzen, gegen deren Schließung zu stimmen, ist ein charmanter Versuch. Aber ist er auch redlich? Mindestens der CDU war klar - sie war starker Befürworter der neuen Hallenbäder im Lentpark und am Stadionbad; das wurde hier auch gesagt -, dass das Bäderkonzept zwingend die Schließung alter und von der Öffentlichkeit - das ist wichtig - nicht mehr angenommener Bäder vorsah.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Entweder-oder: Hätte sich die CDU von Anfang an gegen die Schließung der beiden alten Bäder ausgesprochen um den Preis des Verzichts auf die neuen Bäder, ja dann wäre ihr Stimmverhalten jetzt im Rat redlich.

(Beifall bei der FDP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei einem „Auch“ von Anfang an - das heißt, Bau der neuen Bäder bei Offenhalten der alten Bäder - gäbe es zwar weiterhin die alten Bäder in Nippes und in Weiden - das würde einige Zuschauer auf der Tribüne sicher freuen -, aber keine neuen Bäder, keine Investitionen in die Attraktivierung der Bäderlandschaft in Köln; denn das hätten die Stadtwerke, ob unter der Führung von Helmut Haumann oder von Dr. Dieter Steinkamp, als Geldgeber niemals mitgemacht. Und das gehört zur Wahrheit dazu, wenn man über dieses Bäderkonzept diskutiert.

(Beifall bei der FDP)

Das weiß auch die CDU. Darum fällt ihr das Nein nach der Eröffnung der neuen Bäder auch so leicht. Wer das A schon hat, warum soll er dann noch B sagen? Wir wollen die neuen Bäder; denn die neuen Bäder verfolgen die sportpolitische Philosophie der FDP-Fraktion. Wir brauchen eine attraktive öffentliche Bäderlandschaft in Köln, wo die Kölnerinnen und Kölner, und zwar alle, wieder gern schwimmen gehen. Damit und nur damit retten wir die benötigten Wasserflächen für den Schulschwimmsport, für den Vereinsschwimmsport und auch für den Seniorenschwimmsport. Alte und unattraktive Schwimmbäder, die zwar dem Schul- und dem Vereinsschwimmsport noch genügen, aber ansonsten von kaum jemandem besucht werden, sind dem Untergang geweiht. Das ist keine Vermutung, das ist die bittere Realität in vielen Kommunen Deutschlands.

In dem Wissen, dass es um die Freibäder noch schlechter bestellt ist, müssen wir eine Kombination von Hallenbad und Freibad organisieren. Bei aller Zuneigung für die Standorte Nippes und Weiden: Diese Bedingung, nämlich die Kombination von Hallen- und Freibad, erfüllen beide Bäder nicht. Jetzt nach der Eröffnung der neuen Bäder, die von den Kölnerinnen und Kölnern super angenommen werden - darüber sollten wir uns freuen -, die alten Bäder, die keine Besucherresonanz mehr finden, im Namen des Sports dennoch offenzuhalten, schadet dem Schwimmsport, weil es sie vom öffentlichen Bedürfnis des Schwimmens separiert. Das dürfen wir im Namen des Sports nicht zulassen.

Ich bitte Sie, auch wegen der Investitionen, die wir bereits getätigt haben, dem Bäderkonzept zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Breite. - Wir kommen zu Herrn Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Vorteil, wenn man später reden kann, ist, dass man vieles klarstellen kann. Vieles von dem, was wir hier eben gehört haben, war eine Art von Neusprech, die einfach unerträglich ist. Das eignet sich, wenn man nur über die Presse kommunizieren kann, um die Bevölkerung hinters Licht zu führen. Tatsächlich ist das, was Sie uns hier als Bäderkonzept vorlegen, ein Schließungskonzept. Daran gibt es nichts zu rütteln.

Sie haben völlig versäumt, sich ordnungsgemäß zu informieren. Wie kann man ein Schwimmbad in Nippes schließen, das in der Woche vollkommen ausgebucht ist? Eben wurde hier behauptet, in dieses Schwimmbad würden keine öffentlichen Besucher mehr gehen. Ja, man kann ja als solcher auch nicht dorthin gehen, Herr Breite, weil das nämlich ein Gruppenbad ist. Wenn Sie morgenfrüh dort schwimmen gehen wollten, kämen Sie gar nicht herein, es sei denn, man würde Sie für ein Schulkind halten, das mit den anderen Kindern schwimmen gehen will. So läuft das nämlich in diesem Schwimmbad. Es ist ausgelastet, es ist eingeführt, es wird von Vereinen genutzt. Warum soll das alles nicht mehr gehen?

Wir haben hier eben von der Kollegin von den Grünen gehört, dass 2008 die Entscheidung vertagt wurde. Warum haben Sie denn diese Entscheidung vertagt? - Weil 2009 eine Kommunalwahl anstand und Sie Angst vor dem Wähler hatten.

(Beifall bei pro Köln und von der Zuschauertribüne)

Dabei hatten Sie - als ich im Finanzausschuss am Montag nachgefragt habe, habe ich diese Antwort bekommen - hinter verschlossenen Türen im Aufsichtsrat - und die Linkspartei saß mit im Aufsichtsrat - längst den Beschluss gefasst, dass diese Bäder geschlossen werden. Sie wollten es nur der Bevölkerung nicht sagen.

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Falsch!)

- Das ist vollkommen richtig, Herr Ludwig. Ich habe ja danach gefragt, auch Ihnen liegt die Antwort vor. Erst als das Ganze an die Öffentlichkeit gekommen ist, hat dieses Gezeter angefangen.

Ich habe während des gesamten Beratungsprozesses immer wieder darum gebeten, als Ratsmitglied Akteneinsicht in die Aufsichtsratsbe-

schlüsse zu erhalten. Es kann nicht sein, dass Beschlüsse zu einem so wichtigen Bereich wie Sport und Bäder einem gewählten Ratsmitglied vorenthalten werden.

Wir haben von Anfang an gesagt, dass ein Schwimmbad, das von den Bürgern angenommen wird, in dem zehn Stunden am Tag Schwimmunterricht stattfindet, in dem Seniorensport stattfindet, für das die Menschen ein Heimatgefühl entwickelt haben, das sie nutzen, erhalten werden muss.

Hinzu kommt: Hier wird von Investitionen gesprochen. Ja, Investitionen in Sonnenbänke und in Whirlpools! Das ist ja in Ordnung, das soll gemacht werden, aber nicht auf Kosten der Allgemeinheit, auf Kosten der Schwimmbäder vor Ort.

(Beifall bei pro Köln)

Dann haben wir gefragt: Was sind denn das für Subventionen? Eine Opernkarte in Köln wird beispielsweise mit 200 Euro bezuschusst.

(Manfred Waddey [Bündnis 90/Die Grünen]: Was kosten denn Ihre Sondersitzungen?)

- Sie können ja auf Ihr Sitzungsgeld verzichten. Dann hätten wir 17 Euro mehr. Wir führen Sondersitzungen durch, um diesen Schmu hier aufzudecken.

(Beifall bei pro Köln)

Sie sind auch unehrlich.

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

- Reden Sie nicht dazwischen, Herr Houben. Sie können sich gleich zu Wort melden. - Ich habe als Zuschauer einer Sitzung der Bezirksvertretung Nippes beigewohnt. Ich frage mich: Wo ist der Bezirksbürgermeister? Warum redet er hier heute nicht? Ich beantrage, dass er hier Rederecht erhält und das einmal aus seiner Sicht darstellt.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das brauchen Sie nicht beantragen. Das kann er allein machen.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Dann soll er doch kommen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Er braucht Ihre Hilfe nicht.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Entschuldigen Sie, ich habe die drei Redner von der SPD dort gehört. Sie haben wirklich gut dargelegt - da muss ich die SPD vor Ort loben -, dass die Angaben der Verwaltung mit der Wirklichkeit wenig zu tun haben. Das haben sie auch nachgewiesen. Das Papier hier ist das eine, die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Grünen haben dort wörtlich vor 200 Zuschauern gesagt, niemals werde ein Grüner diesem Bäderkonzept zustimmen. Nur, weil es jetzt schon 21 Uhr ist und Sie denken, dass die Bürger nicht so lange hier ausharren, werden Sie das ja nun wohl doch machen.

Unser Vorschlag ist konstruktiv. Wir sagen: Lasst uns das Ganze noch einmal um ein Jahr verschieben. Lasst uns schauen, ob es wirklich so ist, wie die Bäder GmbH sagt. Wir lassen uns ja gerne von der Wirklichkeit belehren; da machen wir mit. Wir erhalten den Status quo. Alles bleibt, wie es ist. Wenn es in einem Jahr wirklich so sein sollte, dass die Bäder in Nippes und in Weiden leer sind, weil die Leute nicht mehr dorthin gehen, sondern in die Badezentren, dann, denke ich, können wir uns zu einem solchen Entschluss durchringen. Aber wir wollen zunächst einmal sehen, wie es in Wirklichkeit aussieht. Unser Appell ist: Lasst den Leuten die Bäder vor Ort! - Danke.

(Beifall bei pro Köln und von der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Als Nächster kommt Herr Ludwig.

**Claus Ludwig** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Schwimmfreundinnen und Schwimmfreunde auf der Zuschauertribüne! Herr Börschel, Sie haben gestern in der *WDR Lokalzeit* so viele Krokodilstränen vergossen, dass sie wenn auch nicht ein ganzes Schwimmbad, so doch mindestens ein Planschbecken füllen würden. Sie sagten gestern: Der Beschluss des SPD-Unterbezirksparteitages, das Nippesbad doch noch nicht zu schließen, wäre erst 18 Stunden vor der Sportausschusssitzung und damit zu kurzfristig erfolgt und deshalb habe man diesen leider nicht mehr berücksichtigen können. Herr Börschel, das ist natürlich Quatsch. Das war die Version fürs Fernsehen, wo viele Menschen zuschauen. Heute hat Herr Kron die Version für den Ratssaal genannt, wo nicht so viele Menschen zuschauen. Er hat klar gemacht, dass es nicht an Zeit gemangelt hat, all die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger zu diskutieren, sondern

dass Sie inhaltlich hinter diesem Bäderkonzept stehen, dass Sie andere Prioritäten bei der Bäderentwicklung in Köln setzen wollen, dass Ihnen, den Grünen und der FDP offensichtlich wohnortnahe Bäder im Veedel, die für Kinder, Jugendliche und Senioren zu Fuß gut zu erreichen sind, nicht so wichtig sind wie Vorzeigeprojekte. Insofern buche ich Ihren Auftritt in der *Lokalzeit* gestern als Show ab. Die Realität spielt sich eher hier ab.

Herr Kron weist immer darauf hin, es handle sich nicht um ein Schließungskonzept. Sie werden in einer Pressemitteilung vom vergangenen Freitag mit den Worten zitiert, das Bäderangebot in Köln werde maßgeblich erweitert. Tatsächlich, Lentpark und Stadionbad sind eine Erweiterung der Bäderlandschaft. Aber diese Erweiterung wird von einem eindeutigen Rückschritt begleitet. Die Verbesserung für einen Teil der Schwimmerinnen und Schwimmer wird begleitet von einer Verschlechterung für andere. Die Wege werden länger;

(Michael Zimmermann [SPD]: Kommt darauf an, wo man wohnt!)

das ist vor allen Dingen für Kinder, Schulklassen und Senioren ein Problem. Der Schwimmunterricht könnte von Kürzungen bedroht sein. Es entstehen höhere Kosten und Hindernisse für den Schwimmbadbesuch. Die Möglichkeiten der Ausbildung, zum Beispiel zum Abnehmen des Sportabzeichens und für Rettungsschwimmer, werden schlechter. Viele Gruppen, allen voran die Seniorinnen und Senioren unter den Gesundheitsschwimmern, werden eben nicht eins zu eins übernommen. Gewachsene sportliche und soziale Strukturen werden damit gefährdet. Das Vorzeigeprojekt Lentpark wird von Beginn an zu einem Teilgruppenbad, was dessen Attraktivität einschränkt.

Der gesamte Bäderzielplan ist auf Kante genäht und berücksichtigt nicht die von der Verwaltung selbst prognostizierte demografische Entwicklung und das von der Bäder GmbH selbst prognostizierte steigende Interesse an diversen Schwimmmöglichkeiten. Insofern ist der vorliegende Bäderzielplan in Wirklichkeit eine Absage an eine auf die Zukunft ausgerichtete Verbesserung der Kölner Bäderlandschaft. Er macht nur einen Schritt vor und einen zurück.

Wenn Sie das heute so beschließen, wird die Chance verschenkt, die Interessen aller zu berücksichtigen, sowohl des öffentlichen Schwimmens als auch des Schulschwimmens, der Kurse, des Seniorensports usw. Sie wollen diese Chance verschenken, um 1,5 Millionen Euro im Jahr zu sparen. Sie reden von Verlusten. Sie sagen, man müsse sie bei der Bäder GmbH deckeln, und tun dabei so, als wäre es eine Besonderheit dieser beider Bäder, Verluste zu machen. Das ist doch unredlich. Fakt ist doch - das wissen Sie genau -, dass öffentliche Bäder nicht kostendeckend betrieben werden können.

Tatsächlich wäre der Weiterbetrieb von Nippes und Weiden im Rahmen der KölnBäder GmbH nicht einmal besonders teuer. Durch die Investitionen in die diversen Neubauten, die ja hier stolz verkündet wurden, zahlt die KölnBäder GmbH laut ihrem Geschäftsführer, Herrn Schmitt, jedes Jahr über 7 Millionen Euro allein an Zinsen und für die Tilgung der Kredite. 2007 sollten die drei NRW-Bäder geschlossen werden, um die Verluste der Bäder GmbH bei 13 Millionen Euro zu deckeln. Heute reden wir über 18 Millionen, morgen - laut Frau Thelen - über 20 Millionen Euro. Darüber regen Sie sich nicht groß auf. Aber 1,5 Millionen Euro für den Weiterbetrieb von Nippes und Weiden sollen unbezahlbar sein, weil das den Haushalt der Stadt Köln oder des Stadtwerkekonzerns sprengt. Das ist doch Unsinn.

(Beifall bei der Linken.Köln und von der Zuschauertribüne)

Eigentlich müsste es heißen: Erhalten wir Nippes und Weiden! So viel Schwimmbad für so wenig Geld bekommen wir so schnell nicht wieder. Damit haben wir die Möglichkeit zu einer echten Verbesserung, nämlich voranzugehen: erst zu schauen, wie sich das verteilt, und dann alle Gruppen von Schwimmerinnen und Schwimmern zu bedienen. Dann könnte Köln so stolz sein, wie Sie sich jetzt schon geben. Dann wäre Köln die einzige Stadt in Deutschland, die wirklich vorangeht: bei der Versorgung mit Schwimmbädern, beim Schwimmunterricht für Kinder und Jugendliche und bei den Freizeit- und Sportangeboten für alle Gruppen der Bevölkerung.

Herr Börschel, Sie und der Großteil Ihrer Fraktion mag hoffen, dass endlich Ruhe im Karton ist, wenn heute der Bäderzielplan beschlossen wird. Sie mögen hoffen, dass Sie nicht mehr so viel Zeit investieren müssen, mit ihren eigenen Parteimitgliedern aus Nippes und mit ihrem Bezirksbürgermeister darüber zu diskutieren, dass dieser Bäderzielplan doch eine tolle Sache ist. Aber ich glaube nicht, dass das so sein wird. Eine Basta-Haltung heute wird nicht dazu führen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich damit abfinden. Es gibt noch einige Gelegenheiten, sich für den Erhalt dieser beiden Bäder und gegen den dann drohenden Abriss der Bäder und das unsinnige Schaffen von Fakten, bevor man über-

haupt die demografische Entwicklung zu Ende gedacht, zu positionieren. Insofern sagen wir ganz klar: Die Bäder in Nippes und Weiden müssen erhalten bleiben. Nur dann können wir tatsächlich von einem zukunftsfähigen Bäderkonzept reden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln und von der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich möchte die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne bitten - so besagt es auch unsere Geschäftsordnung -, von Beifalls- oder Missfallensbekundungen Abstand zu nehmen. Sie waren bislang sehr diszipliniert. Ich bin sicher, dass das auch so bleiben wird. Vielen Dank!

Wir kommen nun zu Herrn Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann** (Deine Freunde): Das wird ein Tag heute: eine hervorragende Bilanz höchstwahrscheinlich für SPD und Grüne, die nachher noch ein Naturschutzgebiet plattmachen und jetzt zwei Bäder schließen wollen. Ich weiß nicht, ob ich Sie für den Mumm, das heute durchzuziehen, bewundern oder den mangelnden Mumm bedauern soll, dass Sie Ihre Meinung geändert haben.

Vergesst nicht das Soziale! So oder ähnlich wird man immer wieder vollkommen zu Recht daran erinnert, dass Köln nicht nur der Wirtschaftsförderung, der Infrastruktur, der Umwelt, der Kultur etc. bedarf, sondern auch wichtige soziale Aspekte nicht unter den Tisch fallen dürfen. So schrieb die SPD in ihr Kommunalwahlprogramm 2009 unter der Überschrift „Wir stärken den Stellenwert des Sports in unserer Stadt“ - Zitat -:

> Weiterentwicklung des Bäderkonzepts - Die Schwimmbäder in Nippes, Weiden und Rodenkirchen bleiben auf Betreiben der Kölner SPD erhalten. Damit wird das Konzept der „kurzen Wege zum Sport“ fortgesetzt.

Nun ersetzen ein Kommunalwahlprogramm und selbst ein aktueller Unterbezirksparteitagsbeschluss der Kölner SPD mit gleicher Stoßrichtung noch keinen Ratsbeschluss. Wirklich bedauerlich wird es bei folgendem hehren Ansinnen aus dem gleichen Programm:

> Bürgerbeiräte in den betroffenen Stadteilen stellen sicher, dass die Interessen der Bürger vor Ort und ihr bürgerschaftliches Engagement berücksichtigt werden.

Nun sind wir Antragsteller der Meinung, dass genau diese Interessen der Bürger vor Ort eben nicht berücksichtigt wurden. Doch Wahlversprechen und Papier sind geduldig, und es wäre müßig, auf die bäderschließenden Ratsfraktionen hier mit Häme einzuhacken. Es mag ja sein, dass SPD, Grüne und Kämmerin sich redlich bemüht haben, die Bäder in Nippes und Weiden zu retten und es aufgrund anderer Prioritäten nicht möglich war, die fehlenden 1,5 Millionen Euro im Jahr aufzutreiben.

Was aber nicht geht, ist, sich dem Diskussionsbedarf der Bevölkerung zu verweigern und der enttäuschten Bürgerschaft keine Antworten zu geben, vor allem ihr auch keine Perspektiven aufzuzeigen. Was geschieht eigentlich mit den Bädern in Nippes und in Weiden? Kein offizielles Wort dazu. Wird das Nippesbad abgerissen? Ist es vielleicht nicht doch möglich, es in Vereinsregie weiterzuführen? Kann man ein Becken in Weiden nicht für den Schulsport erhalten und weitere Teile des Grundstücks für eine Turnhalle nutzen? Die Diskussion ist neben den Aspekten, wie man mit Bürgerhaushalts- und Bezirksvertretungsvoten umgeht, noch längst nicht abgeschlossen.

Ebenfalls frustrierend ist das vollständige Fehlen von kreativen Ansätzen in den Plänen der Verwaltung. In der gesamten Bundesrepublik gibt es eine Menge guter Beispiele, wie kommunale Bäder gerettet oder auch neu genutzt werden konnten. Die Antwort der Kölner Verwaltung und der rot-grünen Koalition lautet: Bäder dichtmachen und die Schüler im Bus durch die Gegend karren. Wer sich beschwert, wird auf die tollen neuen Bäder in der Lentstraße und am Stadion verwiesen. Dabei sind die Konflikte zwischen den verschiedenen Besuchergruppen dort längst vorprogrammiert. An eine mögliche Ausweitung des Bäderangebots, ganz einfach und relativ günstig durch den Weiterbetrieb in Nippes und Weiden zu bekommen, denkt keiner. Das ist Utopie. Dabei ist es doch genau das, was wir im Sinne einer sozialen Stadt brauchen.

Daher bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu! Respektieren Sie die Ergebnisse des Bürgerhaushalts! Das ist bislang noch nicht erwähnt worden. Auf Platz eins der Wünsche der Bürger stand, dass die Bäder in Nippes und in Weiden erhalten bleiben. Das kassiert man jetzt nach zwei, drei Jahren oder hat es einfach vergessen. Man spricht mit den Betroffenen nicht, man lädt sie nicht ein, man kommt nicht in die Diskussion. Egal, es wird zugemacht. Respektieren Sie die Ergebnisse des Bürgerhaushalts und die Entscheidungen der Bezirksvertretungen!

Lassen Sie uns mit einem längeren Parallelbetrieb, wie eigentlich auch einmal beschlossen und vorgesehen, Zeit gewinnen, um Erfahrungen zu sammeln und bessere Lösungen zu finden. Unseres Erachtens ist die beste Lösung der Erhalt der beiden Bäder. Das heißt: zwei zusätzliche Bäder für Köln für Gruppen, Vereinssport etc. für relativ kleines Geld - eine immense Chance für das soziale Köln. Die Kölner Wasserratten hätten es verdient. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln und von der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommt Herr Hoffmann.

**Klaus Hoffmann** (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mir kam eben das Bild von einem Schwimmbad in den Sinn: wettkampfgerecht, acht Bahnen. Egal, ob Innen- oder Außenbahn: Es geht immer darum, eine gute Platzierung zu erreichen.

Hier ist eigentlich so, dass die Platzierungen schon vergeben sind. Das, was heute hier herauskommt, steht bereits fest. Du wirst als Erster, du als Zweiter, du als Dritter ankommen und die Zeiten werden addiert. Das müssen wir uns vor Augen halten. Hier werden keine großen Entscheidungen mehr gefällt; denn die Entscheidungen sind im Vorfeld schon getätigt worden.

(Beifall bei pro Köln)

Die Freien Wähler waren von Anfang an für den Weiterbestand der Bäder in Rodenkirchen, in Nippes und in Weiden. Nun ist ein Leuchtturmprojekt hinzugekommen. Man muss ganz klar sagen: Gegen dieses Leuchtturmprojekt waren wir damals nicht, obwohl wir der Meinung waren, dass wir ein Riesenprojekt wie dieses an der Stelle nicht brauchen. Nun haben wir es, und darauf bin auch ich stolz. Aber dieses Projekt muss jetzt auch öffentlichen Besuchern zur Verfügung stehen. Es kann nicht sein - das will ich hier noch einmal hervorheben -, dass es an zwei Tagen für öffentliche Besucher geschlossen ist und an drei weiteren Tagen die Zahl der Bahnen für sie einschränkt.

(Zurufe)

Waren Sie schon einmal im Schwimmbad? Haben Sie schon einmal vormittags während des öffentlichen Badebetriebs einer Klasse Schwimmunterricht gegeben? - Wunderbar, dann wissen Sie ja, wovon ich spreche.

(Götz Bacher [SPD]: Haben Sie schon mal einen Berufstätigen gesehen, der morgens schwimmen gehen kann? - Gegenrufe)

Es kann und es darf nicht sein, dass durch dieses Leuchtturmprojekt zwei Bäder verschwinden sollen, die in dem jeweiligen Stadtteil gebraucht werden und die bei der Abfrage zum Bürgerhaushalt auf Rang eins gelandet sind, was nun unberücksichtigt bleibt. Nur, weil ein Eventbad errichtet worden ist, soll hier jetzt die Schließung der beiden Bäder durchgesetzt werden.

Es kann nicht sein, dass, obwohl sich Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Vereine für den Erhalt der Bäder einsetzen, die Verwaltung mit Zahlenspielereien wie „die angebotenen Wasserflächen ist eins zu eins ausgeglichen“ die Schließungen vorantreibt. Frau Dr. Klein, ich glaube nicht, dass das eins zu eins übereinstimmt. Haben Sie wirklich in allen Schulen nachgefragt, in denen Schüler wie vom Lehrplan gefordert mindestens ein Jahr schwimmen gehen? Wird der Schwimmunterricht wirklich überall durchgeführt? Wir haben eben über den Schulentwicklungsplan gesprochen. Dieser Punkt gehört dazu. Ich bin mir ganz sicher: Ihre Rechnung „eins zu eins“ geht allein im Hinblick auf den Schulsport und den Schwimmunterricht laut Lehrplan nicht auf. Sehen so die Perspektiven für die Zukunft aus?

Vom Vorredner von der CDU sind schon viele Argumente vorgebracht worden, die für den Erhalt der beiden Bäder sprechen. Ich will hier noch einige neue Stichworte hinzufügen.

Köln wirbt gerne für sich nach außen mit dem Slogan „Stadt des Sports“. Dann muss sich Köln aber auch als Sportstadt weiterentwickeln, Perspektiven aufzeigen und für Nachhaltigkeit sorgen. Durch Sport kann man einige Probleme lösen. Ich setze mich auch sehr dafür ein, Frau Dr. Klein. Sport hilft zwar nicht immer, aber er ist auf jeden Fall ein guter Ansatz, um soziale Probleme zu lösen. Dazu braucht es jedoch Sportstätten und damit auch Schwimmbäder.

Es kann doch nicht nur darum gehen, den Bestand zu erhalten. Vielmehr muss man nach vorn schauen und prüfen, ob und wie etwas optimiert werden kann. Dazu gehört zum Beispiel die Wassergewöhnung in den Kindergärten. Sie sagen jetzt vielleicht, die Wassergewöhnung könne man doch auch im Lentpark machen. Hervorragend! Das stelle ich mir ganz interessant vor. Die Außenbahnen sind dann für Kindergartenkinder reserviert.

Stichwort: Verstärkung des Schwimmangebots im Offenen Ganztag. Da stehen wir erst am An-

fang, das müssen wir ausweiten. Wann sollen zum Beispiel Kinder mit Migrationshintergrund mit dem Schwimmen anfangen? Doch nicht erst in der Grund- oder gar in der Sekundarschule. Da bekommen wir sie vielleicht überhaupt nicht mehr ins Wasser. Das heißt also, früher. Auch dafür brauchen wir zusätzliche Wasserflächen.

(Beifall bei der CDU und von der Zuschauertribüne)

Stichwort: Ausbau der Angebote für Seniorinnen und Senioren. Die demografische Entwicklung in unserer Stadt wird zusätzliche Wasserflächen erforderlich machen. Zwar reichen sie momentan aus, aber in Zukunft wird sich der Anteil der älteren Bürger erhöhen.

Weitere Stichworte sind: spezielle Angebote wie zum Beispiel Mitternachtssport in Schwimmbädern, Umsetzen von Standortplänen, Schaffung bester Bedingungen für die Ausbildung. Gerade Letzteres wird problematisch. Wir greifen immer auf die DLRG zurück. Sie muss bei Events jedweder Art immer anwesend sein. Aber für die Ausbildung ihrer Mitglieder bestehen in den neuen Bädern ganz schlechte Voraussetzungen. Es kann ja nicht sein, dass ein Berthold Schmitt sagt: Ihr müsst hier raus und eure Sprünge ab sofort im Stadionbad absolvieren.

Durch die Bereitstellung zusätzlicher Schwimmflächen können Sie einen neuen Leuchtturm bauen, der davon kündet, dass es in Köln die wenigsten Nichtschwimmer in dieser Republik gibt. Das wäre ein Leuchtturm! Das können Sie dadurch erreichen, indem Sie dafür sorgen, dass die Bäder, die jetzt geschlossen werden sollen, weiter offen bleiben. Deswegen appelliere ich an Sie: Stärken Sie Ihren Bezirksvertretern den Rücken und stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde] und von der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Meine Damen und Herren, unsere Geschäftsordnung lässt es zu, dass auch der Bezirksbürgermeister das Wort im Rat ergreifen kann.

(Zuruf: Nach der Debatte!)

Gibt es denn noch weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde des Kölner Schwimmsports! Das vorliegende Bäderkonzept ist erwiesenermaßen nicht barrierefrei und in all seinen Auswirkungen diskriminierend. Kinder, Jugendliche und Senioren werden ausgegrenzt. Zwei Stadtteile werden benachteiligt und schlechter behandelt. Das Bäderkonzept verstößt gegen die Ausbildungsordnung. Die Freischwimmerausbildung wird untergraben und der DLRG mit ihren Rettungsschwimmen vor den Kopf gestoßen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Welt ist schlecht! Unglaublich!)

All das wiegt schwer. Aber diese Argumente haben Rot-Grün überhaupt nicht beeindruckt. Die beiden Betonfraktionen wischen selbstherrlich jede Kritik vom Tisch. Sie verstoßen meines Erachtens damit auch gegen den Bürgerhaushalt, und zwar in eklatanter Weise. Im Bürgerhaushalt war der Vorschlag für den Erhalt der Bäder in Nippes und Weiden auf einen Spitzenplatz gekommen. Und er wurde auch umgesetzt; denn der Rat der Stadt Köln hat 2007 die Fortführung der Bäder beschlossen. Die Verwaltung bemerkte zu diesen Vorschlägen, sie seien bereits umgesetzt. Das hat der Rat so bestätigt.

Frau Thelen, das ist die Beschlusslage, die wir im Moment haben. Der Rat hat bestätigt, dass die Bäder nicht geschlossen werden. Wenn Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, ehrlich mit dem Bürgerhaushalt umgehen würden, würden Sie jetzt einen Änderungsantrag folgenden Inhalt stellen: Die Beschlüsse des Bürgerhaushalts 2008 werden nicht umgesetzt. Das wäre genau das, was Sie, Frau Thelen, hier gesagt haben, nämlich: Der Rat entscheidet. Das tun Sie aber nicht. Wenn Sie das nicht tun hier und heute, dann gilt weiterhin der Ratsbeschluss, dass die Bäder nicht geschlossen werden. Das ist die faktische Situation. Sie sind einfach schlicht und ergreifend zu feige, ganz klar zu sagen: Die Bestimmungen des Bürgerhaushalts werden wir aushebeln. Das ist doch der Vorgang.

Sie, Herr Roters, haben heute in Ihrer Haushaltsrede davon gesprochen, in Sachen Bürgerhaushalt und Partizipation fair mit den Bürgerinnen und Bürgern umgehen zu wollen. Dazu muss ich Ihnen sagen: Der Umgang mit dem Bürgerhaushalt in Sachen Schwimmbäder ist nicht fair. Das können wir uns nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Liebe Kollegin Thelen, die Verteilung der Bäder ist nicht gerecht. Nippes wird dann kein Bad mehr haben. Dazu wird bestimmt der Bezirksbürgermeister noch etwas sagen. Aber die Ge-

schichte wird Sie irgendwann einholen, meine Damen und Herren. Vor dem Ersten Weltkrieg sollte in Nippes ein Bad gebaut werden, es ist nicht gebaut worden. Vor dem Zweiten Weltkrieg sollte in Nippes ein Bad gebaut werden, es ist wieder nicht gebaut worden. Das erste Bad in Nippes ist 1962 gebaut worden. Und genau dieses Bad wollen Sie heute plattmachen.

Ich kann nur eines sagen: Wir werden bei dieser Frage nicht lockerlassen. Wir wollen ein Bäderkonzept, in dem alle Stadtbezirke ein Bad haben.

(Beifall bei der Linken.Köln, der CDU und von der Zuschauertribüne - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich kann den gar nicht mehr ernst nehmen!)

Ja, meine Damen und Herren von Rot-Grün, alle Stadtbezirke. Wahrscheinlich wissen Sie gar nicht, dass es auch Stadtbezirke gibt, die zwei Bäder haben. Ich sage hier: Jeder Stadtbezirk soll wenigstens ein Bad haben. Deswegen werden wir bei dieser Sache nicht lockerlassen.

Der nächste Bürgerhaushalt beginnt am Montag. Da gibt es das Kapitel „Jugend“. Ich bin mir sicher, dass es Leute geben wird, die den Erhalt dieser Schwimmbäder wieder einstellen. Im Dezember werden wir das Ergebnis erfahren. Ich bin echt gespannt, ob Sie dann im Januar die Bäder abreißen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln und von der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Abschließend dazu noch einmal Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will hier jetzt den Antrag der Bürgerbewegung pro Köln einbringen, dass der Status quo der Bäder ein Jahr lang erhalten bleibt und dann geschaut wird, ob sich das so entwickelt hat wie von der Bäder GmbH prognostiziert. Dann können wir hier im Rat erneut darüber entscheiden. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Dr. Klein, bitte.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Ich will noch einen kurzen Hinweis zum Bürgerhaushalt geben, der ja hier mehrmals erwähnt wurde. Der Bürgerhaushalt ist im Juni 2008 beschlossen worden. Der Bäderbeschluss seinerzeit bezog sich auf den Januar 2008. Also erkennbar hat der damalige Bürgerhaushalt sich auf den damaligen Ratsbeschluss bezogen. Wir haben das auch noch einmal juristisch klären lassen. Ich denke, der Vorwurf, der hier erhoben wird, ist eher formaler Art. Er ist so nicht zutreffend. Ein Bürgerhaushalt entfaltet keine Dauerwirkung für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte.

(Zurufe)

Ich argumentiere formal. Es ist so, dass der Bürgerhaushalt natürlich vom Rat jederzeit anders beschlossen werden kann. Er ist nicht für die nächsten Jahre und Jahrzehnte festgeschrieben.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Bevor ich Herrn Bezirksbürgermeister Schößler das Wort gebe, noch eine Frage von Herrn van Benthem an Frau Dr. Klein.

**Henk van Benthem** (CDU): Herr Bezirksbürgermeister, ich bedaure, dass Sie noch kurz warten müssen. - Frau Dr. Klein, nur eine Frage, um sicherzugehen, dass ich mit meinem Migrationshintergrund Sie auch richtig verstanden habe: Sie haben vorhin gesagt, das ist nicht das endgültige Ergebnis. Heißt das, wir schließen jetzt die Bäder, um zu schauen, ob wir in drei Jahren neue bauen müssen? Oder wie habe ich das zu verstehen?

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Ich glaube, da haben Sie mich falsch verstanden.

**Henk van Benthem** (CDU): Aber so kam es herüber.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Ich habe auf die formale Beschlussfassung seinerzeit hier im Rat in Verbindung mit dem damaligen Bürgerhaushalt 2008 abgestellt. Was Sie da hineininterpretieren, habe ich so nicht gesagt.

**Henk van Benthem** (CDU): Ich habe das nicht hineininterpretiert, sondern ich habe das so verstanden. Aber gut. - Danke.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Jetzt kommen wir endgültig zu Herrn Bezirksbürgermeister Schößler.

**Bezirksbürgermeister Bernd Schößler** (Nippes): Dessen Uhr schon läuft. - Ich finde es ja sehr nett, dass wir zu später Stunde hier wirklich noch sehr ausführlich über das Thema sprechen. Gleichwohl weiß ich, dass die Würfel gefallen sind.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die vorgetragenen Argumente, die aus Sicht der Bezirksvertretung und der Bürger großes Gewicht haben und teilweise auch hier vorgetragen worden sind, einfach keine Auswirkungen gehabt haben.

(Beifall bei der CDU, pro Köln und der Linken.Köln)

Wenn wir sagen, wir wollen eine verlässliche Politik machen, dann muss sich meiner Meinung nach der Bürger zunächst einmal darauf verlassen können, dass der Rat das tut, was er selber beschlossen hat.

(Beifall bei der CDU, pro Köln und der Linken.Köln)

Das ist genau der Punkt, den ich aus vielen Gesprächen mit den Bürgern mitgenommen habe.

Es ist auch nicht so, dass wir in Nippes die neu errichteten Bäder nicht zu schätzen wissen. Es ist auch nicht die Frage, ob es 50 Meter hinter der Inneren Kanalstraße ein neues Schwimmbad gibt. Die tatsächliche Frage ist: Zum damaligen Zeitpunkt gab es die Vorlage zur Integriertem Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung noch nicht. Die darin enthaltenen Zahlen waren damals nicht bekannt. Sie sind aber heute bekannt.

Insofern ist die Aussage der Bezirksvertretung Nippes: Selbst wenn wir es heute im Bereich Schulsport und im Bereich Vereinssport eins zu eins schaffen, bleiben Fragezeichen, weil die zugrundeliegenden Zahlen aus dem Jahr 2009 und nicht aus 2010 stammen. Es sind immerhin 68 000 Vereinssportler, die nach Aussagen der KölnBäder GmbH in Nippes schwimmen. Ein Teil wird nach Chorweiler, ein Teil in den Lentpark ausweichen müssen. Im Jahr 2009 gab es darüber hinaus 26 Schwimmkurse pro Woche, die nichtöffentliche, das heißt private, Anbieter oder die KölnBäder selber durchgeführt haben. Es ist ganz klar, dass diese 26 Schwimmkurse im Lentpark nicht mehr angeboten werden können. Das betrifft eine private Schwimmschule, eine Tauchschule und die Wassergewöhnungskurse. All das ist nicht transferierbar. Und wir wissen, dass in spätestens drei bis vier Jahren die Schülerzahlen steigen werden; diese Schüler sind gleichzeitig auch Vereinsmitglieder. Deshalb sagen wir an dieser Stelle: Eine Bedarfsdeckung ist dann nicht mehr gegeben. Alle anderen Argumente, wie zum Beispiel die Ausbildung von DLRG-Mitgliedern, sind hier bereits genannt worden.

Wir befinden - das heißt, Sie befinden, ich ja nicht - heute über ein Gebäude, das im Jahr 1962 gebaut worden ist. Dazu will ich Ihnen sagen: Es gibt noch ein anderes Gebäude, das 1962 eingeweiht worden ist. Es ist gar nicht so weit weg von hier. Es liegt nicht in Nippes, sondern sehr zentral in der Innenstadt. Es ist, wie man sagt, auch ein brackes Gebäude. Allerdings wird es demnächst mit viel Geld saniert. Es handelt sich um das neue Schauspielhaus. Das erste Stück, das dort gegeben wurde, war „Die Räuber“ von Schiller.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Ich habe manchmal das Gefühl, dass dem Sport heute auch von Räubern das Geld genommen wird. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf die Wirtschaftlichkeit des Bades hinweisen. Im Jahr 2009 gab es fünf Bäder, die 72 Prozent der Umsatzerlöse der KölnBäder generiert haben. Eines davon war das Nippesbad. Und das soll jetzt geschlossen werden. Man könnte es ja konservieren, indem man dort Salz für den Winterdienst lagern würde. Eine wunderbare Idee, aber Quatsch.

Es geht einfach darum, dass wir über das Jahr 2015 hinaus denken müssen. Hier ist richtigerweise gesagt worden, es wäre deutlich preiswerter, an dieser Stelle zu investieren und das Bad zu erhalten, um den Bedarf, den Schwimmsport und Schulsport haben, wirklich decken zu können.

Was passiert denn, wenn das Zollstockbad saniert wird? Es wird anderthalb bis zwei Jahre außer Betrieb sein. Das Genovevabad ist fast ein Jahr lang saniert worden. Was passiert denn, wenn wir jetzt Spitz auf Knopf gerechnet haben und es in einem Bad möglicherweise Probleme gibt? Dann fällt dort alles aus. Die Stadt Köln hat aber alle Leistungen an die KölnBäder GmbH bezahlt. Das muss man auch wissen.

Insofern deckt sich die Bitte der Bezirksvertretung, die ich hier weiterzureichen habe, teilweise mit dem vorher Gesagten, nämlich: Bitte, tut das, was im Ratsbeschluss vom 29. Januar 2008 steht, nämlich: umsetzen. Beschließt heute nicht die Verwaltungsvorlage, sondern den Parallelbe-

trieb, wie er im Beschluss von 2008 steht. Dieser soll zunächst weiter gelten. Dann schauen wir weiter. - Vielen Dank zu später Stunde.

(Beifall bei der CDU, pro Köln, der Linken.Köln und von der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke, von Herrn Hoffmann und Herrn Zimmermann ab. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die CDU und die Linke. Wer enthält sich? - Enthaltung aufseiten der Fraktion pro Köln. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln: ein Jahr Offenhaltung. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Somit kommen wir zur Entscheidung über die Verwaltungsvorlage. Abstimmung, wie Sportausschuss. Wer für diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD, das ist die Fraktion der Grünen, und das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich 10.1:

**10.1 Teilfinanzplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV**
**hier: Planungsbeschluss sowie außerplanmäßige Auszahlung für den Einbau von zwei Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Vingst**
**2004/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist 10.1 angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

**10.2 Jahresabschluss 2010 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**
**2051/2011**

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.4:

**10.4 Renovierungsprogramm Museen und Kulturbauten**
**2398/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.5:

**10.5 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV**
**hier: Severinsbrücke, Strombrücke**
**Prüfingenieurleistungen für die Nachrechnung des Überbaus und die Planung von Verstärkungsmaßnahmen**
**2637/2011**

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.7:

**10.7 Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Ausweitung des JobTicket-Modells**
**2994/2011**

Hier handelt es sich um eine Anregung der Bezirksvertretung Lindenthal. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Leitfaden für Mandatsträger**
**hier: Überarbeiteter Entwurf des Ältestenrates**
**2714/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Beitritt der Stadt Köln zur Einkaufsgemeinschaft kommunaler Verwaltungen e. G. (EKV eG)**
**3115/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 Sanierung des Uferbereiches am Friedrich-Ebert-Ufer in Köln-Porz**

**hier: Durchführung des 2. Bauabschnitts - Stützmauer am Friedrich-Ebert-Ufer -**
**3491/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein, alle sehen es positiv. Dann frage ich: Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2011/2012**
**3646/2011**

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Ansonsten angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

**10.13 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2010 - 31.12.2010 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln**
**3648/2011**

Gibt es Wortmeldungen? - Nicht. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 MÜLHEIM 2020**
**Integriertes Handlungskonzept für Köln-Mülheim, -Buchforst und -Buchheim**
**hier: Kostenerhöhungen**
**3134/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Programm MÜLHEIM 2020**
**Umsetzung der Projekte auf Grundlage der bewilligten Ausgaben vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns gemäß Nr. 1.3.1 VVG zu § 44 LHO vom 21.12.2009**
**3148/2011**

Keine Wortmeldungen. Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind wiederum die CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Umgestaltung des Ebertplatzes**
**hier: Planungsbeschluss für die Anpassung der vorhandenen Ingenieurbauwerke als vorbereitende Maßnahmen für die Umgestaltung des Ebertplatzes auf Grundlage des städtebaulichen Masterplans**
**4602/2010**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion**
**AN/1848/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Ich möchte es kurz machen. Vielleicht schaffe ich es sogar, einen über die Fraktionsgrenzen hinweggehenden Vortrag zu halten, sodass die anderen Fraktionen gar nichts mehr sagen müssen.

Es ist ja nicht allzu häufig so, dass sich alle vier Fraktionen auf einen gemeinsamen Änderungsantrag einigen können. Dass das in der Frage der Umgestaltung des Ebertplatzes gelungen ist, ist wirklich ein sehr gutes Signal, das der Rat an die Verwaltung sendet.

Es geht darum, den Ebertplatz aufzuwerten. Im Masterplan ist der Ebertplatz eines der vordringlichsten Projekte. Es gab unterschiedliche Auffassungen dazu, ob dort eine Quartiersgarage möglich ist oder nicht. Ich muss sagen: Die Verwaltung hat das einmal – wir hatten dieses Wort heute schon – „totgeprüft“. Natürlich gibt es dort Probleme durch Abwasserkanäle, die quer unter dem Platz verlaufen. Die FDP hatte jedoch einen Vorschlag gemacht, wie es im Rahmen der jetzigen Fußgängerunterführung doch gehen kann, und ist mit diesem Vorschlag an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen herangetreten. Ich bin SPD, CDU und Grünen sehr dankbar, dass wir das hinbekommen haben.

Die Version, die Sie ausgedruckt haben, zeigt das jetzt leider nicht, aber es gab auch eine Version des Antrags, in der farblich gekennzeichnet war, was von den einzelnen Fraktionen eingebracht worden ist. Rot gekennzeichnet war die Forderung der SPD, die Kosten an den möglichen Investor weiterzugeben und nicht den städtischen Haushalt damit zu belasten. Grün mar-

kiert war die Forderung der Grünen, eine Möglichkeit zu schaffen - darauf hatte Frau Moritz wert gelegt -, dass man vom Ebertplatz aus auf den möglichen Mittelboulevard des Hansarings gehen kann, ohne dass wir zusätzliche zeitliche Verzögerungen haben. Auch die CDU hatte Vorschläge formuliert und schon in die Bezirksvertretung eingebracht, die jetzt wortgleich in die Vorlage der Verwaltung übernommen worden sind.

Von daher war es eine tolle Teamarbeit. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir das über die Sommerpause hinbekommen haben. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die daran mitgewirkt haben und freue mich auf ein breites Votum des Rates.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Sterck. - Ich sehe zu diesem Thema keine weiteren Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der vier Fraktionen. Wer für diesen Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, die CDU, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die SPD, Herr Hoffmann, die Fraktion pro Köln und die Linke. Dann ist das einstimmig.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Herr Sterck, Ihr Appell hat sich offensichtlich ausgezahlt.

Nun zur Abstimmung über die Vorlage in der geänderten Form. Wer gegen die Vorlage in der geänderten Form ist, bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Damit ist sie einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

**10.18 Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene**
**3852/2011**

Der dazu vorliegende Beschlussvorschlag besteht aus zwei Teilen.

Zunächst stimmen wir über Punkt 1 ab. Gibt es Gegenstimmen gegen Punkt 1? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Bei der Fraktion pro Köln. Ansonsten ist er angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über Beschlusspunkt 2. Wir wählen die Vertreter für die vorgeschlagene Lenkungsgruppe. Mir liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen SPD, CDU, Grüne und FDP vor.

Folgende Personen sind als Mitglieder der Lenkungsgruppe vorgeschlagen worden: Frau Möller, Frau Dr. Herbers-Rauhut, Frau Spizig, Frau Gebauer sowie als deren Vertreter Herr Dr. Walter Schulz, Herr Jung, Herr Welpmann und Herr Görzel.

Ich sehe, es gibt keine weiteren Vorschläge. Dann können wir abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Vorschlag? - Gegenstimmen bei der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann gratuliere ich den Genannten zur Wahl in die Lenkungsgruppe.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

**10.19 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptisterium**
**hier: Stellenbedarf beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau**
**2673/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lassen wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist es einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

**10.21 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus am Apostelgymnasium, Biggestr. 2, 50931 Köln**
**1983/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann stimmen wir ab. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.23:

**10.23 Konzept zur Gewaltprävention**
**2239/2011**

Ich sehe wiederum keine Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

**10.24 Nachrang von Köln-Pass-Leistungen gegenüber Leistungen aus dem Bildungspaket**
**2560/2011**

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

**10.25 Fortführung des Rucksack-Programms**

**2900/2011**

Dazu gab es Nachfragen, die sich nun aber erledigt haben. Damit kann es weitergehen. Aber wir müssen noch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

**10.26 Einrichtung eines Bildungsgangs an der Werner-von-Siemens-Schule, Eitorfer Str. 18, 50679 Köln (BK 19) zum 01.08.2012**
**3242/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.27:

**10.27 Einrichtung des Bildungsgangs Fachoberschule Klasse 13 (FOS 13 Technik) in Kooperation des Berufskollegs Kartäuserwall (BK 16) und dem Berufskolleg Ulrepforte (BK 11) zum 01.08.2012**
**3253/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

**10.28 Intensivierung der Schulsozialarbeit aus Mitteln des „Bildungspaketes“ der Bundesregierung**
**3812/2011**

Für diese Vorlage hat die Bezirksvertretung Nippes eine Anregung an den Rat beschlossen, die wir als Anlage 5 umgedruckt haben.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Dazu gibt es eine Tischvorlage!)

- Richtig. - Frau Dr. Klein wird das in zwei, drei Sätzen noch einmal erläutern. - Bitte, Frau Dr. Klein.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Die BV Nippes hat vorgeschlagen, eine weitere Schule, die Ihnen bekannt ist, mit Schulsozialarbeit zu bestücken. Wir können Ihnen nicht empfehlen, diesem Vorschlag zu folgen; denn, bei aller Wertschätzung für diese Schule, sie erfüllt die Kriterien, die wir dafür aufgestellt haben, nicht.

Ein Kriterium ist das Sozialranking. Da liegt die Schule in einem relativ positiven Bereich. Das heißt, sie hat nicht die Schwierigkeiten, die andere Schulen haben, denen wir Schulsozialarbeit zuerkennen. Ein zweites Kriterium ist die Durchführung des gemeinsamen Unterrichts. Diesen bietet die Schule nicht an. Ein drittes Kriterium ist die Einrichtung von sogenannten Seiteneinsteigerklassen, in denen Schülerinnen und Schüler beschult werden, die aus anderen Kulturkreisen nach Köln kommen und zunächst einmal schulisch unterstützt und gefördert werden.

Diese drei Kriterien hatten wir für die Vergabe des knappen Guts Schulsozialarbeit formuliert. Zwar kommen wir mit den 87 zusätzlichen Stellen jetzt einen Riesenschritt voran, trotzdem wird natürlich nicht jede Schule eine Stelle erhalten können. Deswegen mussten wir die genannten Auswahlkriterien entwickeln. Und diese Schule erfüllt diese Kriterien leider nicht. Deshalb empfehlen wir, dem Vorschlag der BV nicht zu folgen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Dr. Klein. - Herr Helling.

**Ossi Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe eine Frage an die Verwaltung. Wir haben im Integrationsrat einen ergänzenden Beschluss zu dieser Vorlage gefasst. Er ist nun weder umgedruckt noch hier zur Kenntnis gegeben worden. Ich würde gerne zum einen wissen, wie der Beschluss, kurz zusammengefasst, lautete und zum anderen, wie damit weiter verfahren wird.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Meine Damen und Herren! Herr Helling, dieser Beschluss hat die zuständigen Fachausschüsse leider nicht mehr erreichen können. Aber in seiner Zielrichtung unterstützen wir als Verwaltung diesen Beschluss vollständig. Er zielt nämlich darauf ab, dass man bei der Stellenbesetzung auch die interkulturelle Kompetenz berücksichtigen möge. Das wollen wir gerne tun. Das heißt, im Kern würden wir zwei Dinge auf den Weg bringen: Zum einen werden wir nach dem Ratsbeschluss die betreffenden Schulen, die Schulsozialarbeit bekommen, darüber informieren und sie zum anderen darauf hinweisen, beim Besetzungsverfahren gemeinsam mit den Trägern, wenn es denn Träger sind, darauf zu achten, dass interkulturelle Kompetenz bei der Einstellung ein Kriterium ist. Bei unseren Stellen - ein Drittel sind ja städtische Stellen - werden wir Gleiches tun.

Wir werden die Anregung des Integrationsrates nachträglich als Mitteilung in die Fachausschüsse geben und die Stellungnahme der Verwaltung, die ich eben hier vorgetragen habe, hinzufügen. Dann sind alle informiert über das Anliegen des

Integrationsrates und es wird ihm auch entsprochen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe, dass Ihrem Anliegen entsprochen wird. Das wird hier auch zu Protokoll genommen.

Ich lasse zunächst abstimmen über die Anregung der Bezirksvertretung Nippes. Wer ist dafür? - Wer enthält sich? - Sie ist damit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorlage. Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Sie ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.29:

**10.29 Bürgschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung der Darlehen zur Finanzierung des Projekte „Neubau Ossendorfbad“, „Neubau Lentstr.“, „Modernisierung Zollstockbad“ und „Modernisierung Stadionbad“**
**3665/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.30:

**10.30 Konzept und Förderrichtlinie zur Aktivierung privater Initiative in Geschäftszentren**
**3712/2011**

Ich sehe keine Wortmeldungen dazu. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.32:

**10.32 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen im Jahr vor der Einschulung**
**Änderung der Satzung zum 01.08.2011**
**3690/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
**AN/1851/2011**

Im Jugendhilfeausschuss hatte die FDP-Fraktion einen Änderungsantrag dazu vorgelegt, der dort und im Finanzausschuss direkt in die Ratssitzung verwiesen wurde. Der Antrag selbst ist in Anlage 6 abgedruckt.

Des Weiteren gibt es einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der als Tischvorlage vorliegt.

Zunächst Herr Dr. Heinen, bitte.

(Sylvia Laufenberg [FDP]: Ich bin eigentlich zuerst dran!)

- Gut. Dann zuerst Sie, Frau Laufenberg. Bitte schön.

**Sylvia Laufenberg** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin etwas verärgert, wie mit dieser Vorlage in den letzten Wochen umgegangen worden ist. Das liegt vor allem an der im Landtag angestoßenen Diskussion. Herr Börschel, Sie haben dort beschlossen, in NRW rückwirkend zum 1. August das letzte Kitajahr beitragsfrei zu stellen.

(Martin Börschel [SPD]: Gegen Ihre Stimmen!)

- Gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, vollkommen richtig. - Auch ich hätte, wenn ich im Landtag sitzen würde, dagegen gestimmt, und zwar aus folgendem Grund: Der Haushalt von Nordrhein-Westfalen weist noch ganz andere Dimensionen aus, als wir heute vom Kölner Haushalt vernehmen mussten, obwohl auch unsere Probleme erheblich sind.

(Martin Börschel [SPD]: Aber ausgeben wollen Sie das Geld!)

- Das ist meine Aufgabe als Kommunalpolitikerin, Herr Börschel.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Ich muss ganz ehrlich überlegen, was ich mit den von Ihnen beschlossenen Landesmitteln mache, die ich erhalte.

(Beifall bei Ulrich Breite [FDP])

Meine Aufgabe ist, zu entscheiden, was für meine Kommune das beste ist. Wenn die Mittel fließen, habe ich mir das schon sehr wohl überlegt.

Ich habe mir gerade zu Ihnen, Herr Börschel, ganz viele Gedanken gemacht.

(Zurufe: Oh!)

Sie waren ja derjenige, der in dieser Frage medial vorgeprescht ist. Ich erinnere an einen Artikel aus dem *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 15. August - ich zitiere -:

> Die SPD-Fraktion im Stadtrat will jetzt die zusätzlichen Gelder, die vom Land

zur Finanzierung an die Stadt Köln fließen werden, dazu nutzen, um die Beiträge für das vorletzte

- Hört! Hört! -

Kindergartenjahr zu halbieren und die Eltern damit weiter zu entlasten. Ein entsprechender Antrag soll in der ersten Ratssitzung nach der Sommerpause von der SPD eingebracht werden.

- Also heute. - Weiter heißt es:

„Wir hoffen, dass wir dafür eine Mehrheit finden."

Herr Börschel, ich habe mir viele Gedanken über Ihren Vorstoß gemacht, auch weil ich der Meinung bin, dass die Qualität unserer Kindertagesstätten verbesserungswürdig ist und sie personell weiter aufgestockt werden müssen. Deshalb freue ich mich, dass vonseiten des Landes eine diesbezügliche Initiative vorbereitet wird.

Noch während meines Abwägungsprozesses durfte ich dann in einem weiteren Artikel zum selben Thema im *Stadt-Anzeiger* vom 15. September lesen - ich zitiere Sie, Herr Börschel -:

„Mindestens acht Monate des vorletzten Kindergartenjahres, wenn möglich das ganze Jahr soll beitragsfrei gestellt werden", sagte Börschel. Dies sei mit der Stadtspitze in Köln vereinbart, die sich dabei auf den Koalitionsvertrag beruft.

(Martin Börschel [SPD]: Sie könnten ja meine Pressesprecherin werden!)

- Gerne, Herr Börschel. Vielleicht kann ich Ihnen eines Tages auch noch etwas beibringen.

(Heiterkeit bei der FDP)

Die Beschlussvorlage der Verwaltung, die allerdings nur eine Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr vorsieht, kam sehr kurzfristig in den Jugendhilfeausschuss als Tischvorlage. Auch darüber war ich sehr pikiert; das hat mir nicht gefallen. Ich konnte nachvollziehen, dass die Fraktion der Grünen daraufhin Vertagung beantragte und eine Sondersitzung einberufen wollte. Dem habe ich gerne zugestimmt; denn ich halte es nach wie vor für wichtig, über dieses Thema zu sprechen.

Freitagnachmittag habe ich mich gefragt, wann denn nun der Antrag der SPD kommt, der ja angekündigt gewesen ist. Aber er kam nicht. Daraufhin habe ich mich entschieden, die von Herrn Börschel in der Presse verlautbarte Variante einmal durchzurechnen. Ich gebe zu, ich habe sie etwas abgeändert. Statt acht Monaten haben wir von der FDP-Fraktion den Vorschlag der Verwaltungsvorlage durchgerechnet. Wir sind auf 5,4 Monate gekommen und haben das Ergebnis auf sechs Monate aufgerundet. Dementsprechend sieht der Änderungsantrag der FDP 18 Monate Beitragsfreiheit vor.

In der besagten Sondersitzung war die Koalition von Rot-Grün allerdings nicht in der Lage, zu entscheiden. Das fand ich sehr schade, weil die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses extra um 8 Uhr morgens dort angetanzt sind mit dem Willen, eine Entscheidung zu treffen. Trotzdem habe ich auch dann noch gedacht: Na gut, dann sollen sie es noch einmal beraten, wenn dann wirklich für die Eltern und ihre Kinder das beste Ergebnis herauskommt.

Ich habe mich sehr gewundert, dass bis vor roundabout drei Stunden immer noch kein Änderungsantrag von Rot-Grün vorlag. Anscheinend war es schwierig, sich zu einigen. Deswegen bin ich natürlich hocherfreut, dass Sie hier jetzt doch noch eine Einigung gefunden haben, auch wenn sie sehr schwammig formuliert ist. Aber wir von der FDP-Fraktion können sie mittragen. Ich hoffe, dass, wenn die Landeszuschüsse weiterhin fließen, das zweite beitragsfreie Kindergartenjahr so schnell wie möglich hier in Köln zustande kommt. Ich bin gespannt, wer Recht behält: Sie, Herr Börschel, mit acht Monaten oder wir mit sechs Monaten oder die Verwaltung mit noch mehr Monaten. Schauen wir mal.

In Punkt 2 Ihres Änderungsantrages heißt es:

Dem Rat ist eine entsprechende rückwirkende Satzungsanpassung zum 01.08.2011 vorzulegen.

Ich hoffe, dass das in der nächsten Ratssitzung erfolgen wird, damit die Eltern Planungssicherheit haben. Ich hoffe, dass sich Rot-Grün in dieser wichtigen Entscheidung langfristig schneller einig wird und wir keine weiteren Sondersitzungen benötigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Laufenberg. - Jetzt kommt Herr Dr. Heinen.

**Dr. Ralf Heinen** (SPD): Liebe Frau Laufenberg, ich habe gerne Ihrem jugendlich-kecken und langen Vortrag zugehört. Herr Streitberger musste wahrscheinlich inzwischen die Bouletten wieder warmstellen.

(Heiterkeit)

Zunächst will ich Ihnen sagen: Willkommen im Boot der gemeinsamen kommunalen Interessen!

Zum Thema: Die Vorlage selbst wird das umsetzen, was der Landtag mit dem Ersten KiBiz-Änderungsgesetz beschlossen hat bzw. was er noch beschließen wird. Dabei geht es um zwei große Pakete, die sich beide im zweistelligen Millionenbereich bewegen: zum einen die Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen und zum anderen die Elternbeitragsbefreiung im letzten Kindergartenjahr, sprich: dem Jahr vor der Einschulung. Damit wird NRW zu einem Vorreiter.

Wie Sie wissen, ist das ein enormer Kraftakt, mit dem wir deutlich machen, welche Prioritäten wir in diesem Bereich setzen. Es wäre schön, wenn diese Prioritäten auch von kommunaler Ebene breit unterstützt werden. Bildung muss - das wissen Sie wahrscheinlich alle; wir haben ja im Land schon den ersten Schritt dazu getan - beitragsfrei sein. Das ist in der Schule so, dafür haben wir durch Abschaffung der Studiengebühren gesorgt, und das darf auch vor der Kita nicht haltmachen. Die Bildungskette beginnt nämlich bei den Kleinsten. Deshalb ist es unser festes Ziel, die Kostenfreiheit im Kitabereich Schritt für Schritt umzusetzen.

Dazu dient der Änderungsantrag zu dieser Vorlage, der in Punkt 2 diesen wichtigen Punkt aufgreift. Wir erwarten - das hat Frau Laufenberg richtig festgestellt -, dass vom Land noch weitere Zuwendungen beschlossen werden, von denen wir dann auch in Köln profitieren werden. Diese stehen jedoch noch nicht fest, die Verhandlungen laufen noch. Deswegen empfehle ich, Ihren Antrag erst einmal auf Eis zu legen bzw. ihn in die nächste Beratung zu schieben. Wenn wir nämlich Ihren Antrag, wie von Ihnen gewünscht, heute beschließen würden, würden wir uns festlegen. Wenn das Land dann doch keine weiteren Mittel ausschüttet, würden wir allein dastehen. Das wollen wir nicht. Das Land hat zwar zugesichert, da unterstützend zu arbeiten; aber wir wollen so lange abwarten, bis garantiert ist, dass die Mittel fließen werden. Sie hatten ja angedeutet, dass Sie damit einverstanden sind.

Unser Änderungsantrag sieht in Punkt 2 des Weiteren ganz klar vor, die Beitragsfreiheit im Kitabereich auf das vorletzte Kindergartenjahr vor der Einschulung auszudehnen. Das ist, wie man jeweiligen Wahlprogrammen entnehmen kann, eines der erklärten Ziele sämtlicher Spitzenpolitiker auf Landes- und auf kommunaler Ebene und eine konsequente Fortführung dessen, was wir hier auf kommunaler Ebene mit zusätzlichen Landesmitteln bewegen können. Deswegen plädiere ich sehr dafür, in breiter Mehrheit diesen Punkt zu beschließen.

In Punkt 1 unseres Änderungsantrages attestieren wir, dass das Gebührenmodell sehr kompliziert zu übertragen ist. Wie Sie wissen, gibt es seit letztem Jahr eine Geschwisterbefreiung sowie eine hälftige Befreiung. Jetzt wurde ein neues System beschlossen, das wir umsetzen müssen. Wir wollen die Geschwisterregelung beibehalten, aber auch sichergehen, dass es nicht zu sozialen Unwuchten innerhalb der einzelnen Einkommensstufen kommt. Deshalb noch einmal der klare Auftrag an die Verwaltung, bei diesem komplizierten System sicherzustellen, dass die sogenannte soziale Beitragsgerechtigkeit gewährleistet bleibt. Wir gehen davon aus, dass das möglich ist. Daran haben wir keinen Zweifel.

Wichtig ist, dass wir auf kommunaler Ebene dies gemeinsam beschließen. Wir würden uns deshalb freuen, wenn Sie unserem Änderungsantrag zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Heinen. - Herr Dr. Schlieben, bitte.

**Dr. Helge Schlieben** (CDU): Herr Oberbürgermeister Roters! Liebe Damen und Herren! Ich kann es kurz und vom Platz aus machen. Es ist ja schon viel zur Genese dargelegt worden. Das trifft in der Summe zu. Ich will hier nur noch einmal Folgendes betonen - das ist uns wichtig -: Wir beschließen hier heute die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung, nicht mehr und nicht weniger. Es wurden hier eben auch noch weitergehende Beitragsbefreiungen thematisiert, über die wir im Jugendhilfeausschuss lang und breit diskutiert haben. Diese werden aber heute nicht beschlossen.

Punkt 1 des rot-grünen Änderungsantrages fordert im Vergleich zur Verwaltungsvorlage - so verstehe ich das - eine Sicherstellung der Beitragsgerechtigkeit, weil es in ganz speziellen Kombinationen zu bestimmten sozialen Verwerfungen kommen könnte. Die wollen wir natürlich nicht. Es ist also gut, dass das von Grün-Rot an dieser Stelle erkannt wurde. Das ist der eigentliche Punkt.

Punkt 2 des Änderungsantrages - das hat Ralf Heinen hier angesprochen - ist ein Prüfauftrag. Es soll geprüft werden, was man mit den zusätz-

lichen Mitteln, wenn wir denn tatsächlich diese 9 oder 13 Millionen Euro vom Land erhalten, macht. Eine Möglichkeit wäre, die Beitragsfreiheit dann auch auf das vorletzte Kindergartenjahr auszuweiten. Es gibt auch noch andere Modelle, zum Beispiel diese Mittel in die U3-Betreuung zu stecken. Aber hier prüft man erst einmal, wie es aussieht, wenn man sie für die Beitragsbefreiung im vorletzten Kindergartenjahr verwenden würde. Diese Prüfung unterstützen wir. Dafür haben auch wir durchaus Sympathie. Ich will nur betonen: Diese Entscheidung wird nicht heute gefällt,

(Martin Börschel [SPD]: Wenn das Geld da ist!)

sondern diese Entscheidung wird vielleicht Ende des Jahres oder Anfang nächsten Jahres gefällt, wenn das Geld da ist und die Verwaltung uns das Ergebnis ihrer Prüfung mitteilt. Dann können der Rat und der Fachausschuss natürlich immer noch eine andere Idee favorisieren. Ich finde diese Prüfung sinnvoll. Wir werden uns dann zu gegebener Zeit entscheiden, was wir mit dem Geld machen, das wir noch zusätzlich erhalten. Also: Wir stimmen dem Antrag zu.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Jahn, bitte.

**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Oberbürgermeister! Auch ich möchte mich zu dieser späten Stunde kurz halten, obwohl es hier um sehr, sehr viel geht.

Zum einen geht es um die Elternbeitragsbefreiung im letzten Kindergartenjahr, die schon von vielen hier gewürdigt worden ist. Wir alle finden das sehr schön. Die Beitragsbefreiung gilt rückwirkend zum 1. August; das heißt, zu viel gezahlte Beiträge werden den Eltern zurückerstattet.

Zum anderen geht es aber auch darum, dass Kindertagesstätten jetzt endlich als Bildungseinrichtung gewürdigt werden. Bisher war ja immer nur in Sonntagsreden davon die Rede, dass auch Kindergärten Bildungseinrichtungen sind. Jetzt aber werden diesen Worten auch Taten folgen, nicht nur indem das dritte Kindergartenjahr beitragsfreigestellt wird, sondern auch - und das ist mir als Grüne besonders wichtig - indem die Qualität der Betreuung in den Kindertagesstätten, vor allem für die unter 3-Jährigen, wesentlich verbessert wird.

Wir werden in Köln knapp 11 Millionen Euro dafür bekommen, dass wir mehr Stellen für die Betreuung der unter 3-Jährigen schaffen. Gerade die unter 3-Jährigen brauchen mehr Fürsorge, mehr Zeit und mehr Aufmerksamkeit. All dies kann ihnen aber nur dann gegeben werden, wenn sehr gut ausgebildetes Personal in ausreichender Zahl zur Verfügung steht. Diese Qualitätsverbesserung steht parallel zu den finanziellen Beitragsentlastungen für die Eltern. Wir entlasten die Eltern zum einen durch die Beitragsbefreiung im dritten Kindergartenjahr und zum anderen durch Beibehaltung der Geschwisterkindregelung, die hier schon eine lange Tradition hat.

Ralf Heinen hatte eben das komplizierte Verfahren der Geschwisterkindregelung angesprochen und darauf hingewiesen, dass, wenn für das - in Anführungszeichen - billigere ältere Kind die Elternbeitragsbefreiung gilt, dann für das - in Anführungszeichen - teurere U-3-Kind bezahlt werden müsste. Ich will jetzt um 22 Uhr nicht diese extrem komplizierte Debatte ausweiten. Aber uns ist wichtig, dass, egal, welche Konstruktion jeweils vorliegt, sie auf jeden Fall sozial gerecht sein muss. Es kann nicht sein, dass es dadurch zu irgendwelchen Schieflagen kommt. Eine sozial gerechte Beitragsstaffelung für die Eltern muss auf jeden Fall garantiert bleiben.

Es wurde hier bereits erwähnt, dass die Bildungskette bei den Kleinsten anfängt. Das sind die unter 3-Jährigen. Bei deren Betreuung sehen wir die größten Probleme. Da müssen wir noch dicke Bretter bohren. Wir müssen prüfen, an welcher Stelle es zu Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten kommt. Darüber können wir nicht hier und heute debattieren oder beschließen. Aber wir müssen das für die Zukunft im Blick behalten.

Nach dem langem Hin und Her - das haben viele mitbekommen - haben wir uns heute auf diesen Änderungsantrag geeinigt. Es ist auf jeden Fall besser, zu einem späteren Zeitpunkt einen richtigen Beschluss zu fassen als übereilt einen falschen oder nicht ganz richtigen. Dafür stehe ich; das finde ich gut.

Eine Sondersitzung dazu abzuhalten, brachte vielleicht einige Unannehmlichkeiten mit sich. Aber sie war wichtig, um den Eltern eine verlässliche Garantie zur Kinderbetreuung zu geben. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Jahn. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der FDP ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag von SPD und Grünen. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Wir müssen noch die Vorlage in der jetzt geänderten Fassung beschließen. Wer gegen diese Vorlage in der geänderten Fassung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

(Beifall)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.33:

**10.33 Ausbau der Qualität im Offenen Ganztag im Bereich kultureller Bildung - Mittelfreigabe 2011**
**4127/2011**

Dieser Punkt wurde zugesetzt, um eine DE zu vermeiden. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 12:

**12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 5946/02**
**Arbeitstitel: Öffentlich zugängliche Golfanlage Widdersdorf in Köln-Widdersdorf und -Bocklemünd/Mengenich**
**2219/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Dagegen sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, pro Köln sowie Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

**12.3 Beschluss über die Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 61544/02**
**Arbeitstitel: Thujaweg in Köln-Volkhoven/Weiler**
**3126/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

**12.4 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 65454/05**
**Arbeitstitel: Genter Straße in Köln-Neustadt/ Nord**
**3559/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.5:

**12.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans**
**Arbeitstitel: Godorfer Hafen in Köln-Godorf**
**0295/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Dagegen sind die die FDP, pro Köln, Bündnis 90/Die Grünen, die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

**13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen**

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

**13.1 Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 70389/02 (1204)**
**- Satzungsbeschluss -**
**Arbeitstitel: Eygelshovener Straße in Köln-Rodenkirchen**
**2901/2011**

Das ist eine direkte Ratsvorlage. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt 14:

**14 Erlass von Veränderungssperren**

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ehrenfeld**
**Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld**
**2309/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen bei der FDP. Ansonsten angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

**14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Esch/Auweiler**
**Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/ Auweiler**
**2932/2011**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.3:

**14.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Bickendorf**
**Arbeitstitel: Gewerbegebiet Wilhelm-Mauser-Straße/Vogelsanger Straße in Köln-Bickendorf, 3. Änderung**
**2962/2011**

Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der FDP. Wer enthält sich? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.4:

**14.4 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd**
**Arbeitstitel: Ulrichgasse in Köln-Altstadt/Süd**
**2024/2011**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.5:

**14.5 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/ Nord**
**Arbeitstitel: Brandenburger Straße, Erweiterungsfläche in Köln-Altstadt/Nord**
**1937/2011**

Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der FDP. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. So angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 16:

**16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 218. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen**
**1928/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt 17:

**17 Wahlen**

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Anregungen und Beschwerden“**
**AN/1737/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Jetzt folgen eine ganze Reihe von Abstimmungen, die mit der Wahl von Herrn Dr. Unna verbunden sind.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
**hier: Mitglied für den Integrationsrat**
**AN/1776/2011**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
**hier: Kuratorium, Stiftung Dr. Dormagen-Guffanti**
**AN/1778/2011**

Dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
**hier: Deputation der Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim**
**AN/1779/2011**

Dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
**hier: Mitglied für den Ausschuss Soziales und Senioren**
**AN/1780/2011**

Dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

**17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
**hier: Mitglied für den Ausschuss Schule und Weiterbildung**
**AN/1781/2011**

Dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Antrag der SPD-Fraktion**
**hier: Wahl einer Vertreterin in den Beirat der JVA Köln**
**AN/1783/2011**

Dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

**17.9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
**hier: Mitglied für den Aufsichtsrat SBK Sozialbetriebe Köln gGmbH**
**AN/1813/2011**

Dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

**17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
**hier: Jugendhilfeausschuss, Benennung eines Sachkundigen Einwohners**
**AN/1814/2011**

Dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.11:

**17.11 Antrag der FDP-Fraktion**
**hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe und Internationales**
**AN/1841/2011**

Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.12:

**17.12 Antrag der FDP-Fraktion**
**hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Schule und Weiterbildung**
**AN/1842/2011**

Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 18:

**18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss Markenprozess für Köln**
**2642/2011/1**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer ist gegen die Dringlichkeitsentscheidung in der Fassung des Hauptausschusses? - Dagegen sind die Fraktion pro Köln und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

**18.2 Regionale 2010 - RegioGrün / Portal Gut Leidenhausen**
**hier: Baubeschluss und Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen**
**2876/2011**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

**18.3 Kulturelle Bildung im Ganztag - Mittelfreigabe 2011**
**2977/2011**

Dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.4:

**18.4 Renovierungsprogramm Museen und Kulturbauten - Ausführung dringender Renovierungsmaßnahmen**
**2981/2011**

Dagegen? - Gegenstimmen bei der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.5:

**18.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans**
**Arbeitstitel: Max-Wallraf-Straße in Köln-Braunsfeld**
**3131/2011**

Dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.7:

**18.7 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2011**
**3218/2011**

Dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.8:

**18.8 Einrichtung des „Kompetenzzentrums Frau und Beruf“ und Umsetzung der „Initiative zur Fachkräftesicherung in NRW"**
**3423/2011**

Dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.9:

**18.9 Abschluss eines Sponsoringvertrages mit der RheinEnergie AG Köln zur Unterstützung der Sonderausstellung „Glanz und Größe des Mittelalters, Kölner Meisterwerke aus den großen Sammlungen der Welt“ des Museums Schnütgen**
**3514/2011**

Dagegen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.10:

**18.10 Optimierung des Winterdienstes in Köln**
**2865/2011**

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Wie AVR!)

Abstimmung, wie AVR. Dieser Punkt ist als Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung aufgeführt. Das ist richtig. Tatsächlich hat bei dieser Vorlage aber der Hauptausschuss keine Dringlichkeitsentscheidung getroffen, sondern die Entscheidung in der Sache für den ersten Absatz der Vorlage an den AVR überwiesen. Dieser hat dazu in der Sitzung am 19. September einstimmig einen inhaltlichen Beschluss gefasst, der der Vorlage als Anlage 5 beigefügt ist. Ich bitte nun den Rat, diesen Beschluss des AVR noch einmal zu bestätigen.

Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit haben wir abgestimmt und den Prüfauftrag entsprechend genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 18.11:

**18.11 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) in der Fassung vom 12.03.2008**
**3515/2011**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Damit ist der öffentliche Teil der Ratssitzung beendet.

(Schluss: 22.16 Uhr)